

Stenographisches Protokoll

32. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 22. Oktober 1987

Tagesordnung

1. Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1988 samt Anlagen
2. Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1986
3. Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1986

Wabl (137/M); Roppert, Dr. Ettmayer, Dr. Frischenschlager

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 3667 f. und S. 3775)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Smolle und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Sozialabbau insbesondere im universitären Bereich (1083/J) (S. 3734)

Begründung: Smolle (S. 3735)

Bundeskanzler Dr. Vranitzky (S. 3739)

Bundesminister Dr. Tuppy (S. 3740)

Debatte:

Dr. Helene Partik-Pabé (S. 3742),
Dr. Stippel (S. 3745),
Dr. Blenk (S. 3748),
Freda Blau-Meissner (S. 3751),
DDR. Gmoser (S. 3754),
Dr. Stummvöll (S. 3758),
Dr. Dillersberger (S. 3760),
Dr. Höchtl (S. 3763),
Dr. Ermacora (S. 3766) (tatsächliche Berichtigung) und
Cap (S. 3766)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 3655)

Entschuldigungen (S. 3655)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Dr. Fischer, Dkfm. DDr. König, Dr. Haider und Freda Blau-Meissner, gemäß § 57 der Geschäftsordnung die Redezeit in der Debatte über den Punkt 1 der Tagesordnung auf 20 Minuten zu beschränken (S. 3669) — Annahme (S. 3669)

Tatsächliche Berichtigungen

Dipl.-Ing. Dr. Krünnes (S. 3696)

Dr. Ermacora (S. 3766)

Fragestunde (18.)

Landesverteidigung (S. 3655)

Dr. Frischenschlager (133/M); Freda Blau-Meissner, Dr. Preiß, Kraft

Roppert (118/M); Dr. Ermacora, Dr. Frischenschlager, Mag. Geyer

Dr. Müller (119/M); Dr. Khol, Dr. Frischenschlager, Freda Blau-Meissner

Dr. Pilz (138/M); Kuba, Dr. Khol

Verhandlungen

(1) Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1988 samt Anlagen (280 und Zu 280 d. B.)

Redner:

Dkfm. Bauer (S. 3669),
Verzetsnitsch (S. 3672),
Dr. Taus (S. 3676),
Dr. Pilz (S. 3679),
Dipl.-Ing. Dr. Krünnes (S. 3683),
Dr. Nowotny (S. 3687),
Ing. Dittrich (S. 3691),
Bundesminister Dkfm. Lacinia (S. 3694),
Dipl.-Ing. Dr. Krünnes (S. 3696) (tatsächliche Berichtigung),
Smolle (S. 3697),
Haigermoser (S. 3700),
Dr. Marga Hubinek (S. 3703),
Elfriede Karl (S. 3705),

Freda Blau-Meissner (S. 3708),
 Klara Motter (S. 3711),
 Dr. Schwimmer (S. 3713),
 Mag. Brigitte Ederer (S. 3717),
 Hintermayer (S. 3720),
 Regina Heiß (S. 3721),
 Dr. Fertl (S. 3723),
 Dr. Lanner (S. 3726),
 Staatssekretär Dr. Ditz (S. 3728),
 Leikam (S. 3729),
 Karas (S. 3732),
 Arthold (S. 3770),
 Dr. Müller (S. 3773) und
 Wabl (S. 3773)

Zuweisung (S. 3775)

Gemeinsame Beratung über

- (2) Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht des Bundeskanzlers (III-31 d. B.), mit dem der Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird (290 d. B.)
- (3) Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht des Bundeskanzlers (III-34 d. B.), mit dem der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird (291 d. B.)

Berichterstatter: Johann Wolf (S. 3775)

Redner:

DDr. Hesele (S. 3776),
 Dr. Khol (S. 3777),
 Dr. Frischenschlager (S. 3778)
 und
 Mag. Geyer (S. 3778)

Kenntnisnahme der beiden Berichte (S. 3780 f.)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage (S. 3668)

306: Abkommen zwischen der Regierung der

Republik Österreich und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Errichtung sowie die Privilegien und Immunitäten der Delegation der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in der Republik Österreich

Antrag der Abgeordneten

Dr. Haider, Mag. Haupt, Huber und Genossen betreffend Minderheitenschulgesetz für Kärnten (120/A) (E)

Anfragen der Abgeordneten

Smolle und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Sozialabbau insbesondere im universitären Bereich (1083/J)

Dr. Stix, Haigermoser, Dr. Dillersberger und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Fremdenverkehrslehrstuhl an der Universität Innsbruck (1084/J)

Dkfm. Bauer, Dr. Gugerbauer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Einschränkung der Hausbeschäftigung der Zollämter (1085/J)

Strobl, Dr. Müller, Weinberger, Mag. Guggenberger und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend die Beachtung der verkehrspolitischen Grundsätze und Leitlinien in den mit Italien durchgeföhrten Straßenverkehrsverhandlungen (1086/J)

Mag. Guggenberger, Strobl, Dr. Müller, Weinberger und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Grenzkontrolle nach kraftfahrtechnischen Vorschriften direkt durch Zollorgane (1087/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Mag. Gratz,
Zweiter Präsident Dr. Marga Hubinek, Dritter Präsident Dr. Stix.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 30. Sitzung vom 20. und 21. Oktober 1987 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegen und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dipl.-Ing. Winsauer, Wimmersberger, Eigruber und Dr. Jolanda Offenbeck.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Czettel und Ing. Sallinger.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt — um 9 Uhr 1 Minute — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: Ich beginne mit der 1. Anfrage: Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ) an den Bundesminister für Landesverteidigung.

133/M

Was haben Sie als Bundesminister für Landesverteidigung unternommen, um zu verhindern, daß durch die geplante Kürzung des militärischen Hochbaubudgets eine Sanierung der Bausubstanz des österreichischen Bundesheeres nicht mehr ermöglicht wird?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Lichal: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Frage darf ich feststellen, daß die Budgetmittel für den militärischen Hochbau einschließlich Liegenschaftsbeschaffung für das Jahr 1988 mit 954 Millionen Schilling veranschlagt sind, also im Gegensatz zum Bundesvoranschlag 1987, der noch 965,1 Millionen Schilling aufgewiesen hat, um zirka 1 Prozent oder etwas mehr geringer angesetzt sind. Das ist aufgrund der prekären budgetären Situation erforderlich gewesen.

Es wird allenfalls bei den Sonderfinanzie-

rungen zu einer Überlegung von Neubauten kommen. Derzeit ist vorgesehen, daß man die notwendigerweise begonnenen Bauten auch weiter fortsetzt.

Ich glaube, es wird Sie auch interessieren, Herr Abgeordneter, daß im Bereich Salzburg die Wallner-Kaserne davon betroffen ist, dann die Krobabinkaserne in St. Johann im Pongau, daß Tamsweg mitberücksichtigt ist und in Wals-Siezenheim ebenfalls eine Fortführung stattfindet. Das heißt, daß also meine Bestrebungen dahin gegangen sind, die bereits begonnenen Bauvorhaben fortsetzen zu können, nicht zur Einstellung bringen zu müssen.

Mit großräumigen Neubauten kann aber im Jahre 1988 — mit Ausnahme vielleicht von ein oder zwei sonderfinanzierten — nicht begonnen werden.

Präsident: Wünschen Sie eine Zusatzfrage?
— Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! In den vergangenen Jahren ist das Budget für die militärischen Bauten jeweils über 1 Milliarde gewesen, bis 1 050 Millionen. Der jetzige Budgeteinbruch ist natürlich sehr bedauerlich, und zwar nicht so sehr wegen der Neubauten. Das ist eine große Schwierigkeit.

Meine Hauptsorge, meine Frage ist: Wie wollen Sie es in Hinkunft bewältigen, daß die vorhandene Substanz erhalten wird? Das große Problem ist die Sanierung. Sie kennen ja die Zustände in den Kasernen. In den vergangenen Jahren hat man relativ zügig sanieren können. Nun gehen diese Budgeteinbrüche hauptsächlich auf Kosten der Sanierung. Wie wollen Sie die Substanzerhaltung in den kommenden Jahren mit diesen geringen Budgetmitteln bewältigen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Wie ich bereits betont habe, wird Sorge getragen, daß die Substanzerhaltung beziehungsweise die Instandsetzung fortgeführt werden kann, wenn auch sicher nicht in dem Ausmaß, wie wir es uns alle wünschen würden. Dazu sind die Budgetmittel ganz einfach nicht vorhanden. Sobald es aber nur irgendwie besser geht, werde ich mich darum bemühen, daß für die Instandsetzungs- und Restaurierungsar-

3656

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Bundesminister Dr. Lichal

beiten noch zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen. Für das Jahr 1988 aber muß mit diesem Betrag das Auslangen gefunden werden.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage: Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! Ein zweiter großer Problem-Bereich — er ist Ihnen bestens bekannt, noch jeder Verteidigungsminister mußte sich damit herumschlagen — ist das Problem der Garagen und Werkstätten. Sehen Sie in den nächsten Jahren bei diesen geringen Budgetmitteln — ich glaube nicht, daß sie viel höher sein werden als 1988 — eine Möglichkeit, beim Werkstättenbau und bei den Garagenbauten einen zusätzlichen Schwerpunkt zu bilden, weil das ja vor allem für die Betriebskosten ganz, ganz wichtig ist?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Mir ist diese Problematik bekannt. Ich kann Ihre Frage, Herr Abgeordneter, nur mit „teils, teils“ beantworten. Zum einen haben wir im Bauprogramm 1988 auch für solche Werkstätten und Garagen — auch in Ihrem Bundesland — finanzielle Mittel vorgesehen. Für Gesamtösterreich und auch für die anderen Bundesländer sind sie aber sicher nicht ausreichend, um alle Notwendigkeiten schnell zu erledigen.

Aber, Herr Abgeordneter, Sie wissen als früherer Verteidigungsminister, daß das ein sehr umfangreiches Beginnen ist, und ich kann nur wiederholen: Ich werde mich bemühen, sobald es budgetär nur irgendwie möglich ist, auch auf diesem Gebiete zusätzliche Akzente zu setzen.

Die vorgesehenen Bauvorhaben sind bereits abverhandelt, und es gibt selbstverständlich dabei auch Restaurierungen, Errichtungen von Garagen und Werkstätten — wobei aber noch vieles auf diesem Gebiete zu tun ist. Darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage: Frau Abgeordnete Blau-Meissner.

Abgeordnete Freda Blau-Meissner (Grüne): Herr Bundesminister! Einen Hauptteil der Kasernen machen ja die Unterkünfte aus — sie sind dazu notwendig —, weil aus unerfindlichen Gründen die Soldaten vor zwölf in der Kaserne sein müssen, obwohl ihr Dienst erst um 8 Uhr 30 beginnt. Vermutlich sind Sinn und Zweck dieser Regelung Disziplinierungs-

maßnahmen wie Bettenbauen, Spindordnung und ähnliches. Nun ist bekannt, daß dieser Zapfenstreich, das heißt das „In-der-Kaserne-zurück-sein-Müssen“ unbedingt vor 12 Uhr, schon eine Reihe von Unfällen verursacht hat und auch eine große Belastung für Familien ist. Ich frage Sie deshalb: Werden Sie die Möglichkeiten der Heimschläfer entscheidend verbessern und werden Sie diesen Zapfenstreich abschaffen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Der Zusammenhang zwischen dem Bauvorhaben im militärischen Hochbau und dem Zapfenstreich ist für mich nicht erkennbar, ich werde aber trotzdem Ihre Anfrage beantworten.

Frau Abgeordnete! Bei den jungen Österreichern, die ihren Wehrdienst ableisten, handelt es sich um Wehrpflichtige, die zu Soldaten ausgebildet werden. Zu Soldaten ausgebildet zu werden, das bedeutet auch, daß man an gefährlichen Geräten ausgebildet wird, daß man an Waffen ausgebildet wird. Es wäre eigentlich unverantwortlich, wenn nicht Sorge dafür getragen werden würde, daß es ganz einfach eine bestimmte Ruhezeit für den einzelnen Soldaten gibt, denn man würde ihn ansonsten einer Selbstgefährdung aussetzen, da mit der Ausbildung sehr große körperliche Strapazen verbunden sind, und eine Waffe ist immer ein gefährliches Gerät. Es wäre eigentlich nicht verantwortlich, wenn Jungmänner, denen wir es ohneweiters vergönnten, länger auszubleiben, erst in den Morgenstunden die Kaserne betreten, um dann am frühen Vormittag mit ihrer Ausbildung fortzusetzen.

Ich glaube, daß überall dort, wo es eine Gemeinschaft gibt, wo es gefährliche Verhältnisse gibt, ganz einfach auch dieser Umstand mitberücksichtigt werden muß, bei aller Akzeptanz, daß der junge Mensch das selbstverständlich als Zwang empfindet. Aber jede Fußballmannschaft, die etwas auf sich hält, geht vor einem großen Spiel in eine „Kasernierung“. Und wenn das im Bereich des Sports möglich ist und akzeptiert wird, umso mehr muß es in einem Bereich des Militärs, wo mit der Waffe umgegangen wird, akzeptiert werden.

Ich sehe daher im Hinblick auf die Verantwortung des zuständigen Ressortleiters keine Möglichkeit, diese Frage des Zapfenstreiche im Sinne Ihrer Anfrage in Bälde zu erledigen.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Preiß.

Dr. Preiß

Abgeordneter Dr. Preiß (SPÖ): Herr Bundesminister! Ich möchte wieder zurückkommen zu den militärischen Hochbauten. Sie haben sich heute von Ihrer charmanten Seite gezeigt und dem Herrn Abgeordneten Frischenschlager über sein Bundesland einige Auskünfte erteilt.

Ich möchte Sie als Waldviertler und niederösterreichischer Abgeordneter fragen, wie sich die Zahlen des Hochbaubudgets in unserem Bereich auswirken. Ich denke da vor allem an Allentsteig, wo das Werkstättenprojekt und der Küchenzubau ganz, ganz dringend sind, ich denke weiters an Weitra, wo es ernste sanitätspolizeiliche Bedenken gegen die Zustände, die dort herrschen, gibt, und ich denke auch an Horn und möchte Sie bitten, mir zu sagen, wie da der weitere Vorgang geplant ist, insbesondere im Hinblick darauf, daß es auch wichtige wirtschaftliche Impulse zusätzlich sind.

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: In der Kuenringer-Kaserne in Weitra kann mit dem Küchenzubau, der dort erforderlich wäre, nicht im Jahre 1988 begonnen werden. Hier wäre ein Kostenaufwand von 15 Millionen Schilling erforderlich.

Erfreulicherweise kann ich Ihnen aber sagen, daß in Allentsteig/Kaufholz das Feldküchenobjekt mit 3,2 Millionen Schilling veranschlagt ist und die Liechtenstein-Kaserne, Werkstätten und Garagen — das fällt auch in die Anfrage des früheren Verteidigungsministers —, grundsätzlich mit 20 Millionen Schilling. Dort ist wirklich die Notwendigkeit gegeben, die Dinge in Ordnung zu bringen.

Horn: Bei der Radetzky-Kaserne handelt es sich ebenfalls um ein großes Projekt mit einem Mindestaufwand von 40 Millionen Schilling. Es hat ja keinen Sinn, mit ein, zwei, drei, vier, fünf zu beginnen, und daher ist im Jahre 1988 dafür auch nichts vorgesehen.

Waldviertel: In Allentsteig ist es am notwendigsten. Da werden für die Feldküche die Gesamtkosten zirka 11,5 Millionen betragen. Die Liechtenstein-Kaserne erfordert doch einen Kostenaufwand von insgesamt 133 Millionen Schilling. Das heißt, daß hier eine Fortsetzung stattfindet und das gesamte Projekt einer Erledigung zugeführt wird. Ich halte das auch für sinnvoller, als wenn wir irgendwo wieder beginnen und dann mitten drinnen hängenbleiben.

Präsident: Eine dritte weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter Kraft (ÖVP): Herr Bundesminister! Wir haben ja in den letzten Jahren wiederholt auf den großen Nachholbedarf beim militärischen Hochbau hingewiesen, wir haben wiederholt einen sogenannten Prioritätenkatalog verlangt, nämlich daß die dringendsten Bauvorhaben zuerst behandelt werden, insbesondere auch beim früheren Verteidigungsminister Frischenschlager. Auf diesen Prioritätenkatalog ist ja niemals eingegangen worden.

Ich bin sehr froh, daß jetzt wirklich danach vorgegangen wird und die dringendsten Fälle, insbesondere im sanitären Bereich, zunächst in Angriff genommen werden. Diese Mißstände sind ja wiederholt auch Bestandteil von Beschwerden in der Bundesheer-Beschwerdekommission, wo wir uns damit zu beschäftigen haben.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß das Bautenbudget eine Kürzung erfahren hat, aber ich hoffe doch sehr, daß die dringendsten Sanierungsmaßnahmen auch in Zukunft gewährleistet sein werden.

Ich darf Sie fragen, Herr Bundesminister: Trifft die Kürzung des Bautenbudgets von 3,6 Prozent auch auf das Landesverteidigungsbudget zu? Wir haben zwar gestern die Budgetrede gehört, aber im konkreten nichts über allfällige Kürzungen für das militärische Landesverteidigungsbudget.

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist richtig, daß rein nominell eine Verminderung des anderen Budgets — wenn ich das so auffasse — im Sachaufwand zu meinem Ressort zählt. Denn der militärische Hochbau — das muß ich auch noch erklären — zählt ja zum Wirtschaftsministerium, nur der reine militärische Sonderbau wird im Bereich des Verteidigungsministeriums durchgeführt. Das heißt, daß es hier neben den Personalkosten einen Investitions- oder Sachaufwand gibt. Dieser ist dann rein nominell auch um 3,7 Prozent verringert gegenüber dem Jahr 1987.

Da aber die Kosten für das Luftraumüberwachungsflugzeug in der Höhe von 160 Millionen Schilling für das Jahr 1988 erstmals im Bautenressort, also im Wirtschaftsministerium, veranschlagt sind und es außerdem zu einer außerbudgetären Finanzierung von ver-

3658

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Bundesminister Dr. Lichal

schiedenen Vorhaben in der Höhe von 750 Millionen Schilling kommt, kann ich — wenn man dies dazurechnet — zu dem Budgetansatz doch sagen, daß wir hier um zirka 1,6 Prozent mehr zur Verfügung haben.

Präsident: Wir kommen zur 2. Anfrage: Abgeordneter Roppert (SPÖ) an den Bundesminister für Landesverteidigung.

118/M

Welche organisatorischen Möglichkeiten sehen Sie, den sehr hohen Anteil an sogenannten Durchdienern (Systemerhaltern mit acht Monaten Präsenzdienst) im österreichischen Bundesheer bei den kommenden Einrückungsterminen entscheidend zu senken?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Lichal: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bei den sogenannten Durchdienern — Grundwehrdienern, die einen Präsenzdienst von acht Monaten leisten — sind zwei Gruppen zu unterscheiden: das sind die Funktionssoldaten der Gruppe F, die primär für die Aufrechterhaltung des Friedensbetriebes des Heeres dienen und für eine Mob-Beorderung nicht vorgesehen sind, und die Funktionssoldaten der Gruppe E, die einer befristeten Mob-Beorderung je nach Mob-Bedarf zugeführt werden.

Jetzt bestehen schon seit Jahren die Bestrebungen, Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen, um den sogenannten Systemerhalter zahlenmäßig zu verringern. Diesem Vorhaben entspricht auch die zahlenmäßige Entwicklung in den letzten Jahren. Wenn auch das Wehrpflichtigenaufkommen in den letzten Jahren stark gefallen ist, der sogenannte Pillenknick jetzt zum Tragen kommt — so hat es im Jahre 1981 noch ein Wehrpflichtigenkontingent von 53 000 gegeben und, wie Sie vielleicht wissen, im Jahre 1987 nur noch eines von 45 000 —, so ist trotzdem der prozentuelle Anteil dieser Systemerhalter von ursprünglich 32,8 Prozent auf 21,37 Prozent gesunken. Also obwohl es eine Minderung des Wehrpflichtigenkontingents gibt, ist auch der prozentuelle Anteil gesunken. Und das kommt auch in den Zahlen eklatant zum Ausdruck. Wir mußten zum Beispiel im Jahre 1981 aus der Gruppe F noch 17 395, also 32,8 Prozent, verzeichnen, während es 1987 nur 9 616 sind. Das ist einmal die Tendenz, entspricht aber noch nicht ganz Ihrer Frage: Was kann man tun? Welche Maßnahmen sind möglich?

Nun, es gibt hier theoretische Maßnahmen. Ich glaube, daß sie wirklich im Bereich der

Organisation angesiedelt sind, insbesondere bei einer Rationalisierung. Zum Beispiel können bei DAVERS II, das ist die Umstellung auf Datenverarbeitung bei der Versorgung, noch wesentliche Einsparungen vorgenommen werden.

Theoretische Lösungsmöglichkeiten wären etwa: mehr Zivilbedienstete oder die Frauen einzuladen, ein Scherlein zum Wehrdienst beizutragen. Das ist aber alles nicht realistisch.

Der Lösung betreffend die Verwendung von Zivildienern, die mir auch vorgeschlagen wurde, möchte ich mich nicht anschließen, weil das im militärischen Bereich sicher nicht gerade das wünschenswerteste wäre. Ich glaube also, daß hier die Entwicklung für uns spricht, daß aber mit den vorgesehenen Rationalisierungsmaßnahmen vielleicht noch eine Verbesserung erzielt werden kann.

Präsident: Eine Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Roppert.

Abgeordneter Roppert: Herr Bundesminister! Es laufen zurzeit Pilotensysteme beim österreichischen Bundesheer, nämlich Varianten, wie man die Wehrpflicht anders ableisten könnte. Zu den bestehenden Möglichkeiten — 6 Monate plus 2 Monate üben beziehungsweise 8 Monate durchdienen — ist nun in Erprobung die Variante: 7 Monate dienen plus 30 Tage Übungen. Was sind bei diesen Pilotensystemen die Ergebnisse, Herr Bundesminister?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Hier möchte ich mir überhaupt noch kein Urteil erlauben, nicht einmal einen Zwischenbericht. Es ist richtig — und das ist die Ursache dieser Pilotversuche —, daß der Acht-Monate-Diener, der Durchdiener, eigentlich dem Milizcharakter unseres Bundesheeres widerspricht und daß die Übung für den Soldaten das Wesentliche ist.

Ich glaube, es ist unbestritten, daß gerade für jemanden, der an der Waffe ausgebildet wird, nach einiger Zeit eine Auffrischung dieser Kenntnisse, vor allem im Verband selbst, in einer Gruppe, notwendig ist. Daher bin ich selbst auch der Auffassung, daß wir diese „8/0“ minimieren sollten. Das hängt natürlich auch mit Ihrer Frage zusammen. Das „8/0“ ist nicht immer realistisch, weil es hier sonst keine Überlappung geben würde, diese brauchen wir aber auch, sonst wäre die Einsatzbe-

Bundesminister Dr. Lichal

reitschaft nicht immer gegeben, und so ist die Idee des „7 plus 1“ aufgetaucht, wobei es meines Erachtens ohneweiters auch ein „6 plus 2“ und „7 plus 1“ geben könnte. Also da kann ich noch nichts Abschließendes sagen.

Etwas, zu dem ich schon mehr sagen kann und das auch mit der Ausbildung zusammenhängt, ist die Frage der Neugestaltung der Ausbildung: daß man die reine Rekrutendienstzeit während dieser 6 oder 8 Monate etwas strafft, das heißt, das „Soldatwerden“ selbst verkürzt, intensiviert, und dann bereits beginnt, in der Gruppe, in der der Betreffende später zum Einsatz gelangen soll, die Übungen vorzunehmen. Und das läuft eigentlich ganz vorzüglich. Hier werden wir — es sind ja wehrgesetzmäßige Bestimmungen zu ändern — bis nächstes Jahr im Sommer so weit sein — ich werde dann einen Bericht erstatten —, das abzuschließen. Wenn es geht, werden wir dann dieses „7-plus-1“-Modell mitbehandeln, denn das Ganze gehört zusammen.

Die Übung selbst, glaube ich, und da bitte ich um Verständnis, ist für unseren Milizsoldaten ganz einfach ein unerlässliches Vorhaben. Er muß ausgebildet sein. Ich sehe oft bei Feuerwehrwettkämpfen, mit welch schlafwandlerischer Sicherheit die Wehrmänner der Freiwilligen Feuerwehren ihre Handgriffe beherrschen, und das ist eigentlich auch für den Soldaten im Notfall eine Selbstverständlichkeit, ja sogar eine Überlebensfrage.

Daher möchte ich auch auf dieses Üben des Soldaten, auf seinen Umgang mit dem ihm zur Verfügung stehenden Gerät, ob das Fahrzeuge oder sonstige Dinge sind, und der Waffe besonders Wert legen. Aber es wäre ohneweiters denkbar, daß „7 plus 1“ einmal ein Modell wird, das zumindest das „8/0“ ersetzt.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Roppert.

Abgeordneter Roppert: Herr Bundesminister! Ich höre aus der Truppe, daß die Verwendung der „Arbeitsmarktkräfte“ im Bundesheer — es waren ja überwiegend junge Frauen, die im Verwaltungsdienst eingesetzt worden sind — ungemein erfolgreich war. Herr Bundesminister, kann man sagen, wie viele Systemerhalter bei einer derartigen Verwendung pro Einsatzfall im österreichischen Bundesheer eingespart worden sind?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Das kann ich

zahlenmäßig sicher nicht beantworten, es gibt da unterschiedliche Auffassungen. Zum einen hat es sehr verwendungsfähige junge Leute gegeben, zum anderen eher weniger. Aber eines steht natürlich fest: daß nämlich die Tätigkeiten, die durch diese Kräfte, durch diese Sonderkräfte, verrichtet wurden, jetzt von jemand anderem gemacht werden müssen; nur kann ich Ihnen das zahlenmäßig nicht sagen. Aber ich stelle Ihnen das gerne schriftlich zur Verfügung, weil wir die gesamten AMFG-Kräfte zusammenrechnen müssen, die in unserem Ressort Verwendung haben, dann diejenigen abziehen, die dann überstellt werden und allenfalls im Ressort verbleiben, und dieser Überlegung dann die notwendigen Durchdiener oder sonstigen Personen, die dann die Tätigkeiten übernehmen, gegenüberstellen. Aber ich werde das schriftlich zusammenstellen lassen. Ich bin gerne bereit, Ihnen das zuzumitteln.

Präsident: Erste weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Bundesminister! Wir alle wissen, daß aus dem Kreise der Systemerhalter vor allem der Motivationsfrust und die Kritik kommen und daß daher die Zielsetzung, diese Systemerhalter soweit wie möglich abzubauen, zu begrüßen ist.

Wir wissen alle aus dem Zweiten Weltkrieg, daß es auf einen sogenannten Kampfsoldaten sieben sogenannte Systemerhalter getroffen hat. Ich darf fragen: Wissen Sie, wieviel Systemerhalter wir tatsächlich brauchen, um dieses Bundesheer funktionieren zu lassen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Die Frage kann nur beantwortet werden, sehr geehrter Herr Professor, wenn man überlegt, ob man solche Systemerhalter unbedingt im militärischen Bereich braucht oder ob man sie durch andere ersetzen kann, zum Beispiel durch Zivilbedienstete. In allen Armeen der Welt gibt es diese Zivilbediensteten, die ihre berufliche Tätigkeit dadurch erbringen, daß sie Arbeiten leisten, die sonst zum Teil der Systemerhalter leisten müßte.

Ich bin ebenfalls der Meinung, daß jemand, der 8 Monate durchdient und in dieser Zeit mehr Leerläufe erlebt, seinen Präsenzdienst nicht richtig motiviert abgeleistet hat.

Das hängt meines Erachtens damit zusammen, daß der junge Mensch etwas leisten und

3660

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Bundesminister Dr. Lichal

gefordert werden will. Dort, wo es sehr interessante, praxisbezogene oder — wenn Sie wollen — gefechtsbezogene Übungen gibt, dort ist eigentlich der einzelne davon überzeugt, daß es eine sinnvolle Zeit war, die er beim Bundesheer verbracht hat, weil er am Gerät oder an der Waffe ausgebildet wurde. Wenn jemand seinen Wunschtraum erfüllt und er nach seiner Grundausbildung einen ruhigen Posten erreicht, dann kommt er vielfach nach der Präsenzdienstzeit zu der Überlegung: Viel hat mir das nicht gebracht, das war für mich eine verlorene Zeit. — Subjektiv gesehen stimmt das auch. Das hängt aber wiederum mit den Ausbildungsmodellen und mit dem gesamten Problem zusammen.

Aber die Frage ist noch nicht gelöst. Vielleicht müssen wir, um unseren Auftrag erfüllen zu können, einmal feststellen, ob wir entweder eine neue Gruppe brauchen oder jemanden, der diese weniger werdenden Systemerhalter ersetzt. Einen Teil davon brauchen wir sicher immer.

Präsident: Zweite weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Zunächst mein Dank, daß Ihre Zahlen über die Absenkung der Systemerhalter beweisen, daß die Bemühungen der letzten Jahre, diesen Prozentsatz abzusenken, offensichtlich erfolgreich waren.

Kollege Roppert hat ja in seiner Anfrage die Durchdiener-Problematik zu den Systemerhaltern in Bezug gesetzt. Ich glaube, es gibt ein viel grundsätzlicheres Problem, und da erbitte ich eine Antwort. Ich weiß, daß durch die bevölkerungspolitische Entwicklung — geburtenschwächere Jahrgänge — in verschiedenen Militätkommanden die Landwehr, also das Kernstück unserer Miliz, die Personalstände nicht mehr halten kann. Es werden einfach die Personalstände der Landwehrinheiten reduziert.

Meine Frage: Haben Sie mit diesem sehr, sehr grundsätzlichen und großen Problem die Bundesregierung befaßt? Ich glaube, daß wir sehr bald über grundlegende Änderungen auf diesem Gebiet nachdenken müssen. "7 plus 1" wird keine Lösung sein, denn ein Milizsoldat, der nur einen Monat übt, wird kein vollwertiger Milizsoldat sein.

Haben Sie die Bundesregierung auf diese kommende große Problematik hingewiesen?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Ja. Mit der Heeresgliederung 1987, die im Landesverteidigungsamt einstimmig gutgeheißen und auch von der Regierung beschlossen wurde, wurde indirekt darauf Bezug genommen, weil wir jetzt nicht die Aufstellung neuer Einheiten im Sinne eines Endausbaues des Bundesheeres vornehmen, sondern eine Konsolidierungsphase auch mit dem uns zur Verfügung stehenden Personal durchführen. Das ist sicher ein Komplex, der mit dem Heeresausbau, mit der Aufstellung von Einheiten, sowie mit einer Neuordnung der Ausbildung zusammenfällt und der sicher diese organisatorischen Probleme aufweist.

Wir werden die Frage diskutieren, wenn a) die Modellversuche über eine neue Zusammensetzung des Grundwehrdienstes mit den Übungen abgeschlossen sind und wenn wir b) Erfahrungen der neuen Ausbildungsmodelle vorliegen haben. Das wird ungefähr im Frühjahr oder Mitte des Jahres 1988 sein.

Präsident: Dritte weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Mag. Geyer.

Abgeordneter Mag. Geyer (Grüne): Herr Bundesminister! Ich möchte Ihnen eine noch grundsätzlichere Frage stellen.

Im Bundesheer herrscht das Prinzip des Gehorchens, des Befehlens, und zwar durchgehend auch in den Bereichen, in denen es nicht unbedingt notwendig wäre. Der Volksmund trifft diese Situation ganz gut mit Sprüchen wie „Beim Bundesheer wird man dir die Wadln virerichten“ und „Dort wirst du Gehorsam lernen“. Ich halte es für eine problematische Sache, daß die Einrichtung, die zurVerteidigung der Demokratie berufen ist, selbst völlig undemokratische Strukturen hat.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Was tun Sie, damit Österreicher als Soldaten nur Befehlen gehorchen, die von demokratischen Regierungen erteilt werden, und nicht, wie in der Vergangenheit, Befehlen, die von undemokratischen Regierungen gegeben wurden sind, und das auch noch als Pflichterfüllung ansehen?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Da wir derzeit in einer parlamentarisch-demokratisch freien Gesellschaftsordnung leben und ich ein Mitglied dieser Bundesregierung in einer solchen Gesellschaftsordnung bin, stellt sich die Frage, die Sie gestellt haben, für mich überhaupt nicht. Es steht außer Zweifel, daß hier

Bundesminister Dr. Lichal

auf demokratische Weise zustande gekommene Befehlsstrukturen ausgeübt werden. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ*)

Präsident: Ich komme zur 3. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Müller (*SPÖ*) an den Bundesminister für Landesverteidigung.

119/M

Ist Ihnen die Übungsannahme des unter der Bezeichnung 'Kecker Spatz' gemeinsam durchgeföhrten Manövers der deutschen Bundeswehr und der französischen Streitkräfte bekannt?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Herr Abgeordneter Dr. Müller! Die Gefechtsübung „Kecker Spatz“ in der Bundesrepublik Deutschland wurde gemäß der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa mittels Verbalnote der französischen Botschaft und der Botschaft der BRD über das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten angekündigt. Inhalt der Ankündigung waren der Zweck der Gefechtsübung, die teilnehmenden Kommanden und Truppen, der Übungsraum und die Übungszeit, die eingesetzten Kampfpanzer, die Flugzeuge und die Artillerie, die Phasen der Gefechtsübung und eine Kurzbeschreibung dieser Phasen sowie der zeitliche Phasenablauf.

Eine darüber hinausgehende Übungsannahme wurde nicht übermittelt, jedoch liegen Berichte der Beobachter dieses Manövers vor. Es hat zwei österreichische Manöverbeobachter im Rahmen der KSZE-Bestimmungen gegeben, das waren der Gesandte Dr. Loibl von der Botschaft in Bonn und der Oberst des Generalstabes Hansen. Es hat darüber hinaus österreichische Manövergäste gegeben.

Das Ergebnis dieser Beobachtungen all dieser Personen war, daß in keiner Weise und in keiner Phase des abgelaufenen Manövers die Annahme des Einsatzes von Nuklearwaffen auf österreichischem Territorium bestand.

Ich habe bei meinem vorwöchigen Besuch in der Bundesrepublik auch in dieser Frage den Bundesminister für Verteidigung, Dr. Wörner, angesprochen. Er selbst hat mir persönlich bestätigt, daß in keiner Weise solche Annahmen bestanden. Natürlich wurde von „Grünland“, „Blaupartei“, „Rotpartei“ und so weiter gesprochen, wie bei Manövern ja immer. (*Abg. Dr. Frischenschlager: Furchtbar!*)

Wenn Sie mich aber fragen, ob wir bei unserer letzten Übung der Theresianischen Militärakademie in Vorarlberg eine Bedrohung durch Liechtenstein angenommen oder unterstellt haben, würde ich das ebenfalls mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Nur dem, der das Manöver durchführt, bleibt es letztendlich im Rahmen der multilateralen oder bilateralen Vereinbarungen selbst überlassen, wie er ein Manöver anlegt. Wir würden uns bei unserem Bundesheer auch in keiner Weise, wenn wir diesen Vorschriften entsprechen, etwas aufzotroyieren lassen.

Diese Vermutung, die ein gewisses Blätterrauschen hervorgerufen hat, ist durch nichts erhärtet und stimmt schlicht und einfach nicht.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Müller wünscht eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Müller: Herr Bundesminister! Es hat im Rahmen dieser Übung, wie Sie schon ausgeführt haben, Manövergäste und auch offizielle Beobachter gegeben. Ich glaube, es handelt sich bei dem, worum ich Sie jetzt fragen werde, eher um Manövergäste. Es waren dort zwei Offiziere im Generalstabsrang. Einer der beiden ist, wie ich glaube, in der „Zeit im Bild 1“ nach seiner militärpolitischen und sicherheitspolitischen Einschätzung gefragt worden. Er hat sich um diese Einschätzung eigentlich sehr herumgedrückt. Er hat eher eine übungstechnische Einschätzung gegeben. Auch die zweiten diesbezüglichen Aussagen waren eher sehr zurückhaltend.

Herr Bundesminister! Orten Sie nicht, was Militär- und strategische Fragen anbelangt, ein Defizit in der Generalstabsausbildung?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Ich vertrete die Meinung, daß es gut ist, wenn sich ein General bei Aussagen von derartiger politischer Brisanz zurückhält und „herumdrückt“. Mir ist das lieber, als wenn hier Aussagen getätigt werden, die dann außenpolitische Konsequenzen erheblicher Natur haben. Ich sehe also hier keinen Mangel der Generalstabsausbildung, eher einen Vorteil.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Müller, eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Müller: Ich nehme also zur Kenntnis, daß unsere Generalstäbler überausgebildet sind und nur nicht alles sagen können. Aber das nur nebenbei.

3662

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Müller

Herr Bundesminister, Sie wissen — Sie haben das Blätterrauschen auch angesprochen —: Diese Übung „Kecker Spatz“ hat natürlich auch die Frage nach der Motivation, nach der Wehrbereitschaft und auch nach der wehrpolitischen Bildung wieder in den Raum gestellt. Die wehrpolitische Bildung wird ja vielfach bereits totgesagt. Welche Maßnahmen wollen Sie hier setzen?

Ich verweise auf dieses Papier, das offensichtlich das Bauprogramm enthält, und da auch das militärische Bauen ein wichtiger Teil der Motivation ist, darf ich Sie als Tiroler gleich noch dazu fragen, wie es mit dem weiteren Bau der Kaserne Imst ausschaut.

Präsident: Ich möchte doch festhalten: Wenn der Herr Bundesminister so freundlich ist, zu antworten, ist das gut, aber die Zusatzfrage soll im Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen.

Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Bitte wiederholen Sie die Frage, die Sie in diesem Zusammenhang stellen sollten. (*Heiterkeit.*)

Präsident: Das ist leider nicht vorgesehen! (*Abg. Dr. Frischenschlager: Oberleutnant Müller, ganz, ganz schlecht! — Abg. Dr. Khol: Der „kecke Spatz“ ist abgestürzt! — Weitere Zwischenrufe.*)

So, jetzt ist der Herr Bundesminister am Wort.

Bundesminister Dr. Lichal (fortsetzend): Gut, ich habe die Liste. Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen also — ich möchte fast sagen — ein erfreulicheres Ergebnis mitteilen als den anderen Kollegen (*Abg. Dr. Frischenschlager: Das ist brav!*), die vorher gefragt haben, weil die Andreas-Hofer-Kaserne in Absam mit 5,8 Millionen dotiert ist, Innsbruck, Conrad-Kaserne, mit 3,5, 5,5, 2,2. Ob es sich um Sanitätsanstalten, Magazingebäude et cetera handelt — vielleicht wissen Sie das ohnehin —, brauche ich nicht aufzuzählen. Militärkommando Eugen-Kaserne 1,6, Wirtschaftsgebäude 6 und Kranebitten, die Landwehrkaserne, mit 65.

Präsident: Eine erste weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Khol.

Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP): Was die wehrpolitische Bildung betrifft, Herr Kollege Müller, kann ich Ihnen sagen, daß wir mit dem Minister bereits Gespräche geführt

haben als politische Akademien aller drei Parteien, um diese wehrpolitische Bildung tatkräftig fortzuführen. (*Ironischer Beifall bei den Grünen und Rufe bei den Grünen: Na bravol!*)

Die Zusatzfrage an den Minister: Herr Minister, es gibt immer wieder Manöverannahmen, daß ausländische Truppen im Falle eines Ost-West-Konfliktes österreichisches Staatsgebiet durchschreiten, verletzen oder ähnliche für uns sehr negative Dinge planen beziehungsweise als Manöverannahme ins Kalkül ziehen. Welche Maßnahmen sehen Sie als geeignet an, derartige Manöverannahmen zu entkräften: Anfragen im Parlament oder eine wirksame Landesverteidigung?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Keine Frage: eine wirksame Landesverteidigung!

Ich möchte doch hinzufügen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß natürlich jedes Manöver von der Annahme einer Bedrohung ausgeht, sonst würden diese Manöver ja nicht stattfinden. Wenn wir Manöver machen, so müssen wir ganz einfach auch eine Bedrohung, schon im Sinne unserer Wehrdoktrin, eine Bedrohung unseres neutralen Staates, annehmen und versuchen, dieser Bedrohung zu begegnen und einem allfälligen Aggressor wirksam zu begegnen.

Daher gibt es bei uns diese Übungen in jeder Himmelsrichtung, wie ich bereits erwähnt habe, in Vorarlberg genauso wie in Niederösterreich, in Kärnten genauso wie in Oberösterreich. Das spielt für uns gar keine Rolle.

Die wirksamste Landesverteidigung hat sicher den höchsten Abhaltewert, den man sich vorstellen kann, denn für einen allfälligen Aggressor muß es eben einen zu hohen Preis geben, wenn er diese Aggression vornimmt. Nur dann hat Landesverteidigung einen Sinn.

Deshalb werde ich auch bemüht sein — und ich bitte alle diesem Haus angehörenden Abgeordneten, da mitzuhelpen —, daß es eine echte und effiziente Landesverteidigung in Österreich gibt. Ich bitte, von den ständigen Versuchen, die militärische Landesverteidigung zu unterminieren und schlechtzumachen, Abstand zu nehmen.

Präsident: Eine zweite weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager.

Dr. Frischenschlager

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Bundesminister, es hat sehr viel Aufregung gegeben wegen dieses Manövers „Kekker Spatz“. Ich wundere mich ein bißchen, daß man sich hier auf die wehrpolitische Bildung konzentriert, wo für mich eine ganz andere Frage im Vordergrund steht.

Wenn die österreichische Bundesregierung die militärische Landesverteidigung derart gering budgetiert, darf man sich nicht wundern, daß Nachbarn in ihren Übungsannahmen davon ausgehen, daß Österreich sein eigenes Territorium militärisch nur wenig sichern kann.

Meine Frage: Haben Sie im Zusammenhang mit dem „Kecken Spatz“ — auch Ihr Koalitionspartner hat diese Übungsannahme sehr stark kritisiert — darauf hingewiesen, daß eine weitere Verdünnung unserer militärischen Substanz unsere Nachbarn zu derartigen Übungsannahmen zwingt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Lichal**: Ich kann Ihre Auffassung von der „Verdünnung“ der militärischen Substanz im besonderen deshalb natürlich nicht unterstreichen (*Abg. Dr. Frischenschlager: Stimmt aber!*), weil ich ja vorhin erklärt habe, daß es ja Möglichkeiten gegeben hat, grosso modo gesprochen, den Stand zu halten. Daß wir aber Verbesserungen in der Ausstattung selbst vornehmen müssen, daß wir in unserem Bundesheer den modernen Technologien Eingang verschaffen müssen, daß wir eine effiziente Luftabwehr und eine effiziente Panzerabwehr benötigen, darüber sind sich ja alle Parteien im Landesverteidigungsrat einig, darüber sind sie sich im klaren.

Ich glaube, daß auch das mit ein Schritt ist, die Glaubwürdigkeit der militärischen Landesverteidigung in Österreich zu stärken. Ich glaube, daß es für den einzelnen Soldaten eine bessere Motivation ist, wenn er sich im Ernstfall mit einer entsprechend effizienten Waffe gegen einen Aggressor wehren kann. Es wird meine Aufgabe sein, das zu realisieren.

Aber ich bitte natürlich das Hohe Haus und alle Abgeordneten, mich zu unterstützen, denn die Landesverteidigung ist nicht Aufgabe eines Ministers allein. Die Landesverteidigung ist nicht einmal Aufgabe der Bundesregierung allein, sondern die Landesverteidigung ist eigentlich Aufgabe aller Österreicher. Das Bundesheer gehört allen Österrei-

chern, und das sind unsere Söhne, das sind unsere Kinder, das sind die Brüder, das sind die Freunde unserer jungen Menschen, und die haben Anspruch, erstens erstklassig ausgebildet zu sein und zweitens auch über das nötige Material zu verfügen, um im Ernstfall bestehen zu können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Dritte weitere Zusatzfrage: Frau Abgeordnete Blau-Meissner.

Abgeordnete **Freda Blau-Meissner** (Grüne): Zurück zum überaus „Kecken Spatzen“.

Herr Bundesminister! Wie erklären Sie sich als Strategie den Sinn einer Manöverannahme, nach der die Truppen des Warschauer Pakts durch das gesamte Donautal marschieren müssen — natürlich gegen den Widerstand unseres österreichischen Militärs —, und nach Überwindung dieses Widerstandes an die deutsch-tschechische Grenze oder an die deutsch-deutsche Grenze gelangen, dorthin, wo sie sowieso stehen? Das ist für uns eine unerklärliche Annahme.

Wenn Sie mit uns der Überzeugung sind, daß diese gesamte Manöverannahme doch militärisch eher realitätsfern ist, hätten Sie da nicht eigentlich den Ministerrat verständigen müssen? Denn es wäre doch auf einen unsere Neutralität mißachtenden Aspekt dieses Manövers zu schließen.

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Lichal**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe vorhin auch erwähnt, daß wir mit dem Abschlußjahrgang der Theresianischen Militärakademie in Vorarlberg eine sehr beachtete Übung durchgeführt haben. Dies hat vorausgesetzt, daß wir einer Aggression aus der Schweiz oder Liechtenstein ausgesetzt sind. Beide Staaten haben nicht dagegen protestiert, daß wir auf unserem Territorium eine militärische Übung durchführen.

Ich kann bitte nicht den anderen Staaten vorschreiben, was sie tun sollen und was sie nicht tun dürfen.

Wenn die europäischen bilateralen und multilateralen Vereinbarungen eingehalten werden — das ist in diesem Fall, wie ich erwähnt habe, geschehen, es wurden Beobachter eingeladen, es ist keine dieser aufgegriffenen Annahmen durchgeführt worden —, dann können wir anderen Staaten nichts vorschreiben. Die Vorgaben, unter denen Manöver durchgeführt werden, liegen in der Kom-

3664

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Bundesminister Dr. Lichal

petenz der einzelnen Staaten. (*Abg. Freda Blau-Meissner: Keine Antwort!*)

Präsident: Ich komme zur 4. Anfrage: Abgeordneter Dr. Pilz (*Grüne*) an den Bundesminister für Landesverteidigung.

138/M

Sind Sie bereit, von der Praxis Ihrer Vorgänger, Einheiten des Bundesheeres Einsätze gegen die Friedensbewegung und gegen Arbeiter üben zu lassen, abzugehen?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Es gibt keinerlei Übungen für Einsätze des österreichischen Bundesheeres gegen sogenannte Friedensbewegungen oder gegen Arbeiter.

Präsident: Eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Pilz: Herr Bundesminister! Bei Ihrer Antwort handelt es sich um die Unwahrheit. Es sind Fotos durch alle österreichischen Tageszeitungen gegangen, die den Einsatz einer österreichischen Wachkompanie gegen eine andere als Friedensbewegung verkleidete Kompanie zeigten. Es hat Interventionen gegen den oberösterreichischen Militärrkommandanten und eine riesengroße Diskussion gegeben, was sich eigentlich dieses Bundesheer herausnimmt, daß es Einsätze gegen die österreichische Friedensbewegung probt. Desgleichen hat es Einsätze mit der Übungsannahme streikende Arbeiter in der ÖMV und streikende Arbeiter in den Steyr-Werken gegeben.

Ich frage Sie deshalb in diesem Zusammenhang: Sagen Sie auf meine Anfrage hin wissenschaftlich die Unwahrheit oder sind Sie so schlecht informiert?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Ihre Anfrage kann sich selbstverständlich nur auf meine Ministerschaft, wenn Sie mich interpellieren, beziehen, Sie haben mich ja auch gefragt, ob ich das vor habe. Meine Antwort bleibt nach wie vor: nein, und das ist die Wahrheit.

Wenn in der Vergangenheit irgendeine Annahme geübt wurde, dann müßten Sie den Minister vor mir interpellieren. Ich kann nur für die Zeit meiner Ministerschaft Rechenschaft geben, gestern waren es neun Monate. Unter meiner Ministerschaft gibt es beim österreichischen Bundesheer derartige

Übungsannahmen nicht. Und das ist die Wahrheit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Wünscht der Herr Abgeordnete eine zweite Zusatzfrage? — Bitte.

Abgeordneter Dr. Pilz: Ich ersuche Sie, das nächste Mal die Frage eines Abgeordneten, bevor Sie sie beantworten, auch vollinhaltlich zu lesen. Ich habe Sie gefragt, ob Sie gewillt sind, von der Praxis Ihrer Vorgänger abzugehen. Ich nehme das, nachdem ich noch einmal nachgefragt habe, als eine zumindest vorläufige, wenn auch etwas unklare Antwort.

Trotzdem möchte ich Sie noch etwas fragen, um Ihrer „schwammigen“ Antwort etwas Konturen zu verleihen. Es gibt einen Erlaß eines Vorgängers von Ihnen, der die Ortsgebundenheit der Objektschutztruppen, das sind mögliche österreichische Bürgerkriegstruppen, aufgehoben hat und sie als mobile Bürgerkriegstruppen in Österreich einsetzbar macht.

Sind Sie bereit, diesen Erlaß, das heißt die Aufhebung der Ortsbindung der Objektschutztruppen, wiederum aufzuheben und damit die Gefährdung der österreichischen Bevölkerung, der Arbeiter bei Steyr, der Arbeiter in der ÖMV und der österreichischen Friedensbewegung durch spezielle Einheiten des österreichischen Bundesheeres zu minimieren?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Um Ihrer etwas „schwammigen“ Anfrage Konturen zu verleihen: Es ist nicht geplant, Sperrtruppen in irgendeiner Weise zu verändern. Daß jede andere Einheit verlegbar ist, ist unbestritten im Sinne unserer Wehrdoktrin verankert und braucht auch erlaßmäßig nicht geregelt werden.

Ich möchte aber zur Ehre aller Verteidigungsminister vor mir noch feststellen, daß es, Herr Abgeordneter Dr. Pilz, nicht Praxis war, auch nicht in der Vergangenheit, wenn irgendwelche Wachtruppen etwas geübt haben sollten, daß Übungen als Inhalt eines Übungsprogramms gegen Friedensbewegungen oder wie immer die sich nennen stattfanden. Das muß ich bitte auch zur Ehre der Minister vor mir feststellen. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Präsident: Erste weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Kuba.

Kuba

Abgeordneter Kuba (SPÖ): Werter Herr Bundesminister! Ich möchte Sie bezüglich der letzten beziehungswise der kommenden Raumverteidigungsübungen, die ja aufgrund unserer Wehrdoktrin vorgegeben sind, fragen: Gab es bei diesen Raumverteidigungsübungen Übungsannahmen gegen Friedensbewegungen oder gegen Arbeiter?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Da muß ich auf die Verfassungsbestimmungen hinweisen, Herr Abgeordneter. Wir haben über den militärischen Aspekt hinaus die Neutralität, den Staat zu schützen, einen Aggressor abzuwehren und, und, und, und auch die Aufgabe, die verfassungsmäßigen Einrichtungen zu schützen, die Handlungsfähigkeit sowie die demokratischen Freiheiten der Bewohner und die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Innern zu bewahren. Das ist bitte ein verfassungsmäßiger Auftrag an das österreichische Bundesheer, den kann man also nicht außer acht lassen.

Ich stelle aber noch einmal fest, daß wir solche Übungen, wie sie hier impliziert wurden und unterstellt werden, selbstverständlich nicht machen. Wenn wir aber einmal dazu herangezogen werden, den verfassungsmäßigen Auftrag zu erfüllen, dann ist das natürlich eine Verpflichtung.

Präsident: Zweite weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Khol.

Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP): Herr Bundesminister! Verstehe ich also Ihre Antwort richtig, daß Sie bereit sind, die verfassungsmäßigen Einrichtungen auch durch das Bundesheer zu schützen, wenn sie Gegenstand von Angriffen nicht gesetzmäßig vorgehender Gruppen, Terroristen und ähnlicher Personen sind?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Artikel 79 Abs. 2 der österreichischen Bundesverfassung verpflichtet uns zu einer solchen Vorgangsweise.

Präsident: Ich komme zur 5. Anfrage: Abgeordneter Wabl (Grüne) an den Bundesminister für Landesverteidigung.

137/M

Welche Veränderungen haben Sie aufgrund der Überprüfung der Generalität durch den Rechnungshof angeordnet?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Ich habe keine Veränderungen aufgrund einer Überprüfung der Generalität durch den Rechnungshof angeordnet, weil es keine Überprüfungen der Generalität durch den Rechnungshof gegeben hat.

Präsident: Wünscht der Fragesteller eine Zusatzfrage? — Bitte.

Abgeordneter Wabl: Herr Bundesminister, vielleicht wollten Sie die Frage absichtlich nicht verstehen. Ich habe Sie nämlich im Rechnungshofausschuß sehr wohl gefragt: Es gibt einen Rechnungshofbericht, der meines Wissens bereits fertiggestellt ist und Ihnen zur Begutachtung vorliegt, wo es vor allem darum geht, daß es in der Generalität Gruppen gibt — und ich spreche hier nicht von irgendwelchen Gruppen —, die dem alten Konzept des NATO-Gedankens anhängen, und dann gibt es eine starke Gruppe, die dem Raumverteidigungskonzept, die dem Milizsystem anhängt. Diese doppelte Organisation war, soweit mir bekannt ist, Gegenstand dieser Prüfung.

Sie haben mir im Rechnungshofausschuß gesagt, es werde schleinigst eine Veränderung durchgeführt. Sie haben allerdings nicht gesagt, daß das der Konflikt wäre.

Mir ist weiters bekannt, daß Sie diesen Rechnungshofbericht noch nicht beantwortet haben, und deshalb kann er wahrscheinlich nicht im heurigen Tätigkeitsbericht aufscheinen. Ich habe den Eindruck, Sie entziehen sich dieser schwierigen Problematik, indem Sie die Sache entweder verschweigen oder verschleppen.

Präsident: Die Frage!

Abgeordneter Wabl (fortsetzend): Die Frage war eindeutig. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich finde das gar nicht so lustig. Es gibt aus der Zeit des Herrn Ministers Frischenschlager eine Bitte an den Herrn Präsidenten des Rechnungshofes, den Overhead — und hier meine ich besonders die Generalität — zu überprüfen. Das ist passiert, Sie haben auch dazu Stellung genommen im Rechnungshofausschuß und haben gesagt, das werde gemacht. Ich habe den Eindruck gehabt, Sie

3666

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Wabl

wollen noch dem Rechnungshofbericht zuvorkommen.

Was mich daran stört — und das ist meine Frage —: Warum haben Sie diesen Rechnungshofbericht noch nicht beantwortet, sodaß dies rechtzeitig noch in den Tätigkeitsbericht hineinkommt, und warum sagen Sie jetzt, Sie brauchen keine Änderungen vorzunehmen, zumal Sie damals im Rechnungshofausschuß gesagt haben, Sie werden natürlich diese Organisation verändern?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ganz einfach: Hätten Sie mich in der schriftlichen Anfrage, die vorliegt, so gefragt, wie Sie es jetzt mündlich tun, dann hätte ich Ihnen diese Antwort gegeben. Aber Sie haben ja gefragt, ob die Generalität überprüft wurde. Die Generalität wird vom Rechnungshof weder nach der NATO-Freundlichkeit noch nach der Raumverteidigungsdoktrin oder nach irgend etwas anderem überprüft.

Der Rechnungshof überprüft alle Ministerien laufend nach der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und nach einer ordnungsgemäßen Verwaltung. Das hat mit einer Überprüfung einer Generalität natürlich nichts zu tun. Die hat der Rechnungshof nicht überprüft; das steht ihm auch sicher gar nicht zu.

Das Ersuchen des Herrn Ministers Frischenschlager, der Rechnungshof möge die Verwaltung überprüfen, das ist richtig, das ist in Bearbeitung, das wird geprüft, und hier werde ich rechtzeitig dem Hause die Stellungnahme zu diesen Fragen des Rechnungshofes abgeben.

Aber, bitte, da kann man doch nicht hineininsistieren, daß es zwei Gruppen gibt. Die gibt es nicht, Herr Abgeordneter Wabl! Ich muß Ihnen nochmals sagen: Es gibt keine Organisation für die NATO-Freundlichen und für die Milizfreundlichen, und die dritten sind noch andere Freundliche: Raumverteidigung oder sonst etwas. Eine derartige Organisationsform im Bundesministerium für Landesverteidigung ist mir unbekannt, und daher kann ich Ihnen hier keine bejahende Antwort geben.

Präsident: Herr Abgeordneter: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Wabl: Herr Bundesminister, dann frage ich Sie jetzt noch einmal ganz klar. Sie werden also aufgrund dieses Berich-

tes des Rechnungshofes in der Organisationsstruktur, die meines Wissens doppelt geführt wird — die Organisationsformen sind dort meines Wissens doppelt und dreifach —, organisatorische Veränderungen, gravierende organisatorische Veränderungen, vornehmen. Natürlich steht das nicht dezidiert in dieser einfachen Form, wie meine Frage war, im Rechnungshofbericht, aber man kann dort aller Voraussicht nach herauslesen, daß es sich hier um Doppelorganisationsformen handelt, und ich frage Sie jetzt, ob Sie das abstellen werden.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Ich danke, Herr Abgeordneter, für Ihre Feststellung, daß ich aus Ihrer Fragestellung das, was Sie wollten, nicht entnehmen konnte.

Aber sonst haben Sie selbstverständlich recht: Es muß jede Organisationsform fallweise überprüft werden. Nur habe ich mir nicht angemaßt, schon nach wenigen Monaten meiner Ministertätigkeit einen vollkommenen Überblick über die sinnvollste Organisation im Bereich des Landesverteidigungsressorts zu haben.

Es ist jeder Hinweis des Rechnungshofes, jeder Hinweis von fachlich dazu Berufenen eine willkommene Hilfestellung, aber letzten Endes soll eine Organisationsänderung nicht stückweise erfolgen, sondern sie muß, wenn sie gemacht wird, aus einem Guß erfolgen. Ich habe mir selber vorgenommen, erst nach einjähriger Ministerschaft endgültig zu entscheiden, welche allfälligen Doppelgleisigkeiten beseitigt werden können.

Es gibt ein zweites Problem, meine Damen und Herren — ich habe das schon erwähnt —, das ist der militärische Hochbau. Ich persönlich bin ein Anhänger, daß dieser militärische Hochbau zum Beispiel auch in das Landesverteidigungsministerium ressortieren sollte. (Abg. Dr. Frischenschlager: Viel Glück!) Das ist noch keinem meiner Vorgänger gelungen, war aber immer bekannt, und es wurde auch vom Rechnungshof darauf hingewiesen. Daher darf ich meine Antwort noch einmal erhärten, Herr Abgeordneter Wabl, daß eben der Rechnungshof schon viele Vorschläge gemacht hat, die dann am Schluß eigentlich aus den verschiedensten Gründen nicht realisiert werden können.

Ich habe die Absicht — und das wird also im Frühjahr des nächsten Jahres geschehen —, diese Organisation, wenn ich jetzt dann

Bundesminister Dr. Lichal

alles gesammelt habe, noch einmal zu überdenken und die maximale Effizienz zu gestalten. Alles andere wäre Schimäre, alles andere wäre unrealistisch, wenn man sich anmaßen würde, innerhalb von wenigen Monaten das ganze Getriebe eines solchen Ressorts bis in den letzten organisatorischen Teil zu beherrschen.

Präsident: Eine erste weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Roppert.

Abgeordneter Roppert (SPÖ): Herr Bundesminister! Dieser anscheinend sehr geheimnisumwitterte Rechnungshofbericht ist uns Abgeordneten ja nicht bekannt. Ich frage daher vorsorglich: Gibt es in diesem Rechnungshofbericht Anregungen, die nun etwa der neuen Heeresgliederung 1987 widersprechen, vor allem in bezug darauf, daß in der Heeresgliederung 1987 durch ein neues Versorgungskommando doch eine Novität im Heer eingezogen ist?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Nein, sicher nicht, die Vorschläge werden jetzt intern geprüft, weil es konkrete Vorschläge sind, aber Ihre Überlegungen oder Ihre Befürchtungen sind sicher mit Nein zu beantworten.

Präsident: Eine zweite weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer.

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Bundesminister! Es geht also offensichtlich nicht um eine Überprüfung der Generalität, sondern um organisatorische Verbesserungen. Welche organisatorischen Verbesserungen wollen Sie über die Übernahme der Kasernen in den Bereich des Landesverteidigungsministeriums durchführen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Lichal: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, so weit sind wir leider noch nicht. Die organisatorische Verbesserung wäre sicher eine Verwaltungsvereinfachung, wobei die Zusammenarbeit auch in den letzten Jahren klaglos war — das werden ja auch meine unmittelbaren Vorgänger Krünes, Frischenschlager und Rösch ebenfalls bestätigen können.

Aber es wäre sicher hier aus der organisatorischen Überlegung vielleicht doch noch eine Vereinfachung allein schon aufgrund der notwendigen bürokratischen Einrichtungen möglich. Ich glaube, das sollte man sich für die

Zukunft überlegen. Das kann nicht übers Knie gebrochen werden von einem Tag auf den anderen, aber sicher sollte die gesamte Organisation, ja ich gehe sogar so weit und traue mich zu sagen, die gesamte Verwaltung überprüft werden, und es sollte überlegt werden, ob nicht Verwaltungsabläufe rationalisiert und vereinfacht werden können, denn das würde dem österreichischen Staat und dem österreichischen Steuerzahler letztendlich nur eine Einsparung bringen.

Präsident: Dritte weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Diese Frage hat jetzt doch einen sehr positiven Aspekt zutage gefördert, nämlich die Frage der BGV II, also der militärischen Gebäudeverwaltung, die leider nicht zum Verteidigungsressort gehört.

Ich glaube, es ist eine echte Chance, daß man das angeht.

Meine Frage: Werden Sie die Bundesregierung insbesondere an ihr Ziel Verwaltungsreform erinnern, wenn Sie die sicherlich sehr beträchtlichen Widerstände, die es gegen dieses Vorhaben gibt, in Erinnerung rufen? Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß man sagt und beweist, daß das ein großer verwaltungsreformatorischer Schritt wäre und zur Steigerung der Effizienz des militärischen Hochbaus führen würde.

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Lichal: Ich glaube, zu dieser Frage sollte man ja sagen.

Präsident: Die 60 Minuten der Fragestunde sind — genau — abgelaufen. Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich

dem Finanzausschuß zu, und zwar:

Antrag 118/A der Abgeordneten Dkfm. Holger Bauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1972 geändert wird, und

Antrag 119/A der Abgeordneten Dr. Taus, Dr. Nowotny und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über Maßnahmen zur Finanzie-

3668

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Präsident

rung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft (Innovations- und Technologiefondsgesetz).

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen zu wie folgt:

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz über die Haftung für ein fehlerhaftes Produkt (Produkthaftungsgesetz) (272 der Beilagen);

dem Finanzausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Finanzausgleichsgesetz 1985, das Katastrophenfondsgesetz 1986, das Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987, das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, das Wohnbauförderungsgesetz 1984, das Wohnhaussanierungsgesetz sowie das Kapitalversicherungs-Förderungsgesetz geändert werden und das Bundesgesetz über die Zuweisung von Anteilen an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für Zwecke der Wohnbauförderung und des Familienlastenausgleiches aufgehoben wird (276 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966, das Gewerbesteuergesetz 1953, das Energieförderungsgesetz 1979, das Vermögensteuergesetz 1954 und das Rundfunkgesetz geändert werden (Drittes Abgabenänderungsgesetz 1987) (277 der Beilagen);

dem Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem Ansatzbeträge des Bundesfinanzgesetzes 1987 umgeschichtet werden (Budgetumschichtungsgesetz 1987) (281 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert wird (282 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 638/1982 geändert werden (283 der Beilagen).

Das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1988 samt Anlagen (280 und Zu 280 der Beilagen)

kann erst nach der ersten Lesung zugewiesen werden.

Im übrigen weise ich das

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Errichtung sowie die Privilegien und Immunitäten der Delegation der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in der Republik Österreich (306 der Beilagen)

dem Außenpolitischen Ausschuß

zu.

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Es ist das von 20 Abgeordneten unterstützte Verlangen gestellt worden, die in dieser Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage 1083/J der Abgeordneten Smolle und Genossen an den Bundeskanzler und an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Sozialabbau, insbesondere im universitären Bereich, dringlich zu behandeln.

Da dieses Verlangen darauf gerichtet ist, die dringliche Behandlung noch vor Eingang in die Tagesordnung durchzuführen, mache ich von dem Recht gemäß § 93 Abs. 4 der Geschäftsordnung Gebrauch, dieselbe an den Schluß der Sitzung, aber nicht über 16 Uhr hinaus zu verlegen.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Es ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 2 und 3 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen. Es wird daher zuerst der Berichterstatter seine Berichte geben; sodann wird die Debatte über beide Punkte unter einem durchgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? — Keine Einwendung.

1. Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1988 samt Anlagen (280 und Zu 280 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt der Tagesord-

Präsident

nung: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1988 samt Anlagen.

Antrag auf Redezeitbeschränkung

Präsident: Ich teile mit, daß mir ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten Dr. Fischer, Dkfm. DDr. König, Dr. Haider und Freda Blau-Meissner vorliegt, die Redezeit eines jeden zum Wort gemeldeten Abgeordneten in dieser ersten Lesung auf 20 Minuten herabzusetzen.

Der Beschuß über einen solchen Antrag wird gemäß § 57 der Geschäftsordnung ohne Debatte gefaßt.

Ich lasse daher sogleich darüber abstimmen und bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen, weil nur vom Sitzplatz aus abgestimmt werden kann.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem von mir verlesenen Antrag ihre Zustimmung erteilen, um ein diesbezügliches Zeichen. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen. Redezeit also 20 Minuten.

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich als erster Herr Abgeordneter Dkfm. Bauer. Ich erteile ihm das Wort.

10.08

Abgeordneter Dkfm. **Bauer (FPÖ):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Die große Koalition ist mit großen Ankündigungen angetreten. Sie haben gesagt, zur Lösung vor allem auch der großen Probleme bei der Budgetsanierung bedarf es der Zusammenarbeit der zwei größeren Parteien dieses Landes, bedarf es dieser Zusammenarbeit, um die nötigen großen Strukturreformen durchzuziehen, die eine nachhaltige Sanierung des Bundeshaushaltes sicherstellen. An diesen Ihren Versprechungen, an diesen Ihren Ankündigungen werden Sie zu messen sein.

Sie haben in Ihrem Voranschlag für das kommende Jahr ein Bruttodefizit von 110,7 Milliarden Schilling ausgewiesen. Sie liegen damit um 400 Millionen — um 400 Millionen! — unter dem Voranschlag des heurigen Jahres. Das ist eine sagenhafte Verbesserung, gemessen an den Gesamtausgaben, von 0,07 Prozent. Beim Nettodefizit weisen Sie mit

rund 70 Milliarden Schilling eine Verbesserung um 5 Milliarden Schilling aus.

Ich will das gar nicht von vornherein als geringfügig betrachten oder als unerheblich ansehen, aber wenn man dieses gemessen an den großen Ankündigungen doch eher sehr bescheidene Ergebnis genauer ansieht, wenn man sich genauer ansieht, wie Sie die Reduktion von diesen mageren 5 Milliarden Schilling zusammenbringen, dann reduziert sich das Ganze — ich bedaure, das feststellen zu müssen — auf eine Budgettricknummer, Herr Finanzminister.

Für die Beamten gehen Sie nämlich von einer, wie ich glaube, unrealistischen Nulllohnrunde aus. Sie sehen keinen Schilling für diese Verhandlungen im Budget vor. Im Budget gibt es dafür keine Vorsorge.

Bei der Dotierung des Hochbaus flüchten Sie, wie gestern bereits diskutiert, mit 5 Milliarden aus dem Budget, von denen Sie natürlich zumindest einen Teil, wenn Sie innerbudgetär diese Dotation ausgewiesen hätten, im kommenden Haushalt hätten veranschlagen müssen.

Bei den Österreichischen Bundesbahnen setzen Sie entgegen allen Erfahrungswerten der vergangenen Jahre Mehreinnahmen von 300 Millionen Schilling ein. Beim Bundeszuschuß verringern Sie um eine Milliarde im Vergleich zum heurigen Jahr, obwohl Herr Minister Streicher statt der versprochenen halben Milliarde lächerliche, in diesem Fall wirklich lächerliche 40 Millionen gebracht hat. Anstelle 500 Millionen 40 Millionen, anstelle einer halben Milliarde 40 Millionen Schilling!

Hohes Haus! Allein wenn man diese drei Bereiche ordnungsgemäß realistisch budgetiert hätte, käme man auf ein natürlich deutlich höheres Nettodefizit als 1987; jedenfalls zu keiner Reduktion. Was Sie hier, meine sehr geehrten Damen und Herren der rot-schwarzen Regierung, dem Hohen Haus präsentieren, ist kein der Budgetwahrheit entsprechendes Zahlenwerk, sondern über weite Strecken legen Sie hier dem Hohen Haus Lotteriezahlen vor.

Sie gehen weiters von einer Pensionsreform aus, die bis zu 2 Milliarden Schilling Minderausgaben bringen soll, obwohl es dafür noch keinerlei gesetzliche Grundlagen, ja nicht einmal eine konkrete, detaillierte, wirklich abgesprochene Einigung innerhalb der Koalitionsparaden gibt. Diesen Eindruck ergibt zumindest das Studium der Medien.

3670

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dkfm. Bauer

Auch die geplante Spitalsreform mit ihren Einsparungen steht, soweit ich das den Medien entnehmen kann, in ihren Details nicht fest. Offen ist ebenfalls die Frage von Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung.

Hohes Haus! Was die große Koalition dem Parlament vorlegt, ist daher auch aus diesem Grund über weite Strecken weniger ein seriöser Haushaltsvoranschlag als eine Ansammlung von frommen Wünschen.

Wirtschaftspolitisch verfehlt und besonders pikant finde ich die Kürzungen im Investitionsbereich um rund 4 Milliarden Schilling. Warum wirtschaftspolitisch verfehlt, brauche ich, glaube ich, hier nicht zu erläutern. Pikant deswegen, weil vor exakt einem Jahr der Bundesparteivorstand des kleineren Koalitionspartners dieser Bundesregierung zusammengetreten ist und unter anderem folgende Erklärung gebastelt hat — ich zitiere wörtlich aus dem ÖVP-Pressedienst —:

„Der Bundesparteivorstand der Österreichischen Volkspartei weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß die Investitionsquote, also jene Ausgaben, die unmittelbar arbeitsplatzschaffend wirksam werden, weiter gesenkt wurde. Das bedeutet, daß vom Budget neuerlich weniger Investitionsimpulse ausgehen und damit eine höhere Arbeitslosigkeit provoziert wird. Eine Ursache liegt in der mangelnden Bereitschaft der sozialistischen Koalitionsregierung zum Sparen und in der Tendenz zu wachsenden Staatsschulden. 40 Prozent der Steuereinnahmen müssen allein für den Schuldendienst verwendet werden. Die Staatsschulden werden von 602 Milliarden Schilling Ende 1986 auf 682 Milliarden Schilling Ende 1987 ansteigen. Die Österreichische Volkspartei verlangt daher von der derzeitigen Regierung, daß sie den Budgetentwurf 1987 ändert.“ (Abg. Kraft: Wurde auch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin gespannt, wann angesichts der nunmehr für das kommende Jahr größeren Reduzierungen im Investitionsbereich, angesichts der um eine Milliarde höheren Reduzierungen im Investitionsbereich der Bundesparteivorstand der Österreichischen Volkspartei in diesem Jahr zusammentreten und einen diesbezüglichen Beschuß fassen, eine diesbezügliche Forderung erheben wird.

Es dürfte dem Bundesparteivorstand der Österreichischen Volkspartei und Ihnen allen von der Fraktion der Österreichischen Volks-

partei nämlich entgangen sein, daß im kommenden Haushalt die von Ihnen damals kritisierten Kürzungen um rund eine Milliarde höher ausfallen als im heurigen Jahr, und es dürfte Ihnen entgangen sein, daß natürlich auch im nächsten Jahr die Staatsschuld wächst, und zwar nicht von 602 auf 680 Milliarden, sondern von 680 auf 750 Milliarden.

Wo sind Sie denn jetzt mit Ihren Erklärungen? Wo sind Sie denn? Wo fassen Sie denn jetzt diesbezügliche Beschlüsse, meine sehr geehrten Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses? Ihr Pressedienst stellt ja eine wahre Fundgrube an Beweisen für die verlorene Glaubwürdigkeit Ihrer Partei dar. (Beifall bei der FPÖ.)

Da hat der Herr Abgeordnete König voriges Jahr getötet: Senkung des ÖBB-Defizits hat oberste Priorität, und eine ganze Liste von Forderungen aufgezählt, was man da alles tun muß. Ja wo ist denn das jetzt alles? Warum machen Sie denn das alles nicht, was Sie da im vorigen Jahr verlangt und gefordert haben, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Eine Sondersitzung haben Sie vor einem Jahr verlangt. Eine Sondersitzung des Parlaments haben Sie verlangt, weil für die Beamten keinerlei Berücksichtigung bezüglich ihrer Lohnforderungen enthalten gewesen ist. Weil die Schulden weiterwuchsen — das tun sie auch heuer und im nächsten Jahr natürlich — und weil dieser Bundesvoranschlag die Investitionen kürzte, hat Herr Abgeordneter Bergmann eine Sondersitzung des Parlaments verlangt. Den Herrn Bundespräsidenten haben Sie beschäftigt mit Ihrem parteipolitischen Hickhack, das Sie da ausgetragen haben.

Wo sind Sie denn heuer? Wann gehen Sie denn heuer zum Herrn Bundespräsidenten? Die Dinge, die Sie damals kritisiert haben, haben sich nicht zum Besseren gewendet, sie haben sich im Gegenteil verschlechtert, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Haigermoser: Umgefallen ist die ÖVP! Mehrmals umgefallen! — Heiterkeit bei der FPÖ.) Nein, das glaube ich nicht, Herr Kollege Haigermoser, daß die ÖVP mehrmals umgefallen ist, sie liegt nämlich, sie kann nicht mehr umfallen, sie liegt! (Beifall bei der FPÖ.)

Und der Herr ÖVP-Wirtschaftssprecher, der heutige Minister für wirtschaftliche Angelegenheiten, hat ein Budgetsanierungskonzept

Dkfm. Bauer

präsentiert, in dem er ... (Abg. Kraft: Gott sei Dank gibt es den ÖVP-Pressedienst! Was würden Sie sonst reden?) Ja, ja, warten Sie ein bißchen, horchen Sie ein bißchen zu, Herr Kollege Kraft, ich habe nicht so viel Zeit, wie Sie wissen. Ja, Gott sei Dank gibt es den, damit Ihre Unglaubwürdigkeit und Ihre unseriöse Art der Politik dokumentiert ist, wirklich genau und schön dokumentiert ist.

Der Herr Wirtschaftssprecher Graf hat in seinem Budgetsanierungskonzept folgendes gefordert — das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen —: „Innerhalb von vier Jahren werden wir rund 100 Milliarden Schilling einsparen.“ Sie sind also jetzt im ersten Jahr — lassen wir es einmal ganz in Ihrem Sinne interpretieren, daß Sie für das Budget 1987 nicht voll zuständig waren — Ihrer grandiosen Regierungstätigkeit. Und wieviel an Einsparungen von den 100 Milliarden haben Sie denn? — Beim Bruttodefizit 400 Millionen und beim Nettodefizit mit Budgettricks 5 Milliarden Schilling. Also da bin ich gespannt, wie Sie Ihr Ziel der Reduktion von 100 Milliarden in vier Jahren erreichen wollen.

Hohes Haus! Etwas näher möchte ich mich noch mit einem Haupt- und Generalversprechen der großen Koalition auseinandersetzen. Es hat hier in der Regierungserklärung vielversprechend geheißen — ich zitiere wörtlich —: „Die Bundesregierung wird die angestrebte Konsolidierung des Bundeshaushaltes primär von der Ausgabenseite her in Angriff nehmen.“ Das klingt gut. Noch besser klingt, was die Repräsentanten der Österreichischen Volkspartei zu diesem Thema von sich gegeben haben: „Die ÖVP will sparen anstatt belasten.“ (Abg. Dipl.-Vw. Killisch-Horn: Jawohl!) „Ditz legt Sanierungskonzept vor.“ Das habe ich auch gesagt, jawohl, fein. Aber Ihre Versprechungen sind so hohl und leer wie der Budgetsack!

Denn was haben Sie denn bisher gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren? Sie haben gesagt, sparen anstatt belasten, und was haben Sie gemacht bislang? Sie haben noch nicht sehr viel Zeit gehabt, aber trotzdem ist schon eine ganz schöne Liste Zustande gekommen (Abg. Kraft: Sie hätten Zeit gehabt, haben aber auch nichts Zustande gebracht!), was Sie gemacht haben anstelle der Einsparungen, Herr Kollege Kraft: Mineralölsteuererhöhung, Erhöhung der Telefongebühren, Erhöhung des Verwertungsbeitrages für Getreide, Erhöhung des Verwertungsbeitrages für Düngemittel, Einführung eines Saatgutbeitrages, Aufhebung von Steuerbegünstigungen bei Bundes- und Monopolbetrieben

ben, wie bei der E-Wirtschaft, die dies natürlich in ihre Kalkulation eingehen lassen müssen und die dies letztlich auch auf den Konsumenten überwälzen werden. Daher ist auch das eine Belastung, meine sehr geehrten Großkoalitionäre.

Angekündigt sind die Einführung eines Verpflegungskostenbeitrages bei Spitalsaufenthalt, die Anhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage zur Krankenversicherung und die Erhöhung der Einheitswerte um 60 Prozent; das ist angekündigt. (Abg. Dipl.-Vw. Killisch-Horn: Wer hat das angekündigt?) Immer irgend jemand aus Ihrer „grandiosen“ Regierung. Einmal einer von der linken, einmal einer von der rechten Seite. Wir werden es ja sehen, wir werden ja alles sehen; die Wahrheit holt Sie ja ein. (Abg. Kraft: Sie haben die Wahrheit überholt!) Wir werden ja dann in einem halben Jahr wieder hier diskutieren können oder auch bei der Debatte über den Rechnungsabschluß; natürlich, da lasse ich mich da (der Redner weist auf seinen Hals) hineinstechen. Aber es genügt ja das, was Sie bisher an Belastungen beschlossen haben.

Ich frage Sie: Ist das, was ich Ihnen hier an Steuer- und Gebührenerhöhungen aufgezählt habe, Einsparung oder Belastung? (Zustimmung bei der FPÖ.) Es ist eine Belastung! (Abg. Kraft: Sie haben die Wahrheit erfunden!)

Das, was Sie als „Einsparungen“ bezeichnen, sind in Wahrheit Belastungen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Oder glauben Sie denn, daß die Pensionisten die Kürzung oder den Aufschub der Pensionsanpassung als „Einsparung“ in Ihrem Sinn empfinden? (Abg. Haidermoser: Das glaubt nicht einmal der Kraft!) Die empfinden das natürlich als Belastung!

Oder: Eine zehnprozentige Kürzung der Wohnbauförderungsmittel, was ist denn das andere als eine Belastung? Das ist doch keine Einsparung im herkömmlichen Sinn, zumindest was sich die Bevölkerung darunter vorstellt.

Das, was Sie hier als „Reformen“ und „Einsparungen“ bezeichnen, sind reine Geldbeschaffungsaktionen. Die Minderdotation des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds — ist das eine Reform? Das ist gar nichts anderes als eine Kürzung dieser Mittel! Das ist doch keine Reform, meine sehr geehrten Damen und Herren!

3672

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dkfm. Bauer

Ist das, wenn ich einen Selbstbehalt beim Spitalsaufenthalt einföhre von 50 S pro Tag, eine Reform? — Das ist eine einfallslose Geldbeschaffungsaktion und sonst überhaupt nichts.

Ist es eine Reform der Wohnbaufinanzierung oder des ganzen Wohnbaubereiches, wenn ich meine Forderungen an die Geförderten einer Bank verkaufe? Ist das vielleicht eine Reform? — Das ist eine reine Geldbeschaffungsaktion, sonst überhaupt nichts! Von einer Reform ist weit und breit nichts zu sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Bleenk: Da lobe ich mir Ihre Leistungen als Staatssekretär!) Gut, wenn Sie mich weiter reizen: Ich habe eine ganze Liste auf Lager, was Sie da alles Interessantes machen. Vor allem Sie von der Österreichischen Volkspartei sollten bitte mucks-mäuschenstill sein (Abg. Kraft: O nein!), diese ganze Budgetdebatte hindurch, denn all das, was Sie angekündigt haben, was Sie versprochen haben, hat sich als nicht realisierbar, als nicht durchsetzbar herausgestellt. (Abg. Kraft: Wenn jemand still sein muß, dann Sie, Herr Kollege!)

Interessant und bemerkenswert für mich ist dabei, daß immer dann, wenn die angeblich so familienfreundliche Österreichische Volkspartei in der Regierung ist, der Familienlastenausgleichsfonds ausgeräumt wird. Das war der Fall in der Zeit von 1966 bis 1970, als Sie eine Alleinregierung gebildet hatten; da können Sie sich nicht auf die Sozialisten ausreden. Dieser Fonds ist ausgeräumt worden, genauso wie das jetzt wieder passiert. Mit 2,3 Milliarden wird dieser Fonds ausgesogen, ausgelaugt, werden die Reserven zur Budgetsanierung aufgebraucht. Und das werden Sie, wenn Sie wieder Ihre „großen“ Reden am Sonntag halten werden über die Familienpolitik der Österreichischen Volkspartei, auch berücksichtigen müssen; das wird man Ihnen zumindest entgegenhalten.

Ein letzter Gedankengang: Durch diese reinen Geldbeschaffungsaktionen anstelle der notwendigen — zugegebenermaßen notwendigen — strukturellen Reformen unseres Budgets verschießen Sie auch das Pulver, das Sie für die Realisierung eines weiteren Versprechens, nämlich der großen Steuerreform, dringend brauchen.

Wenn Sie jetzt in einer Art Vorzieheffekt das Werbekostenpauschale abschaffen, Investitionsbegünstigungen beseitigen, es etwa das Versicherungssparen nicht mehr gibt, die Kürzung von Freibeträgen et cetera vorsehen,

dann kann man darüber durchaus reden, auch mit uns Freiheitlichen. Nur: Das gehört im Zuge einer großen Steuerreform gemacht und nicht zum Stopfen von Budgetlöchern vorgezogen, weil Sie dann ja keinen Spielraum mehr haben, um diese Steuerreform durchzuziehen und durchzuführen. Sie verschießen also jetzt Ihr Pulver zum Stopfen von Budgetlöchern.

Hohes Haus! Ich glaube, ich muß zum Schluß kommen, und fasse zusammen.

Erstens: Nur durch budgetkosmetische Tricks wird optisch ein geringfügiges Senken des Defizits ausgewiesen; in Wahrheit wird das Defizit weiter steigen. Die Wahrheit wird Sie einholen!

Zweitens: Die Staatsverschuldung wird auch im kommenden Jahr um mehr als 70 Milliarden auf 750 Milliarden Schilling ansteigen.

Drittens: Statt der geplanten und versprochenen Reformen gibt es einen Beutezug nach dem anderen auf die Brieftaschen der Familie Österreicher.

Viertens: Statt der versprochenen und geplanten Einsparungen gibt es neue Belastungen, soweit das Auge reicht. Und statt zügiger Arbeit und vorausschauender Planung gibt es regierungsinternen Zwist und Streit und Handlungsunfähigkeit der großen Koalition. Das ist die traurige großkoalitionäre Realität. (Beifall bei der FPÖ. — Ironische Heiterkeit bei Abgeordneten der ÖVP.) 10.24

Präsident: Als nächster auf der Rednerliste eingetragen ist Herr Abgeordneter Verzetsnitsch. Ich erteile ihm das Wort.

10.25

Abgeordneter Verzetsnitsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Brennpunkt des vorgelegten Budgets ist, den Handlungsspielraum abzusichern. Dabei sind wir — und das hat ja auch mein Vorrredner jetzt gesagt — mit einer Reihe von Widersprüchen konfrontiert. Einerseits gibt es eine breite Zustimmung in der Bevölkerung, diesen Handlungsspielraum abzusichern, andererseits regt sich dagegen der politische Widerstand. Der Oberflächlichkeit, dem Übernehmen von Überschriften, Fehlmeldungen oder Vorurteilen stehen Fakten, Argumente sowie der ehrliche Widerstreit über unterschiedliche Wertvorstellungen dieser Konsolidierung gegenüber.

Verzetnitsch

Meine Damen und Herren! Das Budget ist aber meiner Meinung nach in seinen Auswirkungen zu ernst, um Spielball billiger Polemiken zu werden. Klar sei festgestellt, daß die Staatsverschuldung unseres Landes noch weit entfernt von jener anderer OECD-Staaten ist. Österreich liegt diesbezüglich seit 1980 unter dem Niveau der OECD-Staaten und noch deutlicher unter dem vergleichbarer kleinerer Industrieländer.

Österreich zählt international — laut jüngsten Veröffentlichungen — zu den zehn kreditwürdigsten Ländern der Erde. Die österreichische Wirtschaft hat zum Beispiel auch — und das sei hier ebenfalls erwähnt — die starken Exportverluste auf überseeischen und osteuropäischen Märkten überraschend und, wie ich glaube, auch bemerkenswert schnell durch Exportinitiativen mit deutlicher Marktanteilsgewinnung in Westeuropa wettgemacht.

Die Ertragslage der Unternehmen ist auch unter Berücksichtigung einzelner schwer rinnernder Betriebe gut. Und wenn Wirtschaftsvertreter vom „großen Steuerdruck“ auf die Betriebe reden, wenn sie den „großen Steuerdruck“ bejammern, so können sie wohl nur die Steuersätze meinen, meine Damen und Herren, nicht jedoch die tatsächliche Steuerleistung, die die Betriebe abzuführen haben. Es sei hier nur angemerkt, daß laut einem Bericht einer deutschen Zeitschrift etwa die Daimler-Benz AG 1986 die dreifache Ertragshöhe an Ertrag- und Vermögensteuer bezahlt hat, als alle österreichischen Kapitalgesellschaften 1986 zusammen an Kapitalsteuer entrichtet haben.

Ich füge hinzu: Ja, wir haben ein Beschäftigungsproblem und ein Arbeitslosenproblem, dem unsere gesamte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Jugendarbeitslosigkeit ist die Demütigung einer neuen Generation mit Jahrzehntelangen Konsequenzen. Es darf zu keiner Bagatellisierung der Arbeitslosigkeit kommen, doch wir haben auch von Millionen von sicheren Arbeitsplätzen in diesem Land zu reden. Wenn in diesem August 2,8 Millionen unselbstständig Erwerbstätige zu verzeichnen waren, dann ist das, so glaube ich, ein gemeinsamer Erfolg. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Sie werden sich fragen, warum ich diese Vorbemerkungen zur Budgetdebatte mache. — Ich mache sie deswegen, da die veröffentlichte „Wirklichkeit“ ein Zerrbild der realen Lebensumstände darstellt. Und ich glaube, daß wir in unserer

Wortwahl vorsichtiger sein sollten. Zu oft werden Worte wie „Krise“, „sanieren“, „Opfer“, „Gürtel-enger-Schnallen“, „belasten“ und so weiter in den Mund genommen, damit wird aber auch Stimmung in diesem Land erzeugt, werden Erwartungen geprägt, die nicht der realen Situation entsprechen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich habe heute früh einen Brief des Wiener Handelskammerpräsidenten erhalten, in dem behauptet wird, die Arbeitsmoral in Wien sei miserabel. (Abg. Ing. Dittich: Leider!) Meine Damen und Herren, das ist die Fortsetzung einer pauschalen Diffamierung von Arbeitnehmern, gegen die ich mich zur Wehr setzen möchte. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Man kann nicht so pauschal davon sprechen, daß die Arbeitsmoral in Wien „misérabel“ ist, wenn in dieser Stadt dauernd und permanent Wohlstand erzeugt wird. Daher soll man meiner Meinung nach auch in dieser Wortwahl vorsichtiger sein. Es entspricht nicht dem Geist einer Initiative, solche Worte in den Mund zu nehmen.

Hiezu kommt, daß Vereinfacher zunehmend unterwegs sind, die mit Patentrezepten die Privatisierung: weniger Staat, mehr Markt!, als ihre Zielrichtung sehen. Herr Reagan hat dies auch auf den Lippen geführt, mit dem Ergebnis, meine Damen und Herren, daß der öffentliche Sektor am Ende seiner zweiten Funktionsperiode einen in der amerikanischen Geschichte einmalig hohen Anteil an der volkswirtschaftlichen Gesamtaktivität einnimmt.

Aber auch Töne, die in die wirtschaftspolitische Diskussion eingebracht werden, müssen meiner Meinung nach sehr nachdenklich stimmen, etwa wenn beispielsweise ein Generaldirektor eines gewinnbringenden internationalen Unternehmens in Österreich anmerkt, daß die Kollektivvertragspolitik der Gewerkschaften in Österreich leistungsfeindlich sei. Dieses Land hat sich bisher ideologisch motivierte Grabenkämpfe, so glaube ich zu Recht, in der Wirtschaftspolitik im Vergleich zum Ausland fast erspart und war mehr bereit, ökonomische Theorien der Realität anzupassen als umgekehrt die Realität ökonomischen Theorien. Denn bisher wurde in Österreich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über die Partiegrenzen hinweg als Verpflichtung angesehen und in einem Dialog von Interessenvertretungen, Parteien und Regierung auch daran festgehalten.

3674

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Verzetnitsch

Wir tun, meine Damen und Herren, so glaube ich, als Politiker gut daran für die Menschen dieses Landes, auch beim Budget von ideologischen Zementierungen abzusehen, jedoch grundsatzfest, ohne politische Positionen zu leugnen, Argumenten zugänglich zu sein, eine Politik mit Diskussion zu führen. Die öffentliche Hand muß in der Lage sein, über die Minimalfunktion eines Nachtwächterstaates hinaus ihren sozialen und beschäftigungspolitischen Aufgaben nachzukommen. Denn nur der wirklich Reiche kann sich einen armen Staat leisten! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Budgetpolitik ist daher nicht nur Selbstzweck, sondern eine notwendige Bedingung für die Erhaltung eines leistungsfähigen öffentlichen Sektors mit seinen vielfältigen Aufgaben, die letztendlich ja auch auf den vielen hier in diesem Haus beschlossenen Gesetzen beruhen. Gerade im Hinblick auf die Budgetkonsolidierung ist es meiner Auffassung nach nicht gerechtfertigt, durch die Nichtexecutierung vorhandener Gesetze bei Zinsein-künften de facto auf Einnahmen zu verzichten. Es zeigen alle — ich betone das: alle! — internationalen Budgetkonsolidierungsbemühungen das gleiche Ziel, nämlich daß mittelfristige Erfolge nur dann realisierbar sind, wenn ausgaben- und einnahmenseitige Maßnahmen gesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Für den Erfolg der Budgetstabilisierung ist weniger das starre Festhalten an Zahlen und Prozentsätzen, sondern die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik durch nachhaltige Änderungen der Verhaltensweise entscheidend. Ein stabilisierender Budgetansatz darf nicht als persönliche Niederlage empfunden werden. Die Budgets sind nachweislich inflexibler geworden. Das Überdenken und vor allem auch Hinterfragen bestimmter Positionen ermöglicht, durchaus bessere und vor allem auch kosten-günstigere Lösungen zu finden.

Für den Erfolg, meine Damen und Herren, sind aber auch ein Klima, in dem weniger die schrillen Töne, die Durchziehmentalität oder Absetzbewegungen von mühsam gefundenen Kompromissen oder das Nachverhandeln, wie wir es in den letzten Wochen ja mehrfach erlebt haben, sondern das Augenmaß für das Machbare bestimmend, sind ein, ich betone das auch mit Absicht, rechtzeitig geklärtes Gesprächs- und Verhandlungsklima mit den Betroffenen und die Zuversicht notwendig. (*Beifall bei der SPÖ.*)

So ist zum Beispiel durchaus erklärbar,

dafür, den Generationenvertrag in der Altersvorsorge aufrechtzuerhalten, heute Maßnahmen erfordert. Wir müssen vor allem dem gegenüberstellen, daß wir heute im Prinzip schon so lange im wohlverdienten Ruhestand sind, als wir uns auch als jung bezeichnen, und müssen auch im Auge haben, daß jährlich 20 000 neue Pensionisten in dieses Pensionssystem eintreten.

Der Sache haben, so glaube ich, jüngste Forderungen der ÖVP nicht gedient. Als Sozialisten werden wir es nicht zulassen, daß Arbeitnehmergruppen gegeneinander ausge-spielt werden! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und wir werden uns auch mit aller Vehe-men-z dagegen wehren, daß die Freiheitliche Partei mit Angst Politik macht. Das sage ich auch sehr bewußt (*Abg. Dr. Haider: Was habt denn ihr plakatiert vor den Wahlen?*), man braucht sich nur manche Äußerungen in den letzten Tagen anzusehen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Haider: Ihr habt die Pensionsgarantie auf Plakaten abgegeben, und jetzt wollt ihr euch distanzieren! Eure Plakate waren das, nicht unsere!*)

Lieber Kollege Haider! Die Menschen erkennen, so glaube ich, sehr deutlich das Nichtfunktionieren des Grundsatzes: Jedem etwas und davon auch noch mehr! Das ist heute nicht mehr die Zielrichtung, die man anstreben sollte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, aus diesem Grund haben die Menschen auch Einsicht gegenüber der Prioritätensetzung im Budget. Sie haben aber auch Anspruch auf Absicherung ihrer zentralen Anliegen, wie etwa die Beschäftigung und die soziale Sicherheit, durch die öffentliche Hand.

Die Budgetpolitik beeinflußt — und das ist, glaube ich, jedem klar in diesem Haus — die Beschäftigungssituation eines Landes sehr wesentlich. Bei einer restriktiven Budgeterstellung kommt daher beschäftigungswirksame Ausgaben große Bedeutung zu. Öffentliche Investitionen, die Absicherung des Strukturwandels, offensive Arbeitsmarktpolitik und Investitionen in die Qualitätsverbesserung müssen Vorrang haben.

Das Institut für Höhere Studien, meine Damen und Herren, hat in seinen mittelfristigen Zenarien für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Österreich eine Institutsarbeit des vergangenen Dezembers festgehalten. Jede Investition zum Beispiel im Bau multipliziert sich mit 1,8, das ist der Multiplikatoren-

Verzetnitsch

effekt, bei Sachaufwendungen ebenfalls mit 1,8, bei Transferzahlungen schon mit wesentlich weniger, und das sinkt dann herab bis zu den Ausrüstungsinvestitionen, die sich mit 0,2 wieder reinvestieren.

Dazu ist aber auch anzumerken: Es reicht nicht, daß man vom Staat, von verschiedenen Bevölkerungsgruppen Maßnahmen fordert, sondern ich glaube, es wäre auch notwendig, daß vor allem der Wirtschaftsflügel eine stärkere öffentliche Unterstützung für solche Maßnahmen in der Öffentlichkeit vorantreibt.

Die Bevölkerungsentwicklung mit im besonderen sinkenden Geburtenziffern wird nicht ausreichen, eine Entspannung der Arbeitsmarktsituation herbeizuführen, deswegen nicht, meine Damen und Herren, weil nach wie vor verschiedene Bevölkerungsgruppen verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen. Wenn wir gemeinsam verhindern wollen, daß höhere Prognosen der Arbeitslosigkeit tatsächlich Wirklichkeit werden, müssen Bund, Länder, Gemeinden, Unternehmer und Gewerkschaften gemeinsam darangehen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu realisieren.

Das zentrale Ziel „Arbeit für alle“ kann man nicht dadurch erreichen, indem man sagt, es geht schon irgendwie. Höhere Arbeitslosigkeit bedeutet nämlich nicht nur geringere Einkommen für die Betroffenen und damit auch geringere Einnahmen für den Staat, sondern bedeuten auch, daß sozialpolitisch und vor allem demokratiepolitisch verstärkt Schwierigkeiten auftreten. Das gilt es zu verhindern, meine Damen und Herren!

Die aktive Arbeitsmarktpolitik und deren Kosten dürfen aber nicht nur von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden. Die Finanzierung dieser aktiven Arbeitsmarktpolitik muß Aufgabe aller Bevölkerungsgruppen sein! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir Sozialisten sagen ja zur Budgetkonsolidierung, doch das Wie ist entscheidend bei diesem Weg. Die Konsolidierung muß beschäftigungsschonend und vor allem auch sozial ausgewogen ausfallen. Aus dieser Sicht stimmen wir der Prioritätensetzung im Bereich Forschung und Entwicklung, aber auch der Schaffung des Technologietopfes mit Freude zu.

Wir wenden uns entschieden gegen den Ausverkauf öffentlicher Unternehmen. Wie der Kurssturz der vergangenen Tage an verschiedenen Börsen dieser Welt gezeigt hat, ist

die von der ÖVP propagierte Linie der Privatisierung ungemein risikoreich. Das haben die Zahlen in diesen Tagen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Sie führt vor allem auch keineswegs zu einem Mehr an sozialer oder wirtschaftlicher Gleichheit in den einzelnen Ländern.

Wie das Beispiel Frankreichs zeigt, führt eine Privatisierung mittelfristig nur dazu, daß sich die Mehrheiten in den Händen weniger befinden. Was wir kritisieren müssen, ist der undifferenzierte Einstellungsstopp oder die Nichtnachbesetzung im öffentlichen Dienst. Dies ist eine Maßnahme, die gerade junge Menschen voll trifft. Hier ist, so glaube ich, mehr Augenmerk auf den Effekt als nur auf die Personenziffer zu legen.

In einer mittelfristigen Strategie müssen die Prioritäten Beschäftigung, Absicherung des strukturellen Wandels, Arbeitsmarkt, Ausbildungsoffensive und Umweltpolitik noch stärker ihre Verankerung im Budget finden. Diese Prioritäten sind nicht — nicht ausschließlich, so glaube ich — durch Budgetansätze, sondern vor allem durch neue Initiativen, durch Auflagen, aber auch durch Gesetze erreichbar.

Im Budgetvoranschlag sind — darauf weise ich besonders hin — beträchtliche Vorleistungen der Arbeitnehmer zur Steuerreform beinhaltet. Was wir brauchen, ist eine soziale Steuerreform. Der Marsch zum Lohn- oder Umsatzsteuerstaat darf nicht fortgesetzt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Das Budget, meine Damen und Herren, ist aber nur eine Säule der Wirtschaftspolitik. Wenn das Budget heute weniger als früher für die Beschäftigung tun kann, müssen andere auch mehr einspringen. Budgetpolitik muß daher durch außerbudgetäre Maßnahmen abgesichert werden, zum Beispiel durch Infrastrukturverbesserungen, die ja auch kommenden Generationen einen realen Gegenwert bieten. Vorhaben, so glaube ich, gibt es genug dazu.

Was wir brauchen, ist Handlungs- und Entscheidungskompetenz der Bundesregierung im Bereich Bahn, Post, Energie und im Umweltbereich für eine sinnvolle Beschäftigung ohne ausschließlicher Budgetbelastung.

Wir Sozialisten wollen unseren nationalen Handlungsspielraum in der Wirtschaftspolitik erhalten. Wir wollen eine solidarische Leistungsgesellschaft und nicht den Casinokapitalismus, die vorrangige Beschäftigung mit

3676

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Verzetsnitsch

Finanzspekulation. Das ist kein Modell für uns. Wir wollen einen funktionsfähigen und leistungsfähigen Staat, der einen wichtigen Beitrag leistet zu einer toleranten, schöpferischen, sozialen und um Arbeit bemühten Gesellschaft. — Ich danke Ihnen. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) ^{10.42}

Präsident: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

^{10.42}

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich mich zunächst den Ausführungen oder der Philippika des Herrn Abgeordneten Bauer zuwende. Ich weiß nicht, täusche ich mich oder stimmt es: Sind Sie nicht bis Jänner 1987 als Staatssekretär im Finanzministerium in der Regierung gesessen? Das ist doch keine Täuschung! (*Abg. Bayr: Das war derselbe!*) Das stimmt doch, das war doch derselbe! (*Abg. Dr. Haider: Sie haben die Wähler getäuscht, Herr Kollege Taus!*)

Ich rechne Ihnen jetzt ein paar Zahlen vor zur näheren Erläuterung. Was ist denn während Ihrer dreijährigen Regierungstätigkeit passiert? Die Ausgaben sind, falls ich mich jetzt in der Schnelligkeit nicht verrechnet habe, jährlich um mehr als 7 Prozent gestiegen. Nun ist es dieser Regierung zum ersten mal gelungen, ein Budget vorzulegen, wo diese Ausgabeninflation mehr als halbiert worden ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, da ist für Polemik sehr wenig Platz, noch dazu, wenn man so kurze Zeit vorher in der Regierung gesessen ist und eigentlich vieles von dem mittragen muß, was jetzt konsolidiert, stabilisiert, saniert — ich hänge nicht an Worten —, was jetzt getan werden muß. Das ist das Problem. Hätte man damit vor vier oder vor fünf Jahren begonnen, dann würden wir uns heute etwas leichter tun, Herr Abgeordneter Bauer. Das wollte ich nur zu Ihren Ausführungen sagen.

Weil Sie so beklagt haben, daß die Investitionen wieder reduziert wurden, muß ich Ihnen sagen: Sie haben sich selber ... (*Abg. Dkfm. Bauer: Der Parteivorstand hat das beklagt, ich nicht! Ich habe nur zitiert und vorgelesen!*) Ach so! Dann sind Sie also dafür, daß sie gekürzt werden, also dann ist die Geschichte anders. (*Ironische Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Mir geht es ja um eine andere Frage, mir geht es nämlich darum, daß die Investitionen nicht gekürzt worden sind. Das ist einer der Schönheitsfehler dieses Budgetentwurfes, das gebe ich zu, denn man muß ja die 5 Milliarden der extrabudgetären Finanzierung der ASFINAG dazurechnen. Ich gebe zu, das ist ein Schönheitsfehler. Die Investitionen sind also nicht gekürzt worden.

Aber die Zeit drängt, und ich möchte mich an die 20 Minuten halten. Daher höre ich mit meiner Stellungnahme zu Ihren Ausführungen auf, zu denen es noch eine Menge zu sagen gäbe.

Ich möchte nur einen Punkt der Rede des Herrn Präsidenten Verzetsnitsch herausheben, das ist der Casinokapitalismus; ein netter Ausdruck, der populär werden wird. Ich persönlich bin auch gegen Überspekulationen. Das ist meine Meinung, aber wir können darüber diskutieren.

Ich würde einen überzogenen Markt, wie es in New York der Fall war, wie es in Tokio und an anderen Börsen der Fall war, wo sich ein Rückschlag gewissermaßen angekündigt hat, nicht als einen fundamentalen Rückschlag von Bemühungen, Privatisierungen durchzuführen, bezeichnen — Sie wissen, ich bin in dieser Frage nie übertrieben ideologisch orientiert gewesen, sondern immer eher pragmatisch —, ich würde das nicht in diesen Zusammenhang bringen, denn große Verluste von verstaatlichten Unternehmen sind für eine Gesellschaft in der Regel schwieriger zu bewältigen als einmal ein Börsensturz, wo zugegebenermaßen vielleicht viele Leute, die auch mit überspekuliert haben, etwas verloren haben. Ich glaube, da ist die Rechnung nicht so eindeutig zu machen. Daher würde ich es zumindest nicht als Beweis gegen die Vernunft von Privatisierung dort, wo es notwendig ist, ansehen.

Niemand von uns hier — jedenfalls ich nicht — hat die pragmatische Linie vergessen, niemand ist ein Fanatiker. Nur: Wir sollten in diesen Fragen sehr vorsichtig sein, weil wir wahrscheinlich in weiten Bereichen der öffentlichen Wirtschaft — ich nenne das einmal so — andere Eigentümer, andere Unternehmer brauchen. Das nur zu Ihren Bemerkungen.

Nun aber, meine Damen und Herren, zum Budget. Die Bundesregierung hat dem Parlament einen Budgetvoranschlag für 1988 vorgelegt, der in meinen Augen zeigt, daß die Regierung, und zwar diese Koalitionsregie-

Dr. Taus

rung, handlungsfähig ist, daß sie eindeutig handlungsfähig ist. Dieses Budget — das sicher eine ganze Reihe von Schönheitsfehlern hat, es gibt kein demokratisches Budget ohne Schönheitsfehler — stellt eine Richtungsänderung dar. Das wurde ganz vorsichtig schon mit der Korrektur des Budgets 1987 begonnen, und das ist jetzt mit dem Budget 1988 fortgesetzt worden. Das sind sicher keine Sensationen, da ist die Welt nicht umgestürzt worden, sondern es ist die Richtung korrigiert worden. Darauf haben sich beide Koalitionsparteien, die beiden großen Parteien, die die Regierung bilden, schon in ihrem Arbeitsübereinkommen geeinigt, und das wird nun von der Regierung vollzogen. Das ist für mich ein Beweis dafür, daß es geklappt hat. Selbstverständlich wird diskutiert, selbstverständlich wird auch gestritten werden, ja warum nicht, das gehört zur Politik, Politik ist unter anderem auch ein Konflikttaustragungsmechanismus. Natürlich gibt es diesen Konflikt und muß ihn geben auch in einer Koalitionsregierung. Das ist ja nicht die Hauptfrage.

Diese Regierung ist handlungsfähig, und das ist für mich ein sehr wichtiges Indiz, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Ich habe von dieser Stelle aus sehr oft gesagt, daß bestimmte, große Probleme dieses Landes nur von den beiden großen Parteien gemeinsam gelöst werden können. Ich habe immer gesagt und habe meine Partei dabei nicht ausgenommen, daß eine der beiden Parteien allein das nicht schaffen würde. Das ist ja der wahre politische Grund für diese große Koalition, die im Jahr 1987 nach der Wahl 1986 gebildet wurde.

Am Budget und an der Budgetpolitik kann natürlich teilweise das Funktionieren dieser Koalition abgelesen werden. Ich bin der Meinung, daß das mit diesem Budget dokumentiert wurde. Dieser Budgetentwurf dokumentiert die Funktionsfähigkeit der Koalitionsregierung, und jeder, der etwas anderes sagt, sagt in meinen Augen nicht die Wahrheit, denn sonst hätte man diese Korrektur schon früher durchgeführt. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Nun ein weiterer Punkt. Diese Korrektur, dieser Korrekturweg darf kein unsozialer Weg sein. Ich habe irgendwo schon wieder das böse Wort vom „Kaputtsparen“ gehört, in einem sehr eigenartigen Zusammenhang. Diese Koalition wird noch sehr viel Schwieriges auf sich zu nehmen haben. Das ist erst der erste Schritt, das ist erst der Beginn, das ist erst der Anfang.

Ich möchte auf zwei, drei Dinge noch zu sprechen kommen.

Mir persönlich wäre es im Interesse Österreichs nicht sehr recht, wenn diese Koalition die Last, die Bürde, die sie auf sich genommen hat, nicht ertragen könnte. Wir werden daher alle, die wir den beiden Regierungsparteien angehören und in diesem Hohen Hause sitzen, in den nächsten Jahren die schwere Last verschiedener schwierigster Maßnahmen zu tragen haben. Ich wünsche mir und hoffe, daß wir in der Lage sind, diese Bürde zu tragen — im Interesse dieses Landes, meine Damen und Herren! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Wir werden uns in vielen Fragen, die da noch zu lösen sind, wahrscheinlich gar nicht näherkommen, sondern im Gegenteil: Es wird neue Spannungen geben, neue Risse geben, neue Diskussionen geben. Aber es muß Lösungen geben — im Interesse Österreichs! Das möchte ich von hier aus, ohne pathetisch zu werden, einmal sagen. (Neuerlicher Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Nun lassen Sie mich zum Budget, zu ein paar Punkten dieses Budgets, noch etwas sagen. Vielleicht noch einen Satz vorweg: Ich halte es für wichtig, daß es diese große Koalition gibt, weil in meinen Augen in den nächsten Jahren entscheidende Weichenstellungen in Österreich zu geschehen haben.

Eine dieser Weichenstellungen wird der Versuch der weitergehenden Regelung unseres Verhältnisses mit der EG sein. Einen so entscheidenden Schritt, den wir hier gemeinsam zu überlegen haben werden, macht man am besten, wenn die beiden Großen auf der Regierungsbank sitzen.

Wir werden im industriellen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich vieles tun müssen, was beiden großen Parteien unorthodox erscheint und vielleicht gar nicht so sehr in die jeweiligen Grundsatzüberlegungen hineinpaßt — weder bei Ihnen noch bei uns, meine Damen und Herren. Wir werden sehr unorthodox vorgehen müssen. Das wird uns manche Schwierigkeiten und Schmerzen bereiten.

Wir werden — und das ist die entscheidende Frage, das ist die Bürde — jeweils unseren Wählern sagen müssen, daß wir diese und jene Maßnahme im Interesse des Landes zu treffen haben. Wir werden uns sehr bemühen müssen, Verständnis bei den Wählern zu finden. Wir werden Phasen durchstehen müs-

3678

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Taus

sen, in denen wir den Eindruck haben, daß wir dieses Verständnis nicht im vollen Umfang finden, daß nicht jeder gleich verstehen wird, warum wir diese und jene Maßnahme treffen.

Ich möchte das nicht kryptisch formulieren, ich möchte hier nur ein paar Punkte besonders hervorheben. Sicherlich gilt das auch in Bereichen, wo uns die Dinge mehr weh tun. Sie tun zum Beispiel im Bereich der ÖBB weh. Dazu nur ein paar Bemerkungen:

Die Bundesbahnen werden ein entscheidender Verkehrsträger bleiben. Viele, die die Bahn totgesagt haben, haben unrecht gehabt. Im Gegenteil: Ich sehe für die Bahn einen neuen Aufschwung voraus, verkehrspolitisch und technisch gesehen. Nur, bei den ÖBB ist in den letzten Jahrzehnten so viel passiert, daß man korrigieren muß. Ich weiß, wie schwierig das ist. Auch wir haben in unseren Reihen einen Kollegen, der aus dem Bereich der Eisenbahn kommt, den Abgeordneten Bergsmann. Auch für ihn wird das alles nicht leicht zu erklären sein. Aber ich zeige Ihnen eine kleine Rechnung auf, damit Sie sehen, warum wir darüber diskutieren, nicht deshalb, weil wir irgend jemandem etwas wegnehmen wollen, aus was weiß ich welchen Motiven heraus.

Die Eisenbahn ist in diesem Budget mit rund 25 Milliarden Schilling Zuschußbedarf budgetiert. Das ist ja nicht ihr Betriebsabgang, sondern das setzt sich aus vielen Elementen zusammen. Ich möchte darauf nicht näher eingehen. Sie hat in den vergangenen Jahren einen ständig steigenden Zuschußbedarf gehabt. Im Jahre 1970 hat er ungefähr 4 1/2 Milliarden Schilling betragen. Er ist auch einmal auf über 27 Milliarden Schilling gestiegen. Heuer hoffen wir, daß er bei 25 gehalten werden kann. Jetzt eine ganz kleine Rechnung, um zu zeigen, welche budgetpolitische Bedeutung das hat: Nehmen wir einmal an, die Bahn hat keinen Zuschußbedarf von 25 Milliarden Schilling, sondern nur von 15 Milliarden Schilling. Da haben Sie allein schon 10 Milliarden Schilling Ersparnis. Für ein kleines Land wie Österreich eine gewaltige Summe. Nur: noch immer ein gewaltiger Zuschußbedarf! (Abg. Mag. Brigitte Edeler: Das gilt für alle Bereiche!)

Ich gehe noch einen zweiten Punkt an: Wenn Sie den Zuschußbedarf der letzten 17 Jahre addieren und dann ganz vorsichtig ansetzen, daß von der Staatsschuld, die Österreich heute hat, zwischen 80 und 100 Milliarden zur Finanzierung dieses Zuschußbedarfes

eingegangen sind — nur für die Rechnung —, und dann noch 4 bis 5 Milliarden allein an Zinsen dazukommen, dann sehen Sie, daß in einem kleinen Land wie Österreich ein solches Volumen für nur einen Bereich auf die Dauer nicht gehalten werden kann.

Daher ist die Grundfrage: Wie ändert man das? Wie kommt man von diesem Zuschußbedarf weg? Wie erhöht man die Wirtschaftlichkeit? Aber das geschieht nicht deshalb, weil man einem Eisenbahner etwas wegnehmen will, sondern weil es gesamtstaatlich nicht vertretbar ist, daß man auf die Dauer auf dieser Schiene fährt. Das ist ein Problem.

Das gleiche gilt für die Verstaatlichte, meine Damen und Herren! (Abg. Dkfm. Bauer: Ich weiß einen dritten Bereich!) Aber selbstverständlich! Ich habe ja gesagt, das gilt für uns auch! Aber selbstverständlich! Deshalb muß man ja alles durchgehen. Es geht doch nicht so, daß immer alles bei einer Seite liegt. Es gibt natürlich mehrere Bereiche.

Ich mache die gleiche kleine Rechnung für die Verstaatlichte: Heute hat allein die ÖIAG für rund 60 Milliarden Schilling Schulden Garantien des Staates. In Wahrheit ist also die Staatsschuld um die 60 Milliarden, die die ÖIAG an Schulden hat, höher. Das kostet heute schon ungefähr 3 1/2 Milliarden Schilling Zinsen plus jährliche Tilgungen von ungefähr 1,3 Milliarden. Sie können es im Budget nachlesen. Das addiert und von der Annahme ausgehend, daß die Verstaatlichte weiter keine Dividende zahlt, sie zahlt auch nicht mehr Steuern als jetzt, aber sie will sonst nichts vom Staat, sie erhält sich selber, hätten wir allein mit diesen beiden Positionen eine andere Struktur im Bundeshaushalt.

Nun können Sie sicher noch weitere Bereiche hernehmen. Ich wollte nur die Bedeutung von zwei wesentlichen Fragen hier aufzeigen.

Lassen Sie mich noch einige wenige Punkte sagen. Der nächste ist: Wir haben — Gott sei Dank, ich bin gar nicht dagegen — sehr viele Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, die sich für die Umwelt engagieren. Das ist eine der großen politischen Herausforderungen. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Ich stehe dazu. Ich möchte aber bei allen Diskussionen, die es hier gibt, nur um eines bitten:

Noch immer leben wir alle — und das soll kein Widerspruch sein — von der Produktivität unserer Wirtschaft. In dem Moment, wo diese nachläßt, läßt das gesamte soziale

Dr. Taus

System aus. Daher ist die entscheidende Frage: Wie halten wir die Produktivität dieser Wirtschaft hoch und verbessern sie?

Jetzt bin ich nicht gegen Umweltschutzmaßnahmen, ich habe nur eine Bitte an alle Kollegen, die sich da engagieren, gleichgültig, in welcher Partei sie sitzen, von meinen Parteifreunden angefangen bis hin zur Opposition. Ich würde Sie bitten: Gehen Sie in Ihren Bemühungen nicht über die EWG-Normen hinaus! Wir stehen das in Österreich auf die Dauer nicht durch. Ich sage Ihnen das ganz offen. Es ist so. Wir stehen es nicht durch! Es nützt uns auch nichts auf den 84 000 Quadratkilometern, auf denen wir leben. Sie werden mich für jede vernünftige Umweltschutzmaßnahme als Unterstützer finden. Nur, versuchen wir nicht, die Vorzugsschüler Europas zu sein, das muß schiefgehen.

Ich weiß schon, das ist überhaupt nicht populär, was ich hier sage. Aber ich weiß, welch gewaltige Bedeutung das hat und welch gewaltige Umlenkung von Investitionsströmen eine Politik ohne internationale Bezüge bedeuten kann. Wenn das einmal soweit ist, dann ist das nicht mehr rückholbar, meine Damen und Herren.

Ich bin dafür, es soll soweit kommen: Die Umwelt soll Vorrang in unseren politischen Überlegungen haben, nicht nur in theoretischen, auch in praktischen Überlegungen. Aber passen wir uns an das an, was in den wichtigsten und fortschrittlichsten Ländern in unserer Umgebung passiert, und nicht woanders. (Abg. Freda Blaau-Meissner: Passen wir uns an an das Waldsterben in der Bundesrepublik, Dr. Taus!)

Verehrte Frau Abgeordnete! Mit Emotion werden Sie überhaupt nichts lösen. (Abg. Freda Blaau-Meissner: Das hat nichts mit Emotion zu tun, das ist Vernunft!) Die Emotion war immer ein großes Übel in der Politik. Ich möchte Ihnen das nur sagen. Das ist meine Meinung. Ich stelle mich hier gerne jeder Diskussion! (Beifall bei der ÖVP.)

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber zum Schluß kommen, die Zeit ist um. Ich glaube, daß dieses Budget — ich wiederhole, was ich einleitend gesagt habe — keine Sensationen bringt. Es ist eine Richtungsänderung, mühsam erkämpft. Viele Schwierigkeiten sind noch da, Herr Bauer; durchaus klar. Da wird noch vieles zu verhandeln sein, aber es ist eine erkennbare Richtungsänderung. Wir würden uns viel leichter

tun, wenn wir das schon ein paar Jahre früher begonnen hätten und nicht erst jetzt so spät.

Vor allem ist dieses Budget ein Zeichen der Handlungsfähigkeit dieser Koalitionsregierung. Das soll man sagen, und man kann gar nicht oft genug sagen, daß dieser Vorschlag ein Zeichen der Handlungsfähigkeit ist. Denn das, was wir brauchen, ist die Handlungsfähigkeit dieser Koalitionsregierung in den nächsten Jahren. Davon wird es abhängen, ob wir die Fragen, die anstehen, bewältigen können. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) 11.00

Präsident: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Pilz. Ich erteile es ihm.

11.00

Abgeordneter Dr. Pilz (Grüne): Meine Damen und Herren! Herr Kollege Taus! Sie sagen, Emotion war immer ein großes Übel. Es war möglicherweise aber ein größeres Übel, mit welcher Unempfindlichkeit, Emotionslosigkeit und Nichtbereitschaft, irgend etwas dabei zu spüren, irgendwo sensibel zu sein, den österreichischen ökologischen Problemen entgegengetreten worden ist. Unter anderem deswegen, weil Menschen wie Sie überhaupt kein Gefühl für die wachsende Zerstörung unserer Welt haben, schreitet diese Zerstörung in einem so unglaublichen Tempo voran. (Beifall bei den Grünen. — Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das muß man auch einmal sagen, wenn man über Gefühl und Emotion in der Politik spricht.

Der österreichische Wald, die österreichische Luft und das Wasser bestehen eben nicht nur aus den paar Kennzahlen, über die Sie in Ihrer Koalitionsregierung und in Ihrer Partei verfügen, sondern das ist Leben; Leben, mit dem Sie als ein Zahlenverwalter dieser Regierung, der nur an Zahlen, aber nicht an der Zerstörung des Lebens in diesem Land orientiert ist, nichts anfangen können. (Beifall bei den Grünen.)

Zum zweiten, zur Budgetkultur in diesem Haus. Es ist, wenn man es nicht genau weiß, schwer festzustellen, von welcher Partei die einzelnen Sprecher sind. Es hat bis jetzt selten eine Diskussion gegeben, in der die Sprecher in derart hohem Maße austauschbar waren. Die Rede des Kollegen Bauer hätte die Rede des Oppositionsabgeordneten Taus vor einem Jahr sein können, die Rede des Abgeordneten Taus die des seinerzeitigen Staatssekretärs Bauer, und der Kollege Verzetsnitsch ist halt einfach zu kurz in diesem Hohen Haus, um bereits völlig austauschbare

3680

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Pilz

Reden halten zu können. (Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Ich möchte Ihnen nur ein einziges Zitat bringen, und Sie dürfen, während ich Ihnen das Zitat vorlese, raten, wer das gesagt hat.

„Hat man in den siebziger Jahren den Staatshaushalt als konjunkturpolitisches Instrument seitens der Regierung noch überstrapaziert, so scheint nunmehr in den achtziger Jahren eine ökonomisch nicht ganz sattelfeste Regierung auf einen ausschließlich am Budgetsaldo orientierten Austerity-Kurs umzuschwenken. Die Durchsetzung einer solchen Wirtschafts- und Finanzpolitik könnte für Österreichs Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung in der Folge zu einer ebenso großen Gefahr werden wie eine ungehemmte Fortsetzung der Schuldenpolitik.“

Das war nicht Herbert Salcher, das war kein Keynesianer am Rande der Sozialdemokratie, wo es da und dort noch einige keynesianische Reste gibt; das war am 3. Mai 1984 ein gewisser Dr. Johannes Ditz in den „Finanznachrichten“. Dieser Dr. Ditz, der damals angesichts des kleinen Vorgesmacks einer möglichen Konsolidierungspolitik laut „Feuer!“ und „Ende der Beschäftigungspolitik!“ geschrien hat, sagt jetzt, da sich diese Konsolidierungspolitik auf dem Rücken der Beschäftigten, der sozial Schwachen und auch der Umwelt in Österreich zu einem wahren Orkan ausgewachsen hat, nichts anderes als „Saldenmechanik“, nichts anderes als: „Diese Art der Konsolidierungspolitik ist das, was man machen kann und machen soll.“ (Präsident Dr. Marga Hubnere übernimmt den Vorsitz.)

Dies sind Wendepolitiker, aber nicht Wendepolitiker im politischen Sinn, sondern Wendepolitiker, die sich nach jedem Lüftchen wenden, die sich überall nach dem Wind drehen. Das ist die einzige Art und Weise von Wendepolitik, die Sie, meine Damen und Herren von den Großparteien, aber auch von der FPÖ verstehen.

Aber jetzt zum Grundsätzlichen dieses Budgets. Sie haben ehrlicherweise zugegeben, daß die wirtschaftliche Entwicklung weiter nach unten zeigt. In Ihrem Budgetentwurf schreiben Sie: „Heimische Wirtschaftsentwicklung verläuft flach“, „stagnierende Exportumsätze“, „keine Wachstumsbeschleunigung“, „Masseneinkommen werden stagnieren“, „Sparquote hoch“, „privater Konsum wachstumsdämpfend“, „Investitionstätigkeit

dürfte sich etwas abschwächen“, „weiterer Anstieg der Arbeitslosenrate“.

In diesem Zusammenhang sagen Sie, Sie wollen konsolidieren. Jetzt muß man genau fragen, was Sie überhaupt konsolidieren wollen. Wollen Sie — was durchaus vernünftig ist — den Zinsendienst konsolidieren, diesen steigenden Ausgabenrahmen für die österreichische Staatsschuld? Dann könnten Sie ein paar vernünftige Schritte setzen: billige Notenbankkredite, Senkung des Zinsniveaus, Rückführung der Gewinne von den österreichischen Großbanken.

Oder sagen Sie, Sie wollen den jetzigen wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung konsolidieren? Sie wollen das, was jetzt über ein Jahrzehnt an falscher Wirtschaftspolitik gemacht worden ist, konsolidieren, das heißt, Sie wollen einen neuen Anlauf machen, weil das, was Sie bereits versucht haben, gescheitert ist, und Sie wollen es noch einmal probieren?

Das ist es, was Sie unter Konsolidierung verstehen. Diese Konsolidierung wird Ihnen nicht gelingen, denn es ist nur der Versuch, ein enormes qualitatives Versagen des österreichischen Staates in allen Bereichen durch quantitative Mittel, durch Sparen, durch Sanieren, zu konsolidieren.

Sie haben jahrzehntelang nicht nur im Umweltbereich keine Ordnungspolitik verfolgt, und Sie haben immer wieder Ausgaben organisieren müssen, um die Schäden, die durch die fehlende Ordnungspolitik in Österreich angerichtet worden sind, halbwegs zu sanieren. Sie sind völlig außerstande, diese Schäden wirklich zu sanieren. Aber Sie bekennen sich nach wie vor dazu, keine Ordnungspolitik zu betreiben und weiter zu reparieren, so gut es geht, nur daß Sie jetzt einfach sagen: Wir müssen auch bei den Reparaturen sparen!

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele: Autobahnen. Autobahnen erzeugen Verkehr, ziehen neuen Individualverkehr an, zerstören die Umwelt, töten Menschen, ruinieren die umgebende Landwirtschaft, ruinieren den Fremdenverkehr. Sie sagen aber nicht, wir konsolidieren das Budget, das durch diese Autobahnen unglaublich belastet ist, indem wir keine neuen Autobahnen bauen, sondern Sie sagen, wir werden irgendwie versuchen, diesen Autobahnbau zu finanzieren, und nachher trachten, daß wir in einer Phase des Sparsens die Reparaturen so billig wie möglich ausführen können.

Dr. Pilz

Anderes Beispiel: Energiepolitik. 60 Milliarden Schilling werden derzeit, weil es eben den Widerstand von Umweltschützern und ökologisch und sozial bewußten Menschen in Österreich gibt, zurückgestaut. Sie gehen aber nicht her und sagen, wir haben da 60 Milliarden Schilling, die eigentlich dem Staat gehören, und stecken das in die Budgetsanierung hinein, stecken das zum Niederdrücken des Zinsendienstes hinein, wir verwenden das für soziale und ökologische Zwecke, sondern Sie sagen, wir lassen das den Kraftwerksbetreibern, wir stellen ihnen die Polizei zur Verfügung, damit sie gegen den Willen der Bevölkerung diese Kraftwerke bauen können. Und damit wir ein bißchen Geld noch für die Budgetsanierung retten, privatisieren wir unser größtes Kapital, nämlich die wenigen florierenden verstaatlichten Betriebe!

Anstatt Dividenden von diesen Betrieben zu verlangen und ihre enormen Rücklagen, die für Umweltzerstörungen geplant sind, für positive Zwecke umzuwidmen, privatisieren Sie diese Betriebe und finanzieren eine Ausrüstung der Polizei, um die Umweltzerstörung mit diesen rückgestauten 60 Milliarden Schilling weiterbetreiben zu können. (*Abg. Steinbauer: Krause Theorie!*)

Drittes ganz kleines aktuelles Beispiel: Die Frage der Kleinanlagen zur Altölverbrennung, eines ganz, ganz wichtigen Umweltverschmutzers, steht derzeit auf der Tagesordnung. Wirtschaftsminister Graf hat sich wieder einmal zur Lobby der Verbrenner und Verschmutzer bekannt und erklärt, die Altölverbrennung, die ungefilterte Abgase, giftigste Abgase ausbläst, wird nicht verboten. — Jetzt muß der Umweltfonds her. Es gibt bereits die Anträge an den Umweltfonds, und dem wird nichts anderes übrigbleiben, als dringend notwendige ökologische Reparaturmaßnahmen für diesen Problembereich zu finanzieren.

Das ist die Art und Weise, wie Sie Budgetpolitik machen. Da kann von Konsolidierung keine Rede sein! Konsolidieren in unserem Sinn kann nur heißen, daß man durchaus spart, aber spart bei zerstörerischen, asozialen Ausgaben — dort kann man sparen! (*Beifall bei den Grünen*) — und nicht, daß man in Bereichen spart, auf die ich noch genau zurückkommen werde.

Sie kommen mir in der jetzigen Situation wie ein Wohnungseigentümer vor, in dessen Wohnung jeden Tag eine andere Gang von Rowdies eindringt und das Mobiliar kurz und klein schlägt. Und nachher sagen Sie: Ja, was

soll man machen! Die haben auch ihre Interessen vertreten, außerdem schafft die Wiederherstellung der Wohnungseinrichtung Arbeitsplätze. Das ist für Sie durchaus positiv. Und wenn die nächste Gang kommt, machen Sie noch die Wohnungstür auf und sagen im Namen der Beschäftigungspolitik: Bitte schön, haut auch das Schlafzimmer kurz und klein, weil wir zuwenig Beschäftigte in der Schlafzimmerindustrie haben, da brauchen wir auch noch Arbeitsplätze! — Das ist die Art und Weise, wie Sie Finanz-, Budget- und Beschäftigungspolitik machen: Zuerst die Mittel zur Zerstörung zur Verfügung stellen und nachher mit Müh' und Not und völlig unzureichend die Mittel zur Reparatur zusammenkratzen.

Ich habe immer erwartet, daß der Herr Kollege Hesoun als Vertreter der Bau- und Holzarbeiter bei dieser Budgetdiskussion aufschreit und sagt: Um Gottes willen! Im Interesse meiner Bauarbeiter muß ich einmal feststellen, daß für völlig falsche Dinge das Geld ausgegeben wird. Es gäbe Bauinvestitionen — sinnvolle Bauinvestitionen — in der Altstadtsanierung, in anderen Bereichen, wo man durchaus mehr Leute mit weniger Geld beschäftigen könnte. — Aber nein, die Bauarbeitergewerkschaft mobilisiert ihre Mitglieder für die Bauinvestitionen, die partout am wenigsten Arbeitsplätze bringen.

Ich würde mir sehr wünschen, daß Kollege Hesoun einmal herauskommt und erklärt, warum er gerade jene Investitionen unterstützt, die am wenigsten für seine Gewerkschaftsmitglieder bringen und wirklich erbittert gegen solche Investitionen kämpft, die ein Maximum an Beschäftigung garantieren.

Man kann sparen, und wir Grüne sind nicht prinzipiell gegen das Sparen. Man kann sparen, wenn man einen Prioritätenkatalog hat, bei dem ganz oben steht: Ökologie, Beschäftigung und soziale Sicherheit. Dann kann man bei der E-Wirtschaft in riesigem Ausmaß sparen. Man muß sich halt dann mit den dogmatischen Fundamentalisten auf Seiten der ÖVP herumschlagen, die sagen: Man kann das Ganze nicht ökologisch umbauen, sondern man kann das Ganze nur privatisieren. Diese Auseinandersetzung wird man führen müssen.

Man kann beim Straßenbau mindestens 10 Milliarden Schilling pro Jahr sparen, man kann bei der Spitalsfinanzierung sparen, bei der Finanzierung menschenfeindlicher, medizinisch und gesundheitlich ineffizienter Großtechnologien, bei der Sozialbürokratie, die Krankheiten nicht verhindert, sondern nur

3682

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Pilz

mehr verwaltet und davon lebt, daß es immer mehr und immer komplexere Krankheiten gibt.

Man kann bei den Abfangjägern, bei den Raketen sparen, die jetzt bereits im Budget stehen, obwohl schwerste Bedenken von seitens zumindest einer Signatarmacht existieren, bei der Polizeiaufrüstung, die nur das Pendant für das Staatsversagen in der Hainburger Au, im Dorfertal und auf der Pyhrn Autobahn ist. Und man kann letztendlich auch bei den Politikerprivilegien sparen. Da brauche ich Ihnen nichts zu sagen, denn Sie alle wissen selbst am allerbesten, was es heißt, Politikerprivilegien zu genießen und warum es Ihnen persönlich so wichtig ist, im Genuß dieser Privilegien zu bleiben.

Wo spart diese Regierung? Überhaupt nicht bei diesen Punkten, sondern bei den Pensionisten, bei den Studenten, beim öffentlichen Verkehr, im Umweltfonds. Das ist typisch für diese Regierung, und das ist nicht aus der Sicht einer vorausschauenden Budget- und Wirtschaftspolitik erklärbar, sondern nur aus dem Umstand, daß genau diese Gruppen, nämlich Pensionisten, Studenten, Nichtautofahrer, Antimilitaristen und etliche andere mehr in dieser Regierung keine Lobby haben. Sie sind in dieser Regierung nicht persönlich vertreten, sie haben keine Minister, die mit ihnen persönlich und geschäftlich verflochten sind. Ihre Interessen kommen bei diesem Spar- und Konsolidierungsprogramm unter die Räder.

Die Gewinner stehen damit ebenfalls fest: Die österreichischen Großbanken, von wo ja unser Bundeskanzler kommt, die Spitenverdiener, für deren Steuersatz sich auch mein alter Freund Josef Cap äußerst stark gemacht hat, und viele andere mehr, die auf der Einkommenskala von den Studenten, Pensionisten und so weiter weit entfernt sind.

Darüber hinaus bin ich davon überzeugt, daß dieses Budget nicht nur deswegen, weil es keine grundlegenden Lösungen anzubieten hat, sondern weil es auch in sich völlig widersprüchlich ist, zum Scheitern verurteilt ist. Dieses Budget wird eine deflationäre Spirale in Österreich in Gang setzen. Es wird die Inlandsnachfrage weiter reduzieren, sie zusammenstützen. Die Beschäftigung wird damit sinken. Die Einkommen der Privathaushalte werden sinken, und zum Schluß werden logischerweise damit weiter die Staatseinnahmen sinken. Das ist die deflationäre Spirale, die wir in anderen Ländern bereits beobachten. Darauf steuert die öster-

reichische Bundesregierung offenen Auges zu.

Zweitens wird es nicht funktionieren, weil es eine Scheinkonsolidierung ist. Sie flüchten aus dem Budget und füttern uns mit Scheinzahlen, die überhaupt nichts mehr mit der Budgetrealität zu tun haben. (Abg. Dr. Blenk: Woher wollen Sie, ausgerechnet Sie, das wissen?) Ende 1986 betrug das Haftungsobligo des Bundes, das heißt Haftungen für Ausgaben, die man aus dem Budget ausgelagert hat, um Budgetkosmetik zu betreiben, bereits 43 Milliarden Schilling plus 35 Milliarden Schilling ÖIAG, das sind 78 Milliarden. Dazu kommen im Frühsommer die ÖIAG mit 33, die Museen jetzt mit 1,6, die ASFINAG im Hochbau mit 5 Milliarden Schilling, das sind bereits 117,6 Milliarden Schilling, die aus diesem Budget durch Budgetkosmetik verschwunden und hinausgerechnet worden sind. Das sind echte Schulden des Staates, die Sie aus diesem Budget hinausgeschwindelt haben.

Jetzt kommt noch die Anleihepolitik des Umweltfonds dazu. Der Umweltfonds bekommt auch kein Geld mehr aus dem Budget, muß sich sein Geld auch auf den Kapitalmärkten holen.

Es gibt keine Budgetwahrheit in diesem Budget mehr. Dieses Budget ist ein absolut kosmetisches Budget und hat deswegen auch die Ziele der Konsolidierung überhaupt nicht erreicht. Das einzige, was man erreicht hat, ist, daß man halt mehr ausgelagert hat. Aber die realen Schulden sind stark gestiegen.

Ich frage Sie wirklich: Warum gehen Sie nicht her und sagen: 70 Milliarden Schilling sind eigentlich zuviel. Das schönste wären null Milliarden Schilling Defizit. Wir gliedern das ganze Budget aus dem Budget aus, übertragen es an private Sondergesellschaften und haben dann ein herrlich ausgeglichenes oder aufgrund der Staatseinnahmen sogar positives Budget.

Ich persönlich traue Ihnen das zu. Nur besteht dann die Gefahr, daß Ihnen überhaupt niemand mehr dieses Budget glaubt. Sie haben sich wahrscheinlich ausgerechnet, daß mit einer gewissen Medienunterstützung eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, daß Sie nicht vollkommen unglaublich aus diesem Budget aussteigen.

Ich möchte zum Schluß kommen und Ihnen einen kleinen Hinweis auf einen Budgetpolitiker geben, der heute in diesem Haus nicht

Dr. Pilz

mehr übermäßig ernst genommen wird, nämlich auf John Maynard Keynes. Ich bin mir sicher, daß jene auf dieser Seite des Hauses nicht zuhören werden, für die Keynes nur jemand ist, der im Auftrag der SPÖ über zehn Jahre Pamphlete gegen die ÖVP geschrieben hat.

Für die, die Keynes als Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspolitiker noch halbwegs ernst nehmen, möchte ich darauf hinweisen, daß Keynes drei Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung unterschieden hat: Eine erste, wo es Rationierungen gibt, weil das Investieren das Sparen übersteigt. In der zweiten Phase gibt es ein Gleichgewicht, und in der dritten, wo die Ersparnisse das Investieren weit übersteigen, wird es Budgetdefizite geben.

Keynes, sicherlich kein Linker und sicherlich kein radikaler Gesellschaftsreformer, ist bereits vor langer Zeit zu dem Schluß gekommen, daß in dieser Situation notwendige Mittel zur Konsolidierung der Wirtschaft Umverteilung, vermehrte Freizeit, mehr Urlaub und kürzere Arbeitszeit sind. Das sind die Antworten von John Maynard Keynes auf diese Symptome der Wirtschaftskrise, in der wir uns jetzt befinden.

Meine Damen und Herren! Wir resümieren jetzt über ein Viertel der Zeit, während der diese Bundesregierung, wenn sie nicht durch die ÖVP-FPÖ-Koalitionsabsichten schon früher scheitern wird, gearbeitet haben wird. Ein Viertel der Zeit hat diese Bundesregierung jetzt auch budgetpolitisch hinter sich. Es gibt aber keine Konsolidierungserfolge, es gibt nur eine Scheinkonsolidierung.

Und es gibt ein Abwenden wichtiger Teile der österreichischen Bevölkerung von dieser Regierung aufgrund dieser Konsolidierungspolitik. Die große Demonstration und der Generalstreik der Studenten sind nur der erste Hinweis darauf, daß wichtige Teile der österreichischen Bevölkerung nicht mehr bereit sind, diese Kaputtsanierungspolitik, diese asoziale Politik der Bundesregierung weiterhin mitzutragen.

Ihnen, die Sie da, ohne viel zu diskutieren, ohne viel nachzudenken, aus Ihrer sozial privilegierten Situation (*Abg. Dr. Blenck: Schließen Sie sich doch bitte mit ein!*) wieder ein Budget gegen die Studenten, gegen die Pensionisten, gegen die sozial Schwachen und gegen die Umwelt beschließen werden, wird am Samstag bei einer großen Demonstration gegen den Sozialabbau in Österreich die Ant-

wort gegeben werden, und diese Antwort wird eindeutig und kräftig sein. — Danke. (*Beifall bei den Grünen.*) 11.20

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Krünes. Ich erteile ihm das Wort.

11.20

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Krünes (FPÖ): Frau Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Pilz hat Keynes zitiert. Er hat sich auf die dritte Phase, von der Keynes gesprochen hat, bezogen.

Er hat aber gleichzeitig auch den Hintergrund dieser Aussagen von Keynes skizziert, nämlich aus der Spätphase von Keynes, wo dieser als wissenschaftlicher Berater und als wissenschaftliche Grundlage von den Sozialisten sehr gerne benutzt wurde.

Hier nur ein Vorschlag: Wir reden gerne über diese dritte Phase, in der wir — laut Keynes — leben. Wir haben ein gewaltiges Sparkapital, das nicht mehr in die Wirtschaft zurückfließt, wir haben Angespantes und eine Überliquidität unserer gesamten Volkswirtschaft. Aber warum verteilen wir es so um, daß wir den Staat Schulden machen lassen und daß wir ein gigantisches Monopol über unser Geld entscheiden lassen? Warum, Herr Kollege Pilz, der Sie sich sicher genauso gerne wie ich auf Schumacher berufen, geben Sie nicht zu, daß es eine Alternative wäre, auch hier das „Small is beautiful“ wirken zu lassen, anstatt einem Giganten, der eine übermäßige Macht begierig handhabt, die Entscheidung über zusätzliches freies Volksvermögen zu überlassen?

Das, was wir hier heute besprechen, ist ein Keynesianismus, demonstriert an einem Budget, so wie man üblicherweise die dritte Phase von Keynes interpretiert. Ich wehre mich dagegen. Ich hätte gerne umverteilt und Keynes uminterpretiert; umverteilt weg von diesem Staat hin zu mehr privaten marktwirtschaftlichen Mechanismen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das zweite bezieht sich auf den Kollegen Verzetsnitsch, auf seine Absage an die Demagogie. Ich möchte ihm ein Kompliment machen: Er hat Demagogie dosiert, aber sehr geschickt selbst demonstriert. Er hat gesprochen von den Fortschritten und der positiven Situation Österreichs. Wir brauchen uns nicht zu genieren für viele Erfolge. Wir alle sind

3684

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dipl.-Ing. Dr. Krünes

Sachwalter der österreicher, die uns gewählt haben, die diesen Erfolg primär für sich verbuchen dürfen. Aber eines möchte ich sagen: Wer in diesem Hohen Haus wirklich verantwortungsvoll handelt, der erkennt die Alarmzeichen.

Ich möchte jetzt nicht demagogisch sein. Aber daß wir österreicher in der OECD-Statistik in jüngerer Zeit nicht mehr jene positive Position in unserer Entwicklung einnehmen, die wir bis vor einigen Jahren eingenommen hatten, das wissen wir auch alle. Das heißt, wir sind unterdurchschnittlich in unserer Entwicklung, in unserem Anpassungsprozeß. Das bedeutet, wenn wir so weitergehen, werden wir den Anschluß an den führenden Geleitzugsteil der Weltwirtschaft verlieren — langsam, nicht katastrophal, aber wir werden sicher zurückfallen. Und hier einzugreifen, das ist unsere Pflicht.

Zum zweiten macht Verzetsnitsch mit Recht den Vorwurf, daß man das Wort „Krise“ oft leichtfertig in den Mund nimmt. Aber er möge sich die wirtschaftliche Entwicklung ansehen, die Daten der ÖIAG aus den siebziger Jahren hernehmen. Wer war nicht rechtzeitig bereit, sich zu dem Wort „Krise“ zu bekennen, und wer übernimmt heute die Verantwortung gegenüber den Tausenden Arbeitern, die für diesen mangelnden Mut, für diese mangelnde Weitsicht letztlich büßen? Ich habe diese Frage schon mehrmals gestellt. Ich glaube, es wäre gut gewesen, vor zehn Jahren lauter von Krise zu reden. Hätte man das gemacht, würde das heute manchem Arbeiter gut tun.

Letzten Endes möchte ich zum Kollegen Verzetsnitsch noch sagen: Ich bin auch der Meinung, daß eine Vereinfachung, wie das Kollege Dittrich mit dem Vorwurf der schlechten Arbeitsmoral gemacht hat, plakativ ist, aber eine gewaltige Portion Unfairneß enthält, weil wir wissen, daß es natürlich in jedem Teil Österreichs ein beachtliches positives Arbeitspotential gibt und Vereinfachungen das Arbeitsklima sicher nicht positiv beeinflussen. Nur eines: Wenn wir über Vereinfachung reden, dann sollte sich Kollege Verzetsnitsch auch an seinen Fraktionskollegen Dallinger wenden. Es gibt wenige Beispiele leichtfertiger Alarmaussagen wie die des Sozialministers bei seiner sozialen Versicherung in den letzten Monaten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dem Kollegen Taus darf ich folgendes versichern: Es überrascht mich überhaupt nicht, daß er ein Plädoyer für die große Koalition hält, denn es ist klar, daß einer die Rolle des

ertappten Ehemannes übernehmen muß, der nach einem Seitensprung bei seiner Frau um gutes Klima bittet. Aber solche Treuegelöbnisse sind nun einmal mit dem eigenartigen Beigeschmack vorhergegangener Ereignisse verbunden. Aber es ist eine Muß-Rolle, ich verstehe.

Ich habe nur eine Bitte: Dieses Hohe Haus hat auch für meinen Geschmack zu wenige Damen, und ich darf daher vorschlagen, daß er trotz alledem nicht nur die Herren anspricht, daß er nicht nur von Kollegen, sondern auch von Kolleginnen spricht. (*Beifall bei der FPÖ und bei den Grünen.*)

Nun aber zum Budget. Ich hätte erwartet, daß diese Regierung, nachdem sie im März die Ausrede benutzt hat, daß sie nun einmal ein Budget einer anderen Regierung übernehmen mußte, nun demonstrativ endlich zeigt, wie sie anhand des freiesten Budgets, das ihr in ihrer gesamten Funktionsperiode zur Verfügung steht, nämlich in ihrem ersten alleinverantwortlichen Budget, ihre Leitlinien tatsächlich verfolgen wird.

Ich war eigentlich sicher, daß man von einigen gemeinsamen Grundsätzen ausgehen könnte. Zum Beispiel davon, daß Österreich einen billigeren, einen sparsameren Staat braucht, daß Österreich wirklich unter dem Zwang steht, in der nächsten Zeit die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, und daß wir alle dazu beitragen müssen, die Fähigkeit zur Veränderung zu verstärken.

Nun frage ich mich aber, wie man an diesem Budget diese Vorsätze verwirklicht sehen soll. Sie haben zwar einige plakative Aussagen gemacht, Sie haben aber nicht den Mut zu wirklich grundsätzlichen Veränderungen aufgebracht, wie es immer wieder der Vorwand für die große Koalition war.

Ich glaube, wir sind uns alle im klaren, daß wir durch Sparen allein einen Staat nicht sanieren können. Wenn wir diesen Staat wirklich sanieren müssen — und ich bin auch der Meinung, daß wir es tun müssen —, dann zwingt uns das zu umfassendem, zu grundlegendem Umdenken. Es wäre daher die erste Frage: Welche Aufgaben muß dieser Staat erfüllen? Welche Arbeitsgebiete, welche Tätigkeiten kann er und welche soll er abtreten? Wie kann er dadurch seine Effizienz erhöhen und um weniger Geld mehr leisten?

Für wie wenig glaubhaft in der Bevölkerung dieses Sanierungsbewußtsein, von dem Sie reden, das Sie aber nicht demonstrieren,

Dipl.-Ing. Dr. Krünes

angesehen wird, mögen nur die Schwerpunkte, die wirklich den Österreicher interessieren, andeuten. Wir haben eine alarmierte ältere Bevölkerung, nicht nur die Pensionisten, sondern viele Menschen, die nur mehr wenige Jahre vor ihrer Pension stehen. Wir haben eine Jugend, die diesem Staat nicht voll vertraut. Es zeigen dies die Studentendemonstrationen aus Anlaß der Budgetdiskussion. Aber trauen wir uns wirklich, diesen Studenten zu sagen, daß wir ihre Streiks, ihre Demonstrationen nicht verstehen, weil wir alles getan haben, um ihre Zukunft zu sichern, um ihnen einen Staat zu übergeben, der den Anforderungen entspricht, die sie selbstverständlich an uns herantragen? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir haben eine verstaatlichte Industrie, in der selbst in den lebensfähigen Teilen durch monatelange Diskussionen die Menschen den Glauben an die Zukunft verlieren. Das ist unverantwortlich. Wir haben auch etwas, worüber Europa lacht. Wir haben eine Privatisierungsdiskussion in diesem Land, die tatsächlich nur mehr Glossen der Wirtschaftsseiten in internationalen Zeitungen füllt. Das, was wir unter dem Titel Privatisierung verkaufen, ist etwas Halbes.

Ich mache Ihnen daher den Vorwurf, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, daß Sie dabei sind, mit Ihren Stimmen am Ende dieser Budgetdiskussionsphase ein Budget zu beschließen, das alles wirklich nur halbherzig angeht. Ich möchte diese Budgetdebatte benützen, um eine Lanze zu brechen für Privatisierung, um eine Lanze zu brechen für weniger Staat, für Deregulierung.

Ich möchte mich daher ganz bewußt gegen die Aussagen des Herrn Kollegen Verzetsnitsch wenden, der das nur als ein Patentrezept bezeichnet und als Argument Frankreich anführt, wo die Privatisierung dazu geführt hat, daß die Mehrheiten in Händen weniger sind. Ich frage den Kollegen Verzetsnitsch, ob er nicht sieht, daß in Österreich dieser Zustand noch alarmierender ist, daß es um die individuelle Freiheit und ihre Bedrohung noch schlechter steht, weil diese Macht nicht in den Händen weniger, die miteinander konkurrieren und aufeinander aufpassen müssen, sondern in den Händen einer gewaltigen Kraft ist, nämlich der Führung dieses Staates.

Ich bin dafür, daß wir endlich in diesem Haus das Wort Privatisierung ernst nehmen, daß wir nicht nur davon reden, daß wir Eigentum übertragen, daß der Staat Notverkäufe

tätigt, um ein bißchen Einnahmen zu erwirtschaften, sondern endlich sicherstellen, daß Wirtschaftsbereiche privatwirtschaftlich geführt sind, daß es Ergebnisverantwortung für solche Bereiche gibt, die auch in der sogenannten Hoheitsverwaltung möglich sind. Ich bin auch dafür, daß es in diesem Land eine breitere Kapitalstreuung gibt, daß mehr Menschen in Österreich wirklich Unternehmer sind, daß sich in Österreich mehr Menschen als tragendes wirtschaftliches Element fühlen können.

Aber wir machen es umgekehrt. Wir erleben zwar gigantische Pleiten dieses Staates — ich weiß, wovon ich spreche —, aber dennoch nehmen wir den Österreichern wieder nur Geld indirekt weg, um diese Pleiten zu sanieren, gleichzeitig aber die Macht im Staat zu konzentrieren. Es traut sich hier niemand ein Bekenntnis zu einem breitgestreuten Eigentum abzulegen.

Das Budget, auch jenes, das wir heute behandeln, aber vor allem die Budgetprognosen zeigen, daß sich dieser Staat übernommen hat. Aber noch immer sprechen wir von Patentrezepten.

Kollege Verzetsnitsch hat der Ideologie eine Absage erteilt. Er hat davon gesprochen, daß er keinen Nachtwächterstaat haben will, der nur den wirklich Reichen hilft. Ich darf ihm einen anderen Grundsatz entgegenstellen. Ein teurer Staat, ein Staat, der verschwendisch mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umgeht, lebt auf Kosten der sozial Schwachen.

Als Wirtschaftsfachmann frage ich mich immer wieder, warum es in diesem Staat nicht möglich ist, Erkenntnisse der Privatwirtschaft in die Öffentlichkeit zu übertragen. Ich frage Sie daher: Warum trauen wir uns nicht, wirklich zu privatisieren, Werte zu verkaufen? Ich hätte nichts gegen einen Verkauf der Bundesforste. Ich hätte auch nichts dagegen, die gesamte Straßenverwaltung zu privatisieren.

Wer weiß, wie ineffizient gerade im Sektor der Bautenerhaltung im öffentlichen Bereich gearbeitet wird, wer weiß, wie Werkstätten und andere betriebsähnliche Einrichtungen im Bereich der ganzen sogenannten Hoheitsverwaltung keinem Vergleich mit der Privatwirtschaft standhalten können, obwohl sie ihren Mitarbeitern nicht mehr Lohn zahlen, aber keine Steuern an den Staat abliefern, der fragt sich, warum der Staat nicht endlich das, von dem er weniger versteht, abgibt.

3686

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dipl.-Ing. Dr. Krünes

Zwei Bedingungen sind allerdings dafür notwendig. Die eine ist, daß der Staat endlich aufhört, sich auf dem Steuersektor selbst zu betrügen. Denn niemand spart sich mehr Steuern, wenn auch legal, als der Staat selbst, weil er eine Reihe von Wirtschaftsfunktionen ausübt, für die er keine Steuern bezahlt.

Hier ein Bekenntnis, ein Anerkennen der Bemühungen des Finanzministers: Es ist erfreulich, daß jetzt mit einigen dieser Steuerprivilegien der öffentlichen Hand aufgehört wird. Das ist anerkennenswert, aber es ist leider nur ein erster Schritt.

Das zweite ist: Es müssen alle auf Macht verzichten. Und da fürchte ich, daß Sie noch immer nicht erkannt haben, wie sehr in den letzten Jahrzehnten in Österreich diese Macht zur Korruption geführt hat, nicht zur wirtschaftlichen, aber zu jener leichtfertigen Herrschaft über Menschen, die wahrlich kaum vorstellbar ist. Ich sage das deshalb, weil ich mich in den letzten Tagen und Wochen etwas mehr mit den Zuständen im Burgenland auseinandergesetzt habe. Ich hätte nie geglaubt, daß eine Sozialistische Partei, die genauso wie wir Freiheitlichen einen sehr klaren Freiheitsbegriff hat, im Zuge von Jahrzehnten eine Macht über Menschen aufbaut, die in einem wirklich freien Land unverständlich ist. Das war für mich erschütternd. (Beifall bei der FPÖ.)

Da Herr Kollege Taus heute die große Koalition verteidigt hat, möchte ich sagen: Ich mache sie verantwortlich, wenn in allen übrigen Bereichen Österreichs weiterhin Macht, politische Macht dazu mißbraucht wird, Österreicher abhängiger zu machen in ihrem beruflichen Fortkommen, in ihrem sozialen Status, in Einschränkung ihrer individuellen Freiheit. Das ist nicht zu vertreten, dazu hat niemand in diesem Land einen Auftrag. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich wünschte mir daher, daß dieser Staat in diesem Hohen Haus beginnt, Regelungen abzuschaffen, zu deregulieren, daß er sich das Ziel setzt, weniger Gesetze zu haben, daß er sich das Ziel setzt, die Menschen nicht ständig durch neue Verbote zu beeinträchtigen.

Eine kleine Antwort an den Kollegen Pilz, der beim Altölverbrennen sofort für das Untersagen war. Das trennt uns, unsere Weltanschauung führt uns zu unterschiedlichen Problemlösungen. Ich wäre dafür, die Emissions- und Immissionsbestimmungen als Maß zu nehmen und es der Wirtschaft und allen Beteiligten zu überlassen, wie sie kosteneffifi-

zient und umweltfreundlich mit ihren Abfällen fertig werden, nicht aber zu verbieten. (Zwischenruf des Abg. Dr. Pilz.) Machen wir Rahmenbedingungen und überlassen wir es dem Wettbewerb der Wirtschaft und der Ideen, Probleme zu lösen. Herr Kollege Pilz! Mit Verboten werden Sie diesen Staat nie in Ordnung bringen! (Abg. Dr. Pilz: Wenn Sie ordentliche Grenzwerte machen, dann sind das de facto Verbote!)

Herr Kollege! Wir können dogmatisch über dieses Thema streiten, nur: Ich habe einen kleinen Vorteil. Ich habe immerhin lange und intensiv ein naturwissenschaftliches Studium betrieben, das sich mit den Auswirkungen der Altölverbrennung und dergleichen mehr beschäftigt, ich bin Chemiker. Ich habe selbst zwei Anlagen gemacht, die sehr wohl in der Lage gewesen wären, sehr viel Abfall zu entsorgen, wenn wir nicht das Problem gehabt hätten, daß sich heute Sachverständige nicht mehr dazu bekennen, weil wir unsere Probleme nicht lösen wollen. Wir haben nämlich Angst, und wir lösen sie nicht etwa deshalb nicht, weil sie technisch nicht lösbar wären, sondern weil wir mit Umweltfragen Demagogie betreiben. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf Ihnen aber, um verständlicher zu werden, zwei Beispiele für meine Vorstellung von Deregulierung geben. Es ist für mich unverständlich, daß wir in Wien ein Beispiel, für das nicht die Republik, sondern nur das Land Wien zuständig ist, dafür erleben, welch negative Auswirkungen unsinnige Bestimmungen haben. Es ist das das berühmte Phänomen, daß „Cats“, als Dauerbrenner international erfolgreich, in Wien aufgeführt wird, aber jede Vorstellung defizitär ist.

Es ist unbegreiflich, wie man so etwas macht, daß man nämlich eine gigantische Nachfrage hat, die man nicht erfüllen kann, und dennoch Verluste macht.

Wenn man genauer hineinschaut, stellt sich ein sehr simples Faktum heraus: Man hat Gesetze geschaffen, die das Theater zwingen, mehr Menschen zu beschäftigen, als es überhaupt benötigt, man muß Werkstätten haben, die man für eine immer gleichlaufende Vorstellung nicht braucht. Aber weil es die Vorschrift gebietet, existiert diese Infrastruktur, kostet sie so viel, daß selbst ein täglich ausverkauftes Haus diese Kosten nicht abdecken kann.

Etwas Unsinnigeres als einen Staat oder ein Land, als eine öffentliche Stelle, die sich Vorschriften auferlegt, die nicht notwendig

Dipl.-Ing. Dr. Krünes

sind, um den Auftrag des Marktes zu erfüllen, aber dafür Defizite einfährt, gibt es kaum.

Ein zweites Beispiel: Wir versuchen alles zu regeln, auch im Verkehr. Ich habe in einem Teil Wiens eine Kreuzung beobachtet, die in der jüngsten Zeit ein halbes Jahr lang umgebaut wurde. Vorher hat es manchmal Stau gegeben, seit Inbetriebnahme der Ampeln gibt es täglich Stau (*Abg. Dr. Schüssel: Hat 15 Millionen Schilling gekostet!*) — jawohl —, weil zuviel an Regelung den Staat ineffizienter macht. (*Abg. Steinbauer: Gut erfunden!*) Jeder von Ihnen will zwar vielleicht damit Gutes tun, aber es wäre schön, es abzuschaffen. — Dem Kollegen Steinbauer mache ich gerne eine Führung durch den Hietzinger Bezirk, damit er sieht, wovon ich gesprochen habe.

Meine Damen und Herren! Trotzdem möchte ich aber mit einem Kompliment an die Regierung aufhören. Der Finanzminister hat von den notwendigen Liberalisierungsschritten im Zuge des Entstehens eines europäischen Binnenmarktes gesprochen. Ich sehe, daß es einen gedanklichen Gleichklang gibt. Ich sehe aber alarmiert, daß das Budget den wirklichen Fortschritt zu einem modernen Staat behindern wird. Ich wünschte mir, daß Sie den Mut haben, das Budget tatsächlich so zu gestalten, daß Österreich im europäischen Gleichklang mitkommt. (*Beifall bei der FPÖ.*) ^{11.39}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Nowotny. Ich erteile es ihm.

^{11.40}

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Frau Präsident! Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat gestern in seiner Budgetrede betont, daß dieser Vorschlag ein Konsolidierungsbudget darstellt. Tatsächlich zeigt sich ja auch, daß das Konsolidierungsziel erreicht wurde: Das Nettodefizit ist unter 70 Milliarden Schilling geblieben.

Ich möchte dazu erklären, daß die Tatsache, daß nach einer expansiven Phase der Budgetpolitik wieder restriktive, konsolidierende Phasen einsetzen, weder neu ist noch auch in irgendeiner Weise als Versagen oder als Bekenntnis früherer Fehler zu werten ist, sondern etwas, was sich einfach aus den technischen Notwendigkeiten der Ausgabenstruktur ergibt.

Wir hatten ja — ich möchte darauf hinweisen, wenn wir die Budgetgeschichte betrach-

ten — nach dem ersten Ölschock 1974/75 eine sehr stark expansive Budgetpolitik, die es auch in Österreich ermöglicht hat, wesentliche positive Beschäftigungseffekte zu setzen. Wir haben an diese Budgetpolitik dann aus denselben Budgetstrukturnotwendigkeiten wieder eine Expansionsphase angesetzt, mit dem Ergebnis, daß im Jahr 1981 das Nettodefizit auf 2,6 Prozent gesenkt wurde. In Klammern angefügt: Das heißt, das wirtschaftliche Erbe Bruno Kreiskys, das sich hier zeigt, kann auf keinen Fall so negativ gewesen sein, wenn wir davon ausgehen, daß das ein Wert ist, wie wir ihn jetzt erst wieder für das Jahr 1992 anstreben.

Es kam dann der zweite Ölschock, wieder mit der Notwendigkeit einer expansiven Fiskalpolitik, und nun die weitere Phase einer Notwendigkeit, wieder die Budgetstrukturen zu konsolidieren im Sinne einer Einschränkung des Budgetdefizits als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts.

Ich glaube, man muß das sehr deutlich sagen: Das ist eine Entwicklung, die nichts Außergewöhnliches darstellt. Was neu, was anders ist, ist der Umstand, daß nun in der Regierungsvereinbarung festgehalten ist, daß die Konsolidierung in erster Linie ausgabenseitig erfolgen soll. Wobei ich darauf hinweisen will — man braucht keine großen juristischen Auslegungskünste, um das festhalten zu können —, daß in „erster Linie“ nicht heißt, ausschließlich ausgabenseitig. Tatsächlich erkennt man, wenn man sich Untersuchungen des Wirtschaftsforschungsinstituts ansieht, daß in allen Staaten, in denen Budgetkonsolidierungen erreicht werden konnten, solche Konsolidierungsmaßnahmen sowohl ausgabenseitig als auch einnahmenseitig erfolgt sind. Andere Formen sind ja ökonomisch gar nicht sinnvoll.

Natürlich zeigt sich dann im konkreten, daß mit jeder Budgetposition eine Fülle von Interessen verbunden sind, und daher ist Konsolidierungspolitik immer eine sehr schwierige und letztlich natürlich auch eine undankbare politische Aufgabe.

Ich möchte aber nicht versäumen, in diesem Zusammenhang namens meiner Fraktion dem Herrn Finanzminister dafür zu danken, daß er in einem wirklich bewundernswerten persönlichen Einsatz und mit erheblichem politischem Mut hier seine Aufgabe einer Konsolidierungspolitik erfüllt hat (*Beifall bei der SPÖ*), und zwar nicht im Dienst — das möchte ich betonen — einer Partei, nicht im Dienst einer Koalition, sondern im Inter-

3688

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Nowotny

esse aller Österreicher und der langfristigen ökonomischen Sicherheit aller Österreicher. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß eine erfolgreiche Konsolidierungspolitik von der gesamten Bundesregierung getragen werden und auch von den Parteien, die hinter dieser Bundesregierung stehen, und ich stimme deshalb durchaus mit den Ausführungen des Kollegen Taus überein.

Ich möchte aber doch anmerken, daß es manche Politiker gibt, die noch gewisse Lernprozesse vor sich haben, daß es manche Politiker gibt, die mit der Verantwortung, die eine Regierungspartei zu übernehmen hat, noch nicht ganz fertig geworden sind. Ich sage daher ganz klar: Es geht natürlich nicht, daß man sozusagen ein bißchen Regierungspartei und ein bißchen Opposition sein will und sich von überall die Rosinen herauspickt.

Eine Koalition, wie wir sie haben, ist meines Erachtens nach wie vor die Regierungsform, die die großen Verantwortungen, die wir jetzt haben, am besten erfüllen kann, die zweifellos die besten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Zukunft in Österreich bereitstellen kann. Das setzt aber voraus, daß alle Seiten wissen, daß sie zu Verantwortungsbewußtsein, zu Fairneß und zu Einsatzbereitschaft verpflichtet sind. Wir werden es daran sicher nicht fehlen lassen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selbstverständlich hat es in einer solchen Konstellation eine Opposition leichter. Aber ich hatte heute schon den Eindruck, daß die Oppositionsparteien in diesem Hause manchmal der Gefahr erliegen, es sich zu leicht zu machen. Wobei ich gar nicht sagen will, daß wir jetzt in dieses primitive Rollenschema hineinfallen sollen und behaupten sollen: Alles, was die Opposition sagt, ist falsch, und alles, was die Regierungsparteien sagen, ist richtig. Es gibt durchaus Punkte — wenn ich an die Rede des von mir sehr geschätzten Kollegen Krünes denke —, die ernst zu nehmen sind und bei denen ich glaube, daß darüber ein fruchtbare Dialog notwendig ist.

Allerdings ist es doch etwas zu einfach, wie es in der Rede des Kollegen Bauer zum Ausdruck gekommen ist, nur zu sagen: Die Schulden sind zu hoch! Wenn ich mit dem die fortwährenden Reden des Abgeordneten Haider kontrastiere, der heute natürlich wieder nicht hier ist, weil er ja laufend mit anderen, besse-

ren Dingen beschäftigt ist, der durch die Lande fährt und überall die Meinung vertritt, es müßten zusätzliche Ausgaben gemacht werden, es sei ein Skandal, die Ausgaben in bestimmten Bereichen zu kürzen, gleichzeitig müßten aber die Steuern auf jeden Fall gesenkt werden, dann zeigt sich darin eine Politik, die sozusagen auf jeden Fall größere Ausgaben und geringere Einnahmen verlangt und dabei das Budgetdefizit beklagt. Das ist eine un seriöse Politik, und mit einer solchen un seriösen Politik wird man langfristig bei den denkenden Österreichern nicht durchkommen, bei anderen vielleicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Man muß aber schon darauf achten, daß hier aus einer Politik, die ganz offensichtlich nur auf den persönlichen Vorteil und den einer Partei ausgerichtet ist, nicht auch langfristig Schaden für das Land entstehen kann, den dann alle, letztlich alle Beteiligten auszubaden haben.

Was den wendigen Kollegen Pilz betrifft, so ist er sicherlich ein besserer Keynes-Kenner als der Kollege Krünes, der Keynes als sozialistischen Berater eingestuft hat. Ich muß darauf hinweisen, daß Lord Keynes zu einer Zeit gestorben ist, als es sicherlich keine sozialistische Regierung in Österreich und auch nicht in Großbritannien gegeben hat.

So einfach ist es natürlich nicht, Herr Kollege Pilz. Sie sagen: Es gibt 60 Milliarden Schilling Rückstau an nicht ausgeführten Investitionen, da ist sozusagen ein Arbeitskraftpotential vorhanden, das nicht genutzt wird, und Sie meinen, das sei doch ganz einfach: Verwenden wir das ganz einfach statt für Kraftwerke für Sozialausgaben und für andere öffentliche Ausgaben.

Herr Kollege Pilz! Ein kleiner Unterschied wurde von Ihnen übersehen, den halt ein Ökonom nicht übersehen sollte. Diese 60 Milliarden Schilling, die wir als Investitionsrückstau haben, sind selbstfinanzierende Investitionen, die mit keinem Groschen das Budget belasten, sondern es sind Investitionen, die unmittelbare Wertschöpfung bringen und die zum Beispiel im Wasserkraftbau bedeuten, daß wir weniger importieren müssen, daß Geld nicht ins Ausland abfließt, sondern bei uns bleibt, daß also Wertschöpfung im Inland erfolgt. Das ist der erhebliche Unterschied.

Es geht nicht, so einfach zu sagen: Geben wir das ins Budget hinein! — Das wäre wirklich zu einfach. Es geht darum, Investitionsprojekte zu finden und zu aktivieren, die

Dr. Nowotny

Arbeitsplätze schaffen, ohne das Budget zusätzlich zu belasten. Das ist ein Punkt, auf den wir auch in Zukunft sehr viel stärker achtgeben müssen.

Worum geht es nun in Österreich? Ich glaube, man muß hier sehr deutlich davon ausgehen, daß die Politik, die wir jetzt brauchen, die einer ruhigen zielbewußten Überlegung sein muß, ohne in irgendwelche Hysterie zu verfallen. Ausgangspunkt ist der, daß wir sagen können: Wir haben gute Startvoraussetzungen, wir sind als Land Österreich unter den Industriestaaten an neunter Stelle im Pro-Kopf-Einkommen. Österreich ist in diesem letzten Jahrzehnt ein reiches Land geworden. Wir haben eine Arbeitslosenrate, die nach wie vor deutlich unter der der west-europäischen Staaten liegt. Wir haben eine öffentliche Verschuldung des Bruttoinlandsproduktes, die deutlich unter der anderer kleiner Industriestaaten liegt. Wir haben eine positive Leistungsbilanz, wir haben Preisstabilität in diesem Land, obwohl wir natürlich von allfälligen weltwirtschaftlichen Turbulenzen berührt sind, weil kein Land eine Insel ist. Aber wir sind diesen Turbulenzen nicht in dem Maß ausgeliefert wie andere.

Ich möchte nur kurz das Börsendebakel erwähnen, weil das bereits angeschnitten worden ist. Das Börsendebakel, das wir jetzt in vielen Ländern erleben, ist für uns Sozialdemokraten sicherlich kein Grund, die Funktion der Börse, die Funktion des Risikokapitals in einer Volkswirtschaft insgesamt zu leugnen. Das wäre ja tatsächlich viel zu kurz-sichtig.

Aber dies sollte doch eine Warnung sein, ein Hinweis auf ein viel zu simples, viel zu naives Verständnis des Börsengeschehens, eine Warnung vor dem Glauben, der einzelne könne auf diesem Weg leicht reich werden, wie das jetzt zum Teil Plakate im Zusammenhang mit der ÖMV-Privatisierung in meiner Meinung nach wenig verantwortungsvoller Weise der Öffentlichkeit suggerieren. Und es ist auch eine Warnung vor dem Glauben — das hat Kollege Krünes ausgedrückt —, dies könnte eine Art Demokratisierung der Wirtschaft sein, verbunden mit der Illusion, der einzelne Kleinaktionär hätte irgendeine unternehmerische Funktion zu erfüllen.

Wir sind der Meinung, daß Aktien ihre Rolle als Risikokapital zu spielen haben, aber wir werden energisch davor warnen, das zur Illusion einer gewissen Wirtschaftsfreiheit zu machen, die in Wirklichkeit keine Freiheit ist, sondern nur Aktionärsdasein, das von den

Großaktionären ganz anders genützt werden kann als von den Kleinaktionären.

Ich möchte auch betonen, daß dieses Budget ja nicht nur als Restriktionsbudget zu sehen ist, sondern daß es sehr wohl auch erhebliche positive Impulse zeigt, insbesondere im Bereich der Investitionen, denn die Bauinvestitionen werden in diesem Budget in Verbindung mit den entsprechenden außerbudgetären Begleitgesetzen um 20 Prozent steigen. Wir haben den Bereich der Technologieoffensive, der schon genannt wurde, als sehr wichtigen Impuls, dotiert mit rund 500 Millionen Schilling pro Jahr für eine Erneuerung unserer technischen Ausstattung, sodaß ich glaube, daß man hier durchaus wichtige langfristige Effekte sieht.

Was den übrigen Bereich, den Konsolidierungsbereich betrifft, so muß man schon darauf hinweisen, daß man den Sinn für Proportionen und für Größenordnungen nicht verlieren soll.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß im Bereich der Sozialversicherung eine Reform zweifellos notwendig ist, aus Gründen der Bevölkerungsentwicklung, aus Gründen der sozialen Entwicklung, daß aber kein Pensionist im Rahmen der Reform eine Einbuße seines Einkommens, seiner Pension erfahren wird.

Sicherlich ist es auch so, daß der Bereich öffentlicher Dienst einen Konsolidierungsbeitrag wird leisten müssen, umso mehr, als es sich ja hier um einen geschützten Bereich handelt, der nicht einem unmittelbaren Arbeitsplatzrisiko ausgesetzt ist. Aber auch in diesem Bereich muß man sehen: Es handelt sich um Größenordnungen, die geringer sind als das, was sich für den einzelnen etwa aus der Entwicklung der Ölpreise ergeben hat. Das heißt, auch das sind Dimensionen, die volkswirtschaftlich und in der Regel auch einzelfinanziell durchaus verkraftbar sind.

Es ist natürlich richtig, daß niemand über Einschränkungen glücklich ist. Aber ich halte es nicht für unproblematisch, wenn sich zum Teil gerade jene Gruppen, die im Rahmen des öffentlichen Dienstes zu den bestverdienenden Gruppen gehören — ich nehme da meine eigenen Standesgenossen durchaus nicht aus —, besonders kräftig gegen Maßnahmen einer Konsolidierungspolitik wenden und ein sehr geringes Maß an gesamtwirtschaftlicher Solidarität und Verantwortungsgefühl zeigen.

Damit ein ganz kurzes Wort zu den Studen-

3690

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Nowotny

tenprotesten, mit denen wir uns ja heute noch beschäftigen werden. Es ist in einer Demokratie zweifellos legitim, zu protestieren, und Proteste sind auch im Interesse aller ernst zu nehmen. Aber ich möchte gerade als Linzer Abgeordneter doch anmerken, daß es in diesem Land zweifellos viele Gruppen gibt, die sehr viel größere und akutere Sorgen haben, die aber in großer Disziplin ihre Arbeit tun und die Steuern zahlen, um deren Verteilung jetzt demonstriert wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte damit in keiner Weise irgendwelche Gruppen gegeneinander ausspielen. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, daß es ein Merkmal der politischen Kultur Österreichs ist, Probleme am Verhandlungstisch und nicht auf der Straße auszutragen. Ich glaube, wir alle in Österreich sind mit diesem Ansatz gut gefahren, und das sollte für alle Gruppen in diesem Land gelten.

Was die Forderungen der Studenten im einzelnen betrifft, so wird darüber noch diskutiert werden. Sie sind zum Teil, würde ich meinen, berechtigt, zum anderen Teil nicht unproblematisch. Was den Bereich der Familienbeihilfe betrifft und zur Forderung, diese bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres auszudehnen, möchte ich schon anmerken, daß eigentlich erst durch die jetzigen Demonstrationen der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß nach den Berechnungen der Österreichischen Hochschülerschaft, die auch in dieser Anfrage wiedergegeben sind, jeder österreichische Student, egal, welches Einkommen seine Eltern haben, und unabhängig von der Frage eines Stipendiums, rund 4 000 S pro Monat staatliche Förderung bekommt, abgesehen davon, was es kostet, den Studienbetrieb als solchen aufrechtzuerhalten. Und ich glaube, daß man schon differenzieren muß zwischen den Fällen, wo tatsächlich soziale Bedürftigkeit gegeben ist — da bin ich absolut dafür, daß wir den Stipendienbereich im nächsten Jahr ausbauen, das ist ja auch geplant —, und den Fällen, wo diese soziale Bedürftigkeit sicherlich nicht gegeben ist.

Ich meine, es ist falsch und eine nicht unproblematische standespolitische Einstellung, Studenten per se als sozial bedürftig zu betrachten. Gerade der Verteilungsbericht des Instituts für Höhere Studien zeigt sehr deutlich, daß wir gerade im Hochschulbereich eine sehr massive Umverteilung von den allgemeinen Steuerzahlern zu den höheren Einkommensgruppen in diesem Land haben. Ich glaube, jede Regelung muß das berücksichtigen. Wir haben bereits eine Regelung gefunden, die die Dauer des Studiums berücksich-

tigt, die den Zeitpunkt des Studienantritts berücksichtigt, aber generelle Regelungen sind sozial kaum vertretbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es muß klar sein, daß man bei der Beurteilung der Verteilungswirkungen des Budgets nicht danach entscheiden kann, wer am lautesten schreit und wer die größte Mobilisierungskraft hat, sondern man muß beurteilen, wo tatsächlich die objektiven Bedürfnisse und Notwendigkeiten gegeben sind.

In diesem Zusammenhang nur ein Wort über die Steuerseite. Es ist im Voranschlag 1988 recht interessant zu sehen, daß wir hier eine Entwicklung haben, die ich als nicht unbedenklich bezeichnen würde. Lohnsteuer und Umsatzsteuer werden im nächsten Jahr wieder deutlich steigen, dagegen haben wir ein absolutes, nicht nur ein relatives, sondern ein absolutes Sinken des veranlagten Einkommensteuer- und Körperschaftssteueraufkommens. Das heißt, das Steueraufkommen der unselbstständig Erwerbstätigen steigt, die Gewinnsteuern im weiteren Sinne sinken, und das bezogen auf ein Jahr, in dem die Statistik ein deutliches Steigen der zugrundeliegenden Gewinneinkommen ausweist.

Ich glaube, gerade für die Steuerreform ist es wichtig zu sehen, daß unsere steuerpolitischen Probleme wohl nicht so sehr Niveau-probleme, sondern vor allem Strukturprobleme sind. Ein strukturelles Problem ist dabei sicherlich die sehr unterschiedliche steuerliche Entwicklung in bezug auf Selbstständigen- und Unselbstständigeneinkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist auch wieder ein Zeichen dafür, daß hinter den kurzfristigen Problemen, mit denen sich die Politik natürlich meistens befassen muß, sich auch wesentliche langfristige Strukturprobleme verstecken, zu denen etwa das Steuersystem gehört, zu denen die Entwicklung unserer Produktions- und Wirtschaftsstruktur einschließlich der Agrarwirtschaft gehört und natürlich auch das Sozialversicherungssystem.

Es geht darum, die kurzfristigen Probleme erfolgreich zu bewältigen und gleichzeitig die Lösung der langfristigen Strukturprobleme anzugehen und weiterzuführen.

Dieses vor uns liegende Budget ist ein Schritt in dieser Richtung, wir werden ihm daher unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*) 12.00

Präsident Dr. Marga Hubinek

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dittrich. Ich erteile es ihm.

12.00

Abgeordneter Ing. Dittrich (ÖVP): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die erste Lesung des Budgetentwurfes 1988 gibt uns die Gelegenheit, im speziellen und im generellen auch zur allgemeinen Wirtschaftspolitik Anmerkungen zu machen.

Für mich trägt das Budget 1988 klar und deutlich die Handschrift der Österreichischen Volkspartei, weil ich es als sehr positiv empfinde, daß es gelungen ist, das Bruttodefizit unter 70 Milliarden Schilling zu drücken. Ich meine, jede Budgetsanierung ist eine harte, eine unangenehme Angelegenheit, ist ein sehr schwieriger Weg, und ich halte auch die notwendigen aufgezeigten Belastungen in diesem Budget für sozial ausgeglichen.

Der Großteil der österreichischen Bevölkerung war und ist davon überzeugt, daß diese Budgetsanierung notwendig ist, und wenn jetzt einzelne Gruppen kommen, um zu protestieren, ja sogar zu streiken, so etwa nach dem Florianiprinzip, dann muß die große Mehrheit in diesem Haus geschlossen diese notwendigen Sanierungsmaßnahmen gemeinsam mittragen.

In dieser schwierigen Sanierungsphase haben wir den Wind nicht im Rücken, sondern er bläst uns frontal ins Gesicht, und ich meine damit die internationale und nationale wirtschaftliche Entwicklung. Wie abhängig Österreich von dieser internationalen Entwicklung ist, brauche ich ja nicht besonders hervorzuheben. Auch wir stellen ein wirtschaftliches West-Ost-Gefälle fest, das kann man klar aus dem Industrieproduktionsindex für 1987 erkennen.

Das Wort „Privatisierung“ ist in der Rede des Herrn Finanzministers nicht vorgekommen. Er sagt auf Seite 4: „Nur ein Teil dieser erhöhten Einkommen hat das binnengewirtschaftliche Wachstum gestärkt, weil gleichzeitig die Sparquote von 11,2 Prozent auf 13,6 Prozent gestiegen ist.“ Hier möchte ich anschließen und sagen, man soll doch diese Sparneigung der österreichischen Bevölkerung in qualifiziertere Formen überführen, nämlich in Richtung Beteiligung an derzeit verstaatlichten Betrieben, wobei für mich eines ohne Zweifel feststeht: Die 49 Prozent können nur ein erster Schritt und ein Beginn sein, denn Mitgestalten und Mitformen kann

man erst mit 50 Prozent und einer Aktie. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Schauen Sie sich doch die äußerst erfolgreiche Privatisierung in England an. Sie ist so erfolgreich, daß sogar die Labour-Party seit jüngster Zeit als Privatisierungsgegner verstummt ist.

Frau Präsident, Sie gestatten, daß ich einen Satz aus einer Rede von Margaret Thatcher zitiere:

„Und wir alle wissen, daß politische Freiheit bald stirbt, wenn sie nicht von freier Marktwirtschaft, von freien Unternehmen und von der persönlichen Verantwortung eines jeden Bürgers getragen ist.“ — Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen. (*Abg. Dr. Nowotny: Nur stimmen tut es nicht!*)

Natürlich stimmt das, selbstverständlich. Sie können sich die englischen Beispiele anschauen, sie sind beispielhaft. Ich bin sehr gerne bereit, Ihnen die jüngsten Unterlagen ... (*Abg. Dr. Nowotny: Das ist jetzt demokratischer als früher?*)

Selbstverständlich! Schauen Sie sich allein die Privatisierung des Wohnungsmarktes an. Dort hat jeder die Gelegenheit, wenn er etwa 10 bis 15 Jahre in einer Wohnung gelebt hat, diese als Eigentum mit kolossalen Rabatten zu erwerben. Das ist doch eine echte, eine richtige Privatisierung. (*Abg. Dr. Schranz: Vor allem die Millionen Arbeitslosen werden es kaufen! — Abg. Dr. Nowotny: Die Slums wachsen!*)

Nun eine Bemerkung zur angekündigten Steuerreform ab 1. Jänner 1989. Es bedarf sicher aller Anstrengungen, Voraussetzungen für diese große Steuerreform zu schaffen. Gruppeninteressen und Gruppenegoismen sind dabei absolut in den Hintergrund zu stellen, denn wir brauchen diese große Steuerreform mehr als notwendig. Für die Wirtschaft werden davon starke Impulse erwartet und auch sicher ausgehen.

Herr Finanzminister, Sie sagen auf Seite 12 Ihrer Budgetrede sehr richtig: „Wir werden gut beraten sein, im Zuge des Entstehens eines größeren europäischen Binnenmarktes notwendige Liberalisierungsschritte in diesen Sektoren schon jetzt einzuleiten. Dies gilt für den Abbau von Zugangsbeschränkungen und anderen Wettbewerbshemmnnissen.“

Herr Bundesminister! Ich schließe mich dieser Argumentation voll und ganz an. Ich

3692

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Ing. Dittrich

möchte sie nur als Unternehmer und als Unternehmerinteressenvertreter noch ergänzen, ja möchte sagen, spezifizieren: Was wir Unternehmer vom Staat verlangen, sind vernünftige Rahmenbedingungen und der Abbau von bürokratischen Hemmnissen, und dazu, sehr geehrter Herr Bundesminister, gehört für uns auch die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und das Aufsperren am 8. Dezember.

Es ist nämlich für mich einfach unverständlich, daß wir uns in einer wirtschaftlich so schwierigen Zeit den Luxus leisten, am 8. Dezember die Rolläden zu schließen und zuzusehen, wie Hunderte und Aberhunderte Millionen Schilling ins Ausland abwandern (*Beifall bei der ÖVP*), und dies, meine Damen und Herren, nur deshalb, weil der Gewerkschafter Dallinger daraus ein Dogma gemacht hat und nicht bereit ist, auch nur in Verhandlungen einzutreten.

Sie gestatten ein paar Worte zur verstaatlichten Industrie. Die Situation ist ohne Zweifel kritisch, wobei ich in erster Linie an die Beschäftigten dieser Betriebe denke. Aber wir haben uns auch die Frage zu stellen, wieso ist es in so vielen Bereichen der verstaatlichten Wirtschaft überhaupt zu dieser Situation gekommen. (*Abg. Mag. Brigitte Ederer: Und in der privaten Wirtschaft!*) Ich darf Ihnen sagen, meine Damen und Herren, das ist das Ergebnis einer 16jährigen verfehlten und falschen Wirtschaftspolitik, das ist keine Frage! (*Beifall bei der ÖVP*.)

Wir haben immer wieder gewarnt und wir haben Sie immer wieder auf die Folgen aufmerksam gemacht, Sie haben darauf nicht reagiert. Man kann das Thema nicht so einfach wegwischen, indem man sagt, es gibt ja eine internationale Stahlkrise. Das ist richtig, meine Damen und Herren, aber in welchen Bereichen? Gibt es auch eine internationale Stahlkrise im Bereich der Chemie oder der Steyr-Werke oder wo immer Sie wollen? Schauen Sie sich die Renditen an, die internationale Chemiekonzerne erringen können. Ich glaube, man muß einfach feststellen, daß 16 Jahre hindurch die gesamte österreichische Wirtschaft überbelastet wurde, und man muß auch feststellen, daß durch Jahre hindurch Gewinne verteilt wurden, die dann später nicht erwirtschaftet werden konnten.

Ich hoffe im Interesse der gesamten österreichischen Wirtschaft, daß diese nun eingeleitet — ich hoffe und bin überzeugt — schwierigen Reformen für diese Betriebe erfolgreich sein werden.

Sie gestatten mir auch ein paar Sätze zum Verhältnis Wirtschaft-Gewerkschaft, wenn Sie wollen: Sozialpartnerschaft.

Der Gewerkschaftsbund hat beschlossen, die Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 35 Wochenstunden mittels Generalkollektivvertrag zu erreichen. Das bedeutet, daß wir den bisher gemeinsam begangenen und beschlossenen Weg der Verhandlungen — Fachgewerkschaft-Fachverbände-Innungen-Gremien — verlassen. (*Abg. Parngoni: Aber, Herr Präsident, beim Urlaubsrecht haben wir das auch getan und einen Generalkollektivvertrag abgeschlossen!*)

Wir haben bisher vereinbart, das jeweils in Etappen mit den entsprechenden Wirtschaftszweigen zu verhandeln, weil nur dadurch die Möglichkeit gegeben ist, auf die differenzierten wirtschaftlichen Verhältnisse eingehen zu können, was ich bei einem Generalkollektivvertrag ohne Zweifel nicht machen kann. (*Abg. Parngoni: Aber in zwei Jahren haben wir nichts geschafft von dieser Arbeitszeitverkürzung!*)

Meine Damen und Herren! Das würde weiter bedeuten, daß wir eine Vorreiterrolle spielen gegenüber unseren Haupthandelspartnern, und das würde weiter bedeuten — wir gefährden den ohnehin äußerst schwachen österreichischen Export — die Gefährdung Tausender österreichischer Arbeitsplätze. Die Wirtschaft wird diesen Weg in dieser geforderten Form sicher nicht mitgehen, nicht mitgehen können, weil sie Verantwortung für unsere Betriebe und Verantwortung für die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer zu tragen hat. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich darf ein paar Worte zur Arbeitsmarktsituation sagen, auch in Richtung des neuen Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, der mich in seiner Rede zitiert hat. Es ist richtig, daß ich ihm und Präsident Czettel einen Brief geschrieben habe, um ihnen das Ergebnis der sogenannten Konjunkturgespräche in der Wiener Handelskammer mitzuteilen. Ich habe mir sehr überlegt, den Ausdruck „Die Arbeitsmoral in Wien ist miserabel“ zu gebrauchen. Ich habe das nicht leichtsinnig und leichtfertig getan. Alle, die mich kennen, wissen das.

Aber bei diesen Konjunkturgesprächen — die Teilnehmer sind Industrieveterreter und Vertreter des Gewerbes — kam geschlossen und einheitlich die Meinung zum Ausdruck, daß die Arbeitsmoral diesen Begriff recht fertigt (*Abg. Leikam: Das war sehr einseitig!*),

Ing. Dittrich

und ich bin nicht berechtigt, die Aussagen meiner Mitglieder abzuschwächen oder gar zu revidieren.

Ich habe auch den Präsidenten Verzetsnitsch und Czettel vorgeschlagen, gemeinsam zu versuchen — ich habe mich dazu bereit erklärt —, einen Weg zu finden, um aus dieser Situation herauszukommen. Ich muß Ihnen sagen, es gibt auch hier ein West-Ost-Gefälle. So wie es seinerzeit bei der Anzahl der Krankenstände ein West-Ost-Gefälle gab, gibt es auch bezüglich der Arbeitsmoral leider ein solches.

Meine Damen und Herren! Ein ernstes, ein wahres, ein aufrichtiges Wort zur Arbeitsmarktsituation. Ich kann Ihnen hier nicht nur als Unternehmer meine eigenen Erfahrungen schildern, sondern ich möchte hinzufügen: Mich hat heute in der Früh der größte österreichische Baustoffhändler, der in allen Bundesländern vertreten ist — Sie werden daher die Firma kennen —, angerufen und mir mitgeteilt, daß er die Zahl seiner Betriebe, seiner Verkaufsstellen in naher Zukunft reduzieren wird müssen beziehungsweise diese sogar in die Gefahr des Zusperrens kommen, denn er ist nicht in der Lage, Arbeitskräfte zu bekommen. Dabei handelt es sich bitte nicht um Facharbeiter — daran trauen wir uns ja gar nicht mehr zu denken —, sondern hier geht es um Arbeiter im Lagerbereich, im Expedit et cetera.

Meine Damen und Herren! Es muß doch an diesem System etwas nicht stimmen, wenn wir soundso viele Arbeitslose haben, wir aber nicht einmal Arbeitskräfte unter dem Facharbeiterstand bekommen. Ich glaube, die Ratgeber, die Ezzesgeber des Herrn Sozialministers sind einfach überfordert, da sie keinen Bezug zur wirtschaftlichen Realität haben, denn sie sind noch nie in einem Betrieb gestanden und haben dort die tatsächliche wirtschaftliche Situation kennengelernt. (*Beifall des Abg. Haigermoser.*)

Ich glaube, man sollte sich mit diesem Thema beschäftigen. Es ist doch viel zu billig zu sagen: Wir haben soundso viele Arbeitslose, die können nicht vermittelt werden. Das stimmt doch nicht! Die Wirtschaft braucht Arbeitskräfte, aber durch dieses übersoziale Netz sind wir nicht in der Lage, die entsprechenden Arbeitskräfte auch zu bekommen. (*Ruf bei der SPÖ: Das Lohnniveau ist aber bitte auch zu berücksichtigen!*)

Herr Kollege, es ist ja bekannt, wie hoch die Überzahlung in Wien ist. Das wissen Sie

genau, egal, ob das in den einzelnen Gruppen wie Gewerbe, Handel oder Industrie ist: Es gibt eine beträchtliche Überzahlung. Wien ist Spitzenreiter, was die Löhne und Gehälter betrifft. Das Angebot an gut bezahlten Arbeitsplätzen in Wien ist absolut so, daß jeder Arbeitswillige zugreifen müßte, aber es gibt eben die Verlockung, weil man durch Arbeitslosenunterstützung abgesichert ist, den angebotenen Arbeitsplatz abzulehnen. (*Ruf bei der ÖVP: Genauso ist es!*) Das sollte uns doch beiden zu denken geben. (*Abg. Mag. Brigitte Ederer: Wieviel zahlen Sie bitte?*) Wir sind doch bemüht, die Leute unterzubringen. Wir haben ja Arbeitsplätze; die Wirtschaft stellt sie zur Verfügung, aber es herrscht völliges Desinteresse ... (*Abg. Dr. Schranz: Wieviel verdient man bei Ihnen?*) Herr Kollege, ich erlebe es täglich in meinem Betrieb. 10 bis 15 Leute kommen sich vorstellen, von denen einer vielleicht bereit ist, im Lager oder im Expedit zu arbeiten. Und dann fängt er am Montag um 7 Uhr an und um 8 Uhr in der Früh kommt er und sagt: Na eigentlich ist das nicht das, was ich mir vorgestellt habe. Rechnen Sie das ab, ich gehe wieder. Das ist die Wahrheit! (*Ruf bei der SPÖ: Wahrscheinlich zahlen Sie nicht gut!*) Na bitte, sollen wir einem Arbeiter das Dreifache dessen bezahlen, was etwa ein Prokurist verdient — was erwarten Sie? (*Abg. Dr. Schranz: Wieviel zahlen Sie denn?*)

Ich bin immer bereit, Ihnen das vorzulegen, was wir den Leuten bieten, dann werden Sie sich wundern und fragen, warum die nicht bereit sind, diese Arbeit anzunehmen. Ich bringe Ihnen die Zahlen, was wir den letzten zehn Leuten, die wir aufgenommen haben und die weggegangen sind, zahlen wollten. Ich bin gerne dazu bereit. (*Abg. Mag. Brigitte Ederer: Also wieviel zahlen Sie etwa einem Lagerarbeiter?*) Aber jetzt halten Sie mich nicht auf, denn ich darf ja nur 20 Minuten lang reden. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wir bekommen seit Wochen und Monaten immer wieder via Medien ein Bild der österreichischen Wirtschaft vermittelt, vor allem bezogen auf die verstaatlichten Betriebe. Meine Damen und Herren! Das ist nicht das Bild der österreichischen Wirtschaft. Das Bild der österreichischen Wirtschaft liefern uns die ztausend Klein- und Mittelbetriebe, jene gewinn- und leistungsorientierten Unternehmungen, die schlicht und einfach das Fundament der österreichischen Wirtschaft bilden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

3694

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Ing. Dittrich

Meine Damen und Herren! In Summe sind sie das Flaggschiff, das rot-weiß-rote Flaggschiff der österreichischen Wirtschaft, denn diese Klein- und Mittelbetriebe Österreichs stellen 66 Prozent der Arbeitsplätze zur Verfügung, bilden 165 000 Jugendliche aus, zahlen 70 Prozent der Steuern und Soziallasten, tätigen 40 Prozent aller Investitionen und haben sich als besonders krisenfest erwiesen und gewährleisten einen funktionierenden Wettbewerb.

Meine Damen und Herren! Diese Bundesregierung ist gut beraten, sich dieser Unternehmergruppe in Zukunft mehr als bisher anzunehmen.

Zum Budget darf ich Ihnen sagen, daß wir diesem selbstverständlich unsere Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{12.17}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich darf ihm das Wort erteilen.

^{12.18}

Bundesminister für Finanzen Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrte Frau Präsident! (*Abg. Smolle: Das tut mir sehr leid, daß ich jetzt nicht drankomme! Ich hätte Ihnen noch ein paar Punkte mitgegeben in meiner Rede!*) Herr Abgeordneter Smolle, ich werde auch Ihren Ausführungen mit Aufmerksamkeit lauschen; Sie können dessen versichert sein, aber Sie entschuldigen, daß ich mich von der Regierungsbank auch einmal zu Wort melde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf vielleicht zu den bisherigen Debattenbeiträgen doch eine Reihe von Bemerkungen machen und hoffe, damit den Kollegen Smolle damit nicht allzu sehr aus seinem Konzept gebracht zu haben. (*Abg. Haigermoser: Der hat keines!*) Um so besser.

Der Herr Abgeordnete Bauer hat zu Beginn seiner Betrachtungen bezweifelt, daß das Konsolidierungsziel erreichbar ist; er hat von einem „Trick“ gesprochen. Ich darf doch auf eines aufmerksam machen, was nicht nur von ihm, sondern vielleicht sogar am stärksten später vom Kollegen Pilz zum Ausdruck gebracht worden ist: Es gibt immer wieder die Kritik, daß dieses Budget zu restriktiv wirke, für die eine oder andere Gruppe Härten bringe.

Und ich darf einmal darum ersuchen, daß sich die Kritik formiert in jenem einen Punkt, wo man sich darüber klar wird: Ist es tatsäch-

lich ein zu restriktives Budget oder ist es vielmehr ein Budget, in dem nicht wirklich gespart wird, in dem versucht wird, nur mit Tricks über die Runden zu kommen? Beides gleichzeitig kann ja nicht wahr sein.

Kollege Pilz hat gemeint, daß nicht nur das Konsolidierungsziel nicht erreicht wäre, sondern daß auch eine deflationäre Spirale in Gang gesetzt würde. Wenn ich mir nur etwa, und zwar unter Kenntnis der Grunddaten dieses Budgets, die Prognose des Instituts für Wirtschaftsforschung ansehe, aber auch das, was in den letzten Jahren passiert ist, so sei mir ein Hinweis gestattet, den ich ohnehin gestern bereits gemacht habe: In den letzten beiden Jahren sind die realen Masseneinkommen um 8 Prozent gestiegen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, welche Definition von Deflation der Herr Abgeordnete Pilz da verwendet! Es wäre sicherlich einmal etwas ganz Neues, zu hören, daß bei zugegebenermaßen niedrigen Inflationsraten eine so starke Erhöhung von Masseneinkommen tatsächlich deflationäre Tendenzen in Gang setzen sollte.

Aber ich darf noch etwas sagen. Ich bin dem Herrn Abgeordneten Bauer dankbar, daß er heute im Gegensatz zur gestrigen Debatte nicht gleich die gesamten 5 Milliarden ASFINAG-Finanzierung dem Budgetdefizit zugeschlagen hat. Heute war es nur mehr ein Teil. Gestern ist er gleich auf 70 bis 75 Milliarden gekommen, heute sieht das offenbar schon wieder ein bißchen anders aus.

Aber auch hier sei gesagt: Es hat gestern schon diese Kritik an der ASFINAG-Novelle gegeben. Vor allem eines hat mich beeindruckt, die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Wabl dazu, der seine Redezeit im wesentlichen benutzt hat, den Straßenbau zu kritisieren, auch wenn es hier um den Hochbau gegangen ist.

Der Kollege Pilz hat heute gesagt, die 60 Milliarden sollte man einfach aus dem Bereich der Elektrizitätswirtschaft herausnehmen, sie dem Budget hinzufügen und damit Sinnvolles machen, nämlich etwa in den Hochbau investieren. (*Abg. Smolle: Aber mit Budgetwahrheit bitte, Herr Minister!*) Also bleiben wir einmal bei dem einen Thema, Kollege Smolle, und dann reden wir über das andere weiter.

Vielleicht sollte man einmal bei der Frage bleiben, wofür diese Milliarden verwendet werden sollen. Wir können uns durchaus darüber unterhalten, wo die vernünftigen Ver-

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

wendungszwecke sind, wir können uns auch durchaus darüber unterhalten, wo die demokratische Kontrolle ist. (*Demonstrativer Beifall der Abgeordneten Smolle und Wabl.*) Aber viel demokratischer, Kollege Wabl, als hier ein Gesetz zu beschließen, als im Ausschuß — Sie waren leider nicht dabei — zu sagen, daß natürlich allen Abgeordneten die entsprechenden Informationen zeitgerecht zugeführt werden, geht es nicht. Viel demokratischer geht es auch über das Budget nicht.

Für mich interessant war nur, bei den Ausschußberatungen zu hören, daß Hinweise auf eine erhöhte Flexibilität, die in der Planung notwendig sei, gerade deswegen, weil es da oder dort Bürgerwiderstand gibt, von der Fraktion der Grünen als „Planungsversagen der Bundesregierung“ bezeichnet worden sind. Das ist etwas, was mich eigentlich betroffen gemacht hat, denn ich wußte nicht, daß Sie eine derartige Dampfwalze von Seiten der Regierung erwarten und daß Ihnen mehr Flexibilität unangenehm ist. (*Abg. Wabl: Nein!*)

Ich darf noch etwas dazu sagen, und zwar ist da auch etwas, was mich überrascht. Ich habe in dieser heutigen Diskussion ganz eigenartige ideologische Standpunkte erlebt, und ich bin nicht ganz sicher, ob ich wirklich immer richtig gehört habe. Es hat Kritik daran gegeben — der Herr Abgeordnete Krünes und der Herr Abgeordnete Wabl haben das gesagt —, daß das eine oder andere Unternehmen ein Naheverhältnis zum Staat hat. Es wurde uns vom Kollegen Pilz gesagt: Ja wer verdient denn an der Budgetsanierung, doch nur ausschließlich die Banken! Es sind ausschließlich die Banken, die hier verdienen! Im gleichen Augenblick wird gesagt, das sei alles ein Filz, die Baugesellschaften, der Staat. (*Abg. Wabl: ... Aufsichtsräte drinnen!*)

Gleichzeitig, sehr geehrter Herr Abgeordneter Wabl, habe ich immer den Eindruck gehabt, daß große Teile Ihrer Fraktion das Staatseigentum an Gesellschaften im wesentlichen positiv beurteilen, daß Sie zum Beispiel bisher in der Frage der verstaatlichten Industrie und ihrer Erhaltung eine andere Stellung bezogen haben als die Freiheitliche Partei. Aber vielleicht habe ich mich geirrt. (*Zwischenruf bei den Grünen.*)

Und eines — der Herr Abgeordnete Taus ist nur in einer Randbemerkung darauf eingegangen —: Für mich ist das mehr als die Frage einer semantischen Pedanterie. Ich meine das Herumwerfen mit dem Wort „Krise“, das Herumwerfen mit den Worten

einer „Sanierung, die angeblich notwendig sei“.

Ich habe gestern schon darauf hingewiesen: Diese Worte haben ihre Bedeutung. Es hat Ankündigungseffekt, wenn in einer großen Zeitung steht: „Krise auf den Börsen“. Das bedeutet für viele ältere Menschen, aber auch für jeden historisch Bewußten, daß das wieder der Beginn einer großen Weltwirtschaftskrise sein kann. Und als Verantwortungsträger in diesem Staat müssen wir uns davor hüten, Panik zu erzeugen in einer Situation, die überhaupt nicht mit jener des Jahres 1928 und der Folgejahre vergleichbar ist.

Und nochmals: Kollege Krünes, Sie wissen es ja besser, Sie wissen ja, was die Sanierung eines Unternehmens bedeutet. Sie haben selbst gesagt: Leider sind wir in den OECD-Statistiken ein bißchen abgerutscht. Wir haben bisher ein überdurchschnittliches Wachstum gehabt. Wir haben weniger Arbeitslose als die anderen. Wir haben nach wie vor eine sehr stabile Währung. Aber was wir uns zweifellos, und das ist unsere gemeinsame Sorge, ansehen müssen: Wir haben eine Wachstumsschwäche. Und hoffentlich treffen die Aussagen der Wirtschaftsforscher zu, daß wir das im nächsten Jahr wieder überwinden können, wenn auch noch immer nicht befriedigend. Das heißt aber Wachstumspolitik und nicht Sanierung!

Sanierung bedeutet doch, daß dieser Staat auf dem Boden liegt. Sanierung bedeutet so etwas, wie es damals in den zwanziger Jahren hier im Hohen Hause vorgestellt werden mußte. Das bedeutet, daß man tatsächlich — ich sage es noch einmal — so weit ist, daß Anleihen nicht mehr akzeptiert werden, ohne daß ganz spezifische Einnahmen des Staates, die Einnahmen aus dem Salzmonopol, die Einnahmen aus dem Tabakmonopol und Steuern des Staates direkt verpfändet werden.

Wenn man sich die Pressemeldungen aus der damaligen Zeit ansieht: Da ist von einem Canossagang des jeweiligen Bundeskanzlers nach Genf die Rede. Da ist jede Anleihe, die dieses Land Österreich in der Ersten Republik bekommen hat, an politische Bedingungen geknüpft, daran geknüpft, daß ein Völkerbundkommissar hier in Wien seinen Sitz hat. Und wir wissen, daß es eine ganze Reihe von Ländern gibt, die heute in einer ähnlichen Situation sind. Die Länder der Dritten Welt sind in ihrer Verschuldungskrise so abhängig von der Delegation des Internationalen Währungsfonds, wie es unser Land zu einer Zeit war, als man leider zu Recht von

3696

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina

der Notwendigkeit einer Sanierung sprechen mußte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht nur eine Frage der historischen Dimension und der historischen Wahrheit, sondern es ist auch eine Frage des Klimas, das wir hier gemeinsam erzeugen wollen. Ich glaube, es ist legitim, daß politische Parteien im Streit darüber liegen, wie die Budgetpolitik aussehen soll, welche Maßnahmen der Regierungspolitik prioritär sein sollen. Aber sie sollten nicht im Streit darüber liegen, daß wir in diesen mehr als 40 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam beachtliche Erfolge erzielt haben. Und sie sollten sie nicht durch ein Krankjammern schlechter machen. Wir sollten hier vorsichtig sein!

Und vor allem mit einem sollte man noch vorsichtig sein, und da möchte ich auf die Wortmeldungen des Herrn Abgeordneten Krünes und des Herrn Abgeordneten Dittrich zu sprechen kommen: mit dem Fundamentalismus, der jetzt hier und da anzutreffen ist.

Kollege Krünes! Ich nehme an, Sie haben es nicht so gemeint, aber sowohl Ihre Worte als auch die des Herrn Abgeordneten Dittrich waren als Bekenntnis zu einem Manchesterliberalismus zu verstehen. Ich lade Sie herzlich ein, sich Manchester heute anzusehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Dittrich hat davon gesprochen, wie groß die Erfolge der dortigen Regierung sind. Man müßte hinzufügen: Unbestreitbar ist, daß diese Regierung Erfolge gehabt hat, aber unbestreitbar ist doch auch, daß dieses Land in riesigen Problemen befangen ist. Viele wären dort froh, wenn sie unsere Arbeitslosenraten hätten, wenn sie unsere Probleme hätten, zum Beispiel unsere regionalen Probleme in den traditionellen Industrierevieren, wenn es dort jene sozialen Spannungen gäbe, die es bei uns gibt, wenn es dort jene Schwierigkeiten gäbe, mit denen wir heute fertig werden müssen. Auch da sollten wir das Augenmaß bewahren.

Ich darf noch eines dazu sagen. Es spricht ja gar nichts dagegen, daß das eine oder andere Unternehmen einmal besser vom Staat und ein anderes Mal besser von einem Privaten zu führen ist. Wer da ein Dogma aufrichtet, ist ganz sicher schlecht beraten.

Aber Ihre Beispiele, Kollege Krünes, kamen zu einem großen Teil aus dem Bereich der Infrastruktur, etwa die Straßenverwaltung. Da könnten wir doch gleich sagen: Wozu

brauchen wir noch staatliche Bereiche da oder dort? Sie haben da keine Grenze gezogen! Ich glaube, aus guten Gründen sind kommunale, sind Länderunternehmen, sind Staatsunternehmen entstanden. Wir können doch nicht so ohne jede historische Dimension sein, ohne zu erkennen, Kollege Krünes, daß Macht, und zwar legitimierte Macht des Staates, auch demokratisch legitimierte Macht des Staates, nicht ohne weiteres mit der Macht in Großunternehmen gleichgesetzt werden kann. Das haben Sie hier und heute getan!

Kontrolle der Macht bietet in jedem Fall eine Herausforderung und ist in jedem Fall schwierig. Aber es ist nicht richtig, das einfach so abzutun, indem man sagt: Es gibt nur eine Macht, die uns gefährlich werden könnte, und das ist die Macht des Staates!, ohne das Übermaß von Machtanhäufung in privaten Unternehmungen, die Übermacht, die bei einer Konzentration etwa entstehen kann, zu erwähnen. Kollege Krünes! Als Vertreter eines liberalen Gedankens dürfte Ihnen nicht fremd sein, daß auch das beachtliche Probleme mit sich bringt.

Ich glaube daher, es würde uns auch in dieser Diskussion etwas mehr Differenzierung guttun. Vielleicht würde es uns ein bißchen leichtermachen und würde zu weniger Mißverständnissen führen, wenn hier tatsächlich gesagt würde: Jawohl, wir sehen, daß es im öffentlichen Sektor diese oder jene Probleme gibt, aber wir müssen gleichzeitig eingestehen, daß es tatsächlich keine Patentrezepte gibt, von denen Herr Abgeordneter Verzetsnitsch heute hier gesprochen hat. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) ^{12.34}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Dr. Krünes gemeldet. Ich darf ihn darauf aufmerksam machen, daß diese die Dauer von 5 Minuten nicht überschreiten darf.

^{12.34} Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Krünes (FPÖ): Frau Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ich muß mich zu einer tatsächlichen Berichtigung melden, da mir der Herr Bundesminister den Vorwurf gemacht hat, ich hätte hier Manchesterliberalismus gepredigt.

Um eines klarzustellen: Der heutige Zustand der Stadt Manchester ist nicht das Produkt liberaler Wirtschaftsideen des

Dipl.-Ing. Dr. Krünes

20. Jahrhunderts, sondern ist das Produkt englischer Geschichte der letzten Jahrzehnte, vielleicht sogar das Produkt des Ausbleibens des Einflusses wirklich Liberaler in Großbritannien. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das zweite: Privatisierung als Manchesterliberalismus abzutun, ist eine unerlaubte Vereinfachung. Wer Österreich und seine Wirtschaftsstruktur dem Ausland gegenüber erklären muß, stößt immer wieder auf eine grundsätzliche Schwierigkeit: daß es einem Menschen in einem westlichen Industrieland nicht beizubringen ist, warum es in diesem Land ab einer gewissen Unternehmensgröße praktisch nichts gibt, das nicht staatlichem Einfluß unterliegt.

Herr Bundesminister! Wenn Sie einmal die Prozentzahlen der österreichischen Industrie und ihrer Verflechtungen betrachten, dann werden Sie nicht leugnen können, daß wir in einem Land leben, in dem der öffentliche Einfluß überproportional groß ist. Wir konnten bis vor wenigen Jahren dieses Faktum noch als einen Fortschritt, vielleicht auch als einen solchen Ihrer Ideologie, betrachten. Allein der Zusammenbruch der größten Industriekomplexe Österreichs nach einer Prosperitätsphase ist Grund genug, darüber nachzudenken, ob es nicht Wege einer anderen, besseren Wirtschaftspolitik gibt. Und das ist das, was ich fordere! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte eines klarstellen ...

Präsident Dr. Marga Hubinek: Herr Abgeordneter! Sie haben sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Ich darf Sie bitten, tatsächlich zu berichtigen, was der Herr Bundesminister Ihrer Meinung nach falsch interpretiert hat.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Krünes (fortsetzend): Frau Präsident! Der Herr Bundesminister hat interpretiert, mir den Vorwurf des Manchesterliberalismus gemacht. Als Liberaler des 20. Jahrhunderts weiß ich, welches Elend durch eine vereinfachte Politik des 19. Jahrhunderts entstanden ist. Für Menschen, die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik in einem fortschrittlichen Staat betreiben wollen und ausgewogen sehen wollen, ist dies ein handfester Vorwurf, ist dies eine Beleidigung, und ich sehe nicht ein, Frau Präsident, warum Sie so etwas locker wegstecken.

Es ist ein Vorwurf, der einem Abgeordneten gemacht worden ist, der bemüht ist, Wirtschaftspolitik im fortschrittlichen Sinne mit allen Parteien in diesem Parlament, in diesem

Plenum zu diskutieren. Ich ver wahre mich gegen den Vorwurf! Ich ver wahre mich aber auch dagegen, daß der Herr Bundesminister für Finanzen damit logisch ableitet, daß weiterhin die Allmacht des Staates in diesem Land ausgedehnt werden soll. Das war mein Widerspruch. (*Beifall bei der FPÖ.*) 12.38

Präsident Dr. Marga Hubinek: Herr Abgeordneter! Das war an sich ein Debattenbeitrag. Ich möchte nichts „locker wegstecken“; das steht mir gar nicht zu. Sie hätten aber die Möglichkeit gehabt, sich ein zweites Mal zu Wort zu melden.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Smolle. Ich erteile es ihm.

12.38 **Abgeordneter Smolle (Grüne):** Sehr geehrte Frau Präsident! Werter Herr Minister! Ich würde mich an Ihrer Stelle über die kleine Koalition Dittrich und Krünes nicht besonders wundern; im Burgenland wird sie ja jetzt schon exekutiert, und das droht natürlich auch anderswo Schule zu machen. Leider! (*Abg. Arthold: Mit den Grünen können wir es ja nicht! — Abg. Schuster: Wo sind die Grünen im Burgenland?*) Warten wir die nächsten Wahlen ab! Da werden wir, die Grünen, die „attraktivste Braut“ werden. (*Heiterkeit.* — *Abg. Dr. Krünes: Glückliches Österreich!* — *Heiterkeit!*)

Ich möchte auch eine kleine Anmerkung in Sachen ASFINAG machen. Kollege Nowotny hat die Frage der Ausgrenzung von bestimmten Bereichen aus dem Budget als demokratiepolitisch bedenklich bezeichnet. Schon gestern hat ihn Kollege Wabl in dieser Frage angesprochen, und ich würde Sie, Herr Bundesminister, bitten, einmal mit Kollegen Nowotny darüber zu sprechen und ihn zu fragen, was er damit gemeint hat.

Dieses Budget soll in erster Linie auf Kosten von sozial Schwachen, Randgruppen, Arbeitslosen, die sich nur schwer wehren können, saniert werden. Ich möchte dies an einem Beispiel erläutern, am Beispiel der Volksgruppen.

Der Budgetansatz für Volksgruppenförderung hat wiederum eine Kürzung erfahren, und zwar von 4,8 auf 4,4 Millionen. Ich möchte Kollegen Haigermoser bitten, dann bei seiner Wortmeldung auf meine Rede einzugehen, vor allem darauf, wie sich die FPÖ die Volksgruppenförderung vorstellt. (*Abg. Haigermoser: Werde ich nicht tun!*)

3698

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Smolle

Ich weise darauf hin, daß diese Kürzung in einem Jahr geschieht, das wir als trauriges Gedenkjahr zum Jahr 1938 betrachten, wobei wir uns an eine Zeit erinnern, in der gerade kleine Volksgruppen, insbesondere Tschechen, Roma und Sinti und Slowenen, sehr viel gelitten haben.

Wir sorgen uns einerseits um unser internationales Image, gleichzeitig kürzen wir Entwicklungshilfe, gleichzeitig kürzen wir Minderheitenförderung.

Wir haben es im Bereich der Volksgruppenförderung mit einem einzigartigen Fall von Ignoranz zu tun. Ergebnisse, die zwischen Bundesregierung und Volksgruppenvertretern aller Volksgruppen erzielt werden, werden einfach nicht umgesetzt, sie finden keinen Niederschlag in diesem Budget.

Zehn Jahre lang wird nun schon auf der Ebene der Bundesregierung mit Vertretern der Kärntner Slowenen über einen 4-Punkte-Katalog ohne Ergebnis verhandelt. Es geht um die Frage der Zweisprachigkeit in Kindergärten, die Frage einer zweisprachigen Handelsakademie, die Frage von Volksgruppensendungen im Fernsehen und im Rundfunk sowie die finanzielle Förderung der Volksgruppen. All das, was wir schon seit Jahren verlangen und was ich auch in meiner Rede zum letzten Budget ausgeführt habe, findet keinen Niederschlag in diesem Budget, im Gegenteil: Auch diese Förderungsmittel werden noch gekürzt.

In einem Zeitraum von zehn Jahren war die Bundesregierung nicht in der Lage, diesen 4-Punkte-Katalog zu erfüllen. Im Gegenteil, es kommt dauernd zu einer Kompetenz-Hin- und-Her-Schieberei zwischen Bund und Land, und letztlich kommt es zu keiner Lösung.

Die Bestimmungen des Staatsvertrages 1955 sind mit Ausnahme des Bundesgymnasiums für Slowenen nicht erfüllt. Das gilt für alle Volksgruppen. Dafür trägt der Bund die volle Verantwortung.

Im Bereich des Kindergartenwesens sowie im Bereich der Musikschule könnte über die Privatwirtschaftsverwaltung wirksam Abhilfe geschaffen werden. Sie wissen, gemäß Artikel 17 des Bundes-Verfassungsgesetzes gäbe es die rechtliche Grundlage für Eingriffe des Bundes in Kompetenzbereiche der Länder im Wege der Privatwirtschaftsverwaltung.

Ich habe auf viele Punkte, die ich heute nicht mehr neu anführen möchte, beim Vor-

jahresbudget bereits hingewiesen. Ehrlich gesagt, es ist für mich schwierig, fast ein Jahr lang in diesem Parlament zu sein und festzustellen, daß der Bereich, den ich im wesentlichen mitzuverteilen habe, auch durch die Anwesenheit eines Volksgruppenangehörigen in diesem Parlament nicht verbessert, sondern im Gegenteil verschlechtert wurde. (Abg. Keller: Da haben s' den Falschen geschickt!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie hier in diesem Zusammenhang — Kollege Nowotny ist nicht da — an eine Anmerkung des Abgeordneten Nowotny erinnern, der damals gesagt hat, daß die Anliegen der Volksgruppen sehr ernsthaft und gerecht fertigt sind. Eine ähnliche Erklärung hat auch Kollege Ettmayer abgegeben. Er sprach von qualifizierten Rechten der Minderheiten und von konstruktiven Lösungen. Also auch die großkoalitionären Parteien haben sich zu einem Minderheitenschutz und zur speziellen Förderung bekannt. Jedoch die Realität des diesjährigen Budgets zeigt eben 4,4 Millionen für alle vier Volksgruppen, real also sogar eine Kürzung.

Meine Damen und Herren! Alle Erklärungen, die hier in diesem Hause von den Koalitionsparteien und sogar von der FPÖ in Richtung Erhöhung des Budgets im Bereich Volksgruppen gefallen sind, sind insgesamt also Verbalbeteuerungen und Verbalforderungen.

Die Volksgruppen wollen an sich integrierte Lösungen, sie wollen an sich in den bestehenden Systemen die Möglichkeit haben, ihre Sprache, ihre Volkskultur und auch ihr Volkstum zu erhalten. Nur durch die Ausgrenzungsmechanismen, die wir gerade im Bereich der Schule erleben, die wir im Bereich der Kindergärten erleben, sind wir gezwungen, eine sehr teure eigene Infrastruktur zu erhalten. Eine Änderung der Regierungspolitik wäre hier sehr viel besser, auch finanziell der günstigere Weg, aber durch diese Ausgrenzungsmechanismen, denen wir immer erliegen, sind wir gezwungen, sehr viel selbst zu organisieren, und brauchen daher dringend die Förderung durch die öffentliche Hand.

So müssen wir zum Beispiel in Kärnten fünf private Kindergärten unterhalten, wo es an sich möglich wäre, auf Gemeindeebene einen Kindergarten zu haben und dort dann Zweisprachigkeit zu pflegen.

Die österreichischen Volksgruppen sind also aufgrund der politischen, atmosphäri-

Smolle

schen sowie der rechtspolitischen Gegebenheiten in den Ländern gezwungen, zur Erhaltung der Volksgruppen relativ kostenintensiv eine eigene Infrastruktur zu erhalten.

In diesem Sinne sind die 4,4 Millionen, sehr geehrter Herr Finanzminister, wohl tatsächlich ein Hohn, wenn man bedenkt, daß in österreichischen Staatsbetrieben ein einziger Manager mehr bekommt als die vier Volksgruppen in Österreich zusammen.

In diesem Zusammenhang ist wohl auch erschreckend, wenn es im Bericht des Rechnungshofes heißt — deshalb habe ich mir so gewünscht, daß Sie mit der Rede noch ein bißchen zuwarten, Herr Minister, damit Sie mir das ein bißchen erklären —, die Budgetüberschreitungen seien unter anderen auf die Mehrausgaben im Bereich der Volksgruppenförderung zurückzuführen. Das ist für mich sehr verwunderlich, weil, wie wir ja wissen, die Volksgruppen-Mittel nicht einmal voll vergeben wurden.

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie: Welche Budgetüberschreitungen sind in diesem Bericht gemeint? 1984/85 sind von den budgetierten 8 Millionen für die Volksgruppen nur 4 Millionen und etliches zur Auszahlung gelangt. Vielleicht werden auch jene Mittel zur Volksgruppenförderung gezählt, die ausschließlich gegen die Entfaltung der österreichischen Volksgruppen eingesetzt werden?

Wir haben jetzt mit so einem ähnlichen Fall in Kärnten zu tun. Das slowenenfeindliche und von Slowenen nicht akzeptierte Elementarschulsystem wird die Bundesregierung um die 50 bis 80 Millionen kosten. Hier wird man dann wahrscheinlich sagen, daß diese Maßnahmen, die die Bundesregierung in Kärnten macht, damit Zweitlehrer eingestellt werden, unter Minderheitenförderung firmieren. So gesehen stimmt es tatsächlich, daß im Bereich Volksgruppen plötzlich mehr Mittel veranschlagt werden müssen, aber nur wegen einer verfehlten Politik der Bundesregierung und natürlich auch der Kärntner Landesregierung, die ja mit der Bundesregierung die Verantwortung trägt.

Man kann im Bericht des Rechnungshofes blättern und blättern, und man findet keine Budgetüberschreitung im Bereich der Volksgruppenförderung, wenigstens nicht im Bereich der Förderung der Volksgruppen in Österreich. Sehr wohl — und nur so kann ich mir das erklären — gibt es Überschreitungen im Bereich der Förderung der deutschsprachigen Volksgruppe in Südtirol. Diese Über-

schreitungen sind jedoch im Bericht des Rechnungshofes nicht beinhaltet, ich finde sie da drinnen nicht. (Abg. Dr. Dillersberger: Stört Sie das, Herr Kollege?)

Ich gönne natürlich den Südtirolern — ich war gerade auf Besuch bei ihnen — die Förderung, das ist mir ganz klar, aber die Südtiroler haben dieselbe Auffassung, die auch ich hier vertrete: daß es kein geteiltes Recht auf Förderung geben kann (Beifall des Abg. Wabl), daß man nicht einerseits den Südtirolern Geld zukommen lassen kann, andererseits aber die in Österreich beheimateten Volksgruppen nicht unterstützt.

Meine Damen und Herren! Es ist wohl unbestritten, daß die österreichischen Volksgruppen eine überproportional rege kulturelle Tätigkeit entwickelt haben. Zahlreiche Idealisten opfern ihre Freizeit, um die Kultur der österreichischen Volksgruppen zu erhalten und zu entfalten. Aber es ist wohl auch unbestritten, daß sich Kultur ohne finanzielle Förderung nicht entwickeln kann. Die geringen finanziellen Mittel, die Österreich für die kulturelle Arbeit der österreichischen Volksgruppen bereitstellt, decken nicht einmal die Kosten für die organisatorischen Vorbereitungen.

Gerade in ihrer Gesamtheit betrachtet ist die Finanzierung der österreichischen Kultur ein Indikator für die ungerechte Form der Budgetkonsolidierung. Die meisten Mittel für kulturelle Aufwendungen gehen in Österreich eben in die Hochkultur und nicht in die vielen peripheren Bereiche, in die kleinen Gruppen, die eigentlich die Basis für das gesamte Kulturbewußtsein und die gesamte Kulturtätigkeit sind.

Ich frage mich: Wie soll sich die Kultur in der Peripherie, die sogenannte Volkskultur, entwickeln, wenn die zentralen Kulturstätten fast das gesamte Kulturbudget verschlingen?

Es entspricht auch nicht der Gleichberechtigung, wenn die Wiener und Salzburger, zumeist sowieso nur passiv, professionell und qualitativ hochstehende Vorstellungen besuchen dürfen, engagierte Kulturschaffende in den kleinen Städten, in den kleinen Dörfern aber ihr Kulturengagement wegen verfehlter Kulturförderungspolitik aufgeben müssen.

All diese Beispiele zeigen deutlich die verfehlte Budgetpolitik der österreichischen Bundesregierung auf. Die sozial schwachen, die kulturell peripheren, die unterprivilegierten Gruppen sollen den größten Teil zur Bud-

3700

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Smolle

getkonsolidierung beitragen! So ist es bei den Studenten, bei den Pensionisten, bei den Kulturvereinen und nicht zuletzt auch bei den Volksgruppen.

Vielleicht ein Beispiel noch zum Abschluß: Einerseits sammeln Wiener Kinder und andere Kinder in den Bundesländern für unseren lieben Steffl, andererseits kauft diese Bundesregierung Afangjäger. Das ist eines der Paradoxa, die ich nicht versteh'e.

Durch diese restriktive Art der Budgetpolitik im Bereich der Volksgruppen kommt die Bundesregierung auch ihrem gesetzlichen Auftrag nicht nach, endlich die Volksgruppenbeiräte laut Volksgruppengesetz einzurichten. Was sollen die Volksgruppenbeiräte denn tun, was sollen sie denn beschließen, wenn keine Mittel zur Verfügung stehen, um die Volksgruppen zu fördern?

Meine Damen und Herren! Wie Sie sehen — und wir sollten hier nicht blauäugig diskutieren —, kommt es bereits zu einer Solidarisierung unter den Volksgruppen, unter den Randgruppen zu einer Solidarisierung all jener, die sich durch dieses Budget ausgeschlossen fühlen. Wir erleben das, wir sehen das. Das zeigen die Proteste in den Betrieben, an den Universitäten, das zeigte auch die gestrige Demonstration, das zeigte auch die Protestaktion der Kärntner Slowenen zusammen mit deutschsprachigen Freunden in Wien.

Dieses Budget sollte eine klare Antwort geben, es gibt diese Antwort aber diesen Menschen nicht. Dieses Budget bewirkt eine weitere Verunsicherung, die jedenfalls die gesamte Regierungspolitik derzeit auszeichnet. (*Beifall des Abg. Wabl. — Abg. Kraft: Einstimmiger Applaus!*) ^{12.51}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haigermoser. Ich darf ihm das Wort erteilen.

^{12.51}

Abgeordneter Haigermoser (FPÖ): Hohes Haus! Frau Präsident! Herr Bundesminister! Einige kurze Anmerkungen zu einigen Vorendnern. Herr Professor Nowotny hat das zukünftige Steueraufkommen dahin gehend kommentiert, daß er meinte, die Gewinnsteuern würden sinken. Daraus hat er abgeleitet, daß die Unternehmerschaft insgesamt weniger belastet werden würde. — Selbstverständlich sinken die Gewinnsteuern dann, wenn die Gewinne vor Steuer weniger werden! Das ist eine ganz einfache Rechnung, Herr Kol-

lege Nowotny! (*Zwischenruf der Abg. Elfriede Karl.*) Leiten Sie nicht, weil diese Steuern sinken, daraus ab, daß die Unternehmer weniger zum Gesamtbudget beitragen. Es ist also eine falsche Beweisführung, die Sie hier angekreten haben.

Hohes Haus! Zum Kollegen Dittrich ist anzumerken, daß er diesen Haushaltsplan bejubelt hat und meinte, dieses Budget trüge sehr stark die Handschrift der Österreichischen Volkspartei. Diese Bemerkung, Herr Kollege Dittrich, hätte ich besser unterlassen, wenn ich an Ihrer Stelle gewesen wäre, denn Sie werden sicherlich noch den Offenbarungseid leisten müssen, was die Verantwortung für diesen Haushaltsplan anbelangt.

Ganz kurz zu den Arbeitsmarktproblemen, die Kollege Dittrich auch angeschnitten hat. Man kann ihm da nur recht geben. Es ist sicherlich so, daß es besonders im Facharbeiterbereich heute reihum nicht möglich ist, entsprechend qualifizierte Mitarbeiter zu bekommen. Das liegt aber nicht daran, daß wir ein zu niedriges Lohnniveau haben, sondern daß die Ausbildungsvorgänge in diesem Lande insgesamt im argen liegen.

Wir sollten uns gemeinsam darüber unterhalten, ob wir in der Hochschülerschaft, im Studentenkreis Möglichkeiten schaffen, entsprechende berufsspezifische Ausbildungen vor- oder nachzulagern. Das hätte Sinn. Ich glaube, das ist besser als gegenseitige Vorwürfe in der großen Koalition: einerseits die Ausbeuterrufe und andererseits die Unternehmerschelte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Als letztes zum Herrn Kollegen Dittrich: Er hat wieder das Hohelied der klein- und mittelständischen Wirtschaft gesungen. (*Abg. Dr. Schüssel: Steht ihm auch zu!*) Der Klang war wunderschön, nur die Umsetzung entspricht leider Gottes nicht der Hoffnung, die viele, viele Gewerbetreibende in diese Regierung gesetzt haben. Ich werde bei meinen Ausführungen noch darauf zurückkommen.

Es ist anzumerken, daß ohne ein gesundes wirtschaftliches Fundament die mannigfachen Bedürfnisse der Menschen nicht befriedigt werden können. Dieser Stehsatz ist einfach, aber er hat in seiner Klarheit die Problematik voll getroffen.

Wenn man nun versucht, den vorliegenden Haushaltsentwurf 1988 nach diesen Kriterien zu untersuchen, stößt man bald auf einen

Haigermoser

Widerspruch nach dem anderen. Diese Widersprüche sieht nicht nur jetzt der oppositionelle Abgeordnete. Auch Wirtschaftsfachleute und Wirtschaftsjournalisten geißeln dieses sogenannte Sparbudget als ideenlos, ohne Philosophie, als ein Budget der versäumten Gelegenheiten.

Der Wirtschaftsjournalist Ronald Barazon geißelt im „Österreichischen Volkswirt“ dieses Budget unter anderem in folgenden Überschriften: „Ein Katalog wirtschaftspolitischer Fehler“. „Eine neue Einladung zur Mißwirtschaft“. „Die Teilprivatisierung ist eine neue Verstaatlichung“. „Der Staat hat seine Unfähigkeit bewiesen.“ „Milliarden für Pleiten“. „Kürzungen bei gesunden Firmen.“ Diese Überschriften eines unabhängigen Wirtschaftsjournalisten untermauern die freiheitliche Behauptung, dieses Budget sei huschpfusch, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Schüssel*)

Sie und nicht die Opposition verunsichern die Bevölkerung, Herr Kollege Schüssel! Die Unternehmer werden gedemütigt, die Arbeitnehmer werden gepflanzt, und bei den Pensionisten kürzen Sie. Das sind Fakten, die Sie nicht abstreiten können. (*Abg. Dr. Schüssel: O ja!*) Zu guter Letzt und als Krönung dieses Negativen geben Sie der Jugend keine Hoffnung für die Zukunft.

Wir Freiheitlichen werden nicht müde werden, der Bevölkerung jenen Sand aus den Augen zu nehmen, den Sie zentnerweise jeden Tag ausstreuen. (*Abg. Arthold: Sogenannte Sandler!*)

Wenn Herr Kollege Nowotny gemeint hat, all jene, die Kritik üben, seien die Nichtdenkenden und alle anderen seien die Denkenden, dann überlasse ich es der Bevölkerung, diese Worte entsprechend einzurichten.

Meine Damen und Herren! Zur Beweisführung meiner Behauptungen: Vielleicht einleitend dazu aus der „Salzburger Wirtschaft“, dem offiziellen Blatt des Zweigunternehmens der Österreichischen Volkspartei, der mit Zwangsmitgliedschaft beglückenden Salzburger Handelskammer. Was kann man hier lesen am 8. Oktober 1987? „Lacina fügt der Wirtschaft schwerwiegende Schäden zu.“ — In fetter, schwarzer Schrift, rot unterstrichen.

Meine Damen und Herren! Wenn man dann den Kommentar des Chefredakteurs dieser Zeitung, der nebenbei Propagandachef der Österreichischen Volkspartei in Salzburg ist,

liest, fällt einem die Doppelzüngigkeit der ÖVP wie Schuppen von den Augen. — Hier schreibt Holfeld-Weitloff, seines Zeichens ÖVP-Propagandachef:

„Bei Shakespeare heißt es: ‚Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode.‘ Man wird sich daran erinnern, wenn man sich das Trauerspiel vor Augen führt, das seit einigen Wochen zu Lasten der Salzburger Wirtschaft aufgeführt wird, inszeniert von einem aus dem letzten Budgetloch pfeifenden Finanzminister, der zu Maßnahmen greift, bei denen der Wahnsinn wirklich Methode ist.“ — Ende des Zitats. (*Abg. Burgstaller: Das ist aber ein gutes Zitat!*)

Meine Damen und Herren! Das sagt die Österreichische Volkspartei. Das ist nicht von mir. Sie sitzen also nach Ihrer Diktion mit einem „wahnsinnigen“ Finanzminister in einer Koalition und gehen hier heraus und bejubeln dieses Budget. Ich frage mich, wo hier der Zerrissene ist und wer hier der Stärkere ist: i' oder i'. Die Österreichische Volkspartei hat hier offensichtlich Schwierigkeiten, zu sich selbst zu finden.

Das mag nun Ihr Problem sein. Aber es ist auch das Problem der österreichischen Steuerzahler und der österreichischen Wirtschaft insgesamt.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Koalition! Was haben Sie nicht alles in den letzten Monaten mit einer Kältschnäuzigkeit ohnegleichen den Österreichern zugesetzt: Man muß sich diese Belastungen wirklich noch einmal vornehmen, um einmal mit dem kurzen Gedächtnis so mancher politisch Tätiger aufzuräumen:

Mineralölsteuererhöhung: 950 Millionen,

Erhöhung der Telefongebühren: 1,4 Milliarden,

Reduktion der Bausparförderung: 1 Milliarde,

Kürzung der Genußscheine in jungen Aktien: 250 Millionen,

Abschaffung des Versicherungssparens: 520 Millionen,

Verlängerung der Sonderabgaben: 600 Millionen,

Abschaffung der Investitionsprämie: 2 Milliarden. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schüssel*)

3702

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Haigermoser

Herr Kollege Schüssel! Die Ungeheuerlichkeit bei der ganzen Thematik ist, daß Sie zwar nicht die Steuerreform durchführen, die Sie versprochen haben, andererseits aber die Abgaben erhöhen und tief in den Säckel der Wirtschaftstreibenden und der Arbeitnehmer greifen.

Nicht genug damit: Sie räumen auch den Familienlastenausgleichsfonds aus und zertrümmern das wichtige Instrument des Umweltfonds. Hier bin ich ganz besonders von der Sozialistischen Partei enttäuscht, die mit uns gemeinsam in der kleinen Koalition diesen Umweltfonds geschaffen und bejubelt hat.

Ich glaube, dieses Versäumnis werden Sie noch zu verantworten haben, meine Damen und Herren von den Sozialisten! (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Schüssel: Die hat ein freiheitlicher Staatssekretär in die Pleite geführt!)

Nun, meine Damen und Herren, zur Finanz- und Steuerpolitik ganz allgemein: Die Finanz- und Steuerpolitik stellt für die Wirtschaft wesentliche Rahmenbedingungen dar. Die Wirtschaft kann nur dann florieren und dauerhafte Arbeitsplätze schaffen, wenn sie günstige Rahmenbedingungen vorfindet. Und das hat, Herr Bundesminister Lacina, mit Manchesterliberalismus wirklich nichts zu tun. Die Finanz- und Steuerpolitik muß deshalb so ausgestattet sein, daß ein Anreiz besteht, wirtschaftlich tätig zu sein, Gewinne zu erzielen, zu investieren, Forschung zu betreiben, Risikokapital zu bilden und Innovationen zu tätigen, meine Damen und Herren. Auf diesen Säulen muß eine Finanzpolitik stehen, und leider Gottes sind Sie nicht bereit, diese Säulen als Fundament für Ihre Budgetpolitik herzunehmen. (Abg. Dr. Schüssel: Eine Säule ist kein Fundament! — Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Sie von der großen Koalition sind angetreten, diese Dinge einer Lösung zuzuführen. Sie haben gesagt, nur diese große Koalition sei mit ihrer breiten Mehrheit imstande, Probleme in diesem Lande zu lösen. Sie haben das Gegenteil gemacht. Sie haben Probleme geschaffen, meine Damen und Herren, und kein einziges bis dato gelöst.

Ein Blick auf diesen vorgelegten Budgetentwurf zeigt, daß die finanzpolitische Entwicklung genau in die umgekehrte Richtung läuft. Das finanz- und steuerpolitische Korsett wird

enger geschnürt, neue Abgaben werden eingehoben, Steuerreformen werden hinausgeschoben, und die Wettbewerbsverzerrungen werden einfach weiter verstärkt.

Was hat zum Beispiel, meine Damen und Herren, der vielgerühmte und mit Vorschußlorbeeren in die Regierungsmannschaft entsandte Wirtschaftsminister Robert Graf laut-hals versprochen? — Er hat versprochen, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir haben soeben von der Absicht gehört, das Kartellrecht entsprechend zu initiieren. (Abg. Dr. Schüssel: Kommt noch! — Ruf bei der ÖVP: Gehalten!)

Das sind Rahmenbedingungen. Es geht darum, die Gewerbeordnung zu modernisieren, in der Frage der Ladenöffnungszeiten etwas zu tun. Nichts ist geschehen. Ihr eigener Präsident der Wiener Handelskammer hat sich auf den Herrn Dallinger ausgeredet. Na ja, das ist ein bißchen zuwenig. Er müßte schon bei seinen Landeshauptleuten auch einmal nachfragen, ob sie bereit sind, bei den Ladenöffnungszeiten etwas weiterzutun. (Abg. Dr. Schüssel: Haigermoser, Sie dürfen den Steger nicht vergessen!) Wenn Sie meinen, Herr Kollege Schüssel, der Steger sei schuld, na ja, darauf werden Sie sich nicht mehr lange berufen können, und das ist, glaube ich, die faulste Ausrede, die Sie hier gebrauchen können, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Und wenn Sie meinen, daß er einen Fehler gemacht hat, dann sind Sie dazu aufgerufen, diesen Fehler gutzumachen. Sie haben jedenfalls unsere Unterstützung, wenn Sie schon eine solche bei den Sozialisten nicht nach Hause fahren können, meine Damen und Herren!

Nun, Sie haben außer neuen Belastungen nichts in die Scheune gebracht. Sie haben auch mit Ihrer sogenannten ersten Bilanz, die Sie von der Österreichischen Volkspartei so als Schnellschuß Ihren wankenden Funktionären nach Hause geschickt haben, nichts aufzuweisen. Daraus darf man ein bißchen zitieren, denn das ist ja fast lustig, das ist ja fast ein Faschingsbrief, was Sie hier verfrüht durch die Gegend schicken. Was haben Sie denn nach diesen Aussagen in Ihrer ersten Bilanz, Untertitel „Besser als die Kritik“, bis jetzt eingebracht?

Hier steht: „Vizekanzler und Außenminister Dr. Mock hat daher sofort nach seinem Amtsantritt entsprechende Sondierungsge-spräche in Brüssel aufgenommen und in den

Haigermoser

letzten Jahren vernachlässigte Kontakte intensiviert. Herr Wirtschaftsminister Graf hat in den letzten Monaten mit 25 EG-Ministern und EG-Kommissaren die österreichische Situation besprochen.“ — Ende der Zitate aus Ihrer eigenen Schrift.

Meine Damen und Herren! Die Kontakte mit den 25 Ministern aus der EG in allen Ehren, aber die EG-Politik haben Sie deswegen nicht weitergebracht, weil Sie keine Philosophie haben, was die österreichische Europapolitik anbelangt. Sie stehen auf der europapolitischen Bremse und verunsichern die Unternehmer, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Zusammenfassend ist aus freiheitlicher Sicht festzuhalten:

Der vorliegende Haushaltsentwurf der sozialistischen Koalition ist ideen- und konzeptlos.

Zweitens: Die Marktwirtschaft wird um ein weiteres mehr angeknabbert, obwohl sie nach wie vor das beste Wirtschaftssystem darstellt. — Herr Staatssekretär, bitte das dem Herrn Bundesminister auszurichten, denn er meinte, die Marktwirtschaft sei angelehnt an den Manchesterliberalismus.

Die Sozialwerke — das ist das dritte, und das müßte eigentlich den Sozialisten zu denken geben —, welche den Menschen angemessene Sicherheit gewähren, werden insbesondere durch die Pensionskürzungen ad absurdum geführt. Hier hat eigentlich die Sozialdemokratie eine große Kehrtwendung gemacht, die nicht nur uns Freiheitlichen aus liberaler Verantwortung weh tut, sondern die gesamte österreichische Bevölkerung ins Mark trifft, meine Damen und Herren.

Zum Schluß ist festzuhalten: Wir Freiheitliche werden diesem Budget nicht deswegen unsere Zustimmung nicht geben, weil wir Opposition sind, sondern weil dieser Haushaltsentwurf ein Husch-Pfusch-Haushalt ist. (Beifall bei der FPÖ.) 13.06

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek.

13.06

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir alle wissen, daß das vorliegende Budget ein Ausdruck des Sparwillens ist. Immerhin ist es gelungen, das Defizit auf 70 Milliarden zu drücken. Es ist

dies sicherlich ein erster Schritt auch in der Realisierung des diesbezüglichen Passus des Arbeitsübereinkommens.

Ich möchte nicht verhehlen, daß sicherlich auch Schönheitsfehler dabei sind, Schönheitsfehler, wie die Frage des Familienlastenausgleichs, der Abzweigung der Mittel zugunsten der Bundesbahn und zugunsten eines Teiles der Pensionsversicherung. Ich weiß, daß ich in diesem Haus viele einschlägige Reden gehalten habe und in der Vergangenheit verurteilt habe, wenn die Gelder des Familienlastenausgleichsfonds nicht systemimmanent verwendet wurden.

Ich finde auch, ein weiterer Schönheitsfehler bei diesem Budget ist, daß die diesbezüglichen Begleitgesetze noch nicht zu Ende verhandelt und auch noch nicht im Parlament eingebrochen sind. Es ist dies die Regelung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, die Frage der Beamtengehälter und letztlich natürlich auch die Frage, wie die künftige Pensionsreform aussieht.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte einige Bemerkungen machen — ich gebe gerne zu, kritische Bemerkungen — zum gesamten Umfeld unserer Debatte. Ich meine, daß gerade auch der Parlamentstag, wie er am Dienstag hier verlaufen ist, das System der repräsentativen Demokratie ein bißchen in Verruf bringt. Ich meine, Sie werden in allen Fraktionen spüren, daß gerade auch bei den jüngeren Abgeordneten ein gewisses Unbehagen vorhanden ist über die starren Abläufe der Budgetdebatten, über das Ritual hier im Parlament. (Beifall bei den Grünen und bei der FPÖ.)

Wir alle haben das Gefühl, daß die veralteten Formen des Parlamentarismus nicht mehr in das Fernsehzeitalter hineinpassen. (Beifall der Abg. Freda Blau-Meissner.) Es gibt eine Geschäftsordnungsreform, ich glaube, sie wird verhandelt, jedenfalls hinter verschlossenen Türen, und die Ergebnisse sind halt meiner Meinung nach bisher etwas dürfsig geblieben. (Beifall bei den Grünen.)

Ich glaube, daß wir uns wirklich ernsthaft bemühen sollten, vor allem, weil es ja vier Fraktionen gibt, die parlamentarischen Debatten spannender zu machen. Kein Mensch würde es den Medienvertretern verbüeln, wenn sie nicht eine 15stündige Debatte, so wie es sie etwa am Dienstag gab, ihren Hörern und Zusehern vermitteln. Kein Mensch kann diese Debatten mit Aufmerksamkeit verfolgen, und ich halte es wirklich

3704

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Marga Hubinek

für eine Perversion des parlamentarischen Geschehens. Wir wollen das parlamentarische Geschehen transparent machen. Am Dienstag ist uns das sicherlich nicht gegückt. Ich glaube, es ist auch eine Ungerechtigkeit jenen Rednern gegenüber, die dann bei den späteren Punkten der Tagesordnung zu Wort kommen, wo man die Qualität ihrer Rede nicht mehr nach dem Inhalt bemüßt, sondern lediglich nach der Quantität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier, glaube ich, bedarf es in unser aller Interesse entscheidender Reformen und nicht nur oberflächlicher Retuschen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, aber in der Öffentlichkeit haben wir registriert, daß es ein handfestes Ergebnis gab, daß man dem Zweiten Präsidenten des Parlaments die weibliche Endung verpaßt. Nur, bitte, darf ich hier glaubhaft versichern, dies war mir wirklich kein Anliegen, zumal ich meine, daß dieser Gegenstand eher für Glossen in der Tageszeitung geeignet ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist ein Fortschritt — das möchte ich nicht verkennen —, daß es gelungen ist, eine freiwillige Redezeitbeschränkung bei der Budgetdebatte zu erreichen, und daß eben auch die ausgehandelten Redezeiten den einzelnen Fraktionen angerechnet werden. Es ist, glaube ich, ein Vorteil, daß diese freiwillige Redezeitbeschränkung auch für die Minister gilt.

Aber wir sollten es dabei nicht bewenden lassen. Wir haben so oft darüber geredet, daß an Parlamentstagen Berichte lange verhandelt werden, Hochschulbericht, Kunstbericht, Bericht zur sozialen Lage, Sportbericht. Ich möchte die Arbeit, die hinter diesen Berichten steht, nicht verkennen, meine aber doch, daß man diese Berichte in den Ausschüssen abhandeln, und zwar unter Beteiligung der Öffentlichkeit, und nicht unbedingt die Parlamentsdebatten damit belasten sollte.

Noch eine weitere Bemerkung: Wir sind mit Recht verärgert, wenn an langen Parlamentstagen die Opposition eine dringliche Debatte verlangt. Die dringliche Anfrage ist ja letzten Endes die Möglichkeit der Opposition, ein ganz bestimmtes Thema zur Debatte zu stellen. Ich möchte das nicht verkennen. Ich glaube aber, wir sollten als Minderrechtsrecht endlich die aktuelle Stunde einführen.

Wir erleben an allen Parlamentstagen die Fragestunde nach dem bisherigen Ritual,

wonach die Minister in jener Reihenfolge befragt werden, die der Amtskalender vorgibt, gleich, ob da nun in dem Ressort ein aktuelles Problem vorhanden ist oder nicht. Die Minister werden befragt, sie geben ihre Antworten, die in vielen Fällen die Bürokratie längst vorbereitet hat. Es wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob es spontane Antworten wären, und auch die Abgeordneten versuchen, die Spontanität zu demonstrieren, indem sie dann einen Zettel herausziehen und sagen: „Im übrigen bemerke ich doch, Herr Minister ...“ — Wir kennen das Spiel. Ich glaube, wir sollten uns dazu entschließen, wie in anderen westlichen Demokratien die aktuelle Stunde einzuführen.

Ich glaube, Demokratie ist eben Auseinandersetzung mit den Argumenten des anderen, und diese Auseinandersetzung mit den Argumenten des anderen kann keine Regierung scheuen. Ich halte die Stärkung der Minderheitsrechte jetzt für besonders vordringlich, weil eben im Parlament eine sehr breite Mehrheit gegeben ist und daher die Stärkung der Rechte der Minderheit besonders notwendig ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht verhehlen, zu sagen, was auch mir ein besonderes Anliegen ist, nämlich die Behandlung der Petitionen. In der Vergangenheit sind Petitionen, gleich wie viele Menschen sie unterzeichnet haben, oft schubladiert worden. Das letzte Mal in der vergangenen Legislaturperiode geschah dies mit jener Petition, mit der 230 000 Tierversuchsgesetzes verlangt haben. Ich empfinde es als einen argen Schönheitsfehler, das Anliegen einer so breiten Gruppe von Menschen hier nicht zu behandeln. Mir erscheint es wichtig, daß Petitionen hier im Parlament ordentlich behandelt werden, daß man den Initiatoren Gelegenheit gibt, im Ausschuß gehört zu werden, ihre Argumente vorzutragen. Und ich glaube, wenn wir das versäumen, können wir das Demokratiebewußtsein der Menschen nicht gerade stärken.

Wir alle erleben bei den Wahlgängen der letzten Zeit, daß die Gruppe der Nichtwähler immer größer wird. Wir erwecken ja irgendwie den Eindruck, daß der Bürger wirklich nicht mitwirken kann, daß die Oberen es sich richten, und wir werden erreichen, daß die Nichtwählergruppe so groß wird, daß jene, die dann doch zur Urne gehen, Ergebnisse bewirken, die nicht die Zustimmung einer großen Zahl von Bürgern finden.

Dr. Marga Hubinek

Vielleicht noch das Anliegen — das Sie sicherlich mit mir teilen werden —, daß Politik glaubwürdig sein soll. Ich glaube, daß der Politiker eine Vorbildfunktion haben soll, und wenn diese Vorbildfunktion nicht immer gegeben ist — wir haben einige negative Beispiele in der jüngsten Vergangenheit erlebt —, so möchte ich das gerne an einem negativen Beispiel hier demonstrieren, und zwar an der Diskussion um die Pensionsreform. Wir haben sie vorgestern hier ausführlich diskutiert, das Begutachtungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen; ich habe große Hoffnung, daß die Beratungen manch anderes Ergebnis bringen werden, als die Regierungsvorlage vorsieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Politiker nun sagen, die vorgesehene Pensionsreform sei sozial ausgewogen, und wir zur gleichen Zeit sehen, daß acht niederösterreichische Politiker — es handelt sich um Abgeordnete, die nicht der Mehrheitspartei angehören — ihren Rücktritt verkünden, so kann ich mir nicht vorstellen, daß das nicht in einem Zusammenhang mit der bevorstehenden Pensionsregelung zu sehen ist und daß eben diese acht niederösterreichischen Politiker glauben, daß die Reform Ihres Parteikollegen Dallinger sozial ausgewogen ist.

In diesem Zusammenhang vielleicht eine Bemerkung, die ich eigentlich mehr als eine Information verstanden wissen möchte.

Wir haben gestern in den Abendstunden — die ÖVP-Frauen, damit man weiß, welcher Kreis es ist — eine Aussprache mit Sozialminister Dallinger gehabt; die Terminvereinbarung war nicht ganz einfach. Wir haben ihm unsere Bedenken vorgetragen, daß durch die Reformmaßnahmen vor allem berufstätige Frauen betroffen sind, jene Frauen, die eine höhere eigenständige Pension zu erwarten haben. Wir haben ihm auch gesagt, daß wir meinen, daß bei den bevorstehenden Kürzungen dieser Kreis kleiner sein soll als ursprünglich beabsichtigt, daß natürlich jedes System Ungerechtigkeiten in sich birgt, aber für uns nicht ganz einsichtig ist, daß die berufstätige Frau Kürzungen erwarten muß. Wir haben ihm gesagt, daß jene, die als Witwen einen abgeleiteten Anspruch haben, die auch oft keine gesellschaftspolitische Leistung wie etwa Kindererziehung erbracht haben, von Kürzungen nicht betroffen sind.

Wir fragten daher, ob man nicht die Doppelbelastung einer Frau, wenn sie berufstätig war und auch Kinder erzogen hat, als gesellschaftspolitische Leistung bei der Kürzung

berücksichtigen sollte, und zwar durch Gewährung eines symbolhaften Betrages. Die Gespräche sind offen, der Sozialminister hat eine Bereitschaft signalisiert hinsichtlich der Bedenken, die vor allem namens der berufstätigen Frauen geäußert wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir zählen hier auch auf das Verständnis unserer männlichen Kollegen, daß alle Reformmaßnahmen genau zu prüfen sind, daß man nicht eine große Bevölkerungsgruppe vor den Kopf stoßen sollte und daß es nicht genügt, die Befürchtung zu haben, daß man ja rechtzeitig Regelungen treffen muß, die die dritte Etappe der Witwerpension verhindern oder in den Griff bekommen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluß möchte ich sagen: Wir müssen bei allen Überlegungen doch bedenken, daß die Witwer eine Gruppe sind, die erst die erste Etappe erhalten hat, und daß es sich bei den berufstätigen Frauen um eine Gruppe handelt, die bereits Leistungen zugesichert erhalten hat und die diese Leistungen auch in ihre Lebensplanung eingeschlossen hat. Hier sehe ich einen sehr bedeutenden Unterschied.

Ich hoffe — und das möchte ich zum Schluß sagen —, daß auch die männlichen Kollegen in diesem Haus Verständnis haben für die Befürchtungen und für die Ängste einer großen Gruppe der Bevölkerung in diesem Lande. (Beifall bei ÖVP, SPÖ und den Grünen.) 13.20

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Elfriede Karl.

13.20

Abgeordnete Elfriede Karl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Frau Abgeordnete Dr. Hubinek jetzt die bevorstehende Pensionsreform angesprochen hat und auf Bedenken der Frauen hingewiesen hat, dann, glaube ich, muß man feststellen, daß natürlich die Diskussion um die Reform bei allen politischen Gruppierungen Bedenken ausgelöst hat und alle Frauen — offensichtlich auch aller politischen Gruppierungen; jedenfalls trifft das für die SPÖ-Frauen zu — mit dem Sozialminister Kontakt gesucht haben.

Ich möchte jetzt hier nicht Beratungsergebnisse, vor allem parlamentarische Beratungsergebnisse, vorwegnehmen, aber doch feststellen, daß ich aus den Äußerungen des Herrn Ministers den Eindruck gewonnen habe, daß er für diese Bedenken durchaus

3706

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Elfriede Karl

Verständnis hat und nach tragbaren Lösungen suchen will.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich aber doch auch anderen Problemen im Zusammenhang mit dem Budget zuwenden und auch Debattenbeiträgen, die heute gehalten worden sind.

Es ist richtig, daß wir in den letzten Jahren in Österreich zunehmend mit einer Erscheinung konfrontiert werden, die in anderen Ländern früher und auch wesentlich schärfer aufgetreten ist, nämlich daß eine wachsende Wirtschaft, eine zwar langsam, aber doch wachsende Wirtschaft, die einerseits durch Technisierung und Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte, aber auch das andererseits aus demographischen Gründen steigende Arbeitskräftepotential nicht aufnehmen kann. Wir haben heute die Erscheinung, daß wir zwar den höchsten Beschäftigtenstand in der Zweiten Republik haben, aber gleichzeitig auch eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, wobei das dann für bestimmte Problemgruppen — junge Menschen, ältere Menschen, Menschen mit Bildungsdefiziten, Ausbildungsdefiziten und behinderte Menschen — besonders schwierig ist.

Ich möchte hier etwas zum Herrn Abgeordneten Dittrich sagen, weil er gemeint hat, Arbeitsplätze würden nicht angenommen, weil es ein übersoziales Netz gibt. Der Sozialbericht 1986, meine Damen und Herren, weist eine Stellenandrangsziffer von 1:6,2 auf, das heißt, etwa 6,2mal so viele Arbeitssuchende als offene Stellen. Ich frage also wirklich — ich will jetzt gar nicht auf die Reibungen, die es bei Besetzung von offenen Stellen und bei der Vermittlung von Arbeitssuchenden gibt, eingehen, das wäre ein eigenes Kapitel; die Arbeitsämter könnten da viel erzählen —, ich frage wirklich, ob man diese Erscheinungen auf ein übersoziales Netz zurückführen kann. Ich würde den Herrn Abgeordneten Dittrich auch wirklich gerne fragen, ob er es als übersozialisiert empfindet, wenn 40 Prozent aller Arbeitslosenunterstützungsempfänger und 60 Prozent aller Notstandshilfebezieher eine Unterstützung von unter 4 000 S im Monat beziehen. Ich glaube, man müßte diese Seite auch sehen.

Wenn es Ausbildungsdefizite gibt — es ist richtig, daß die Arbeitslosigkeit bei den Pflichtschulabgängern am größten ist —, dann, meine Damen und Herren, müßte ich auch an die Wirtschaft die Frage richten, ob es denn wirklich richtig ist, daß man sich erwartet, immer genau den für die spezifi-

schen Bedürfnisse des Betriebes ausgebildeten Arbeitnehmer zu bekommen, oder ob man nicht, so wie das früher einmal war, daran denken könnte, gerade spezielle betriebsspezifische Kenntnisse eben auch durch innerbetriebliche Schulung und Qualifikation zu vermitteln. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich bin aufgrund dieser geschilderten Situation sehr froh, daß sich der Finanzminister in seiner Budgetrede ausdrücklich zur aktiven Arbeitsmarktpolitik bekannt hat und daß der Budgetansatz dafür gegenüber dem Vorjahr erhöht worden ist.

Nun weiß ich schon, daß verschiedene Aktionen der Arbeitsmarktförderung umstritten sind. Ich möchte auch gar nicht behaupten, daß man nicht diskutieren kann, daß es nicht Rationalisierungsmöglichkeiten oder ähnliches gibt. Was sie bedeuten, möchte ich Ihnen an zwei Zahlen aus dem Bundesland Salzburg demonstrieren.

In Salzburg sind im Rahmen der Aktion 8000, des Akademiker- und Absolvententrainings und ähnlicher Maßnahmen im Jahr etwa 800 Menschen beschäftigt. Das sind 800 Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren! Das ist genau die Zahl, um die in den letzten fünf Jahren die Beschäftigtenzahl in der Privatwirtschaft in Salzburg zugenommen hat, nämlich um 800. Die ganze andere Beschäftigungszunahme, die insgesamt 4 000 betragen hat, ist im öffentlichen, öffentlich-rechtlichen, halböffentlichen Bereich entstanden, und zwar durchaus nicht in einer Vermehrung der Schreibtische, sondern im Unterrichts-, im Forschungs-, im Gesundheits- und im Fürsorgewesen.

800 zusätzliche Beschäftigte in der Privatwirtschaft war der Saldo, wobei es auch Strukturverschiebungen zwischen Produktion und Dienstleistungen gegeben hat. Aber, meine Damen und Herren, die Salzburger Industrie hat in den letzten fünf Jahren bei gleichbleibendem Beschäftigtenstand einen realen Produktionszuwachs von 20 Prozent erzielt. Meine Damen und Herren! Ich frage Sie, ob dieser Produktivitätsgewinn tatsächlich möglich wäre, wenn Arbeitsmoral und Ausbildung so schlecht wären, wie das so oft generalisierend behauptet wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sowohl in den Ergebnissen der Verhandlungen innerhalb der Bundesregierung über die Sparmaßnahmen, als auch natürlich in der Budgetrede wird auf die Steuerreform Bezug genommen.

Elfriede Karl

Es ist in den Verhandlungen auch die Rede davon gewesen, bei einer künftigen Steuerreform die derzeit geltenden Kinderabsetzbeträge zu erhöhen, und es ist in den Verhandlungen — und das halte ich für sehr wichtig — vereinbart worden, daß für den Fall, daß solche Absetzbeträge nicht ausgenützt werden können, ein entsprechender Ausgleich durch die direkte Transferzahlung — wenn man will, kann man das Negativsteuer nennen — geboten werden wird.

Ich möchte dem Herrn Finanzminister für diesen zweiten Teil des Verhandlungsergebnisses, für den er sich sehr eingesetzt hat, sehr herzlich danken. Denn, meine Damen und Herren, die Familienförderung in ihrer heutigen Gestalt ist ja nicht von ungefähr entstanden. Es gehört dazu die gleich hohe Beihilfe vom ersten Kind an, und zwar deswegen, weil die wirtschaftliche Lage einer Familie ja nicht nur von der Kinderzahl abhängt, sondern auch von einer Reihe anderer Faktoren: von der Höhe des Einkommens, davon, ob die Hausstandsgründung bereits finanziert ist oder nicht, davon, ob beide Elternteile vorhanden sind oder nicht, ob die Eltern voll arbeitsfähig sind oder nicht.

Der seinerzeitige Familienbericht hat nachgewiesen, und zwar durchgehend, daß die Möglichkeiten einer Familie, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, am stärksten vom sozialen Status, vom Einkommen abhängig sind, dann erst kommen andere Faktoren zum Tragen, wie etwa die Kinderzahl; wobei die Alleinerzieher trotz aller Verbesserungen, die es in der Vergangenheit gegeben hat, immer noch die sozial Schwächsten sind.

Meine Damen und Herren! Gerade diese starke Abhängigkeit der sozialen Situation der Familie vom Einkommen war für uns das Motiv, direkte Geld- und Sachleistungen sehr stark auszuweiten und letztlich auch von der Steuerermäßigung zur direkten Geldbeihilfe zu gehen, weil sie den wenig verdienenden Eltern, die keine oder wenig steuerpflichtige Einkünfte haben, aber auch den meisten Mehrkinderfamilien am besten hilft.

Wenn man jetzt, aus welchen Gründen immer, die Absetzbeträge wieder ausbauen will, so ist das für mich nur dann akzeptabel, wenn gerade für die Gruppe der wenig Verdienenden ein entsprechender Ausgleich — und hier meine ich mit „entsprechend“ einen vollen Ausgleich — geboten werden kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube allerdings, daß man, wenn man

dieses Konzept weiter verfolgt, nicht dabei bleiben kann, das auf die Alleinverdiener zu beschränken — der derzeitige Kinderzuschlag zum Alleinverdienerabsetzbetrag ist an den Bezug der Familienbeihilfe gebunden und damit praktisch ein Unterhaltsbetrag —, sondern man wird den beiderseits erwerbstätigen Eltern, die ja oft gemeinsam weniger verdienen als so mancher Alleinverdiener, sehr schwer erklären können, wieso sie diesen Unterhaltsbeitrag nicht bekommen. Das heißt, man wird sich auch diese Frage überlegen müssen.

Meine Damen und Herren! Wenn man Steuerpolitik diskutiert, dann, glaube ich, muß man auch auf folgendes hinweisen: Mit 1. Jänner 1987 ist eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer in Kraft getreten, die insgesamt einen Einnahmenverzicht von, glaube ich, 11 Milliarden Schilling bewirkt hat, die die größten Ermäßigungen für die untersten Einkommensbereiche gebracht hat.

Trotzdem zeigen die Unterlagen zum Budget im Hinblick auf die Einnahmenserwartungen, daß die Gewinnsteuern — Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, wenn man will kann man auch die Gewerbesteuer dazuzählen — stagnierend bis rückläufig sind — das wird also für das nächste Jahr erwartet —, während die Lohnsteuer steigt, und das, meine Damen und Herren, obwohl die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bei den Einkommen genau gegenläufige Entwicklungen aufweist, nämlich daß die Einkommen aus Besitz und Unternehmen, die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften, deutlich stärker steigen als die Lohneinkommen.

Ich glaube daher, daß bei der Steuerreform auf diese Entwicklung Bedacht genommen werden muß, daß Lohneinkommen heute offensichtlich steuerlich stärker belastet sind als die anderen Einkommenskategorien und daß danach getrachtet werden muß, diesen Trend zu brechen.

Meine Damen und Herren! Für mich gehört dazu auch, daß man sich Möglichkeiten überlegt, bestehende Steuerpflichten auch durchzusetzen, denn die Erträge aus Kapitalvermögen sind einkommensteuerpflichtig, und zwar nicht erst seit gestern, sondern schon sehr lang. Ich kenne das Einkommensteuerrecht nicht anders. Wir wissen aber alle, daß dieser Einkommensbereich tatsächlich nur sehr wenig von der Besteuerung erfaßt wird, sicher einerseits deswegen, weil es eine ganze Reihe von Steuerbefreiungen gibt — ich will das jetzt gar nicht in Frage stellen —, aber auch

3708

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Elfriede Karl

deshalb, weil hier die Möglichkeiten, nicht zu deklarieren, eben sehr, sehr groß sind.

Wenn Horst Knapp Ende 1985 in den „Finanznachrichten“ in einer Studie zur Steuerbelastung feststellt, daß Besitzeinkünfte nur zu 13,2 Prozent von der Steuer erfaßt sind (*Abg. Haigermoser: Was sagt der Schüssel dazu?*), wenn das Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Arbeiterkammer Oberösterreich vor kurzem in einer Studie darauf hinwies, daß nach einer Auskunft des Finanzministeriums 60 Milliarden Schilling Zinseinkünften 2,9 Milliarden Schilling deklarierte Zinseinkünfte gegenüberstehen, dann, glaube ich, stimmt hier etwas nicht. Man kann nicht so tun, als ob es etwas Unsittliches wäre, diese Einkünfte zu besteuern. Und, meine Damen und Herren, man kann auch nicht so tun, als ob es sich hier um die Einführung einer neuen Steuer handeln würde, wie das so oft in der Diskussion behauptet wird, sondern es geht um die Durchsetzung einer bestehenden Steuerpflicht. Wir sollten hier auch nicht mit falschen Schlagworten, nämlich mit dem falschen Schlagwort der Sparbuchsteuer, diskutieren, sondern wir sollten uns sachlich mit diesem Problem befassen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Denn, meine Damen und Herren, die Durchsetzung bestehender Steuerpflichten, auch wenn sie mit vielen Ausnahmen versehen sind, gehört auch zur Steuergerechtigkeit und zur sozialen Ausgewogenheit. (*Abg. Haigermoser: Das ist richtig, aber auch mit dem Pfusch muß man aufräumen! Sie sind auf einem Auge blind, Frau Karl!*)

Wenn heute der Abgeordnete Dittrich Frau Thatcher mit ihrem Begriff von politischer Freiheit zitiert hat, dann möchte ich darauf antworten, und zwar: Man soll nicht so tun, als ob Sozialstaat, Wohlfahrtsstaat, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit Abhängigkeit bedeuten. (*Beifall bei der SPÖ und bei den Grünen.*) Für mich sind das, meine Damen und Herren, Voraussetzungen für die politische Freiheit, wenn man unter politischer Freiheit politische Freiheit für alle versteht. — Danke. (*Beifall bei SPÖ, bei ÖVP und bei den Grünen.*) ^{13.34}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Freda Blau-Meissner.

^{13.34}

Abgeordnete Freda Blau-Meissner (Grüne): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Ich habe es außerordentlich erfreulich gefunden, daß wir von einer Vertreterin der einen Regierungspartei, von

Frau Dr. Hubinek, eine solche Stärkung für Minderheitenrechte bekommen haben. Ich würde mir nur wünschen, daß sie sich mit ihrer Fraktion zusammensetzt und dort durchsetzt. (*Abg. Haigermoser: Ja, die Frage stellt sich!*) Das wäre eine großartige Sache. Damit würde sie auch einem Wahlversprechen nachkommen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Bevor ich auf das Budget eingehe, vielleicht noch eine kurze Bemerkung — ich wollte keine tatsächliche Berichtigung machen —, eine kurze Bemerkung zur Ausführung, zur sehr selbstgerechten Ausführung vom Herrn Abgeordneten Dr. Taus, der ein Engagement gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen als emotional abqualifiziert hat und zugleich für eine Angleichung unserer ökologischen Normen an EG-Normen plädiert hat.

Ich will jetzt gar nichts zum Inhalt sagen, das gehört nicht zur Debatte, ich möchte nur sagen: Das ist die Argumentation eines arroganten Patriarchats, das wir schon seit Jahren kennen. Wenn eine Frau spricht, dann ist es emotional, wenn ein Mann spricht, ist es rational.

Meine Damen und Herren! Die größte Irrationalität besteht ganz gewiß darin, zu glauben, es könnte so weitergehen wie bisher, wir könnten weiterhin auf Kosten der Umwelt und der geplagten Menschen Wirtschaftswachstum forcieren. Das ist irrational. Rational ist, das Überleben unserer Spezies zu sichern, und dafür stehen wir ein. Das ist wohl die höchste Rationalität! (*Beifall bei den Grünen.*)

Meine Damen und Herren! Als letztes: Es steht nirgends geschrieben und es ist kein Naturgesetz, daß Frauen hirnlos sein müssen und Männer gefühllos. Gott sei Dank kenne ich genügend gefühlvolle Männer, die es auch begriffen haben. (*Beifall bei den Grünen, bei SPÖ und FPÖ.*)

Lassen Sie mich nun ein paar grundsätzliche Bemerkungen zum vorliegenden Budget formulieren.

Daß eine detaillierte Analyse nicht möglich ist, ist ja wohl sehr klar: Wir haben es knappe 24 Stunden vorher vorgelegt bekommen, und wenn wir nicht alle Zeitungsleser wären, wüßten wir sowieso nicht, was drinnensteht. Ich würde wetten, daß die wenigsten von Ihnen — und ich schließe mich nicht aus — eine Ahnung haben, was drinnensteht.

Freda Blau-Meissner

Und das ist eigentlich mein erster massiver Vorwurf, Herr Staatssekretär: die Art und Weise, wie diese Budgets erstellt werden. Das ist für mich eine Scheindemokratie, die hier jetzt veranstaltet wird. Als ob wir ein Budget beschließen würden! Das ist eine Demokratie, die sich geradezu grotesk maskiert mit dem, was man Budgeterstellung nennt.

Dieses Budget wird geheimgehalten bis zum Tag seiner Verlesung durch den Finanzminister, und am Tag darauf findet schon die erste Lesung statt, die erste „Beratung“ — heißt es so schön und elegant und sehr falsch — soll stattfinden.

Wie können die Abgeordneten dieses Hauses denn wirklich mit gutem Gewissen gegenüber den Menschen, die sie hier repräsentieren, zustimmen? Zum Zustimmen müßte man doch zumindest über weite Teile Bescheid wissen, das wäre doch die erste Voraussetzung.

Hier wird nicht beschlossen, meine Damen und Herren, auch wenn wir jetzt in den nächsten Wochen einige Budgetdebatten halten werden, ich weiß schon, und einige Beratungen haben werden. Aber beschlossen wird nichts.

Wenn es nicht die Regierung ist, Herr Dr. Ditz, die draufkommt, daß sie sich hier und da in Zahlen geirrt hat, wird es eben mit den Fehlern beschlossen werden. Kein Mensch hier wird diese Fehler korrigieren können.

Der alte Montesquieu, von dem wir ja alle gelernt haben, hat die Gewaltentrennung erfunden — sehr klug —, er hat die Trennung von Gesetzgebung und Vollziehung stipuliert. Gewaltentrennung warum? Um Machtakkumulation in einzelnen Händen zu verhindern und um vor allem die Kontrolle zu ermöglichen.

Heute wissen wir aber, wie das in Österreich gemacht wird. Das haben wir jetzt wirklich in diesen paar Monaten Parlamentsarbeit gründlich vorgeführt bekommen.

Spitzenbeamte stehen in Verbindung mit an ihren Geldern interessierten Lobbies, ob das jetzt der Straßenbau oder der Hochbau ist, der Kraftwerksbau, überhaupt das Bauen. Bauen ist ja eines der großen Zentren dieses Budgets. Sie beschließen mit denen und beraten darüber, was ihnen, den Beamten, dann zum Vollzug übereignet und zugeordnet wird. Also wen kann es da noch wundern, wie schwer es ist, das Budgetdefizit in den Griff

zu bekommen? Das liegt ja wohl auf der Hand.

Natürlich gibt der Finanzminister ganz allgemein gehaltene Budgetrichtlinien, Budgeterstellungsrichtlinien vor.

Aber der Rest wird ja auf Beamtenebene verhandelt. Nichts gegen die Beamten, aber die sind ja auch Teil des Systems. So wie es bei Budgets ist, ist es übrigens auch bei anderen Gesetzen: Sie werden nicht hier im Haus gemacht, insbesondere jene nicht, die Bereiche betreffen, wo wirtschaftliche Interessen dominieren. Die Praxis in den betreffenden Ausschüssen zeigt dies. Ich nenne da ganz besonders den Finanzausschuß, den Bautenausschuß, aber ich muß leider auch den Umweltausschuß nennen. Ich denke da zum Beispiel an das Smogalarmgesetz. Herr Kollege Buchner, da haben wir ja genug gelitten und sind genug enttäuscht worden. Gerade das Smogalarmgesetz hat gezeigt, wo in diesem Land wirklich Politik gemacht wird. Noch einmal: Nicht im Parlament!

Vielleicht könnten wir einmal diese erste Lesung benützen, um uns zu überlegen, ob es nicht völlig neue Formen einer demokratischeren Budgeterstellung geben könnte (*Ruf bei der ÖVP: Volksbegehren!*), in die vielleicht der Rechnungshof eingebunden ist und bei der wirkliche Verhandlungen im Parlament stattfinden; Verhandlungen im Zuge der Erstellung, wo nicht die Abgeordneten erst zur Zeit des fertigen Budgets informiert werden, wenn alles längst entschieden ist.

Übrigens ist es nicht nur die Art und Weise, wie dieses Budget erstellt wird, die Ärgernis erregt, sondern auch — ich würde sagen — die Form des Budgets, die Erscheinungsform. Ich frage Sie: Wer kann dieses Budget lesen? Stundenlang hat man versucht, es mir zu erklären, es uns zu erklären. Ein bißchen etwas haben wir verstanden. Wer erklärt es dem Bürger? Es wäre doch wirklich sinnvoll, wenn eine breitere Öffentlichkeit hier Einblick bekommen würde, wofür sie Steuern zahlt, wofür ihre Steuergelder dann verwendet werden, für welche konkreten Projekte. (*Beifall bei den Grünen.*)

Ich behaupte jetzt, die Form dieses Budgets geht absolut konform mit der Art und Weise, wie es entsteht. Für Nichteingeweihte ist es abschreckend, unverständlich, undurchsichtig und sehr verwirrend. Also vielleicht könnten wir einmal darüber diskutieren, wie wir mehr Bürgerbeteiligung in die Erstellung dieses wichtigen Regierungsinstrumentes hineinbringen können.

3710

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Freda Blau-Meissner

Und jetzt zum letzten Bereich, über den ich kurz sprechen möchte und über den ja in letzter Zeit sehr, sehr viel diskutiert wird, zur berühmten Konsolidierung. Lassen Sie mich dazu eine recht „ketzerische“ Frage stellen: Warum wächst eigentlich das Budgetdefizit so rasant, und warum ist es nur mit übeln Tricks möglich, es zu bremsen? Ich weise hin auf die ASFINAG, darüber haben wir ja gestern ausführlich diskutiert. Wenn diese Posten heute fair im Budget stehen könnten, könnte Herr Minister Graf nicht mehr stolz wie ein Gockel herumspazieren und sagen, er sei der Spar-samste in der Welt.

Ich möchte nicht in Polemik ausarten, sondern wirklich einmal ehrlich die Frage stellen: Warum wächst dieses Budget? Selbst bei größten Anstrengungen gelingt es nicht oder nur sehr, sehr schwer, das Budgetdefizit zu reduzieren. Noch einmal: Warum wächst das Budgetdefizit? Das ist doch die Frage, die wir stellen müssen! Wir jammern dauernd darüber: Es wächst und wächst uns über den Kopf!, aber wir stellen nicht die entscheidende Frage, warum es das tut. Wenn wir uns ein bißchen damit befassen und ernsthaft darüber nachdenken, wird sich eine Menge neuer und leider nie diskutierter Facetten auftun. Da muß ich zurückgehen zur Budgeterstellung.

Die Leute, deren Machtposition und deren Wichtigkeit sich letztlich an der Höhe des Budgets, das ihnen zugeteilt wird, messen läßt, die Beamten, können nicht Interesse haben an Budgetkürzungen. In deren Händen liegen aber die Entscheidungen und die Verhandlungen, ob und wieviel sie im nächsten Jahr wieder bekommen. Würde der Beamte eine starke Reduzierung in seinem Bereich zulassen, würde das nur heißen, daß er unwichtiger geworden ist. Man kann aber nicht von den Leuten erwarten, daß sie sagen: Weg mit mir, katapultiert mich heraus, ich bin eine Nobody. Das ist nicht zu erwarten. Das liegt wirklich am System. Der Beamte muß ja darauf bestehen, daß sein Budget zumindest gleichbleibt, möglichst sogar wächst.

Ein zweiter Punkt. Ist es sinnvoll, vor allem von ökologischer Seite her, und ist es zugleich budgetschonend — ich nehme ein Beispiel —, immer mehr Straßen zu bauen, Straße um Straße um Straße, damit man dann im nachhinein feststellt, daß sie immense nicht berechnete Folgekosten nach sich ziehen, zum Beispiel Polizisten zur Überwachung, Reinigung, Krankenhäuser, um die Verletzten zu betreuen; also eine ganz teure Investition mit horrenden Folgekosten.

Ein anderes Beispiel ist natürlich das Gesundheitssystem. An diesem Beispiel läßt es sich noch schöner abhandeln, und das wird ja oft genug aus sozialen Gründen kritisiert. Zur Beseitigung dessen, was so schön Kosten-explosion und Explodieren des Spitalsdefizites genannt wird, soll ein Selbstkostenbeitrag eingehoben werden. Wir haben das als unsozial kritisiert. Es gäbe ja auch bei etwas gutem Willen andere Zugangsweisen und andere Möglichkeiten, das in den Griff zu bekommen.

Man könnte sich zum Beispiel fragen, ob die vervielfachten Kosten, die uns das Gesundheitssystem in den letzten Jahren aufgebürdet hat, mit einer adäquaten Verbesserung des Gesundheitszustandes der österreichischen Bevölkerung überhaupt in Relation steht. Man wird sowohl nach wissenschaftlichen Untersuchungen, nach empirischen, aber auch als ganz gewöhnlicher Laie feststellen, klipp und klar: nein, das tut es nicht. Hier passiert nämlich genau das gleiche wie im Straßenbau: Große Pharmafirmen und Instrumentefirmen verscherbeln unter dem Deckmantelchen: Unsere Gesundheit muß uns etwas kosten, da ist nichts zu teuer, das Beste ist gerade gut genug!, aufwendige, riesige Maschinen dem Gesundheitssystem, das natürlich zugreift.

Ich habe das selbst in Hochegg erlebt, wo Therapeuten, wo Wanderungen abgesagt werden, weil die Sportlehrer zu teuer sind, und die teuersten Diagnoseinstrumente und Apparaturen gekauft werden, wo selbst die Ärzte sagen: Das können wir ja nie ausnützen! Das reicht im besten Fall, um eine Habilitation zu schreiben, aber nicht, um Menschen zu helfen.

Und was ist das Endprodukt dieses Gesundheitssystems: ein AKH. Teuer, kaum finanziert und „gesundheitlich“ angeblich — das sagen die Ärzte, ich kann es nicht beurteilen — eine Katastrophe, vor allem „psychosozial“ eine Katastrophe. Um das finanziell auszugleichen, werden Gruppengespräche, Gruppentherapien reduziert, wenn nicht abgeschafft. Ein psychosoziales Herangehen an die gesamten Gesundheitsfragen wird nicht mehr honoriert oder kaum honoriert.

Was will ich Ihnen mit diesen Beispielen klarzumachen versuchen? Ich will damit aufzeigen, daß die Lösung der Probleme, die wir haben und die wir in zunehmendem Maße haben werden, immer mehr durch technische Güter und durch eine industrielle Sanierung versucht wird; möglichst teuer, das schafft

Freda Blau-Meissner

natürlich Expansionsmöglichkeiten für die Firmen — dumm wären sie, wenn sie es nicht versuchen würden —, und der Staat ist nicht imstande oder zu schwach oder vielleicht will er nicht oder vielleicht steht er zu sehr unter dem Druck der verschiedenen Lobbies, steuernd und begrenzend einzutreten.

So werden im Umweltschutz die großen Probleme, die wir haben, die industriell verursacht werden, natürlich wieder industriell gelöst. Die Donau tieft sich ein wegen der Kraftwerke — das ist eine bekannte Sache —, wegen der Kraftwerke, die gebaut worden sind. Unser Ausweg: Wir müssen weitere Kraftwerke bauen, um dieser Eintiefung zu begegnen.

Anderes Beispiel: Die Menschen halten es in ihren Dörfern und in ihren Orten nicht mehr aus, dort ist es zu laut wegen des schweren Autoverkehrs. Die Autos brausen durch die Orte, deshalb brauchen wir neue Umfahrungsstraßen, brauchen Lärmschutzwände, das Problem wird verlagert, möglichst auf andere Straßen.

Erst fördert der Staat mit Milliarden-Subventionen die Papierindustrie Österreichs, dann kommt man drauf, diese Papierindustrie verdreckt unsere Flüsse, und derselbe Staat muß dann Kläranlagen bauen, um die Flüsse vor dem totalen Umkippen zu bewahren. Und das wird natürlich aus dem Wasserwirtschaftsfonds bezahlt.

Kurzum: Wir erleben ununterbrochen Umweltfinanzierung statt einer zielgerechten Umweltpolitik, Gesundheitsfinanzierung statt Gesundheitspolitik, und das ist nicht nur teuer, sondern löst auch die Probleme nicht.

Sie alle haben von Martin Jänicke gehört, der mit seinem letzten Buch, schon mit dem Titel seines Buches, ins Schwarze getroffen hat, als er gesagt hat: Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft. — Ich danke Ihnen. (*Beifall bei den Grünen.*) ^{13.51}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Klara Motter.

^{13.51}

Abgeordnete Klara Motter (FPÖ): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich die Kritik meiner Vorrednerin fortsetzen und Frau Präsidentin Hubinek erinnern, daß sie die Möglichkeit hätte, als Präsidentin in der Präsidiale andere Bedingungen, als wir sie jetzt im Hohen Haus haben, herbeizuführen.

Hier von diesem Pult aus Kritik zu üben, ist, glaube ich, zu wenig, um uns damit anzusprechen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nun zu meinem Anliegen: Seit wir eine Frau Minister aus den Reihen der ÖVP haben, die ihre Hauptaufgabe, wie sie selbst sagte, im Umweltbereich sieht, haben die Familien in unserer Republik keinen Anwalt mehr, denn sonst könnte sie nicht so tatenlos der Ausräumung des Familienlastenausgleichsfonds zusehen.

Ich bin neugierig, wie sich die Damen und Herren, die jetzt in sehr geringer Zahl vertreten sind — vor allem sehe ich auch die Familiensprecher nicht —, von diesem Pult aus verteidigen werden. Auf diese Verteidigung bin ich sehr neugierig, wenn ich bedenke, was die Frau Minister den Familien jetzt zumutet.

Ich denke zum Beispiel an das Gejammer der ÖVP über die Armut der Familien, ich erinnere an die Appelle, die hier im Hohen Haus erschallten, Überschüsse sofort den notleidenden Familien zufließen zu lassen, ich denke aber auch an die berechtigte Kritik, denn den Familien sollte viel mehr unter die Arme gegriffen werden, denn von Sonntagsreden, die hier in der Vergangenheit gehalten wurden und auch jetzt gehalten werden, haben die Familien nichts. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Errungenschaften für die Familien in der Zeit der sozialistisch-freiheitlichen Koalition waren großartig, auf diese Erfolge darf ich Sie noch kurz verweisen, es waren die letzten Verbesserungen für die Familien.

Die finanzielle Grundlage des Fonds wurde unter anderem durch die Erhöhung des Überweisungsbeitrages aus dem Einkommensteueraufkommen von 7,5 auf 10,5 Milliarden gesichert. Den ÖBB wurde nichts mehr vergütet. Aufgrund dessen konnte die Familienbeihilfe dreimal erhöht werden. Bei Durchführung weiterer wichtiger Untersuchungen, bestätigt im Mutter-Kind-Paß, wurde eine Sonderzahlung von 2 000 S bei Beendigung des vierten Lebensjahres des Kindes gewährt. Darüber hinaus wird auch ab 1. 1. 1987 die Familie, wenn auch in kleinem Ausmaß, wieder steuerlich berücksichtigt.

Meine Damen und Herren! Das waren wirklich großartige Erfolge gegenüber dem, was jetzt geschieht. Und was geschieht jetzt? Die Überschüsse des Fonds werden zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet. (*Abg. Haigermoser: Das ist ein Skandal!*) Dem Fonds

3712

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Klara Motter

werden Aufgaben aufgebürdet, sodaß eine merkliche Verbesserung von Familienleistungen auf Jahre hinaus blockiert wird.

Das Einstiegsgeschenk der politischen Karriere der Frau Minister Flemming kostet den Familien zusätzlich jährlich 1 Milliarde. Sie nahm diesen Betrag aus dem Familienlastenausgleich und stopfte ihn dem Finanzminister in die Tasche. Über eine solche Mißwirtschaft kann auch niemals die Verankerung der Familie in der Verfassung hinwegtäuschen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ich habe gerade die Erfolge aufgezählt. Reichen Ihnen die noch nicht? Ich möchte hier Ihre Erfolge auch hören. (*Beifall bei der FPÖ.* — *Abg. Dr. Schwimmer: Die dreieinhalb Jahre haben uns gereicht!*)

Immerhin gab es in diesen dreieinhalb Jahren dreimal Verbesserungen für die Familien.

Ich bin überzeugt, daß sich die Familien in unserem Land auf die Dauer nicht mehr Sand in die Augen streuen lassen, und mit Ihren Argumenten werden Sie in Zukunft auch keine Wahlen mehr gewinnen. (*Beifall bei der FPÖ.* — *Abg. Dr. Schüssel: Mehr als die FPÖ!*)

Meine Damen und Herren! Mit den wenigen lapidaren Sätzen, die uns gestern in der Budgetrede serviert wurden, soll verschleiert werden, was tatsächlich den Familien entrisen wird, soll verschleiert werden, wie wenig ernst die Familien in unserer Gesellschaft genommen werden und mit welcher Scheinheiligkeit bei uns Familienförderung betrieben wird.

Was bedeutet zum Beispiel auf Seite 8 der Budgetrede — ich zitiere —, daß „ohne Beeinträchtigung der Qualität öffentlicher Leistungen ... jene finanziellen Spielräume genützt werden, die im Rahmen ... des Familienlastenausgleichsfonds ... bestehen“? — Ende des Zitats.

Wir haben keine Spielräume im Rahmen des Familienlastenausgleichsfonds. Der Fonds kommt heute schon für Leistungen auf, die grundsätzlich nicht zu seinen Aufgaben gehören, und der Überschuß ist kein Spielraum zur Budgetsanierung. Dieser Überschuß gehört unseren Familien. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist also ganz einfach eine Verdrehung der Tatsachen, wenn hier von „Spielräumen“ geredet wird. Was die Sanierungspartner heute vorhaben, ist eine weitere Ausräumung

des Fonds, ist das Heranziehen von Geldern für zweckwidrige Verwendung, wie zum Beispiel: Die ÖBB soll mit 600 Millionen, die Pensionsversicherung mit 745 Millionen, die Förderung der Familienberatungsstellen mit 40 Millionen gefüttert werden. Dies sind alles Maßnahmen, die nicht zu den Aufgaben des Fonds gehören.

Meine Damen und Herren von der Volkspartei! Wo bleiben Ihre Aufschreie, die wir aus der Vergangenheit noch in Erinnerung haben? Darf ich Sie zum Beispiel an einen Ihrer Entschließungsanträge erinnern — ich zitiere —: Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Familienlastenausgleichsfonds wieder zu sanieren, die Zweckentfremdung der Familiengelder und damit die Fortsetzung der systematischen Demontage des Familienlastenausgleichs sofort einzustellen.

Frau Präsident Hubinek hat schon gewußt, warum sie sich bereits verteidigt hat, warum sie gesagt hat, daß sie ihre Reden nicht mehr gerne vorgehalten haben möchte, aber ich zitiere sie trotzdem: Wenn es Ihnen mit der Sanierung des Familienlastenausgleichsfonds ernst ist, so würde ich Ihnen empfehlen, die alte Einnahmensituation des Fonds wiederherzustellen. — Ende des Zitats.

Meine Frage an die ÖVP: Warum machen Sie es heute nicht? Ich sage es Ihnen: Weil die Frau Bundesminister Dr. Flemming anscheinend zu schwach ist, um den Fonds vor der Begehrlichkeit des Finanzministers zu schützen und zu retten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie geht lieber den Weg der Enteignung der österreichischen Familien. Deshalb kann ich nur mit den Worten von Frau Präsident Hubinek, die ich jetzt wieder zitieren werde, vom 11. 12. 1985, gesprochen in der 119. Sitzung, die Bitte an die Frau Minister richten, die leider nicht hier ist — ich zitiere —: Ich möchte Sie daher heute bitten, dazu Stellung zu nehmen, wie Sie der Begehrlichkeit des Finanzministers nach diesen Mitteln entgehen wollen, ob Sie diese Mittel innerhalb kürzester Zeit den notleidenden Familien zur Verfügung stellen wollen. — Ende des Zitats.

Ich frage Sie: Warum hält die ÖVP ihre Forderungen und Versprechungen nicht und geht als Sanierungspartner nun konsequent den Weg der Demontierung des Fonds weiter?

Dr. Hafner — der leider auch nicht hier ist, er weiß schon warum, ich werde ihn noch oft zitieren hier im Haus, denn es ist für mich eine Fundgrube, wenn ich meine Reden

Klara Motter

schreibe, Herrn Dr. Hafner zu zitieren — hat gesagt — ich zitiere —: Reduzieren wir wieder auf die ursprüngliche Höhe den Beitrag des Familienfonds zum Karenzgeld, reduzieren wir diesen Betrag wieder auf 25 Prozent. Ich glaube, es wäre höchst an der Zeit, daß man das wieder rückgängig macht. So könnten wir 660 Millionen für die Finanzierung von Familienbeihilfen zurückholen.

Ich zitiere weiter: „Die Schülerfreifahrt war ursprünglich so organisiert, daß wir aus dem Familienfonds insgesamt 25 Prozent dieser Kosten zu zahlen hatten. Heute sind es 50 Prozent, weil die Verkehrsunternehmungen der Bundesbahnen und die Post ihre Ermäßigungen zurückgenommen haben.“

Weiters: Er richtete an Frau Minister Fröhlich-Sandner folgende Worte:

„Ich rufe Sie auf: Treten Sie in Verhandlungen ein und verlangen Sie diese Beiträge zurück!“ — Ende des Zitats.

Was macht heute Frau Bundesminister Dr. Flemming? — Sie macht das Gegenteil, und der Aufschrei der ÖVP bleibt aus.

Was geschieht also heute? — Es wird noch mehr Geld für die Pensionsversicherung, noch mehr Geld für die Schülerfreifahrt, noch mehr für die Arbeitslosenversicherung und noch mehr für weitere Aufgaben, die dem Ziel des Familienlastenausgleichs widersprechen, herausgenommen. Ich frage Sie: Ist das Ihr Kurswechsel? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Welche Folgen die geplante Kürzung der Familienbeihilfe für Studenten, nämlich die Reduzierung der Auszahlung vom 27. auf das 25. Lebensjahr, bewirkt, erleben wir zurzeit durch Demonstrationen. Wir haben heute hier noch Gelegenheit, ausführlich darüber zu reden.

Nur ganz kurz: Ich kann diese Demonstrationen nur unterstützen und könnte mir ohne weiteres vorstellen, daß sich weitere Betroffene, nämlich die Eltern, solchen Protesten anschließen werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Als diese Reduzierung in Augenschein genommen wurde, standen wenig klare Gedanken dahinter, denn sonst hätte man nicht übersehen, daß Jugendliche, die mit 19 Jahren Matura machen, daß junge Burschen, die den Militärdienst oder den Zivildienst absolvieren, daß junge Menschen, die Medizin, Chemie, Biologie und so weiter studieren, niemals — auch nicht bei gutem Wil-

len — mit 25 Jahren ihr Studium abschließen können.

90 Prozent der Studenten und deren Eltern, die oft schwere Entbehrungen auf sich nehmen, würden durch diese familienfeindlichen Maßnahmen erhebliche Sorgen und Einbußen auferlegt bekommen.

Durch den Druck der Öffentlichkeit wurde gestern zur Budgetrede ein Abgehen in besonderen Fällen zugesagt. Soll das ein Besinnen sein? Ich hoffe es für die Zukunft, denn das Bildungsniveau unserer Jugend darf nicht durch solche Maßnahmen beeinträchtigt werden.

Den betroffenen Eltern dürfen nicht noch mehr Entbehrungen aufgebürdet werden, vor allem auch dürfen Alleinerzieher nicht noch mehr Sorgen und Entbehrungen auf sich nehmen müssen, wenn sie ihren Kindern trotz vieler Schwierigkeiten, die uns allen bekannt sind, ein Studium ermöglichen wollen.

Hier möchte ich den Damen und Herren, die solche Maßnahmen der Kürzung erachtet haben, die Worte zurufen: Erst denken und dann handeln! (*Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Glauben Sie nicht, daß wir Freiheitliche nur aus Oppositionsgründen gegen Einsparungen sind! Glauben Sie nicht, daß es nicht auch uns bewußt ist, in welchem Zustand sich unser Staatshaushalt befindet! Aber solange Gelder zweckentfremdet werden, solange man nicht ernsthaft mit Privilegien, die immer noch zu Unrecht bestehen, aufräumt, so lange kann eine freiheitliche Partei niemals eine Zustimmung zu Sparmaßnahmen geben. (*Beifall bei der FPÖ.*) ^{14.03}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer.

^{14.03}

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die freiheitliche Demagogie zur Familienpolitik schließt fast nahtlos an jene, die sie zur Pensionsreform hier wiedergegeben hat, an.

Man ist nicht bereit, anzuerkennen, daß in einer Zeit, in der tatsächlich überall gespart werden muß, von den Koalitionsparteien festgelegt wurde, daß gerade für die Familien im Rahmen der Steuerreform ein sehr wesentlicher Schritt gesetzt werden wird, indem der Kinderabsetzbetrag wesentlich erhöht wird

3714

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Schwimmer

und — wie das schon eine Vorrednerin zum Ausdruck gebracht hat — auch dort bar zur Auszahlung gebracht wird, wo bei der Steuerleistung die volle Ausschöpfung des Absetzbeitrages nicht möglich ist, was gerade dann, wenn eine Familie sozial schwach ist und mehrere Kinder hat, eine wirksame Hilfe und ein wirksamer Durchbruch in der Familienpolitik sein wird. Wir sind darauf stolz und brauchen uns dieser Familienpolitik wirklich nicht zu schämen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Haigermoser:* Der Herr Schwimmer ist ärger als der Herr Keimel!)

Herr Haigermoser! Wenn Sie unbedingt wollen, daß ich mich länger mit der Freiheitlichen Partei beschäftige (*Abg. Haigermoser: Ich bitte darum!*), tue ich das sehr gerne. Ich habe die Demagogie und die Polemik zur Familienpolitik mit der Demagogie zur Pensionsreform verglichen. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Sie sind mir ohnehin noch eine Antwort schuldig!*) Ich wiederhole daher nochmals — Frau Partik-Pablé, weil Sie es offensichtlich so gerne hören — die blauen Vorstellungen zur Pensionsversicherung. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich wiederhole nochmals — auch wenn Sie noch so viel schreiben, ich habe eine laute Stimme, und das Mikrofon hilft mir auch noch, daß Sie mich nicht überschreien können — mit Originalzitaten, was die Freiheitliche Partei bei den Pensionen will, ich wiederhole, was Frau Partik-Pablé bei den Pensionen will: Frau Partik-Pablé will keinen 5jährigen, keinen 10jährigen, keinen 15jährigen Bemessungszeitraum. Nein, sie will gleich bei der Pensionsbemessung, daß auch die Beiträge der Lehrlinge dann bei der künftigen Pensionsberechnung berücksichtigt werden für die Durchschnittsberechnung für den Bemessungszeitraum.

Frau Partik-Pablé forderte am 27. Jänner 1984: Durchrechnung der Beiträge für die Pensionsberechnung während der ganzen Lebensarbeitszeit, im Gegensatz zur jetzigen Berechnung, wo sich die Höhe der Pension nur auf die letzten Arbeitsjahre bezieht. Das will Frau Partik-Pablé: eine ganz wesentliche Pensionskürzung. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Ihre Rede von vorgestern wird nicht besser, wenn Sie sie noch einmal halten!*)

Herr Parteobmann Haider hat verlangt, daß eine Gemeinschaftspension anstelle der Hinterbliebenenpension eingeführt wird, daß nämlich die Zeiten während einer aufrechten Ehe zusammengerechnet werden und davon dann der Hinterbliebene 70 Prozent als Pension bekommt.

Ich rechne Ihnen an einem Beispiel vor, wie das aussieht: eine Frau, die 6 000 S eigene Pension hat, deren Mann 20 000 S Pension hatte und die Witwenpension nach geltendem Recht 12 000 S ausmachen würde. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Helene Partik-Pablé.*) Frau Partik-Pablé, hören Sie zu, was Ihr Parteobmann haben möchte: Wenn die Zeit der Frau 15 Jahre vor der Eheschließung, 15 Jahre nach der Eheschließung war, waren es ja 30 Versicherungsjahre, dann würde am Schluß herauskommen, daß die Frau an Eigenpension statt 6 000 S 3 000 S bekommt und daß sie statt 12 000 S Witwenpension 9 870 S bekommt, also statt 18 000 S, die bei der Pensionsreform ungekürzt bleiben, nur 12 870 S. Eine Pensionskürzung, wie es die Blauen vorschlagen, wie es Haider vorschlagen hat, von fast einem Drittel! Zu den Vorschlägen der Frau Partik-Pablé und zu den Vorschlägen des Herrn Dr. Haider kann ich nur sagen: Blaue Finger weg von den Pensionen im Interesse der Pensionisten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Man macht es sich wirklich sehr einfach, wenn man hier so wie die Frau Motter oder leider auch die Frau Blau-Meissner zum Rednerpult herunterkommt: Man ist gegen alle Sparmaßnahmen und tut so, als ob man weitermachen könnte in alle Ewigkeit mit einer weitergehenden Verschuldung.

Frau Motter sagt hier, sie versteht die Demonstrationen vollkommen. Sie ist natürlich auch auf dieser Seite. Frau Motter sagt nicht dazu, wer die Zeche zu zahlen hätte, wenn die Staatsverschuldung weiter steigen würde. (*Abg. Haigermoser: Es geht um unsere Jugend! Was ist mit Ihren Privilegien in der Sozialversicherung?*) Ich habe keine Privilegien, Herr Haigermoser, ich habe keine! Sie können diffamieren, soviel Sie wollen, Herr Haigermoser, ich habe keine! Ich trete Ihnen die Privilegien ab, wenn Sie wollen. (*Zwischenrufe der Abg. Dr. Helene Partik-Pablé.*) Frau Partik-Pablé, keppeln Sie nicht so viel, diskutieren Sie lieber sachlich! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das würde Ihnen besser stehen.

Reden wir doch einmal sachlich darüber: Was ist die Alternative zum Sparen, was ist die Alternative zur Budgetkonsolidierung? Sie tun so, als wenn das alles nicht notwendig wäre.

Herr Haider saniert die Pensionsversicherung mit 35 Millionen Schilling im Jahr. Bitte schön, wenn er will. (*Zwischenrufe.*)

Dr. Schwimmer

Wenn nicht saniert würde, meine Damen und Herren, dann würde, wenn sich die Budgets so weiterentwickeln würden wie in der Zeit, in der die Herren Ofner und Bauer in der Regierung gesessen sind, in der Herr Steger, den es „nicht mehr gibt“, in der Regierung gesessen ist, in der Frau Partik-Pablé alle Maßnahmen bejubelt hat, dann hätten wir in Kürze 22 Prozent mehr Personalaufwand beim Bund, der Steuerdruck würde um 23 Prozent steigen, die Staatszuschüsse zur Bundesbahn würden um 42 Prozent steigen, für die Pensionen müßten wir um 47 Prozent mehr ausgeben. Für Zinsen, vor allem für Zinsen auch für Schulden, die unter Ihrer Mitwirkung gemacht worden sind, müßten wir um 96 Prozent mehr ausgeben. Die Finanzschuld würde um 88 Prozent und das Budgetdefizit um 108 Prozent steigen.

Natürlich könnten wir das alles weiter tun. Ich habe heute in einer Aussprache mit Studenten gesagt: Für die jetzt aktive Generation von Politikern, für die Koalitionsparteien, für die Regierungsmitglieder wäre es sicher leichter, keine Sparmaßnahmen durchzuführen, weitere Schulden aufzunehmen. Überhaupt keine Schwierigkeit! Wer aber zahlt denn das zurück? Wer muß denn das zurückzahlen? — Das müßten die nächsten Generationen zurückzahlen, das müssen unsere Kinder und Kindeskinder zurückzahlen, das müssen auch jene zurückzahlen, die jetzt gegen Sparmaßnahmen demonstrieren. Auch das muß man einmal in aller Deutlichkeit sehen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Haigermoser: Hören Sie doch mit den Stehsätzen auf!*)

Rechtzeitig mit Augenmaß sanieren und konsolidieren — das sichert die Leistungen, die der Staat erbringen soll. Es geht darum, rechtzeitig vielleicht etwas bescheidener zu sein in den Erwartungen oder in den Ansprüchen an den Staat, aber dafür diesen unseren Staat in die Lage zu versetzen, dort seine Leistungen zu erbringen, wo es notwendig ist: für die sozial Schwachen, für die Bildung, für die Ausbildung, für die Wissenschaft, für die Sicherung der Pensionen. Das ist die Aufgabe, der man sich hier und jetzt stellen muß. Dagegen polemisieren heißt die Zukunft unserer Kinder, unserer Kindeskinder gefährden, meine Damen und Herren! Und so leicht sollte es sich die Opposition wirklich nicht machen! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wabl: Das ist ja ein Skandal, daß bei der Bildung eingespart wird!*)

Natürlich wäre es für mich, wäre es für den Sozialminister viel lustiger, zu sagen, um wie-

viel wir die Pensionen mehr erhöhen sollen, als sie mit 1. Juli erhöht werden. Damit würden wir für die Zukunft Versprechungen abgeben, die niemand halten kann. Damit würden für die neunziger und vor allem für die zweitausender Jahre Pensionen versprochen werden, die niemand zahlen kann. Die nächste Pensionsreform kommt dann sicher nicht mehr. Dann kommt das, was jetzt fälschlicherweise behauptet wird, nämlich eine generelle Pensionskürzung.

Damit es weder jetzt noch später eine Pensionskürzung geben muß, führen wir die Pensionsreform durch, und wir führen sie so behutsam durch wie nur irgendwie möglich. Und je früher sie stattfindet, umso behutsamer kann sie durchgeführt werden.

Wir sind uns zwischen den Koalitionsparteien einig, daß gerade die Pensionsreform jetzt nicht dazu dienen soll, von den Pensionisten Geld für die Budgetsanierung zu holen, sondern dazu dienen soll, künftige Pensionen zu sichern und die Finanzierung der Pensionsversicherung auch in den neunziger und in den zweitausender Jahren zu gewährleisten.

Herr Sozialminister Dallinger und ich haben daher gestern eine Vereinbarung getroffen, eine fixe Festlegung getroffen (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gugerbauer*) — hören Sie zu, Herr Gugerbauer! — für eine weitere Übergangsbestimmung bei der Einführung eines längeren Bemessungszeitraums für die Frühpensionen, und er wird nur für die Frühpensionen verlängert. Denn Versicherte, die bei Männern dem Jahrgang 1927 und älter sowie dem Jahrgang 1932 und älter bei den Frauen angehören, behalten den zehnjährigen Bemessungszeitraum, auch wenn sie über den 1. Jänner 1988 hinaus aktiv bleiben sollten, die Pension also erst nach Inkrafttreten der Pensionsreform in Anspruch nehmen sollten.

Es ist daher niemand gezwungen — ich sage das in aller Deutlichkeit, weil das die Betroffenden rechtzeitig wissen sollen —, wegen befürchteter Auswirkungen der Pensionsreform jetzt panikartig oder vorzeitig in Pension zu gehen. Wer jetzt schon in Pension gehen könnte, hat durch die Pensionsreform keine kleineren Pensionserwartungen, als er sie nach geltendem Recht hat. Im Gegenteil: Durch die höheren Aufwertungsfaktoren im nächsten Jahr wird die Pension, wenn er sie erst nach dem 1. Jänner 1988 in Anspruch nimmt, höher ausfallen.

3716

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Schwimmer

Das geht, weil mit Augenmaß saniert und konsolidiert wird und weil das Ziel vor allem eine langfristige Sicherung der Pensionen ist. Das als Beweis dafür, wie von dieser Koalitionsregierung die Sanierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen in Angriff genommen werden.

Es gelingt uns also, die generelle Linie zu halten, das Budget von der Ausgabenseite her und nicht durch Steuererhöhungen oder durch weitere Beitragserhöhungen zu sanieren. Es gelingt daher, daß auch die Pensionen wieder erhöht werden, daß es keine Nullrunde für die Pensionisten gibt, sondern daß es am 1. Juli 1988 eine Pensionserhöhung im Ausmaß von 2,3 Prozent gibt, daß die Ausgleichszulagenrichtsätze mit 1. Jänner um 2,8 Prozent erhöht werden können und daß es auch mit der Pensionsreform keine Kürzung bestehender Pensionen geben wird — auch wenn von der Opposition aus durchsichtigen und aus verständlichen Gründen Gegenteiliges immer wieder getrommelt wird. Es gibt trotzdem keine Kürzung bestehender Pensionen, und die ganze Pensionsreform dient dazu, die Finanzierbarkeit der Pensionen auch in Zukunft zu erhalten.

Es wird keine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge geben! Es wird — und das ist in dreieinhalb Jahren blauer Regierungsbeteiligung nicht zustande gebracht worden — massive Einsparungen beim Verwaltungsaufwand und in der Finanzgebarung der Sozialversicherung geben. Im Ausmaß von fast 2 Milliarden Schilling muß dort und wird dort gespart werden durch Nichtnachbesetzung freiwerdender Dienstposten, durch Überstundenreduzierungen, durch einen generellen Druck zur Sparsamkeit und durch einen faktischen Baustopp.

Und im Zusammenhang mit den von Frau Motter vielgerühmten dreieinhalb Jahren blauer Regierungsbeteiligung frage ich mich nur, warum wir den Führer der blauen Riege in der Regierung nicht mehr sehen, wenn er so erfolgreich gewesen ist, wie Frau Motter tut. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pabé: Weil er sich Ihre Rede von vorgestern nicht noch einmal anhören will!*) All das ist aber nicht gelungen.

Einsparungen wird es überall geben, auch bei den Bundesbahnen.

Es gelingt, was damals ebenfalls nicht gelungen ist, eine wirksame Spitalsreform in Angriff zu nehmen, wo auch wieder auf der Ausgabenseite gespart werden wird und nicht

bloß neue Einnahmen erschlossen werden, weil in den Spitäler endlich vom Abgangsdeckungsprinzip weggegangen wird und in Zukunft das wirtschaftlich geführte Spital finanziell besser dran sein soll und nicht das schlecht geführte Spital.

Auch ein gemeinsames Ziel der Koalitionsparteien: Es werden Mißbräuche bei Sozialleistungen beseitigt, ohne daß sozial Schwache davon betroffen sind, und wir werden dabei nicht jene generelle Diffamierung mitmachen, wie sie vor allem von der freiheitlichen Fraktion gegenüber Menschen immer wieder angewandt wird, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Gezielt und mit Augenmaß Mißbräuche beseitigen, aber nicht diffamieren, ist die Politik, die wir dabei anstreben.

Damit schaffen wir auch die Voraussetzung, daß in Zukunft wieder eine Politik der Erneuerung gemacht werden kann. Damit schaffen wir die Voraussetzung, daß es zu einer sozial gerechten und auch leistungsgeerten Steuerreform im nächsten Jahr kommen kann. All das wäre nicht möglich gewesen, wenn die Verschuldungspolitik weitergegangen wäre.

Ich weiß schon, daß manche die Politik der Sanierung und der Konsolidierung als Kaputtsparen diffamieren wollen. (*Abg. Wabl: 50 000 Studenten!*) Herr Wabl, wenn die Politik der Sanierung und der Konsolidierung nicht ergriffen würde, würde Österreich kaputtverschuldet werden, und das wollen wir den künftigen Generationen, die die Schulden zurückzahlen müssen, nicht zumuten. Daher muß rechtzeitig mit Augenmaß gespart und konsolidiert werden. Dazu bekennt sich die Österreichische Volkspartei. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage Ihnen daher nochmals — vor allem nach der Wortmeldung meiner Vorrednerin —: Blaue Finger weg vom Budget, blaue Finger weg von den Pensionen! Wenn Ihre Vorschläge verwirklicht würden, würde es um die Zukunft Österreichs, vor allem um die Zukunft der jungen Generationen schlecht bestellt sein, weil Österreich weiter verschuldet würde und weil dann die jungen Menschen, die jetzt demonstrieren, die Schulden zurückzahlen müßten, die Sie jetzt so wortkräftig reklamieren, weil Sie gegen Sparen sind und für ein weiteres Verschulden sind. (*Zwischenrufe.*)

Wenn man Ihren Worten folgen würde, wären die Pensionen nicht gesichert, sondern gefährdet.

Dr. Schwimmer

Daher bekennen wir uns dazu: Zur Sanierung und Konsolidierung gibt es keine Alternative! Diese Maßnahmen sind gerade im Interesse der kommenden Generationen, aber auch im Interesse der älteren Generation, die auf sichere Pensionen angewiesen ist, notwendig. (*Beifall bei der ÖVP.*) 14.20

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Brigitte Ederer.

14.20

Abgeordnete Mag. Brigitte **Ederer** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde heute von einigen Rednern betont, daß die Ausgabenkürzungen im vorliegenden Budgetentwurf zu gering und die Steuerbelastungen zu hoch sind.

Nun meine ich, daß diese Redner einem ganz verhängnisvollen Gedankenfehler unterliegen. Diesen staatlichen Einnahmen auf der einen Seite stehen nämlich auf der anderen Seite — das wird in der öffentlichen Diskussion viel zuwenig erwähnt — Ausgaben gegenüber. Und diese Ausgaben haben einen sehr positiven umverteilerischen Aspekt.

Die Verteilungsstudie, die ich Ihnen übrigens allen empfehlen möchte, weil sie eine sehr interessante Arbeit darstellt und völlig neues Datenmaterial beinhaltet, zeigt, daß die Staatsausgaben eindeutig zugunsten der unteren Einkommensschichten wirken. Vor allem Ausgaben des Staates für Sozialhilfe, Wohnbeihilfe und Arbeitslosenversicherung bewirken einen positiven Umverteilungseffekt.

Nun gibt es aber einen Ausgabenbereich des Staates, der der Gestaltungsmöglichkeit des politischen Willenträgers völlig entzogen ist, nämlich der Zinszahlung für die Staatsschuld. Wir haben aktuell das Problem, daß es sich hierbei um eine rasch wachsende Ausgabengruppe handelt. Das hat das Problem zur Folge, daß Zinszahlungen des Staates einerseits verstärkt eher einkommenstarke Schichten zugute kommen, auf der anderen Seite schränken diese verstärkten Zinszahlungen den Handlungsspielraum des Staates ein. Das bedeutet, daß man weniger Ausgaben für einen positiven Umverteilungseffekt zur Verfügung hat.

Um nun auch in Zukunft die positiven Umverteilungswirkungen der Staatsausgaben gewährleisten zu können, brauchen wir einen funktionierenden Staat. Denn meiner Meinung nach braucht nicht der sozial Starke den

Staat, sondern es benötigt ihn in erster Linie der sozial Schwache, und dafür sollten wir auch weiterhin Gewähr bieten. (*Beifall bei der SPÖ und Beifall des Abg. Srb.*)

Die SPÖ hat sich aus diesem Grunde für Maßnahmen zur Verbesserung der Budgetsituation und zu dieser Koalitionsregierung entschlossen. Nun habe ich manchmal den Eindruck, daß die Minister meiner Partei ihre Aufgabe und das Arbeitsübereinkommen viel ernster nehmen als ihre Kollegen von der ÖVP. (*Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Net auf uns losgehen!*)

Wenn man das Arbeitsübereinkommen durchblättert, dann findet man beim Kapitel „Landwirtschaft“ als einzigm ganz konkrete Terminangaben für gewisse Maßnahmen.

Da steht, per 30. Juni 1987 hätte eine Überprüfung der Abschöpfungsregelung für Milchprodukte stattfinden sollen. Ich möchte nun den Herrn Landwirtschaftsminister fragen, ob dies auch geschehen ist.

Bis 31. Dezember sollte eine Überprüfung der Verarbeitungskosten der Mühlen stattfinden. Ich möchte fragen, ob hier bereits Vorarbeiten geleistet worden sind und ob das tatsächlich geschehen wird. (*Ruf bei der ÖVP: Freilich! Im Unterausschuß!*) Per 31. Dezember 1987 sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Verlängerung der Marktordnung, also ein sehr kompliziertes System, zu gewährleisten. Meines Wissens findet erst heute die erste Sitzung statt.

Weiteres Beispiel: Wenn man ein Stück nach vorne blättert, findet man eine eindeutige Bejahung seitens der Koalition zu einer neuen Bewertung der Einheitswerte (*Ruf bei der ÖVP: Feststellung!*), zu einer Hauptfeststellung zum 1. Jänner 1988. Der Herr Vizekanzler hat laut einer Aussendung des ÖVP-Pressedienstes vom 17. September 1987 folgendes dazu gesagt, beziehungsweise hier steht — ich zitiere jetzt —:

„Zu diesem letzten Punkt ergänzte Mock, daß er sich die geplante Neufeststellung der Einheitswerte derzeit nicht vorstellen kann.“

Kollegin Rabl-Stadler, wir sind nicht in Opposition, wir sind in Koalition (*Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Ich glaube, Sie sind derzeit in Opposition!*), und deshalb bitte ich auch, daß man Koalitionsabkommen ernster nimmt und nicht solche Aussagen macht und feststellt, das komme nicht in Frage. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Dillersberger:*)

3718

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Mag. Brigitte Ederer

Jetzt streiten sie schon wieder! Es ist richtig: Man muß sich an ein Koalitionsabkommen halten!

Ein weiterer Schwerpunkt einiger Debattenredner waren auch die Rolle des Staates und seine Bedeutung im Wirtschaftsgeschehen. Es tut mir leid, daß Kollege Krünes jetzt nicht hier ist, weil ich auch ihm sagen will, daß ich doch meine, daß die Betrachtung dieser Frage von einem rein ideologischen Standpunkt aus wenig bringt. Ganz im Gegenteil: Das bringt keine Lösungen, sondern meiner Meinung nach werden die Probleme mit ideologischen Diskussionen in diesem Bereich nur noch größer.

Ich sage dies, weil auch ich bis vor einigen Jahren der Meinung war, daß staatliche Tätigkeit per se etwas Gutes ist und es nur darum geht, sie auszuweiten und damit einen positiven Effekt in unserer Gesellschaft zu erreichen. Einige Erfahrungen, die zum Teil sehr leidvoll waren, haben mich zu der Erkenntnis kommen lassen, daß dies nicht uneingeschränkt gilt. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß staatliche Tätigkeit ein wirksames Instrument ist, die Ungerechtigkeiten, die der Markt zwangsläufig produziert, einzuschränken und/oder auszugleichen. Ich bin aber sehr wohl auch der Meinung, daß es überholte staatliche Regelungen gibt, daß es sehr wohl Bereiche gibt, wo man staatliche Regelungen zurücknehmen sollte oder vielleicht sogar müßte.

Ein paar Beispiele: Es gibt einige Bereiche in unserer Gesellschaft, die dem Wettbewerb völlig entzogen sind. Ich halte das für einen Fehler und glaube, daß man da staatliche Regelungen zurücknehmen und den Wettbewerbsgedanken stärken müßte, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft, wie zum Beispiel in der Wohnbauförderung, auch in der Gewerbeordnung.

Ich bin auch der Meinung, daß es nicht notwendig ist, daß der Staat darüber befindet, wie der Ausverkauf geregelt sein soll. Das sollte man den Unternehmungen überlassen. Ich halte zum Beispiel diese Regelung für überholt.

Ich halte auch das Schützen einiger weniger Berufsgruppen, indem man ihnen sozusagen ein garantiertes Mindesteinkommen bietet, für völlig überholt, wie zum Beispiel bei den Zivilingenieuren, Rechtsanwälten oder Notaren. Ich meine, daß auch hier wesentlich mehr Wettbewerb für dieses Land ökonomisch von Nutzen wäre. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Für ökonomisch unsinnig halte ich die immer wieder wie eine tibetanische Gebetsmühle vorgetragene Forderung, weniger Staat sei per se etwas Gutes. (*Abg. Dr. Frischenschlager: Manchmal schon!*) Eben, manchmal schon! Manchmal schon, das habe ich gerade vorhin gesagt. Aber eben oft nicht, Kollege Frischenschlager!

Zwei Beispiele: Oft und auch heute wieder wird behauptet, eine hohe Ausgabenbelastung des Staates habe eine negative Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Ich weiß nicht, woher dies die Menschen nehmen. (*Abg. Dr. Khol: Das ist richtig!*) Kollege Khol! Ich frage mich, woher Sie diese Erkenntnis haben. Mich würde es interessieren, das von Ihnen zu hören, weil es nämlich überhaupt nicht stimmt.

Kollege Helmut Kramer, Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, hat eine Untersuchung gemacht und hat sie auch bei der Betriebswirtschaftlichen Woche vorgestellt. Er hat untersucht, welche Auswirkungen die Ausgabenbelastung auf die wirtschaftliche Entwicklung hat. Da muß ich Sie jetzt leider enttäuschen, Herr Kollege Khol. Bei der Arbeitslosigkeit ist es so — ich zitiere jetzt wörtlich aus dem Referat Kramers —: Je höher die Abgabenbelastungsquote, desto geringer die Arbeitslosenquote. Oder konkret: Bei einer Steuerbelastung von 30 Prozent ist im OECD-Durchschnitt die Arbeitslosenquote 9,4 Prozent, bei 45 Prozent ist sie 7,5 Prozent gewesen.

Das heißt: Für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hat die Abgabenbelastung eine positive Korrelation.

Zum Wachstum: Wieder eine Enttäuschung, Kollege Khol! Mit dem Wachstum war es wieder nichts.

Zitat Kramer: „Steigt die Belastungsquote um 5 Prozent, ist gleichzeitig die Wachstumsrate 2,3 Prozent. Sinkt sie um 5 Prozent, ist die Wachstumsrate 2,3 Prozent.“ Das heißt: In Wahrheit hat die Belastungsquote überhaupt keine Auswirkung auf das Wachstum in einem Land. (*Abg. Dkfm. Löffler: Das ist die Wahrheit!*)

Ich würde einmal bitten, hier gewisse ideologische Grundsätze aufzuarbeiten und vielleicht die Realität stärker anzuerkennen. (*Beifall des Abg. Wabl.*)

Zweites Beispiel: Kollege Krünes hat behauptet, Deregulierung und Privatisierung

Mag. Brigitte Ederer

seien sozusagen Allheilmittel. (*Zwischenruf des Abg. Dkfm. Löffler.*) Ich bin nicht grundsätzlich gegen Privatisierung. Ich bin für Privatisierungen, wenn es grundsätzlich darum geht, für Unternehmungen Kapital aufzubringen — Kollege Löffler, es gibt manchmal Neuigkeiten, die man auch hier in diesem Haus erfährt —, das sie ansonsten nicht erhalten würden, weil der Eigentümer dazu einfach nicht in der Lage ist. In diesen Fällen bin ich für Teilprivatisierungen.

Ich bin aber dagegen, wenn sie nur aus ideologischen Grundsätzen gefordert werden.

Einige Beispiele, die für sich sprechen. Großbritannien: Das privatisierte Gasversorgungsunternehmen British Gas verlangt von seinen Kunden die höchsten Preise der westlichen Welt.

Die britische Telefongesellschaft TELECOM wurde vor einigen Jahren privatisiert. Sie funktioniert nach der Privatisierung schlechter als früher. Die Kunden beschweren sich über schlechteres Service und höhere Gebühren. Wenn Sie die internationalen Zeitungen verfolgen, sehen Sie, daß es vehementen Proteste gibt.

Ich habe hier einen Artikel der „Financial Times“, die hoffentlich nicht in den Verruf kommt, revolutionär zu sein. Sie schildert in drastischer Form die Auswirkungen der Deregulierung im Busbereich in Großbritannien. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Da kann es sich nur um eine Übergangszeit handeln! In Amerika funktioniert das sehr gut!*) Da handelt es sich leider nicht um eine Übergangszeit. Ich komme gleich zu Amerika. Können Sie noch ein bißchen warten? Ich bin noch bei Großbritannien. Ich komme zu Amerika; ich verspreche es. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Ich warte! — Weitere Zwischenrufe. — Ruf: Sie keppelt!*) Sie keppelt nicht, wir Frauen keppeln nicht! (*Abg. Dr. Khol: Da hat sie recht!*)

Zu Großbritannien noch weiter. Hier zeigt sich, daß bei der Deregulierung des Busverkehrs eindeutig folgende Verschlechterung eingetreten ist: Weit entfernte Gebiete, die nicht gewinnbringend sind, werden von privaten Gesellschaften überhaupt nicht mehr angefahren, und die Gebühren sind gestiegen.

Frankreich: Hier ist es offensichtlich nichts mit der breiten Streuung des Eigentums. Dort kritisiert sogar der Liberalkonservative Raymond Barre den Premierminister, indem er sagt: Die Privatisierung hat nur die Günst-

linge des Herrn Premierministers bevorzugt, ganz gewisse Schichten wurden Aktionäre und bekamen Einfluß bei den privatisierten Unternehmungen.

Kollegin Partik-Pablé! (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Ja!*) Ich bin nun bei den Vereinigten Staaten: Deregulierung der Luftfahrtindustrie. Sie haben recht, zu Beginn war es ein Erfolg, die Preise sind relativ stark gesunken.

Tatsache ist, daß die Deregulierung heute — ich borge Ihnen dann von der „Zeit“ den „Mega-Irrtum“ — folgende Auswirkungen hat:

Die sechs größten amerikanischen Luftfahrtunternehmen kontrollieren 84 Prozent des Marktes. Das bedeutet eine wahnsinnige Konzentration. Die Preise sind relativ stark gestiegen. Die Sicherheit ist sehr stark zurückgegangen. (*Abg. Dr. Schüssel: Die Sicherheit ist sehr hoch!*) Die Sicherheit ist nicht sehr hoch, denn es gibt eine Verdopplung der Zahl der Beinahe-Zusammenstöße in den Vereinigten Staaten. Ich bringe Ihnen die Zahlen. (*Abg. Dr. Schüssel: Im nicht regulierten Bereich sind die Preise noch höher!*) Das ist richtig. Es ist sicherlich richtig, daß die Regulierung in Europa zu Preisen führt, die meiner Meinung nach zu hoch sind. Das ist gar keine Frage.

Auf der anderen Seite soll man aber vorsichtig sein. Wie das Beispiel Amerika zeigt, gibt es erhebliche Probleme durch große Wartezeiten, und die Zahl der Beinahe-Zusammenstöße hat sich verdoppelt. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Das Telefon interessiert mich, denn das funktioniert bei uns überhaupt nicht!*)

Also das Telefon: Ich war voriges Jahr in Amerika, Kollegin Partik-Pablé! Wenn das Telefon und die Post insgesamt in Amerika so funktionieren würden wie bei uns, dann könnten sich die Amerikaner sozusagen glücklich preisen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich wollte nur zu dem ganzen Bereich „Weniger Staat, mehr privat!“ sagen: Man soll sich das von Fall zu Fall ansehen und nicht immer wieder ideologische Grundsätze betonen. Ich glaube, daß man damit die anstehenden Probleme nicht wirklich sinnvoll ökonomisch lösen kann. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{14.36}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Hintermayer.

3720

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Hintermayer

14.36

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man geht nicht fehl, wenn man sagt: Eine Budgetrede ist eine Ansammlung von Absichtserklärungen. Dies gilt insbesondere auch für den Abschnitt über die Landwirtschaft.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner gestrigen Rede im Umfang von 25 Seiten immerhin eine ganze Seite dem Agrarbereich gewidmet. Der Herr Bundesminister hat jedoch übersehen, daß es vor allem externe Faktoren waren, die die Überschußverwertungskosten in die Höhe von rund 10 Milliarden Schilling getrieben haben. Diese externen Faktoren waren vor allem der starke Kursverfall des Dollars und die allgemeinen Preisrückgänge auf dem Weltmarkt.

Dies ist deshalb nicht uninteressant, weil sonst jemand den Eindruck bekommen könnte, das Produktionsvolumen sei derart in die Höhe geschnellt. Dem ist aber nicht so. Die Milchanlieferung zum Beispiel war in den letzten Jahren weitgehend stabil, und die Getreideanbauflächen gingen aufgrund der 1985/86 eingeleiteten Alternativausweiterungen um etwa 70 000 Hektar zurück. Seit 1985 gab es drei Milchlieferverzichtsaktionen, die ebenfalls ihren Beitrag zur Marktentlastung gebracht haben. Immerhin: 100 000 Tonnen weniger Milch! Das soll nicht unterschätzt werden.

Herr Bundesminister! Sie sprachen gestern von der Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturanpassung im österreichischen Agrarsystem. Wir Freiheitlichen können Ihnen da nur beipflichten, aber es soll nicht ein Bauernsterben ausgelöst und eingeleitet werden.

Das Agrarsystem sehen wir in einem anderen Bereich. Sogar manche Generaldirektoren dieses wahrscheinlich von Ihnen angesprochenen Genossenschaftswesens sind schon der Auffassung, daß es zu viele Molkereien gibt. Zum Beispiel: Kein Geringerer als der Generaldirektor Dr. Pichler von der Agrosserta hat in den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ vom 15. September 1987 in einem Interview gesagt: „Ja, hier ist manches schiefgegangen.“

Auch der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Riegler sagt im „Bauernbündler“ vom 16. Juli 1987, daß es eine Abkehr von der übermäßigen Zentralisierung und Bürokratisierung im agrarischen Bereich geben müßte.

Ich glaube, daß der richtige Weg beschritten wird, wenn man beginnt, diese Maßnahmen durchzuziehen. Man muß aber auch hinterfragen, ob nicht da und dort sachfremde Ziele, zum Beispiel die Erhaltung von Arbeitsplätzen in bestimmten Krisenregionen, mitgespielt und dazu beigetragen haben.

Ich meine, die Verhandlungen zur Marktordnung 1988, die Mitte nächsten Jahres abgeschlossen sein sollen, sind der Angelpunkt für jede weitere vernünftige Agrarpolitik.

Herr Bundesminister! Es geht dabei sicher nicht allein um eine Senkung der Verarbeitungskosten, sondern auch um mehr Eigenverantwortung, um weniger Bürokratie der Fondswirtschaft, um mehr Risikobereitschaft der Verarbeitungsbetriebe und so weiter.

Die Zahl der bäuerlichen Milchlieferanten fiel in den letzten Jahren um etliche Tausende. Es sind etwa 3 000, die in den letzten Jahren mit der Milchproduktion aufgehört haben. Demgegenüber stagniert die Zahl der Molkereien und Käserien praktisch bei rund 200 Einheiten.

Als freiheitlicher Abgeordneter stelle ich die Fondswirtschaft in Österreich in der derzeitigen Form entschieden in Frage. (Abg. Molterer: Warum?) Aber nicht nur ich tue das, Herr Kollege Molterer, sondern auch andere — auch Leute aus Ihren Parteikreisen — sind der Meinung, daß die Fondswirtschaft überlegt oder vielleicht sogar beseitigt gehört. (Abg. Ing. Murer: Das versteht er nicht!) Es darf fast ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende auch für die Sozialisten kein Dogma mehr sein, daß Milch und Brot in ganz Österreich, vom Neusiedler See bis zum Bodensee, gleich viel kosten muß.

Die Bundesrepublik hat schon Anfang der siebziger Jahre dieses System umgekämpft. Es gibt dort keine Einzugs- und Versorgungsgebiete mehr, es herrscht emsiger Wettbewerb, was man von uns leider nicht behaupten kann. Und dieser Wettbewerb, der in der Bundesrepublik herrscht, kommt auch den Konsumenten zugute. Das ist wahrscheinlich das Geheimnis, warum so viele Österreicher über die Grenzen gehen und dort Lebensmittel einkaufen.

Warum schnellen die Verwertungskosten zum Beispiel bei Milch so in die Höhe? Weil die Differenz zwischen Weltmarktpreis und inländischem Großhandelspreis gestützt wird. Wenn jedoch, und das richtet sich jetzt vor allem auch an die Gewerkschaften, die

Hintermayer

Lebens- und Genußmittellarbeiter bei den Milchpreiserhöhungen Lohnrunden anhängen und wieder so gut wie bisher abschneiden und wenn dies dann wie meistens auf den Konsumentenpreis übertragen wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Milch teurer wird. Das ist natürlich ein ganz folgerichtiger Vorgang. Der Trinkmilchabsatz ist ja in den Jahren seit 1984 gleichgeblieben, aber der Preis der anderen Milchprodukte, Butter, Käse und so weiter, ist gravierend angestiegen. Darum mein Appell, daß auch die Molkereiarbeiter bei diesen Lohnabschlüssen mehr Disziplin an den Tag legen sollen, denn dann können sie auch den Konsumenten sparen helfen, ansonsten schlägt das immer wieder durch.

Herr Bundesminister! Sie sprachen gestern von einer Stabilisierung der Kosten für die Überschußverwertung. Im Kapitel 62 des Bundesvoranschlages 1988 lese ich aber einen Anstieg von 3,6 Prozent oder von 287 Millionen Schilling. Ich glaube, solange wir eben Überschüsse haben, so lange müssen wir trachten, sie zu verwerten. Wir müssen nur versuchen, von den Überschüssen wegzukommen, neue Wege zu beschreiten, so wie wir sie in der Vergangenheit eingeleitet und bereits begonnen haben, den Weg zu den Alternativen und ähnlichem mehr.

Hohes Haus! Dieses Budget 1988 geht im allgemeinen und auch im Agrarbereich von Schätzungen aus, die zum Teil, wie etwa der Dollarkurs, von uns nicht beeinflußt werden können. Ein weiterer Absturz dieser Leitwährung hätte für den Agrarmarkt weitreichende Folgen. Deshalb ist ein Ruder-herum-Reißen der Marktordnung im kommenden Jahr besonders wichtig. Aber die Bauern sollen und dürfen dabei nicht auf der Strecke bleiben.

Vordringlich muß es um den Verarbeitungsbereich gehen, wo noch große Rationalisierungsreserven vorhanden sind, wo Speck angesetzt wurde, während die Bauern schon in der Vergangenheit zeitweise immer wieder Einkommensverluste hinnehmen mußten.

Die Entscheidung über diesen Prozeß muß aber der Gesetzgeber fällen, konkret die beiden Regierungsparteien, weil es sich bei diesen Gesetzen ja um Verfassungsbestimmungen handelt. Handeln Sie also, meine Damen und Herren von der ÖVP und von der SPÖ! Wir Freiheitlichen werden bei einem vernünftigen Umbau des Agrarmarktsystems sicher auch unseren Beitrag in Form von Konzepten

und Vorschlägen leisten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Überhaupt dann, wenn wir die Annäherung zur Europäischen Gemeinschaft oder den Schritt in die EG gehen, wird es gemeinsame neuerliche Anstrengungen brauchen, um gemeinsame Lösungen zu finden. Wir wollen unsere Bauern auf gesunden Bauernhöfen erhalten, ihnen ein ausreichendes Einkommen sichern — zum Vorteil unseres gesamten Landes. Wir wollen nicht, daß es arbeitslose Bauern gibt, wir wollen kein neues Proletariat unter der Landbevölkerung. (*Beifall bei der FPÖ.*) 14.47

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Regina Heiß.

14.47

Abgeordnete Regina Heiß (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! In der gegenständlichen Debatte können wir erkennen, daß der Anteil des Nettodefizits am Bruttoinlandsprodukt von zirka 5 Prozent 1987 auf 4,5 Prozent verringert wurde und das Ziel für 1992 bei einer Senkung auf 2,5 Prozent liegt. Das läßt uns erkennen, daß es durch die Vereinbarungen von ÖVP und SPÖ gelungen ist, eine vor dem doch eher etwas glücklose Budgetpolitik in eine neue Richtung zu bringen.

Meine Damen und Herren! Der Ausverkauf der Zukunft durch rapid steigende öffentliche Großzügigkeit muß gestoppt werden. Dabei können die sozialen Leistungen für die ältere Generation gesichert, die Steuerlast für die aktive Generation wieder gemildert werden.

Gerade das Ziel, den Bauern wieder mehr Gerechtigkeit zu verschaffen, neue und detaillierte Lösungsvorschläge anzunehmen, konnte trotz der schmerzhaften Preis- und Absatzprobleme im hohen Maße verwirklicht werden.

Meine Damen und Herren! Die im Arbeitsübereinkommen durchgesetzte Stabilisierung des Landwirtschaftsbudgets im Bundeshaushalt sichert die Bundesmittel für die Absatzfinanzierung und bedeutet einen eminent wichtigen Schutz für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Förderung.

Ich möchte auf die Angriffe, die Frau Kollegin Ederer gerade vorhin auf den Landwirtschaftsminister Riegler gemacht hat, wobei sie vier Daten in Erinnerung gerufen und gefragt hat, ob diese denn auch eingehalten werden beziehungsweise würden, kurz Ant-

3722

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Regina Heiß

wort geben. Sie wollte erstens wissen, ob das Datum 30. Juni — Kontrolle der Abschöpfungsfeststellung für Milchprodukte — denn eingehalten wurde. Ich darf ihr mitteilen, daß zu dieser Stunde sozialpartnerschaftliche Verhandlungen stattfinden und die Details, die von dieser Überprüfung vorliegen, in diese Verhandlung miteinbezogen sind und auch in Vorbereitung für die große Reform miteinbezogen werden.

Das zweite ist die Überprüfung der Verarbeitungskosten bei den Mühlen, Stichtag 31. Dezember. Hiezu darf festgestellt werden, daß es dem Bundesminister Riegler gelungen ist, bei der Kalkulation für Silo- und Mühlenbetriebe bereits über 100 Millionen Schilling an Einsparungen zu erzielen.

Des weiteren kann zum Datum 31. Dezember — Vorlage der Marktordnung — festgestellt werden, daß derzeit laufend Verhandlungen und Vorbereitungen für die Marktordnung 1988 durchgeführt werden und daß mit einer Fertigstellung zum vorausgesetzten Zeitraum mit Sicherheit zu rechnen ist.

Außerdem kann man zur Frage der Feststellung der Einheitswerte mit 1. Jänner 1988 sagen, daß die Aufnahme in die Steuerreform festgesetzt wird beziehungsweise man sich derzeit schon damit befaßt und sagen kann, daß es gerade im forstwirtschaftlichen und im Weinbaubereich nicht nur zu einer maßvollen Angleichung, sondern bei den schwergeschädigten Betrieben sogar zu einer Senkung der Einheitswerte kommen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die höheren Verwertungsbeiträge dienen nicht — wie so oft vorgeworfen — der Budgetsanierung, sondern dem Absatz. Und es darf nicht immer wieder unterstellt werden, daß Mittel zweckentfremdet eingesetzt werden.

Es gibt den Weg der eigenständigen österreichischen Agrarpolitik. Deshalb ist gerade für die künftige, für die junge Bauerngeneration keine andere Möglichkeit offen, als die landwirtschaftliche Erzeugung zu suchen. Wir brauchen deshalb Rahmen- und Budgetbedingungen, die es ermöglichen, landwirtschaftliche Erzeugnisse besser auf die Nachfrage abzustellen und den Durchbruch großer Alternativen in Energie und Chemie zu schaffen.

Der Grundgedanke der Agrarmarktordnung muß deshalb noch einmal unterstrichen

werden, und er muß der Sicherung der Selbstversorgung wieder mehr gerecht werden.

Meine Damen und Herren! Es sind dazu zweifellos Maßnahmen notwendig, die auch Schmerzen verursachen. Aber wir werden diese Schmerzen ausstehen müssen, um dadurch eine Umstrukturierung vollziehen zu können. Denn die Devise für die Zukunft muß schon lauten: Weg von der Massenproduktion und hin zu einer Qualitätsproduktion! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Dazu muß aber auch die bisher immer tiefergreifende industriell-technologische Denkweise wieder mehr der bäuerlich-ökonomischen weichen. Beispiele für diese Umdenkweise sind etwa die freiwillige Rücknahme von Milchmengen, die Öl- und Eiweißsaatenproduktion, Biosprit oder auch der Einsatz von Holz- und Hackschnitzeln als neue Energieträger. Damit — und nur damit! — kann sichergestellt werden, daß sich Innovation in Form von Erzeugung und Verarbeitung ohne Inanspruchnahme hoher Verwertungszuschüsse auswirkt.

Meine Damen und Herren! Nicht nur die jetzt wirtschaftende, sondern gerade die junge, die übernehmende Generation braucht neue Rahmenbedingungen. Beispiele dafür sind: Produktionsausbau im Inland. — Dies sichert die Beschäftigung. Der Export der bei uns produzierten und verarbeiteten hochwertigen Produkte bedeutet wieder Wertschöpfung. Die Kontrolle der importierten Lebensmittel gemäß dem österreichischen Lebensmittelrecht. Denn es geht nicht an, daß wir uns mit den strengsten Gesetzen rühmen und gleichzeitig nicht diesen Gesetzen entsprechende Produkte über die Grenzen kommen lassen und dadurch unsere Produktion und unsere Marken in hohem Maße aussetzen und degradieren. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Des weiteren ist es aber sicher auch notwendig, daß die Leistungsbezahlung für die Bergbauern und die Kulturräumerhalter schon gesetzlich abgesichert werden.

Es sind auch die Schutzbauten in den Gebirgslagen notwendig, um eben den Lebensraum abzusichern und in Zukunft auch eine gute Landwirtschaft sicherstellen zu können.

Eines wäre auch unbedingt notwendig und muß eingehalten werden: Das sind die Bestandsobergrenzen, denn nur diese sind auch dazu in der Lage, der bäuerlich-ökonomischen Denkweise zu entsprechen und

Regina Heiß

damit den bäuerlichen Betrieb, den Familienbetrieb, zu erhalten.

Nicht Budgetüberschreitungsgesetze, sondern Konzepte zur durchführbaren Strukturbereinigung sind es, die wir brauchen.

Der vom Bundesminister gestern in seiner Budgetrede erwähnte Einsatz der öffentlichen Mittel, um die Wachstumsraten zu erhöhen, um niedrigere Arbeitslosenzahlen zu haben, wobei man Einbrüchen und der Stagnation auf dem Weltmarkt durch Mittel aus dem Budget gegenzusteuern versuchte, sind nicht die Möglichkeit, Überlebenschancen zu bieten, sondern wir müssen eine neue Denkweise in den verschiedenen Bereichen Platz greifen lassen: klare, deutliche und vor allem wirtschaftlich belebende und motivierende Impulse. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es soll in dieser Budgetdebatte aber auch jenes Thema, das gerade für die junge und mittlere Generation von großer Bedeutung ist, kurz angesprochen werden.

Wir können uns freuen, daß in unserer Gesellschaft wieder ein verstärkter Trend hin zu den Werten zu verspüren ist. Und gerade einer, ein doch tief menschlicher Bereich, für den wir alle eine große Verantwortung haben, ist die Familie. Trotz der verschiedenen notwendigen Maßnahmen darf nicht vergessen werden, daß der Staat schon primär für die sozial Schwachen die notwendige Unterstützung zu gewährleisten hat. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Auswirkung der Kürzung der Familienbeihilfe können wir uns doch freuen, daß unser Finanzminister gestern feststellen konnte, daß jenen Studenten, die eben nicht in der Lage sind, bis zum 25. Lebensjahr ihr Studium abzuschließen, keine Strafe dadurch zuteil wird, sondern daß sie genauso in den Genuss der ihnen eben zustehenden staatlichen Unterstützung kommen werden, um ihr Studium abschließen zu können.

Zur Übernahme der Schülerfreifahrten aus dem Familienlastenausgleichsfonds, zu den Kosten für das Karenzgeld und für die Pensionsversicherungsbeiträge, die insgesamt doch 1,345 Milliarden Schilling betragen, erlaube ich mir nur festzustellen, daß diese Mittel schon zum Schutz und zum Wohle der Familien eingesetzt werden müssen und es nicht vielleicht den Anschein bekommt, daß

diese Mittel nur zu Ressortabgleichungen verwendet werden.

Vielmehr finde ich es unumgänglich, daß im Zuge der Steuerreform eine Berücksichtigung der Kinder im Steuerrecht durch eine spürbare Erhöhung der derzeit geltenden Kinderabsetzbeträge zu erfolgen hat. Sofern der Absetzbetrag im einzelnen nicht ausgeschöpft werden kann, sollen im Sinne sozialer Gerechtigkeit Transferzahlungen zur Kompen-sation ausbezahlt werden.

Eine weitere wirksame Hilfe ist der, wie wir feststellen können, eben schon durch den gesellschaftlichen Wertewandel und die Situation auch in der Pensionsgebarung wieder mehr gewünschten Mehrkinderfamilie zu gewähren.

Meine Damen und Herren! Ich nehme deshalb Bezug auf den bereits eingebrochenen Antrag 117/A betreffend eine Erhöhung der Familienbeihilfe ab dem dritten Kind um 100 S und fordere eine umgehende und positive Behandlung zum Schutz und zum Wohl der Jüngsten und der wohl am meisten von unseren Maßnahmen in Zukunft Verspürenden.

Im Lichte der trotz des Sparsens vorhandenen und wirkungsvollen Ansätze kann diesem Budget mit dem Aufruf, daß wir alle daran arbeiten müssen, es einzuhalten, es umzusetzen, die Zustimmung erteilt werden. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) ^{14.57}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Fertl. (*Abg. Dr. Dillersberger: Herr Kollege, was sagen Sie zur Erhöhung der Kinderbeihilfe für das dritte Kind? — Abg. Dr. Fertl: Warum haben Sie denn nicht die hübsche Abgeordnete gefragt, die vor mir am Pult war? — Heiterkeit.*)

^{14.58}

Abgeordneter Dr. Fertl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Blau-Meissner, die ich hier kurz ansprechen darf, hat eigene Ideen zur Budgeterstellung entwickelt. Ich möchte nicht näher darauf eingehen, Frau Abgeordnete, aber ich glaube nicht, daß es Ihnen gelingen wird, in Ihrer Zeit als Abgeordnete diesbezüglich etwas zu ändern. Denn es ist auch so, daß die Vorstellungen, die Sie über die Budgeterstellungen haben, nicht, so glaube ich, zu einem Ziel führen können. (*Abg. Freda Blau-Meissner: Man sollte darüber sprechen, Herr Kollege!*)

3724

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Fertl

Wenn Sie Bürgerinitiativen einbinden wollen in die Budgeterstellung, dann werden Sie wahrscheinlich für das nächste Jahr niemals ein Budget zusammenbringen. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie braucht auch keines zusammenzubringen!*)

Aber das Budget hat ja doch immer ganz wesentliche Auswirkungen auf Beschäftigung, Währung, Wachstum und Einkommensverteilung in der österreichischen Volkswirtschaft, und das muß halt in solchen Abläufen erstellt werden, damit das alles rechtzeitig wirksam werden kann. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

In den Rezessionsjahren Ende der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre waren die Budgets auch bedeutungsvoll zur Nachfragebelebung und Arbeitsplatzsicherung. Das hat sicherlich dazu geführt, daß viel mehr öffentliche Mittel in die Wirtschaft beziehungsweise in die Arbeitsplatzsicherung hineingeflossen sind. Das hat wieder die Auswirkung, daß wir heute hier stehen und uns den Kopf zerbrechen müssen, wie wir die steigende Verschuldung wieder zurückführen können und wie wir auch die Bedienung der Staatsschuld garantieren können.

Wir haben mit dieser Nachfragebelebung und der Arbeitsplatzsicherung sicherlich sehr vieles erreicht. In diesen Jahren hatte Österreich den damals höchsten Beschäftigungsstand erreicht, wir haben eine geringe Arbeitslosigkeit gehabt, und wir haben vor allen Dingen den Wohlstand der Menschen erhöhen können.

Wenn ich auf diese gerade aufgezeigten Umstände heute schaue, dann muß ich sagen: Wir haben auch heute einen Beschäftigungsstand, der wesentlich höher ist als der damalige, wir haben mit 2 860 000 Beschäftigten den höchsten Beschäftigtenstand, den es überhaupt jemals gegeben hat. Wir haben die geringste Inflationsrate, und wir haben eine Arbeitslosigkeit, die im Vergleich zu den anderen Staaten noch tragbar ist.

Trotzdem müssen wir alles tun, um die Verschuldung wieder auf ein vertretbares Ausmaß zurückzuführen. Letztlich wollen wir erreichen, daß die Verschuldung zirka 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beträgt. Das wird noch ein weiter Weg sein, denn sie beträgt zirka 4,5 Prozent in diesem Budget. Aber wir müssen noch eine große Anzahl von Maßnahmen setzen, um auch die Grenze, die mit einem Defizit von 70 Milliarden vorgegeben ist, tatsächlich zu erreichen.

Ich stimme mit dem Abgeordneten Schwimmer überein: Wir alle, einschließlich der Regierung, jeder Abgeordnete, alle Menschen wären froh, wenn wir wieder das Füllhorn über die Menschen ausgießen könnten, wenn wir keine Pensionen kürzen müßten — von Kürzen ist aber überhaupt keine Rede —, wenn wir das Pensionsrecht doch so gerecht gestalten könnten, daß auch unsere nächsten Generationen noch sichere Pensionen beziehen. Es wäre uns recht, wenn wir nicht den Stellenplan im öffentlichen Dienst vermindern würden, keine Überstunden kürzen müßten. Es wäre uns recht, wenn wir nach wie vor unsere Zuschüsse den Bundesbahnen wie bisher leisten könnten und auch der verstaatlichten Industrie Mittel geben könnten, damit dort alles so bleibt, wie es bisher war. Allen wäre das recht.

Aber in der Wirtschaft geht es halt nicht so, und wir müssen dafür sorgen, daß das Budget wieder einen Freiraum kriegt, einen Freiraum für künftige Aufgaben, zur Bewältigung künftiger Aufgaben, wenn wir die Probleme, die wir jetzt haben, gelöst haben werden.

Wir müssen also sparen, und es bleibt uns kein anderer Weg, als vorerst einmal in eine Phase einzutreten, wo wir mit dem Fortschritt etwas innehalten.

Die Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, all das durchzuführen. Die Vorstellungen der beiden Partner sind vielfach konträr. Abgeordneter Taus hat schon gesagt, es wird viele Streitereien geben, es wird viele Reibungspunkte geben. Natürlich werden die Koalitionsparaden ihre Identität nicht aufgeben, und das führt halt zu Widersprüchen. Aber man muß sich irgendwo finden, und Einigungen sind halt nur auf dem Wege des Kompromisses möglich.

Jetzt muß ich aber dazusagen: Man muß aber dann auch zu einem Kompromiß stehen und sein Ergebnis nach außen hin gemeinsam tragen. Es ist nicht vorstellbar, daß sich eine Partei, die etwas einbringt und auch durchbringt, das Federl auf den Hut steckt und sagt: Das haben wir gemacht. — Wir sind in keiner Wahlbewegung. Es ist nicht so, daß das, was die Regierung und was die Verhandler hier ausmachen, dazu benutzt werden kann, das parteipolitische Süppchen zu kochen.

Es wird gut sein, wenn sich Parteisekretariate in ihren Äußerungen etwas zurückhalten (*Beifall bei der SPÖ*) und die Regierung und wir alle in der Koalition gemeinsam das

Dr. Fertl

tragen, was wir an Lösungen finden. Wenn wir gemeinsam die Verantwortung nach außen hin tragen, dann werden die Menschen, glaube ich, auch wieder Vertrauen gewinnen zur Politik, die wir machen, Vertrauen zu den Politikern, die diese Politik machen.

Jetzt darf ich mich noch einigen Kapiteln des Budgets zuwenden. Ich komme zur sozialen Sicherheit. Keinem von uns fällt es natürlich ein, das gutgesponnene Netz der sozialen Sicherheit zu durchlöchern, aber die Entwicklung auf dem Pensionssektor zwingt zu verantwortungsvollen Maßnahmen, um, wie schon gesagt, für die kommenden Generationen ebenfalls einen guten Lebensabend zu sichern.

Von 1970 bis 1990 steigt die Zahl der Pensionen um 447 000! Als 1955 das ASVG beschlossen wurde, hat man diese Entwicklung sicherlich nicht vorausgesehen, obwohl es damals viel strengere Ruhensbestimmungen gegeben hat als heute; heute gibt es ja nur ganz wenige. 447 000 Pensionisten mehr bedeuten einen Zuwachs von jährlich rund 22 000. Ist es da nicht notwendig, eine längerfristige Pensionsfinanzierung zu erarbeiten?

Obwohl im vorliegenden Budget schon die Überlegungen über die Pensionsreform und Ruhensbestimmungen in gewisser Weise einen Niederschlag gefunden haben, fehlt halt doch für einige dieser Dinge noch die koalitionäre Übereinstimmung. Da wird es gut sein, wenn wir uns bald treffen.

Ich finde es eigentlich nicht vertretbar, Kollege Schwimmer, wenn man sagt: Wir sind schon für die Ruhensbestimmungen, aber dann auch bei den ÖBB-Bediensteten. — Das ist etwas, was ich nicht ganz versteh. Gibt es nur bei den ÖBB-Bediensteten ein Pensionsrecht, oder gibt es das nicht im ganzen öffentlichen Dienst, bei den öffentlichen Körperschaften der Länder und Gemeinden? Dort wird es nämlich noch viel schwieriger sein, das durchzusetzen; das hat ja die Vergangenheit schon bewiesen. (Abg. Dr. Schwimmer: Das ist, glaube ich, ein Mißverständnis! Die Ruhensbestimmungen werden nur kommen, wenn sie für alle Pensionen ...) Ja, genau, das wollte ich auch sagen. Ich weiß dann nicht, warum Sie die ÖBB-Bediensteten ins Spiel gebracht haben. (Abg. Dr. Schwimmer: Die Sonderrechte! Nur die Sonderrechte!) Ja. Man soll sich nicht immer nur irgendwelche Gruppen heraussuchen und sie vielleicht gegen andere ausspielen, denn

es gibt auch bei den anderen Gruppen Sonderrechte.

Also die Ruhensbestimmungen — da gehe ich mit Ihnen d'accord — sollen und müssen für alle Berufssparten und für alle Pensionsparten kommen. (Abg. Dr. Schwimmer: Auch für Politiker!) Selbstverständlich auch für die Politiker. (Abg. Burgstaller: Die Eisenbahner sind ohnehin lauter Politiker!)

Ich möchte auch noch kurz auf den Gesundheitsbereich eingehen. Auch dort gibt es eine ähnliche Entwicklung. Wir wissen, daß die Krankenanstaltenfinanzierung jetzt ausläuft. Wir wissen im speziellen, daß manche Träger der Krankenanstalten bereits Verträge mit den Krankenversicherungsträgern gekündigt haben. Es wird die Situation also prekär, und es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit wir nicht in ein Vakuum hineinkommen.

Es ist schon richtig, daß es zu viele Akutbetten gibt, es ist richtig, daß Geräte in den Krankenhäusern viel wirtschaftlicher eingesetzt werden könnten, daß Einrichtungen des Gesundheitsdienstes viel wirtschaftlicher eingesetzt werden könnten. Es gibt Ambulaturen, die um 15 Uhr zusperren, da gibt es nach 15 Uhr keine Kranken mehr, die solche Dienste in Anspruch nehmen wollen. Das muß alles überlegt werden.

Aber was ich wieder nicht ganz verstehe — Kollege Schwimmer, Sie werden mir das gleich wieder in einem Zwischenruf erklären —, ist, daß sich die Finanzreferenten der Bundesländer einig sind, wie man die Finanzierung der Krankenanstalten gewährleisten könnte. Sie meinen, man müßte die Beitragsgrundlage für die Krankenversicherung erhöhen, und dazu kommt noch ein Vorschlag des Kanzleramtsministers Löschner, der meint, wir müßten einen Selbstbehalt einführen.

Ich persönlich bekenne mich in Zeiten wie diesen dazu, daß wir alles dazu beitragen, um das Funktionieren der Krankenanstalten aufrechtzuerhalten.

Ich kenne den letzten Stand der Verhandlungen nicht, aber gestern vormittag war es noch so, daß Sie den Vorschlag der Finanzreferenten nicht goutieren. Aber es könnte sein, daß sich in der Zwischenzeit etwas geändert hat. (Abg. Dr. Schwimmer: Kollege Fertl! Frau Mag. Ederer von der SPÖ hat vorhin die Einhaltung des Arbeitsübereinkommens reklamiert! Das Arbeitsübereinkommen schließt Beitragserhöhungen aus!)

3726

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Fertl

Ich möchte dazu sagen, Kollege Schwimmer: Es ist schon richtig, daß man vorerst einmal ausgabenseitig — oder wo immer diese Defizite auftreten — eine Reduzierung des Defizits versuchen soll, aber ich glaube wirklich nicht, daß auf lange Sicht ein Budgetdefizit nur ausgabenseitig bereinigt werden kann. Wir werden uns da auch etwas anderes überlegen müssen.

Ich finde es sozial ausgewogen, wenn die, die mehr verdienen, auch einen Krankenversicherungsbeitrag von einer höheren Beitragsgrundlage zahlen. Ich gehöre selbst dazu, so wie Sie. (Abg. Dr. Schwimmer: Zuerst muß auf der Ausgabenseite gezeigt werden, daß gespart werden kann!) Ja. Das sind so die kleinen Dinge. Ich bin sicherlich ein Vertreter der Koalition, aber man soll nicht so blind sein, nicht zu erkennen, daß es sich dort oder da einmal spießt, und man sollte auch offen sagen, daß es hier auch Überlegungen geben muß, die zusammenführen.

Zum Abschluß möchte ich noch kurz auf die Einsparungen beim Personalstand eingehen. Ich werde hier keine Kritik anbringen, sondern folgendes in den Raum stellen:

Da faßt der Nationalrat am 26. März 1987 eine Entschließung, in der die Bundesregierung ersucht wird, „bei der Vollziehung des Bundesfinanzgesetzes freiwerdende Dienstposten aus Budgetsanierungsgründen nur teilweise nachzubesetzen“.

Nun gibt es einen Bericht, der jeweils mit 30. Juni und 31. Dezember dem Budgetausschuß vorgelegt werden soll. Ich habe ihn mir angesehen, denn man muß ja doch immer ein bißchen hineinschauen. Und da lese ich unter Punkt 3.2, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Planstelleneinsparungen: „Diese sind wegen der Vielzahl der Auslandsdienststellen nicht möglich.“

Soll ich dazu noch einen Kommentar geben? Ich bin jetzt zehn Jahre im Parlament und erinnere mich, wie die ÖVP als Oppositionspartei immer die Verringerung der Planstellen in den Zentralstellen verlangt hat. Ich nehme zur Kenntnis, daß das im Auswärtigen Amt nicht möglich ist.

Und nun, meine Damen und Herren, zum Schluß. Wenn alle Auguren recht haben, die uns die Prämissen für dieses Budget geliefert haben, dann wird das Defizit 70 Milliarden Schilling betragen.

Aber langfristig gesehen — und das habe

ich vorhin schon erwähnt — werden wir das Budgetdefizit nur dann reduzieren können, wenn wir auch bereit sind, die Bewältigung des Defizits nicht nur ausgabenseitig zu betrachten, sondern auch auf der anderen Seite, auf der Einnahmenseite, etwas zu tun. — Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und Beifall des Abg. Dipl.-Vw. Killisch-Horn.) 15.14

Präsident: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Lanner. Ich erteile es ihm.

15.14

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Bemerkungen zum agrarpolitischen Teil und zum Abschnitt, den ländlichen Raum betreffend, machen und zunächst einen Satz von Finanzminister Lacina zitieren:

„Das österreichische Agrarsystem bedarf einer nachhaltigen Strukturanpassung.“

Nun, ich möchte diesen Satz unterstreichen, will aber etwas Kritisches hinzufügen. Mir macht in letzter Zeit Sorge, daß wir im Zusammenhang mit der Agrarpolitik sehr viel von Anpassung, von Überschuß und von Belastung reden und eigentlich die Leistungen dieser Menschen kaum mehr beachten. Ich halte das für ein grundsätzliches Problem in einer Zeit, in der es ein Berufsstand besonders schwer hat, in der wir von einem Berufsstand eigentlich erwarten, daß er trotz aller Probleme die Hoffnung, die Zuversicht nicht verliert. Wir sind es diesen Menschen schuldig, ihre Leistungen deutlicher zu unterstreichen.

Und wenn wir schon von den Notwendigkeiten der Anpassung, der Überschußverwertung und der Belastungen, die damit verbunden sind, reden und reden müssen — ich bekenne mich dazu —, dann sollten wir zumindest Zug um Zug auch die krisensichere Versorgung mit Nahrungsmitteln durch die klein- und mittelbäuerliche Struktur erwähnen.

Ich betone „klein- und mittelbäuerlich“ deshalb besonders, weil heute im europäischen Raum, ja sogar weltweit, heftig darüber diskutiert wird, welche Ideologie in Zukunft vorherrschen soll: Großbetriebe, die nur auf Rationalisierung ausgelegt sind — ich würde das den „Rationalisierungswahn“ nennen —, oder breitflächig strukturierte Klein- und Mittelbetriebe, die wesentlich krisensicherer sind und die unserem Konzept einer bäuerlichen Landwirtschaft in Österreich entsprechen.

Dr. Lanner

Wir sollten die landeskulturelle Leistung der Bauern auch erwähnen, und wir sollten auf die siedlungspolitische Funktion nicht vergessen.

Landwirtschaftsminister Riegler hat einen neuen Weg eingeleitet, einen Weg, der nicht leicht ist, der einen langen Atem erfordert, der Ausdauer verlangt und der uns vielleicht auch die eine oder andere Anfeindung einträgt. Aber er ist notwendig. Ich glaube, wir müssen diese bittere Pille des Überganges schlucken, um mittelfristig zu einem hoffnungsvollen Ergebnis für die Bauern, für die gesamte Bevölkerung des ländlichen Raumes zu kommen. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ*)

Es hat heute Abgeordneter Hintermayer gesprochen. Er hat eine durchaus vernünftige Rede gehalten, vielleicht vernünftig deshalb, weil er spürt als ein Mensch, der mit der Landwirtschaft verbunden ist, daß die Freiheitlichen in der vergangenen Regierung einen kümmerlichen bis spärlichen Beitrag geleistet haben. (*Abg. Ing. Murer: Pfui! — Heiterkeit bei der ÖVP*)

In der Agrarpolitik haben Sie — man nehme die Dinge, wie man will — letztlich nichts weitergebracht. Ich erwarte keine Wunder, ich hätte nicht erwartet, daß Sie das Steuer, das Ruder, herumwerfen, aber es wäre zumutbar gewesen, daß man, wenn man sich drei Jahre in der Regierung befindet, zumindest Ansätze eines neuen Weges einleitet. Das ist nicht geschehen. Das ist bedauerlich (*Abg. Dr. Dillersberger: Sie hätten mitmachen müssen, Herr Kollege Lanner!*), und, Herr Kollege Dillersberger, das ist sicher auch eine der vielen Schattenseiten der freiheitlichen Kollegen in diesem Hause. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich habe gestern in einem gemischten Kreis gehört, der Finanzminister hätte sich relativ lang mit der Agrarpolitik auseinandergesetzt und weniger mit gewissen anderen Fragen, und der Unterton dessen, der diese Bemerkung gemacht hat, war eher der, daß er gemeint hat, unausgesprochen, es wurde zuviel über die Bauern gesprochen.

Nun, dem ist, glaube ich, nicht so. Wenn wir von Strukturwandel und Anpassung reden, sollten wir zwei Dinge nicht vergessen:

Jeder zweite Bauer in Österreich ist heute auf einen Nebenerwerb angewiesen. Der macht das nicht aus Jux und Tollerei, sondern der macht das, weil die Einkommensdecke zu kurz ist und er Alternativen suchen muß. Ich

will damit sagen, daß diese Menschen ohne viel Aufhebens viel geleistet haben. Das waren früher stattliche Vollerwerbsbetriebe, die eine Familie ernähren konnten, und heute muß jeder zweite einen Nebenerwerb suchen, damit er und seine Familie das Auskommen finden.

Man sollte bei dieser Anpassungsdiskussion auch nicht übersehen, daß im Durchschnitt der letzten Jahre pro Tag zehn landwirtschaftliche Betriebe — pro Tag zehn landwirtschaftliche Betriebe! — in Österreich zusperren mußten. Hinter diesem Zusperren verbergen sich Schicksale, die wahrscheinlich oft sehr tragisch sind. Aber weil diese Leute nicht massiert auf einem Punkt sind, geht diese Dramatik eher unter.

Ich sage das nicht, um ein Schicksal zu beklagen, sondern ich sage das deshalb, weil ich glaube, daß wir es uns selbst und diesen Menschen schuldig sind, daß wir ihnen Anerkennung zollen. Es sei darauf hingewiesen, welche Bedeutung sie in dieser Gesellschaft haben, daß sie auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe zu erfüllen haben werden und daß wir daher trotz schwieriger Finanzlage verpflichtet sind, ihnen mit finanziellen Unterstützungen unter die Arme zu greifen. Strukturanpassung kostet Geld!

Meine Damen und Herren! Agrarpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie in einem Gesamtkonzept mit einer Politik für den ländlichen Raum gesehen wird. Eine isolierte Politik nur für die Bauern allein würde weder den Bauern noch dem ländlichen Raum eine Überlebenschance bieten. Ich habe mit Interesse vermerkt, daß auch die Vereinigten Staaten neuerdings in ihrer Agrarkonzeption nicht nur die rationelle Betriebsgröße in der Agrarwirtschaft berücksichtigen, sondern mehr und mehr die Agrarpolitik und ihre künftige Entwicklung im Gesamtzusammenhang mit der Entwicklung des ländlichen Raumes sehen. Ein Teilbereich daraus ist die Frage der Siedlungspolitik, ist die Frage der Dorferneuerung, der Wiederbelebung unserer Dörfer.

Ich glaube, es ist ein Fortschritt, daß in dieser Regierung die Übertragung der Gesetzgebung in der Wohnbauförderung auf die Länder erfolgte. Das ist eine Stärkung des Föderalismus. Die Länder wissen besser, wann wo wer welche Mittel zur Verfügung gestellt bekommen sollte.

In diesem Zusammenhang sollte man auch darauf hinweisen, daß zwar auf der einen

3728

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Lanner

Seite eine Stärkung des Föderalismus durch diese Kompetenzübertragung vorgenommen wurde, auf der anderen Seite es allerdings schmerhaft ist, daß die Wohnbauförderung um 10 Prozent gekürzt wird, schmerhaft vor allem, weil davon auch die Dorferneuerung betroffen ist. Denn die Dorferneuerung ist ein wesentlicher Impulsgeber für die Wirtschaft im ländlichen Raum.

Warum ist das besonders schmerhaft? — Es ist deshalb besonders schmerhaft, weil die Dorferneuerung in einigen Bundesländern erst angelaufen ist und durch diese Kürzungen ein gewisser Bremseffekt eintritt. Es ist auch deshalb schmerzlich, weil wir aus internationalen Erfahrungen wissen, daß öffentliche Investitionen in der Dorferneuerung mit einem hohen privaten Multiplikatoreffekt verbunden sind, daß etwa 1 S an öffentlichen Mitteln 10 S an privaten Investitionen mobilisiert und daß im Wege der Dorferneuerung vor allem die Klein- und Mittelbetriebe beschäftigt werden. Dort werden qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen, die gesichert bleiben müssen, dort werden Betriebe gefördert, die letztlich auch Steuerzahler in diesem Land sind — das sollte man auch einmal erwähnen! —, und dieses Geld, das man durch und über die Dorferneuerung mobilisiert, bleibt letztlich in der Region und trägt zur Belebung der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes bei. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich hoffe, Herr Finanzminister, daß trotz aller Probleme eine Aufstockung der Förderungsmittel für die Dorferneuerung möglich sein wird. (Beifall bei der ÖVP.) ^{15.24}

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Dr. Ditz. Ich erteile es ihm.

^{15.24}

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Ditz: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Im Frühjahr haben uns die Experten und Journalisten prophezeit, daß es zu einem 100-Milliarden-Defizit kommen wird und daß die Entwicklung nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Die Regierung hat in den letzten Wochen und Monaten bewiesen, daß sie sehr wohl in kurzer Zeit die Entwicklung in den Griff bekommen hat. Es ist gelungen, das Defizit von 100 auf 70 Milliarden abzusenken. Das ist sicher mehr als nur ein Schritt in die richtige Richtung! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Es ist gelungen, auch die Struktur — nicht nur den Saldo, auch die Struktur! — der Ausgaben und Einnahmen zu verändern. Wenn

Sie bedenken, daß die Ausgaben ohne Zinsen im nächsten Jahr lediglich um 1,5 Prozent steigen werden, dann sehen Sie, daß diese Regierung wirklich ernsthaft gespart hat.

Gleichzeitig werden die Einnahmen aufgrund einer vernünftigen Privatisierungsstrategie überproportional zunehmen. Und es ist auch gelungen — das wurde soeben erwähnt —, im Bereich der Wohnbauförderung einen neuen Weg zu beschreiten. Es wird keine Kürzung der Mittel in den nächsten Jahren geben, sondern es werden durch die Auflösung der Fonds und durch den Verkauf der Forderungen an die Banken zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen. Das heißt, es kommt zu Einsparungen im Budget und gleichzeitig zu neuen Impulsen für die Wohnbauförderung, und das ist ein richtiger und effizienter Weg der Sanierung und Erneuerung.

Es gibt aber auch eindeutig Ansätze in Richtung Bürokratiereform. So werden 2 742 Dienstposten eingespart. Gleichzeitig wird der Personalaufwand um rund 500 Millionen sinken.

Die Regierung hat somit einen vernünftigen Weg in Richtung Reduktion der Staatsquote und in Richtung Absicherung der Stabilität beschritten. Und wer diesen Weg als „Kaputtsparen“ diskreditiert, bekennt sich, ohne daß es ihm vielleicht bewußt ist, zu zusätzlichen Steuererhöhungen, denn die Alternative zu diesem Weg bedeutet massive Steuererhöhungen.

Ich glaube, gerade die Absicherung der Stabilität ist wichtig, und mit diesem Budget ist hier ein wichtiger Schritt gelungen. Ich halte nichts von Maßnahmen, die darauf hinauslaufen, den Schilling abzuwerten und einen Lohn- und Preisstopp herbeizuführen. Das wäre der falsche Weg!

Und nunmehr noch einige Worte zu zwei sehr oft angesprochenen Themen. Der erste Punkt ist die Familienpolitik.

Ich glaube, wir müssen auch in der Familienpolitik die Dinge umfassender betrachten. Wenn Frau Abgeordnete Motter gemeint hat, man habe Beihilfenerhöhungen in der Vergangenheit durchgesetzt, dann muß man auch erwähnen, daß es in der Vergangenheit auch Mehrwertsteuererhöhungen gegeben hat, die möglicherweise diesen Effekt mehr als wettgemacht haben.

Ich finde, wir können Familienpolitik nicht

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Ditz

nur monetär betrachten. Familienpolitik umfaßt alle Politikfelder, und das wichtigste Anliegen ist, mehr Arbeitsplätze für unsere Jugend zu schaffen. Hier müssen Impulse gesetzt werden! (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß im Zuge der Budgetsanierung keine einzige Maßnahme für die Familien reduziert wurde. Es wurden neue Aufgaben vom Fonds übernommen, damit wir trotz budgetärer Enge sinnvolle Maßnahmen aufrechterhalten können. Und die Schülerfreifahrt — dafür wird jetzt mehr gezahlt — ist eine solche sinnvolle Maßnahme.

Weil auch das Problem Studenten und Familienbeihilfen angeschnitten wurde: Ich finde es ein wenig betrüblich, daß gerade jene Gruppe, die eigentlich im Zuge der notwendigen Reduktionen und Opfer den geringsten Beitrag gezahlt hat, jetzt die größte Agitation und die größten Proteste lostritt. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Bei der Familienbeihilfe ist es zu Ausnahmen gekommen, und zwar nicht wegen der Demonstration, sondern diese Ausnahmen waren schon früher geplant. Und ich würde allen Studenten empfehlen, hier Solidarität mit den anderen Jugendlichen zu üben, die mit einer wesentlich höheren Arbeitslosigkeit konfrontiert sind. Gerade im Bereich der 19- bis 25jährigen Nichtakademiker haben wir die höchste Arbeitslosigkeit, und hier gibt es trotz Arbeitslosigkeit keine zusätzliche Familienbeihilfe. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Da müssen und wollen wir Abhilfe schaffen durch Kurskorrekturen in der Wirtschaftspolitik, durch mehr Wachstum und neue Impulse. — Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) ^{15.30}

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Leikam. Ich erteile es ihm.

^{15.31}

Abgeordneter Leikam (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Feststellung zum Abgeordneten Hintermayer. Herr Abgeordneter Hintermayer hat im Hinblick auf das Kapitel Landwirtschaft des vorgelegten Budgetentwurfs gemeint, es seien ihm alle Maßnahmen recht, es dürfe aber zu keinem Bauernsterben kommen. Ich gebe ihm da völlig recht, meine aber, daß dann, wenn jene Situation eintritt, die von der Freiheitlichen Partei so vehement gefordert wird, nämlich der Vollbeitritt zu den EG, dieses Bauernsterben, das Abgeordneter

Hintermayer nicht haben will, voll eintrifft, denn alle kleineren und mittleren Bauern wären dann wahrscheinlich nicht mehr lebensfähig.

Hohes Haus! Gestern hat der Herr Finanzminister das Budget 1988 den Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses zur Beratung vorgelegt. Es ist ein Budget, das seit Bekanntwerden einiger Details in der Öffentlichkeit für viel Diskussion gesorgt hat, und die Diskussionen werden auch in der nächsten Zeit sicherlich nicht abreißen.

Aufgrund persönlicher Erfahrung aus solchen Diskussionen darf ich feststellen, daß die Öffentlichkeit durchaus in der Lage ist, Verständnis für eine Reihe von Maßnahmen aufzubringen, die in diesem Budgetentwurf enthalten sind. Sie stehen dazu, daß gespart werden sollte — aber überall, nicht nur in einzelnen Bereichen.

Ich glaube daher, daß das vorgelegte Budget dieser von der Öffentlichkeit aufgestellten Forderung, nämlich in allen Bereichen zu sparen, vollinhaltlich nachgekommen ist. Dank einer fleißigen Bevölkerung konnte bei uns in Österreich ein Lebensstandard erreicht werden, den man durchaus als Wohlstand bezeichnen kann.

Die Rahmenbedingungen für diese Situation wurden aber von der Politik geschaffen, und ich betrachte es daher ganz einfach als einen Unfug, wenn hier im Parlament immer wieder von ÖVP-Abgeordneten, wie heute vom Herrn Präsidenten Dittrich, der Versuch unternommen wird, die letzten 16 Jahre als schlechte Jahre für dieses Land zu bezeichnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es haben mehrere Redner vor mir statistisch nachgewiesen, was sich alles in den letzten 17 Jahren zum Wohle der Österreicherinnen und Österreicher verbessert hat. Ich kann das also unterlassen. Auch wenn es manche nicht hören wollen: Die letzten 17 Jahre, meine Damen und Herren, waren für die Österreicher und Österreicherinnen gute Jahre. Es waren Jahre des Fortschritts in allen Bereichen.

Das, was heute hier im Budget 1988 auf dem Tisch liegt, ist nicht das Konvolut saniungswütiger Politiker der österreichischen Bundesregierung, sondern es ist vielmehr das Produkt verantwortungsvoller Politiker, die das Bestreben haben, mit diesen Maßnahmen zumindest eine Stabilisierung der gegenwärtigen Situation zu erreichen und damit den

3730

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Leikam

Grundstein dafür zu legen, daß unserer Jugend weiterhin der unbeschränkte Zugang zu den Bildungseinrichtungen praktisch zum Nulltarif ermöglicht wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Vor allen Dingen wende ich mich da an die Frau Abgeordnete Motter, die in ihrem Beitrag für die gestrige Demonstration der studierenden Jugend Verständnis aufgebracht hat. Der Herr Staatssekretär hat gerade vorhin auch eine sehr passende Antwort gegeben. Ich würde auch meinen: Verständnis allein ist viel zuwenig und hilft diesen jungen Menschen nicht weiter. Es wird aber bei der anschließenden Dringlichen noch genug Gelegenheit geben, näher und im Detail auf die studierende Jugend einzugehen.

Ich möchte nun mit meinen Ausführungen zum Budget fortfahren. Der Inhalt dieses Budgets wird es ermöglichen, daß unsere Wirtschaft weiter wächst und daß sie auch im internationalen Wettlauf, der immer härter und schwieriger wird, entsprechend mithält. Dieses Budget gibt auch die Gewähr, daß ein möglichst hoher Beschäftigungsstand in unserem Land gehalten werden kann und daß, wie der Seite 13 der Budgetrede des Finanzministers zu entnehmen ist, in einzelnen Problemberichen, wie zum Beispiel beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, eine besondere Förderung einsetzen wird.

Ich möchte aber auch festhalten, daß mit diesem Budget auch die Pensionen weiterhin gesichert sind. Ich betone: weiterhin gesichert sind! Es wird immer wieder, auch heute, in Zwischenrufen vom Abgeordneten Haider so getan, als ob die Pensionen künftig nicht gesichert wären. Mit diesem Budget, mit diesen Maßnahmen, die gesetzt werden, sind die Pensionen auch weiterhin gesichert. Sie waren immer sicher, sie sind jetzt sicher, und sie werden auch weiterhin gesichert sein.

Zu dem, was wir auf Plakaten angekündigt haben, nämlich daß die SPÖ die Pensionen garantiert, stehen wir, und die Schritte hiezu sind schon eingeleitet. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Dillersberger.*) Wir haben mit diesem Budget, Herr Abgeordneter Dr. Dillersberger, die Schritte dazu gesetzt. Sie haben dem Herrn Sozialminister schlecht zugehört, Herr Abgeordneter Dillersberger! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Dillersberger! Ich vergleiche das, was Sie oder Ihre Partei hier darstellen, mit einem Heim für schwererziehbare

Kinder, möchte ich beinahe sagen, in dem der die Oberaufsicht innehabende Parteiobmann wie ein Fußballschiedsrichter mit roten und mit gelben Karten jongliert und je nachdem, wie ihm einer folgt oder nicht folgt, die gelbe oder die rote Karte zückt. Und da gibt es schon eine ganze Reihe, die die rote Karte bekommen haben. Es gibt auch Leute, die die gelbe Karte bekommen haben. (*Abg. Dr. Ofner: Ich sage Ihnen nur zwei Sachen: Offenbeck — Dallinger, Krainer — Lichal!*) Herr Kollege Ofner, Sie sind von der roten noch einmal verschont geblieben, aber die gelbe haben Sie auch schon bekommen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Soll ich Ihnen einige Namen zitieren? — Exvizekanzler Steger, die Brüder Ferrari in Kärnten. In Kärnten gibt es überhaupt einiges, was auf der Strecke geblieben ist. (*Abg. Dr. Ofner: Mein Name ist Ofner, ich heiße nicht Steger!*) Sie distanzieren sich, Sie haben sich ja auch noch im richtigen Moment abgesetzt und distanzieren sich von Ihren Exparteifreunden.

Weil ich schon dabei bin: Man hat hier überhaupt das Gefühl: Die rechte Seite sind die braven, die Linken, das sind die schlimmen Ex-FPÖler. (*Abg. Dr. Ofner: Ich habe links und rechts von mir einen Verteidigungsminister!*) Das ist gut, da fühlen Sie sich wenigstens sicher. (*Abg. Kraft: Exverteidigungsminister!*)

Herr Abgeordneter Dkfm. Bauer — ich verteidige hier nicht die Österreichische Volkspartei — hat hier gemeint, es sei für ihn immer eine Freude, in Presseberichten nachzulesen, was die ÖVP in früheren Jahren hier an diesem Rednerpult gesagt hat. Ich habe auch ein bißchen nachgelesen. Ich habe nachgelesen, was einzelne Abgeordnete der Freiheitlichen Partei (*Abg. Dr. Khol: Das ist weniger Grund zur Freude!*) im Jahr 1986 über ihren sich damals noch nicht in diesem Amt befindlichen jetzigen Bundesparteiobmann gesagt haben, und da kommt einiges zum Ausdruck, darin ist einiges enthalten. Ich wundere mich über die „Wende“, die hier von einigen Abgeordneten vollzogen worden ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Dillersberger.*) Sie gehören zu den Braven, Herr Abgeordneter Dillersberger, und auch Sie, Herr Generalsekretär Gugerbauer, haben nichts zu befürchten.

Aber es gibt doch einige in dieser Partei, die sich anscheinend gewaltig ändern müßten, und als Beispiel dafür habe ich Zitate, die ich hier aber nicht vorlesen werde. Sie kennen sie

Leikam.

ja wahrscheinlich ohnehin. (*Abg. Dr. Gugerbauer: Was ist mit der Abgeordneten Offenbeck?*) Frau Abgeordnete Offenbeck hat sich krank gemeldet, habe ich vom Herrn Präsidenten gehört. (*Abg. Dr. Gugerbauer: Was ist mit der Pensionsreform, mit dem Präsidenten Czettel?*) Herr Präsident Czettel hat heute eine dienstliche Verpflichtung; das ist extra gesagt worden. Das hat aber nichts mit dem Umstand zu tun, daß sie in irgendeiner Aktion zurückgedrängt worden sind.

Aber ich möchte nur sagen: Gerade Frau Kollegin Partik-Pablé — sie ist nicht hier — habe ich in der Presse als besonders amüsant empfunden. Sie kennt ja ihre Zitate.

Herr Abgeordneter Ofner! Aus der „aufmüpfigen Helene“ des Jahres 1986 ist die „fromme Helene“ des Jahres 1987 in Ihrer Partei geworden. (*Abg. Dr. Ofner: Da hast du aber eine Weile gefehlt!*)

Meine Damen und Herren! Ich komme nicht mit der Zeit aus. Ich habe nur 20 Minuten zur Verfügung, daher muß ich wieder zum eigentlichen Thema, zum Budgetentwurf, zurückkommen. (*Abg. Dr. Ofner: Was ist mit Offenbeck?*) Fragen Sie sie, sie ist das nächste Mal wieder hier. Fragen Sie sie selbst! (*Weitere Zwischenrufe.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Vorlage dieses Budgets und auch die gestern gefaßten Beschlüsse zum ASFINAG-Gesetz sollen aber auch zu einem raschen Schub für die Wirtschaft führen, es sollen bereits begonnene Hochbauten mit diesen Mitteln fertiggestellt werden können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang als Kärntner Abgeordneter auf die dringende Fertigstellung bereits begonnener Bundesbauten in unserem Bundesland hinweisen, weil in einigen Bereichen bei diesen eingestellten Bundesbauten bereits Gefahr im Verzuge ist.

Ich meine die HTL Klagenfurt, ich erwähne das Gymnasium Viktring, wo durch einen Nebenbau die Gefahr besteht, daß die dort die Schule besuchenden Kinder ernstlich gefährdet sind. Ich meine hier die Höhere Bundeslehranstalt Villach, das Gymnasium Spittal, das Finanzamt und die Finanzlandesdirektion in Klagenfurt, wo stark verkehrsbehindernd mitten in der Stadt dieser Bau anscheinend ruht. Ich meine vor allen Dingen das landesgerichtliche Gefangenengehäus, wo ja schon für viele Schlagzeilen gesorgt wurde, weil es dort

Inhaftierte durch die Baumaßnahmen sehr leicht gehabt haben, ihre Haft vorzeitig zu beenden.

Hohes Haus! Mit den Stabilisierungsmaßnahmen, wie sie uns von der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung durch die Vorlage des Bundeshaushaltes 1988 hier bekanntgemacht wurden, wurde ein Schritt gesetzt, der in anderen Ländern schon wesentlich früher notwendig geworden ist. Österreich ist mit den weltweiten wirtschaftlichen Schwierigkeiten wesentlich besser zu Rande gekommen, als dies in anderen Ländern der Fall gewesen ist.

Der Preis für diese Situation, meine Damen und Herren, waren Schulden, Schulden die jetzt zurückgezahlt werden müssen, Schulden, bei denen das Geld aber nicht beim Fenster hinausgeworfen wurde. Es wurden Werte geschaffen, die allen in reichem Maße zur Verfügung stehen.

Ich vergleiche das immer mit einem Häuselbauer. Ein Häuselbauer, der durch seiner Hände Fleiß mit seinen Familienmitgliedern und Nachbarn ein Eigenheim errichtet, wird auch gezwungen sein — bis auf ganz wenige Ausnahmen —, Schulden zu machen, fremde Gelder aufzunehmen, damit sein Eigenheim fertiggestellt werden kann. Und diese aufgenommenen Mittel müssen auch einmal zurückgezahlt werden. In den meisten Fällen ist es so, daß es nicht der Errichter des Hauses allein tun kann, sondern daß auch noch seine Kinder an der Rückzahlung der Schulden beteiligt sein werden. Ähnlich ist es auch hier mit dem Staat. (*Ruf bei der ÖVP: Und was ist, wenn er sich nicht ein Häusel baut, sondern ein Auto kauft?*) Ich haben den Häuselbauer zum Vergleich herangezogen. Ich habe vom Häuselbauer gesprochen.

Und wenn die Konsolidierung unseres derzeitigen Ist-Zustandes gehalten werden soll, wird es für jeden von uns erforderlich sein, mehr Verantwortung zu tragen. Das gilt für jene, die in die Regierungsverantwortung eingebunden sind, genauso wie für jene, die hier als Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei tätig sind.

Ständige Querelen nützen der Sache nicht, meine Damen und Herren!

Aber auch die Opposition sollte bei aller Berechtigung einer sachlich fundierten Kritik an der Vorlage des Budgets das Augenmaß nicht verlieren, verehrte Damen und Herren von den Grünen und von der Freiheitlichen

3732

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Leikam

Partei! Spielen Sie also nicht aus wahlaktischen und populistischen Gründen mit den Menschen in unserem Lande, sondern tragen auch Sie ein Maß an Verantwortung für Österreich und seine Menschen! (Beifall bei der SPÖ.) ^{15.45}

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Karas.

Sie wissen, Herr Abgeordneter: Nach einer zwingenden Bestimmung der Geschäftsordnung muß ich Sie um 16 Uhr bitten, Ihre Rede zu unterbrechen. — Sie sind am Wort.

^{15.45}

Abgeordneter Karas (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich das schaffe.

Es waren mehrere Gründe, die mich heute veranlaßt haben, in der Debatte bei der ersten Lesung des Budgets das Wort zu ergreifen. Der eine ist der Vorlesungsstreik und die Demonstrationen Tausender Studenten an nahezu allen Universitäten. Der Hauptgrund ist aber die moralische Bedeutung der Senkung des Budgetdefizits gegenüber künftigen Generationen.

Ich möchte auch als junger Mensch und als Obmann einer Jugendorganisation hier sehr deutlich sagen: Jahre kritisierten wir, daß zuwenig Geld für das Bildungswesen, die Hochschulen, die Entwicklungshilfe, die Familien, die Umwelt und so weiter vorhanden war, obwohl das Defizit gleichzeitig rapid anstieg. Jahre hindurch prangerten wir den hohen Prozentsatz der Schulden der Schulden wegen an.

Und ich selbst habe zu jenen gehört, die die Auffassung vertreten haben, daß die Alleinregierung der letzten Jahre und die FPÖ-SPÖ-Koalition in ihrer Budgetpolitik einen Ausverkauf der Zukunft, unserer Zukunft, betreiben und uns Junge in einem hohen Ausmaß (*Zwischenruf des Abg. Dr. Ofner*) — ich weiß, daß Ihnen das unangenehm ist — zu Lasteseln machen.

Ich glaube daher, daß nicht primär das vorliegende Budget oder die Entwürfe für die Pensionsreform die Ursache für Protestschreiben, ja vielleicht auch für manche innere Streiks und Demonstrationen sind, sondern daß der primäre Grund der Unruhe und der Verunsicherung bei vielen Bevölkerungsgruppen in unserem Lande in der Poli-

tik der vergangenen Jahre gelegen ist, die wir jetzt zu korrigieren haben.

Meine Damen und Herren! Ich selbst habe im Bundesparteivorstand der ÖVP den Budgetrichtlinien die Zustimmung gegeben, weil wir angetreten sind, um zu sanieren, und nicht, um zu opponieren.

Ich glaube daher, daß wir über jede Einzelmaßnahme, die vorgeschlagen wird, eine ernsthafte Diskussion zu führen haben. Aber die Diskussion darf den Kurs nicht gefährden. Sie kann nur den Kurs noch besser bestimmen und neue Ideen in diese Richtung hervorbringen lassen.

Die Probleme der Zeit und die Verantwortung auch gegenüber unserer Generation, meiner und künftigen Generationen, sind so groß, daß wir, glaube ich, in dieser Frage wirklich sowohl als Opposition als auch als verschiedene Interessengruppen das Sanieren, die Interessenvertretung vor den Gruppenegoismus zu stellen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Junge ÖVP hat — ich sage das, weil das eine sehr sensible Frage ist — der Regierungsbeteiligung der ÖVP und diesen Budgetrichtlinien im Parteivorstand zugestimmt, weil wir nicht so weitermachen konnten wie bisher!

Das hat auch der Herr Finanzminister gestern in seiner Rede erklärt, das hat heute Abgeordneter Schwimmer an Hand von wenigen Beispielen erläutert. Wenn es so weitergegangen wäre wie bisher, Budgetdefizit plus 108 Prozent, Finanzschulden plus 88 Prozent, nur in den nächsten fünf Jahren, und wäre es nicht zu dieser Kurskorrektur gekommen, die jetzt die Diskussionen auslöst, dann wäre unsere Zukunft noch viel weiter ausverkauft worden und wäre die Politik viel unverantwortlicher gegenüber künftigen Generationen und müßte einen lauterer Aufschrei bringen, als das bis zur Stunde in manchen Gebieten, auch auf den Universitäten, der Fall ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte daher auch aus meiner Sicht zu den Streiks sagen: Es ist die Pflicht und das Recht von Studenten und von den Interessengruppen wie der Österreichischen Hochschülerschaft, zu artikulieren, was sie bedrückt, und auf die Konsequenzen unserer Entscheidungen vor dieser Entscheidung hinzuweisen und in Verhandlungen einzutreten.

Karas

In der jetzigen Situation ist klar, daß alle einen Beitrag leisten müssen, auch wir Jungen. Interessenvertretung — ich möchte das wiederholen — ja, Gruppenegoismus nein, denn dieser gefährdet alles. Ich möchte hier sehr klar ausdrücken, daß ich der Auffassung bin, daß jene, die das gestern mitinitiiert haben, nicht die verantwortlichen Interessenvertreter waren, sondern jene, die den Gruppenegoismus in den Vordergrund gestellt haben.

Ich möchte hier auch sagen, daß dem Streik meiner, unserer Ansicht nach ein gewisser Schneeballeffekt zugrunde liegt. Der Unmut über diese Sanierungsmaßnahmen ist weniger groß als die Masse der streikenden Studenten. Und die Grundidee des Streiks ist sehr, sehr differenziert. Mitarbeiter von mir und auch Studenten haben mir auf die Frage „Warum wird so gestreikt, obwohl verhandelt wird?“ gesagt: Gegen die Regierung. Daher glaube ich, daß es einige oder sehr viele gibt — ich möchte das auch hier sagen —, die im Schneeballeffekt mitgehen. Es hat mich sehr gestört, daß gestern in unverantwortlicher Art und Weise die grüne Fraktion nicht der Budgetrede des Finanzministers zugehört hat, in der auf viele Probleme bereits eingegangen wurde, sondern hinausgegangen ist, um damit den Streik parteipolitisch zu mißbrauchen und Emotionen zu schüren, die einer sachlichen Verhandlung im Wege stehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich bin daher äußerst froh, weil es darum geht, den Kurs zu halten und über Einzelmaßnahmen zu reden, daß der Vorsitzende der Hochschülerschaft und der Chef der Aktionsgemeinschaft am 30. September hier herinnen bereits mit mehreren Mandataren zum Beispiel meiner Fraktion, aber auch der anderen, Gespräche geführt hat über die Konsequenzen. In diesen Gesprächen wurden die Bedenken über die Kürzung, die Frage der Stipendien, die Frage der Infrastruktur der Hochschulen, die Frage der Herabsetzung bei der Kinderbeihilfe von 27 auf 25 Jahre sehr konkret aufgezeigt und auch auf die Folgewirkungen hingewiesen.

Seit diesem 30. September — ich kann das nur für mich sagen — hat es zig Gespräche mit Ministern, mit den Ministern untereinander gegeben, und die Budgetrede des Bundesministers für Finanzen hat sich gestern gerade in diesem Teilbereich geändert, wir haben alle ein Beiblatt bekommen. Verhandlungen der Hochschülerschaft mit Politikern und Leuten, die ihnen recht gegeben haben — zum Beispiel ich —, zeigten, daß es nicht geht,

daß, wenn jemand anständig studiert, nur deswegen, weil er beim Bundesheer war oder eine BHS besucht hat, die Kinderbeihilfe gestrichen wird und damit die Eltern auch Folgekonsequenzen haben, die bei einem Durchschnittseinkommen von 8 000 S pro Monat zirka 32 000 S bis 38 000 S pro Jahr ausmachen, wie uns die Studenten gezeigt haben.

Diese Verhandlungen haben zur Abänderung der Budgetrede geführt, haben bereits zu neuen Maßnahmen geführt, und just am Ende dieser Verhandlungen, als sie erfolgreich waren, gibt es einen Streik. Hier kann es nicht nur um die Maßnahmen gegangen sein.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß diese sensible Frage gegenüber dem Budget zeigt, daß Kürzungen und Maßnahmen nicht von Haus aus linear passieren dürfen, weil die linearen Kürzungen und Veränderungen der Sozialstruktur unserer Bevölkerung deutlich widersprechen und weil es oft so ist, daß eine lineare Maßnahme nicht immer den richtigen trifft und daher zu verschiedenen Problemen führen kann.

Wir wollen die Budgetkonsolidierung, weil wir der Auffassung sind, daß sie der Jugend nicht schadet, sondern uns jungen Menschen nützt.

Wir wollen aber auch die Pensionsreform, aber nicht nur für einzelne, sondern zum Beispiel auch für die Österreichischen Bundesbahnen, wo es noch Privilegien in hohem Ausmaß gibt, denn wenn es so weitergeht und wir hier eine Gruppe gegen die andere ausspielen, dann fehlt das Geld für unsere Pensionen und für die künftiger Generationen.

Ich glaube auch, daß wir hier sagen sollten, daß die beste Pensionsreform meiner Ansicht nach das Problem, das in der veränderten Bevölkerungsstruktur wurzelt, daß eben mehr Pensionisten wenigen Erwerbstätigen gegenüberstehen, nur dann entschärfen und unsere Pensionen sichern kann, wenn wir zum Beispiel auch in der Familienpolitik Maßnahmen setzen, damit man Mut zum dritten Kind hat, daß es wieder mehr Kinder in Österreich gibt.

Aber auch die Frage der Eigenvorsorge, der Eigenverantwortung des einzelnen sollten wir bei diesen Budgetmaßnahmen beachten, denn dieses Problem kann mit der besten Reform nicht gelöst werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte in den letzten Minuten noch eines sagen: Ich bin

3734

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Karas

überzeugt, daß gerade die Sanierung des Budgets ein Kampf für die Jugend und unsere Zukunft und keiner gegen sie ist.

Wir müssen für einen neuen Sozialstaat eine neue Basis schaffen, eine Basis, die es uns ermöglicht, in Zukunft wieder mehr zu investieren, mehr Freiräume zu schaffen, mehr Geld für die Forschung und mehr Geld für Umweltschutzmaßnahmen zu haben.

Wir müssen die Budgetsanierung vornehmen, um Druck auch auf die verkrusteten Strukturen auszuüben und die Eigenverantwortung des einzelnen zu erhöhen. Und dieser Verpflichtung kann sich niemand entziehen.

Daher glaube ich, daß der eingeschlagene Kurs richtig ist, über die Maßnahmen darf weiter ein Wettstreit entbrennen, die Diskussion hat aber dem Kurs zu dienen und darf ihn nicht gefährden. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) ^{15.57}

Präsident: Da ich dem nächsten zu Wort gemeldeten Redner nicht antun will, nach drei Minuten unterbrochen zu werden, unterbreche ich jetzt die Verhandlungen über den 1. Tagesordnungspunkt, ersuche, den Bundeskanzler und den Wissenschaftsminister, die natürlich erst für 16 Uhr vorbereitet waren, in den Saal zu bitten, und teile in der Zwischenzeit nochmals mit, daß ich die Verhandlungen über den 1. Tagesordnungspunkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz, unterbreche.

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Smolle und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Sozialabbau insbesondere im universitären Bereich (1083/J)

Präsident: Wir gelangen zur Behandlung der dringlichen Anfrage. Da diese dringliche Anfrage inzwischen allen Abgeordneten zugegangen ist, erübrigt sich eine Verlesung durch den Schriftführer.

Ich bitte den Abgeordneten Smolle, sich einstweilen vorzubereiten, da er als erster Fragesteller zur Begründung der Anfrage das Wort erhält.

Die dringliche Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Das vom Finanzminister vorgelegte Budget

hat zu großer Empörung unter den Studenten an Österreichs Universitäten geführt. 170 000 Studierende, 13 000 Universitätslehrer und 300 000 Eltern sind von diesem Angriff auf die sozialen Rechte der Studierenden betroffen.

Die Antwort der Studenten ist klar und eindeutig ausgefallen: In einem lückenlosen Generalstreik haben sie klargemacht, daß sie nicht gewillt sind, der perspektivlosen Konsolidierungspolitik der Regierung als Opfer zu dienen.

Gleichzeitig haben die Studenten aber auch klargestellt, daß es ihnen nicht um die Verteidigung sozialer Privilegien geht: In ihrem Streik haben sie sich in unmissverständlicher Form mit allen anderen Opfern der einseitigen Sparpolitik der Bundesregierung solidarisiert.

Die streikenden Studenten und ihre Interessenvertretungen weisen auf folgende eklatante soziale Verschlechterungen hin:

1. Die Familienbeihilfe soll nur mehr bis zum 25. Lebensjahr ausbezahlt werden. 17 000 betroffene Studierende verlieren zirka 700 Millionen Schilling.

2. Die Anrechenbarkeit von Ausbildungszeiten wird durch die geplante Pensionsreform gestrichen. Ein Realverlust für jeden der 170 000 Studierenden von 200 000 S.

3. Die Stipendien wurden seit 1985 nicht mehr erhöht. Im Zeitraum 1985 bis 1988 ergab sich eine Steigerung der studentischen Lebenshaltungskosten von 12 Prozent.

4. Die Planstellen an den Universitäten werden nicht mehr voll nachbesetzt. Jeder zweite Universitätslehrer wird keinen Nachfolger haben.

5. Dem erhöhten Bedarf an Lehrveranstaltungen wird in keiner Weise Rechnung getragen. Sie werden nur in gekürzter Anzahl genehmigt.

6. Die Universitätsangehörigen müssen in zu kleinen, oft gefährlich überfüllten, baufälligen Räumen lehren und forschen. Die für die Bibliotheken dringend notwendigen Neuan schaffungen von technischen Lehrbehelfen sind aufgrund mangelnder finanzieller Mittel nicht möglich. Obendrein sind die Bibliotheken abends und im Sommer geschlossen. Neuanschaffungen von technischen Lehrbehelfen sind aufgrund mangelnden Budgets

Präsident

nicht möglich. Ein Großteil der Labors ist veraltet.

7. Das Akademikertraining und die „Aktion 8 000“ wurden im Juni 1987 rigoros gekürzt. Dies verschlechtert die ohnedies schlechten Chancen von Jungakademikern bei ihrem Eintritt in den Arbeitsmarkt.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

Anfrage:**A. An den Bundeskanzler:**

Seit Jahren sind die Stipendien nicht erhöht worden. Können Sie verbindlich zugesagen, daß im Zuge der Budgetverhandlungen Erhöhungen eingeplant werden?

Ihre Aussagen betreffend die Herabsetzung der Kinderbeihilfe in bezug auf Ausnahmen waren äußerst vage. Wie stellen Sie sich Ausnahmebestimmungen hier konkret vor?

Welche konkreten Verhandlungsergebnisse können Sie dem Parlament nach Ihren Gesprächen mit Studentenvertretern berichten?

Sind Sie bereit, sich einer öffentlichen Diskussion, zum Beispiel im Audi Max der Universität, mit Vertretern der Studenten zu stellen?

B. An Bundesminister Dr. Tuppy:

Sind auch Sie bereit, sich einer öffentlichen Diskussion mit Vertretern der Studenten zu stellen?

Sehen Sie Ihre bisherige Hochschulpolitik als gescheitert an, nachdem erstmals seit vielen Jahren Studenten aller Universitäten und Fraktionen derart geschlossen ihren Protest artikulieren?

Hat es erst dieses massiven Protestes bedurft, um Sie auf die katastrophalen Zustände an Österreichs Universitäten aufmerksam zu machen?

Welche Forderungen der Studenten lehnen Sie ab? Warum?

Halten Sie die derzeitige Stipendienhöhe und die Vergabepraxis für sozial gerechtfer-

tigt? Wie stehen Sie zu den Angriffen der Studenten in bezug auf diese Frage?

Eine besonders dramatische Situation herrscht auf der WU. In einem neuen Gebäude, das für zirka 8 000 Studenten konzipiert war, drängen sich jetzt mehr als 20 000. Auch das Verhältnis Lehrende : Studenten übersteigt alle internationalen Vergleichszahlen. Welche konkreten Zusagen über ein neues Gebäude, insbesondere die Überbauung der Franz-Josephs-Bahn beziehungsweise eine drastische Erhöhung des Lehrpersonals können Sie hier geben?

Die unterzeichneten Abgeordneten verlangen gemäß § 93 Abs. 3 GOG die dringliche Behandlung dieser Anfrage.

Präsident: Herr Abgeordneter Smolle, Sie haben als erster Fragesteller zur Begründung der Anfrage das Wort.

15.58

Abgeordneter Smolle (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Bundeskanzler! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich einmal die Äußerung des Kollegen Karas zurückweisen (*Abg. Steinbauer: Zur Sache!*), daß wir die berechtigten Proteste an den Universitäten und Hochschulen parteipolitisch missbrauchen wollen. Im Gegenteil. Uns ist die Sorge der Studenten, die wir alle haben müßten, gegenwärtig. Wir betrachten diese Demonstrationsaktionen als sehr wichtige Aktionen, und es wäre Sache von allen vier hier im Parlament vertretenen Parteien gewesen, gemeinsam eine dringliche Anfrage an den Herrn Bundeskanzler und an den Herrn Minister zu richten.

Meine Damen und Herren! Was gestern an Österreichs Universitäten begonnen hat und heute auch auf Schulen und andere Bereiche überzugreifen beginnt, ist, so meine ich, etwas Großes für die österreichische Demokratie. (*Beifall bei den Grünen.*)

Betroffene rühren sich, Betroffene wollen ihren politischen Willen und auch ihre Betroffenheit kundtun. Studenten aller Universitäten, Studenten aller Hochschulen, aller politischen Fraktionen haben sich spontan zusammengefunden, um gegen diese Art von Budgetpolitik zu protestieren.

Die ersten Aussagen vom Bundeskanzler und vom Finanzminister zeigen, daß es sich in Österreich immer lohnt, Widerstand zu zeigen und demokratische Rechte wahrzunehmen.

3736

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Smolle

(*Abg. Staudinger: Die Aussagen des Bundeskanzlers gab es schon vor dem Streik! — Abg. Schieder: Ja!*)

Vorweg ein zentraler Punkt, der vor allem in den Medien zu kurz gekommen ist. Ich habe mich eigentlich überhaupt gewundert, daß der ORF in den ersten Tagen nur sehr schlampig berichtet hat. (*Abg. Dr. Schwimmer: Weil der Herr Smolle schlampige Behauptungen aufstellt!*) Und auch hier, meine Damen und Herren, in diesem Hause, scheint man über die Probleme der Universitäten und der Studenten nur sehr schlecht Bescheid zu wissen.

Es geht den Studenten nicht nur um ihre persönliche Situation als Betroffene, obwohl natürlich ihre Situation tatsächlich beängstigend ist. (*Abg. Staudinger: Haben Sie „beängstigend“ gesagt?*) Sie wollen, und das ist das Besondere an diesem Widerstand, in ihren Widerstand auch die sonstigen Verlierer dieser Koalitionsregierung miteinbeziehen (*Beifall bei den Grünen*), die Pensionisten, die eben kaum über eine entsprechende Lobby in diesem Hause verfügen, um sich so mächtig und so hoffnungsvoll zu rühren, wie dies die Studierenden und auch Lehrenden getan haben.

Jetzt, da in Österreich als einzigm Land der Welt die Klassenschülerhöchstzahl in die Höhe geht, röhren sich mit den Lehrern, mit den Schülern eben Betroffene. Sie haben auch demonstriert für eine Weiterführung und für einen Ausbau von Sozialprojekten, von innovativen Beiträgen zur Beschäftigungspolitik, für einen Ausbau der „Aktion 8 000“, für einen Ausbau des Akademikertrainings. Hier hat sich kurzfristig ein ürvoller kochender Kessel entladen.

Seit Jahren sind die unzumutbaren Zustände an den Universitäten bekannt, seit Jahren verwaltet ein Minister nach dem anderen das Chaos, ohne tatsächlich substantiell einzugreifen und es zu verändern. Jetzt ist das Maß voll, und wir haben wieder Studenten auf der Straße und auch viele Lehrende.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Herr Wissenschaftsminister! Jetzt muß diese Regierung Farbe bekennen! Es nützt den Studenten wenig, wenn Sie in Ihrer Budgetrede vom Zuwachs im Universitätsbudget sprechen. Gehen wir ein bißchen in die Details.

Meine Damen und Herren! Fangen wir bei ganz einfachen Überlegungen an. Die wirtschaftliche Größe eines Landes, die Bedeu-

tung eines Landes mißt sich am Bildungsstand seiner Bevölkerung, am technischen Fortschritt, an der finanziellen und organisatorischen Bedeutung, die ein Land dem Bildungs- und Forschungsbereich beimitzt. Das zeigt sich unter anderem an der Ausstattung der Hochschulen, an der Zahl und Qualität der Lehrer und nicht zuletzt an der sozialen Situation der Studenten.

Das Hochschulbudget in Absolutbeträgen ist in den letzten Jahren kräftig erhöht worden. Setzt man aber die Zahlen in Beziehung zum Volkseinkommen, so ist das Ergebnis beschämend. Ich bringe Ihnen dann einige vergleichbare Länder als Beispiel. (*Abg. Staudinger: Die absolute Erhöhung ist gewaltig!*)

Einer OECD-Studie über Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung im internationalen Vergleich zufolge rangiert Österreich im unteren Feld. (*Abg. Dr. Blenk: Von wann?*) Kollege Blenk, im unteren Feld. (*Abg. Dr. Blenk: Das Jahr!*) Ich bitte Sie, jetzt davon Abstand zu nehmen, gleich mit dem Hinweis zu kontern, Österreich ist ein kleines Land. (*Abg. Dr. Blenk: Nein! Wann?*) Der Prozentsatz liegt in der Schweiz und in Holland weit höher.

Österreich: Verhältnis Volkseinkommen — Forschung 1,16 Prozent; Niederlande 1,88. (*Abg. Dr. Blenk: Sagen Sie mir das Jahr der Studie! Hat man Ihnen das nicht aufgeschrieben?*) — Nein, das hat man mir nicht aufgeschrieben. In der Schweiz: 2,29 des Volkseinkommens für Forschung. Der Vergleich ist nicht immer angenehm. (*Abg. Steinbauer: Und Irland?*) Du wirst dich sicher als Redner melden und bringst dann die Daten für Irland, die interessieren mich auch ganz besonders. Sie werden noch größere Beschämung hervorrufen bei allen Anständigen in diesem Haus! (*Beifall bei den Grünen.*)

Die absoluten Erhöhungen seit Beginn der siebziger Jahre werfen im Grunde ja nur ein trübes Bild auf die Situation der Hochschulen in der Vergangenheit. Noch 1980 betrug das Hochschulbudget die Hälfte von dem heutigen, das waren 0,85 Prozent des Volkseinkommens beziehungsweise 2,8 Prozent des Bundeshaushaltes. Was die Zahl der Hochschullehrer betrifft, so gab es seit Beginn der achtziger Jahre trotz stark steigender Studentenzahlen viel zu geringe Zuwächse sowohl bei Professoren als auch bei Universitäts- und Vertragsassistenten, bei letzteren seit 1987 gar einen Rückgang. Und das, obwohl sich die Zahl der Studenten von 1980 bis 1987 von 115 000 auf 176 000 erhöhte!

Smolle

Bringen wir es vielleicht auf einen Punkt, und lassen Sie mich am Beispiel einer Hochschule — das Beispiel könnte aber in leicht abgewandelter Form auch für andere Hochschulen in Österreich gelten — die Situation detailliert schildern, dann wird Ihnen klar werden, meine Damen und Herren, wie sehr Sie mit allgemeinen Zusagen, wie sie in den letzten Tagen gemacht wurden und durch die Medien gegangen sind, völlig am Problem vorbeireden.

Lassen Sie mich die Situation an der Wirtschaftsuniversität schildern. Wie gesagt, auch andere österreichische Universitäten könnten da vergleichbare — leider vergleichbare — Probleme vorweisen.

Erstens: Die Zahl der Studenten ist rasant angestiegen. Man kann sagen zum Glück. Wir unterstützen es, daß eine große und breite Anzahl der Bevölkerung Zugang zu den Universitäten hat, ohne Numerus clausus, ohne Beschränkung, weil eben die Bildung eines der wesentlichen Güter darstellt, die zur Bewältigung unserer Zukunftsprobleme beitragen können. Die Wirtschaftsuniversität sieht sich nun einer katastrophalen Situation gegenüber: Ein neues Haus wurde gebaut, ausgelegt für 8 000 Hörer, und heute sind an diesem Haus bereits 20 000 Hörer inskribiert.

Meine Damen und Herren! Das Raumproblem der WU ist katastrophal: 1,74 Quadratmeter je Student, 1,74 Quadratmeter pro Student! Das ist unzumutbar. Und während weiterhin sinnlose Straßen und sinnlose Kraftwerke gebaut werden, sinnlose Abfangjäger gekauft werden, ist hier die Regierung nicht imstande, rasch das Problem, das seit Jahren bekannt ist, zu lösen durch einen Neubau beziehungsweise zum Beispiel in Graz durch Sanierung der baufälligen Gebäude. Vor 14 Tagen habe ich mir erlaubt, wieder an der Grazer Universität ein Institut zu besuchen. Eigentlich müßte dort das Arbeitsinspektorat, müßten dort diverse sonstige Kontrollinstitutionen und -organe längst jede Art von Betrieb verbieten.

Jetzt ein zweites Problem: Die Budgetsituation für die Studenten überhaupt, wiederum am Beispiel der WU.

Im österreichischen Durchschnitt werden knapp 80 000 S je Hörer aufgebracht, fast viermal soviel — hören Sie —, fast viermal soviel an der Uni in Zürich. Auch an der Universität Hannover liegen die Zahlen deutlich über den österreichischen Werten. Die Wirtschaftsuniver-

versität ist das einsame Schlußlicht mit knapp 20 000 S pro Student.

Allgemeine Budgeterhöhungen sagen gar nichts. Unser Niveau ist im Vergleich mit den anderen Staaten beängstigend. Was wir immer wieder bei Budgetreden hören — es ist ja absolut erhöht, das sind ja ein paar Prozente mehr —, sagt nicht viel aus. Es geht ja immer um die Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel für Wissenschaft und Forschung zum Gesamtbudget.

Eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Abwicklung des Studiums ist eine eingeräumte gesicherte wirtschaftliche Ausgangslage der Studenten. Das durchschnittliche Einkommen der Studenten beträgt etwa 4 000 S. Bei einem Einsatz von durchschnittlich 37 Stunden pro Woche für das Studium bleibt für die Nebenjobs wenig Zeit, also leidet entweder der Nebenjob, der Erwerb, oder es leidet das Studium.

Die Absicherung der Studenten wäre eine prioritäre Aufgabe des Wohlfahrtsstaates im eigenen Interesse, eben zum Erhalt der Wohlfahrt in diesem Lande. Das nennt sich Investition von Humankapital, und so etwas wird sich morgen rentieren.

Ein zweites Beispiel: Die direkte Betreuung von Studenten ist und bleibt wichtig. Auf ein Ordinariat, auf einen Professor kommen an der WU sagenhafte 253 Hörer. Auch das ist eine unzumutbare Situation.

Im österreichischen Durchschnitt sind es immerhin 120 Hörer je Professor. Auch das ist zuviel. Die Uni in Zürich hat zum Beispiel 49 Hörer pro Professor, die Uni Hannover 64 und so weiter. Hier spart der Staat an der falschen Stelle und verabsäumt die Heranbildung von hochqualifizierten Personen. Die ganze Diskussion um Innovation ist sinnlos, wenn wir die Basis — nämlich die Menschen — für diese Innovation nicht heranbilden. (Zwischenruf des Abg. Staudinger.)

Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Herr Minister! Wir diskutieren über das, was abschätzig „Massenuniversität“ genannt wird.

Herr Bundeskanzler, ich frage Sie: Sind Sie bereit, einer hoffentlich weiter steigenden Zahl von Studentinnen und Studenten kreative, offene Möglichkeiten für einen Studienbetrieb bereitzustellen? Das heißt: Sind Sie bereit, auch die geeigneten finanziellen Mittel flüssigzumachen, oder versuchen Sie, die

Smolle

Kräfte zu unterstützen, die eine Art sozialen Numerus clausus oder gar einen Numerus selectus einführen wollen? Durch komplizierte Aufnahmeverbeschränkungen und Aufnahmeverbestimmungen, Anmeldungsmodi, Riesenschlangen vor Universitätsinstituten und durch den Kampf um Ausbildungsplätze kommt es in der Folge zur Unsolidarität unter den Studenten. Persönlicher Egoismus im Kampf um jeden Studienplatz tritt hervor. Dieser Egoismus schlägt sich dann natürlich anstatt in solidarischem Verhalten in aggressivem Verhalten nieder.

Daher ist das Problem der Massenuniversität unserer Anschauung nach nicht ein Problem der Mängel, sondern ein Problem der Art der Bewältigung. Die Politik dieser Regierung hat auch versagt — davon sind auch die Spitzenverwalter der Universität nicht ausgenommen —, die Universität beziehungsweise deren Organisation umzubauen. Man kann eben ein Institut nicht führen, einen Studienplan nicht abwickeln, unabhängig davon, ob im Durchschnitt zehn oder 300 Hörer vorhanden sind. Das wäre genauso absurd, wie wenn man einen Großbetrieb wie einen Kleinbetrieb organisieren wollte.

Seit Jahren versuchen innovative Assistenten und Professoren, von den Studenten selbst organisierte Veranstaltungen auf die Beine zu stellen und durchzuführen. Es gibt genügend Literatur darüber, wie sich diese Art von Lehrveranstaltungen bewährt hat. Das sind Methoden, nach denen zum Beispiel Höhersemestrigie Niedrigsemestrigie auf Prüfungen vorbereiten.

Aber auch dieses kleine Beispiel aus der Praxis zeigt, daß Ansätze zu Fachtutorien, wie sie an der WU oder auch an der Technischen Universität, an der Universität Wien und Innsbruck existieren, systematisch von seitens uralt eingesessener Professoren und von seitens dieser Politik behindert werden.

Meine Damen und Herren vom Wissenschaftsunterausschuß! Ich hoffe, daß wir über die Frage der Fachtutorien noch eingehend beraten werden und eine Lösung finden, die vor allem den Studierenden dient und ihnen erleichtert, das Studium durchzuführen und auch qualitativ abzuschließen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Bundesregierung und auch von den Koalitionsparteien! Diesmal haben Sie geglaubt, im Handstreich könnte man da schnell etwas einsparen und die Kinderbeihilfe heruntersetzen auf 25 Jahre, unabhängig davon, daß ein Stu-

dium schon automatisch länger dauern kann. (*Zwischenruf des Abg. Steinbauer.*) Wehrdienst, Zivildienst, Karenz, die Notwendigkeit einer längeren Studiendauer, das alles wird einfach beiseitegeschoben. (*Abg. Dr. Blenk: Einen erschreckenden Informationsmangel haben Sie!*)

Kollege Blenk! Sie waren doch gerade jetzt mit Studierenden zusammen. Ich verstehe Sie nicht. Was haben Sie dort erfahren? Wie können Sie so sprechen? Welchen Teil meiner Rede können Sie widerlegen? (*Abg. Dr. Blenk: Jeden! — Abg. Dr. Schwimmer: Jeden! — Abg. Kraft: Jeden! — Weitere Rufe: Jeden!*) Sie haben auch jetzt gerade mit Studierenden gesprochen. Kommen Sie heraus. (*Abg. Steinbauer: Smolle, der Demosthenes von Kärnten! — Weitere Zwischenrufe.*)

Ich glaube, daß es jetzt tatsächlich endlich reicht. Ich glaube, daß die vielen protestierenden Studenten eine klare Antwort geben. Genau diese Haltung, die hier zutage kommt vom Obmann des Wissenschaftsausschusses hat mich erschüttert. Es ist eine klare Antwort darauf gegeben worden. Nur dieser öffentliche Druck — leider ist das so — scheint auch hier im Parlament zu bewirken, daß wir eine Sache diskutieren, die brennend heiß ist. (*Abg. Kraft: Verbrennen Sie sich nicht! — Weitere Zwischenrufe.*)

Ich möchte noch einige Worte zur Frage der Drittmittel-Finanzierung hier unterbringen, die wir im Ausschuß diskutieren. Die Frage der Kontrolle dieser Drittmittel wird vielleicht gerade unter den Aspekten der neuen Protestaktionen von uns im Wissenschaftsausschuß ganz anders behandelt werden müssen. Wir werden uns zu dieser Kontrolle bekennen müssen. Wir brauchen diese Mittel aus dem Drittbereich, aber wir brauchen auch die Kontrolle dieser Mittel, gerade angesichts dieser prekären finanziellen Situation auf den Universitäten. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich komme schon zum Ende. Wie ein Hohn klingt mir und dem ganzen grünen Klub ein Satz aus der Regierungserklärung, in dem es heißt — das ist jetzt ein Zitat —: „Eine zukunftsorientierte Wissenschafts- und Forschungspolitik bildet einen zentralen Faktor für eine positive Entwicklung unseres Landes und für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben.“ Die Regierung bekennt sich dazu. Ist das nicht tatsächlich ein Hohn, wenn wir wissen, das Tausende Studenten streiken, daß keine Studienplätze vorhanden sind?

Smolle

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrter Herr Minister! Ich würde Sie bitten, zuerst einmal die erste und wichtigste Aufgabe zu erfüllen: Geben Sie den Hochschulen genügend Geld und Räume! Schaffen Sie die politischen, die geistigen und auch die materiellen Voraussetzungen, damit wieder ein qualitativ hochstehendes Studium an diesen Universitäten möglich ist! — Danke schön. (*Beifall bei den Grünen.*) ^{16.17}

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat sich zunächst der Herr Bundeskanzler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

^{16.17}

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie der Bundesminister für Finanzen in seiner gestern gehaltenen Budgetrede klar und überzeugend formuliert hat, hat die Bundesregierung unter anderem die Aufgabe, das Wachstum des Budgetdefizits stärker unter Kontrolle zu halten als zuletzt.

Dies — neben vielen anderen Gründen — auch aus dem Grund, die Leistungsfähigkeit des Staates gegenüber den Staatsbürgern längerfristig abzusichern und größere finanzielle Belastungen der Bevölkerung in künftigen Jahren nicht entstehen zu lassen.

Die in diesem Zusammenhang vorbereiteten Maßnahmen entspringen also nicht irgendeiner Willkür, sondern sind von der Verantwortung für die Zukunft getragen. Dies gilt auch und im besonderen für den universitären Bereich, zu dem zu Beginn der Beantwortung der heutigen Anfrage grundsätzlich Stellung genommen werden soll.

Die Hochschulpolitik seit 1970 war auf die Zielsetzung ausgerichtet, die universitären Einrichtungen allen Bevölkerungsgruppen zu öffnen und eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse herbeizuführen.

Im Rahmen der generellen politischen Zielsetzungen, die sich diese Bundesregierung zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft vorgegeben hat, stellen Ausbildung, Qualifizierung und eine zukunftsorientierte Wissenschafts- und Forschungspolitik Schwerpunkte dar.

Sowohl in der Regierungserklärung als auch im Arbeitsübereinkommen zwischen den Regierungsparteien wurden Aussagen dieses Inhalts getroffen und Maßnahmen, die diesen Zielen dienen sollen, dargelegt.

Folgende wichtige Entwicklungen in unserer Gesellschaft sind allerdings festzuhalten: Im Jahr 1961 erwarben 10,7 Prozent eines Altersjahrganges die Matura. 1985 waren es bereits 24,4 Prozent. Dadurch wurde der Zustrom zu den Universitäten überhaupt erst ermöglicht. 1960 begannen rund 7 000 Personen ein Studium an einer Universität. Im Wintersemester 1986/87 waren es nahezu 20 000.

Meine Damen und Herren! Seit 1970 hat sich die Anzahl der Studenten auf das Dreifache erhöht und liegt nun bei ungefähr 170 000. Der Anteil weiblicher Studierender stieg in diesem Zeitraum von 25 auf 44 Prozent.

Am Grundsatz der Öffnung der Hochschulen und Universitäten wird auch weiterhin festgehalten. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) Trotz der und unabhängig von budgetären Sparmaßnahmen, die in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen Platz greifen müssen, ist das Studium für österreichische Studenten kostenlos und wird es auch bleiben, es gibt keinen Numerus clausus, und es wird auch keiner eingeführt werden. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Die Ausgaben für die Universitäten und Hochschulen aus dem Bundesbudget sind in den vergangenen Jahren jeweils stärker angestiegen als die budgetären Gesamtausgaben und auch stärker als das Bruttoinlandsprodukt.

Einige prägnante Zahlen: Im Jahr 1980 haben die Ausgaben 8,8 Milliarden Schilling ausgemacht, 1985 waren es 13,4 Milliarden Schilling und im Bundesvoranschlag 1988 sind es 17,9 Milliarden Schilling. Die durchschnittlichen Ausgaben je inskribierten ordentlichen Hörer haben 1970 35 000 S ausgemacht, heute sind es nahezu 83 000 S.

Die Sozialaufwendungen des Bundes für Studierende werden heuer 2,9 Milliarden Schilling betragen. Für Studienförderungen, die bisher kontinuierlich in zweijährigem Abstand der Inflationsentwicklung angepasst werden, stehen heuer 598 Millionen Schilling zur Verfügung. Für 1988 ist eine Erhöhung um 3 Prozent vorgesehen, obwohl die Inflationsrate voraussichtlich niedriger sein wird.

Allein in den Jahren 1984 bis 1986, meine Damen und Herren, wurden jährlich über 1,5 Milliarden Schilling für Hochschulbauten ausgegeben. In den derzeit besonders an Raumnot leidenden Universitätsstandorten Wien und Graz stehen einige Ausbauprojekte und Neubauvorhaben in fortgeschrittenem Pla-

3740

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

nungsstadium beziehungsweise in Realisierung, zum Beispiel das 3. Institutsgebäude in Graz, zum Beispiel das Universitätszentrum Althanstraße II.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich sage das alles nicht, um hier eine Berühmungserklärung abzugeben, sondern um darauf hinzuweisen, daß aufgrund der — Herr Abgeordneter Smolle, ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen zum Glück — so rasant ansteigenden Anzahl der Studierenden an den Staat ebenso rasant wachsende Anforderungen gestellt werden. Diesen Anforderungen wird er nach besten Kräften gerecht, was noch nicht heißen muß, zu jedermanns Zufriedenheit, aber es sind auch viele andere Anliegen im Staat wahrzunehmen.

Ich komme nun zur Beantwortung der an mich gerichteten Fragen.

Zu Frage 1: Die letzte Anhebung der Studienbeihilfe erfolgte im Jahre 1985. Stellt man die durchschnittliche Studienbeihilfe des Wintersemesters 1981/82 der des Wintersemesters 1986/87 gegenüber, so zeigt sich, daß bei den Universitäten die durchschnittliche Beihilfenhöhe von 27 770 S auf 32 450 S und bei den Hochschulen künstlerischer Richtung von 28 990 S auf 34 620 S angestiegen ist. Im Jahre 1988 wird der Bundesminister für Finanzen zu Gesprächen über eine neuerliche Anpassung der Studienbeihilfen zur Verfügung stehen.

Frage 2 beantworte ich wie folgt: Die Ausnahmebestimmungen werden zur Vermeidung von sozialen Härten auf die spezifischen Gegebenheiten der Studierenden Rücksicht nehmen. Es ist vorgesehen, daß für diejenigen ordentlichen Hörer die Höchstgrenze zur Gewährung einer Familienbeihilfe von 27 Jahren erhalten bleibt, die die Studiendauer im Sinne des Studienförderungsgesetzes 1983 nicht überschreiten. Durch diese Regelung, die bereits vor mehr als einer Woche von der Bundesregierung im Grundsatz ausgearbeitet worden ist, werden beispielsweise jene Studierenden, für die durch die Ableistung eines Wehr- oder Zivildienstes, durch Berufstätigkeit vor Studienbeginn, durch Mutterschaft, durch Mangel an Ausbildungsplätzen oder unüberwindbare Hindernisse ein späterer Studienbeginn beziehungsweise eine Verzögerung des Studiums eingetreten ist, von der Herabsetzung der Altersgrenze ausgenommen.

Zu Frage 3: Ich habe gestern, kurz nach Bekanntwerden des endgültigen Ablaufs der

Studentendemonstration, den Verantwortlichen mitgeteilt, daß ich sie, gemeinsam mit den zuständigen Regierungsmitgliedern, zu einer Aussprache einlade.

Von dieser Aussprache kann kein Verhandlungsergebnis berichtet werden, da mit den Studentenvertretern keine Verhandlungen über ihre konkreten Anliegen geführt werden konnten. Das Gespräch mit einer Delegation der Studenten ergab nämlich, daß diese Vertreter über kein Mandat für eine inhaltliche Diskussion verfügen.

Ich habe daraufhin die Grundzüge der Hochschulpolitik der Bundesregierung dargelegt und ebenso wurden von mir und meinen Regierungskollegen die geplanten Maßnahmen im Hochschulbereich angesprochen, wobei im besonderen auf die in den betroffenen Ressorts in Ausarbeitung befindlichen Regelungen eingegangen wurde, die unter anderem für bestimmte Fälle eine flexible Handhabung der Altersgrenze bei der Familienbeihilfegewährung vorsehen.

Frage 4 beantworte ich wie folgt: Ich bekenne mich grundsätzlich zu einem konstruktiven Dialog, unter dem ich die Möglichkeit verstehe, mich mit den Anliegen der Studenten in sachlicher Art und Weise auseinanderzusetzen zu können. Für die mediale Aufbereitung eines derartigen Dialoges scheint manchen derzeit offensichtlich ein möglichst emotioneller Rahmen attraktiver. Die Anliegen und Fragen der österreichischen Hochschulen sind mir jedoch zu wichtig, um sie der Spontaneität von Demonstrationsveranstaltungen zu überlassen. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP*)

Ich habe daher den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung ersucht, gemeinsam mit der österreichischen Hochschülerenschaft Überlegungen anzustellen, in welcher Form ein zielführender Meinungsaustausch mit der Studentenschaft möglich sein wird. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP*) 16.28

Präsident: Ich erteile nunmehr dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung das Wort.

16.28

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Tuppy: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! (*Zwischenrufe bei den Grünen*.) Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Anliegen der Studenten (*der Präsident gibt das Glockenzeichen*), wie sie in

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Tuppy

der vorliegenden dringlichen Anfrage formuliert werden, werden von mir sehr ernst genommen. Ich möchte aber trotz der derzeitigen Schwierigkeiten darauf hinweisen, daß von seiten der Bundesregierung für die Universitäten und Hochschulen und für die Studierenden außerordentlich große Leistungen erbracht werden. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wenn man jemanden etwas fragt, dann sollte man eigentlich seiner Antwort zuhören und sie entgegennehmen. Herr Bundesminister, bitte. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP und Beifall des Abg. Dr. Dillersberger.*)

Bundesminister Dr. Tuppy (fortsetzend): Bedenken Sie, daß aus dem Budget jedes Jahr durchschnittlich über 80 000 S für jeden einzelnen Studenten zur Verfügung gestellt werden. Es ist auch, wie schon gesagt worden ist, international gesehen keine Selbstverständlichkeit, daß der Studienzugang offen ist, daß das Studium kostenlos ist. Gerade weil ich um die schwierige Situation der österreichischen Universitäten weiß, habe ich mich bei der Erstellung des Budgets 1988 für eine deutliche Steigerung des Universitätsansatzes eingesetzt.

Ich darf hier im Anschluß an die Budgetrede des Herrn Bundesministers Lacina darauf hinweisen, daß 1988 die für die Universitäten vorgesehenen Mittel um nahezu 6 Prozent zunehmen werden. Die Sachausgaben werden um 10 Prozent zunehmen.

Gleichzeitig konnte für den Bereich der Universitäten erreicht werden, daß es zu keiner Reduzierung der Planstellen kommen wird, daß also die notwendigen Personalerfordernisse erfüllt werden können. (*Abg. Dr. Pilz: Es geht auch um den Besuch!*)

Auch in dem für die Universitäten heute wesentlichen Bereich der Lehraufträge wird es 1988 eine bedeutende Ausweitung geben.

Ich möchte nun in der Folge zu den einzelnen an mich gerichteten Fragen Stellung nehmen.

Zur Frage 1, Bereitschaft zum Gespräch mit den Studenten: Diesbezüglich verweise ich auf die von Bundeskanzler Vranitzky soeben gegebene Antwort. (*Ironische Heiterkeit bei den Grünen.*)

Zu den Fragen 2 und 3, Hochschulpolitik, Lage in Österreichs Universitäten: Die Universitäten sind sicherlich infolge der noch

steigenden Zahl der Studenten gerade auch bei einem Kurs der Budgetkonsolidierung in einer schwierigen Lage. Katastrophal würde ich diese Lage jedoch nicht nennen. Ich muß nochmals darauf hinweisen, daß das Budget 1988 um über 5 Prozent höher ist als jenes von 1987. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Helene Partik-Pablé.*)

Ich habe bereits bei meinem Amtsantritt darauf hingewiesen, daß sich die österreichischen Universitäten und Hochschulen in einer schwierigen Lage befinden, weil es nicht gelungen ist, in Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur die damals sicher leichter durchsetzbaren Wünsche und Notwendigkeiten zu erfüllen.

Zur Frage 4, Forderungen der Studenten: Ich lehne prinzipiell keine der Forderungen der Studenten ab. (*Beifall bei der FPÖ und den Grünen.*) Ich bin zu einem konstruktiven Dialog mit den Vertretern der Hochschülerschaft bereit. Ich darf in diesem Zusammenhang betonen, daß es in wichtigen, die Studenten betreffenden Fragen stets eine Bereitschaft zum Gespräch mit der Hochschülerschaft gegeben hat und dies etwa in den Fragen der Stipendiennovelle auch in den letzten Monaten der Fall gewesen ist.

Zu den Stipendien: Ich halte die derzeitige Vergabepraxis der Studienbeihilfen für sozial gerechtfertigt. Ich bereite aber im Rahmen einer in Ausarbeitung befindlichen Novelle zum Studienförderungsgesetz eine Anpassung der Stipendienhöhe und der Bemessungsgrundlagen an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten vor.

Zur Wirtschaftsuniversität Wien: Diese Universität ist infolge einer an sich erfreulichen starken Expansion der Hörerzahlen in räumlicher und personeller Hinsicht in einer prekären Lage. Immerhin hat aber die Wirtschaftsuniversität in ihrem jetzigen neuen Gebäude eine doppelt so große Nutzfläche als früher. Zur Bereinigung der noch anstehenden Raumprobleme sind räumliche Erweiterungen vorgesehen. Vor allem ist ein Zubau im Rahmen des Universitätszentrums Althanstraße II beschlossen.

Darüber hinaus hat die Wirtschaftsuniversität Jahr für Jahr, auch in diesem Jahr, zusätzliche Planstellen erhalten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Wirtschaftsuniversität 60 Prozent ihres Lehrangebotes nicht über Planstellen, sondern über Lehraufträge abdeckt.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Tuppy

Herr Abgeordneter Smolle hat Vergleiche mit ausländischen Universitäten angestellt. Solche Vergleiche sind sinnvoll und beherzigenswert. (*Beifall bei Abgeordneten der Grünen.*) Aber sie sind dann ungerecht, wenn die inländischen Universitäten mit solchen ausländischen verglichen werden, an denen kein freier Zugang besteht, an denen es strikte Zulassungsbeschränkungen gibt. (*Abg. Dr. Schwimmer: Ja, Herr Smolle! — Abg. Ing. Hobl: Das ist alles kein Unterschied!*)

Die Bundesregierung bekennt sich — der Herr Bundeskanzler hat das auch gerade zum Ausdruck gebracht — zum offenen Zugang zur Universität, auch wenn dies vorübergehend große Schwierigkeiten bereiten mag, Schwierigkeiten, an deren Überwindung wir arbeiten. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)^{16.34}

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß der Geschäftsordnung kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf. (*Abg. Dr. Schwimmer: Smolle ist blamiert!*)

Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé. Ich erteile es ihr.

^{16.34}

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir Freiheitlichen sind nicht überrascht, daß die Studenten den neuesten Anschlag der großen Koalition zum Anlaß genommen haben, um laut zu demonstrieren.

Der Unmut, und zwar der begründete Unmut der Studenten ist ja nur zu verständlich, denn jahrelang hat die Sozialistische Partei unter sehr starker Assistenz der Österreichischen Volkspartei den Studenten alles versprochen, angefangen mit — und das hat heute der Bundeskanzler wiederholt —: Die Universität steht allen Bevölkerungsgruppen offen, Studium für alle, Posten für alle Akademiker, Studienbeihilfen für alle Bedürftigen! Alles, was man hören wollte, haben die Sozialisten mit ihrer Bildungspolitik versprochen.

Wir haben Sie immer davor gewarnt, Versprechungen zu machen, die Sie dann nicht einhalten können. Aber Kernstück Ihrer sozialistischen Bildungspolitik war (*Abg. Dr. Blenk: Beispiel!*), bei den Studenten unerfüllbare Erwartungen zu wecken und möglichst nie zu sagen, wie es in der Realität eigentlich wirklich ausschaut. (*Abg. Dr. Blenk: Woran denken Sie dabei? Das ist*

eine Pauschalierung, die Sie vornehmen!) Und dabei hat die Österreichische Volkspartei fleißig mitgeholfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere von der Sozialistischen Partei! Sie konzipieren Universitätsneubauten auf einer völlig verfehlten Prognose. Und es müssen dann am Ende dreimal so viele Studenten hinein, als geplant worden ist. So kommt es eben, daß die Wirtschaftsuniversität für 8 000 Studenten konzipiert ist (*Abg. Dr. Höchl: 12 000!*), schließlich aber 20 000 Studenten dort drinnen sind. (*Abg. Dr. Höchl: Einen völlig uninformierten Berater haben Sie!*)

Sie propagieren zwar Studium für alle, aber Sie sind nicht bereit, genügend „Planposten“ zur Verfügung zu stellen, die diese Studenten auch lehren sollen. Und so kommt es eben, daß auf der Philosophischen Fakultät in Wien 363 Studenten einem Professor gegenüberstehen. Auf dem Elektrotechnischen Institut auf der Universität Graz ist ein Professor für 131 Studenten verantwortlich. Bei den Wirtschaftswissenschaften in Wien kommen auf einen Universitätsprofessor 289 Studenten, meine sehr geehrten Damen und Herren. So ist die Situation in Österreich.

Sie dürfen sich daher auch nicht wundern, daß unsere Absolventen der Universitäten schlecht ausgebildet sind. Es ist ja wirklich kein Ruhmesblatt für Österreich, daß die Absolventen der einmal führenden Medizinischen Fakultät in Wien im Ausland nicht anerkannt werden, daß die fertigen Mediziner in führenden Ländern nicht anerkannt werden. Sie alle wissen ja, es gibt eine internationale Statistik, die die Qualifikation der Mediziner erhoben hat, und da rangiert Österreich an der 79. Stelle. (*Abg. Dr. Stumm voll: Und was habt ihr in drei Jahren Regierung getan?*)

Herr Minister Tuppy hat meine diesbezügliche Anfrage, nämlich wie er sich denn das erklärt, damit beantwortet, daß das daran liegt, daß unsere Studenten Sprachschwierigkeiten haben. Unsere Mediziner haben Sprachschwierigkeiten, das hat Herr Minister Tuppy gesagt. Er hat sich nicht an die Brust geklopft und gesagt, da müssen wir in Österreich irgend etwas ändern, sondern mit Sprachschwierigkeiten hat er das begründet. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere von der Sozialistischen Partei! Sie propagieren zwar das Studium für alle, aber im Grunde genommen kann nur der

Dr. Helene Partik-Pablé

intensiv studieren, der einkommensstarke Eltern hat oder dessen Eltern überdurchschnittliche Opfer auf sich nehmen. (*Ruf bei der SPÖ: Das war einmal!*) Viele Eltern tun das, sie nehmen ganz große Opfer auf sich, um das Studium zu ermöglichen. Der größte Teil der Studenten muß aber noch arbeiten gehen. Und Sie alle wissen, was das bei der jetzigen Arbeitsmarktsituation bedeutet, wo es ja kaum möglich ist, einen Ferialjob zu bekommen.

Und vielleicht noch etwas, das ist heute überhaupt nicht angeklungen, der Herr Bundeskanzler hat das nicht gesagt, Herr Minister Tuppy hat das nicht gesagt: Nur rund 10 Prozent der österreichischen Studenten erhalten eine Studienbeihilfe, 90 Prozent der Studenten haben keine Chance, eine Studienbeihilfe zu bekommen, weil die Richtsätze zu niedrig sind. Und nicht einmal für diese 10 Prozent der Studenten, die eine Studienbeihilfe bekommen, gibt es eine Erhöhung. Die letzte Erhöhung hat es in der kleinen Koalition 1985 gegeben. Jetzt wäre wieder eine fällig, aber sie kommt halt nicht.

So lösen Sie Ihre Versprechen ein, daß es Studienbeihilfen gibt für die Bedürftigen, daß es offene Universitäten gibt. Im Grunde genommen realisieren Sie nicht eine Ihrer Versprechungen. (*Abg. Dr. Blenk: Mein Gott, sind das Phrasen! Ist das schrecklich!*) Im Gegenteil, Studenten und deren Eltern werden neu belastet.

Herr Abgeordneter Blenk! Wenn Sie sagen, es sind Phrasen, daß die Studenten und die Eltern neu belastet werden, dann zeigt das halt nur, daß Sie nicht informiert sind. Denn die Eltern und die Studenten werden nicht nur belastet durch neue Preissteigerungen, nicht nur dadurch, daß sie auf ihrer Studienbeihilfe aus dem Jahre 1985 ohne Erhöhung sitzenbleiben, sondern die Eltern und Studenten werden auch dadurch belastet, daß die Familienbeihilfe generell — generell, sage ich — nur noch bis zum 25. Lebensjahr gewährt werden wird. (*Abg. Dr. Preiß: Das stimmt doch nicht!*) Na lesen Sie es doch einmal durch. Generell, selbstverständlich.

Die Ausnahmen, die der Herr Finanzminister auf Druck gestern angekündigt hat, möchte ich mir gerne anschauen, denn der Herr Finanzminister hat gesagt: Bis zum 27. Lebensjahr kann die Familienbeihilfe dann gewährt werden, wenn ein unüberwindbares Hindernis vorhanden ist. Aber ich möchte Sie fragen, Herr Finanzminister — er ist leider nicht da —: Was wird denn als

unüberwindbares Hindernis gelten? Wer wird denn bestimmen, weswegen man bis zum 27. Lebensjahr studieren darf? (*Ruf bei der ÖVP: Haben Sie gestern zugehört?*)

Ich glaube eher, das wird wieder einmal eine Bestimmung sein, die den Staatsbürger vor die Behörde zitiert, und er muß dort in untertäniger Haltung darlegen, was jetzt unzumutbar ist (*Beifall bei der FPÖ*) und was nicht, und die Behörde wird dann festlegen, was für den betreffenden Studenten beziehungsweise für die Eltern ein unüberwindbares Hindernis ist. Das ist die Einlösung Ihrer Versprechungen.

Sehr geehrter Herr Minister! Es sind nicht unbedingt die faulsten Studenten, die über das 25. Lebensjahr hinaus studieren. Denn die Dauer des Studiums hat auch sehr viel damit zu tun, wie die Universitäten ausgestattet sind, wie die Zustände an den Universitäten sind. Diese Zustände an den Universitäten sollten dringend verbessert, aber nicht verschlechtert werden.

Von der Maßnahme, daß die Familienbeihilfe generell bis zum 25. Lebensjahr ausgezahlt werden soll, sind besonders jene Studenten betroffen, die ein naturwissenschaftliches Studium absolvieren, die Technik studieren, denn da ist ja schon die programmierte Studienzeit relativ lange. Gerade bei diesen Studenten haben wir Engpässe bei den Ausgebildeten, und gerade diese Absolventen sollen ja dazu beitragen, daß Österreichs Wirtschaft wichtige Fortschritte macht.

Sie aber gehen den Weg, den Sie immer gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren sowohl von der Sozialistischen Partei als auch von der Österreichischen Volkspartei: Sie haben die Problemlösung „Modell Rasenmäher“. Das heißt, über alle Ausgaben gehen Sie gleichmäßig drüber. (*Abg. Staudinger: Genau das Gegenteil ist der Fall!*) Genauso wie jeder zweite Planposten eingespart wird, wird auch im Bildungsbereich und bei den Pensionisten vorgegangen. (*Abg. Dr. Blenk: Totale Desinformiertheit! — Abg. Staudinger: Sie wollen nicht hören!*)

Es ist ja sehr bezeichnend und zeigt auch das Modell Rasenmäher, wie Sie auch bei den Umschulungen einsparen. Da wird groß Propaganda gemacht, unter dem Titel „Bits and Bytes“ werden Umschulungsmaßnahmen empfohlen in EDV-Techniken, in Mikroprozessoren-techniken, und was übrigbleibt infolge der Kürzungsaktion ist die Werbung. Denn die Maßnahmen, die Kurse, die einem

3744

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Helene Partik-Pablé

Techniker zum Beispiel die wichtigen Kenntnisse geben sollten, in einem Betrieb, in dem er dann einmal beschäftigt sein wird, auch moderne Techniken anzuwenden, diese Kurse, die gibt es ganz einfach nicht mehr. Wie gesagt, die Werbung bleibt übrig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Freiheitlichen werfen der großen Koalition folgendes vor: Statt einen Aufholprozeß im universitären Bereich weiterzuführen, der nirgendwo so notwendig wäre wie in Österreich, nehmen Sie von dort die Mittel weg. Wenn auch der Herr Finanzminister gestern erklärt hat, die österreichische Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsabkommen zu einer zukunftsorientierten Wissenschafts- und Forschungspolitik bekannt, so kann ich mir nicht vorstellen, daß Sie dieses Ziel durchsetzen werden können, wenn Sie die Situation jener Leute verschlechtern, die heute an den Universitäten studieren, wenn Sie die Situation jener Leute verschlechtern, die in Zukunft mitverantwortlich dafür sein sollen, daß Österreich nicht auf den Stand eines Entwicklungslandes sinkt.

Der Herr Bundeskanzler Vranitzky hat heute gesagt, es werde dabei bleiben, daß das Studium kostenlos ist, und das werde sich auch nicht ändern. Ich glaube es ihm nicht ganz, und es stimmt auch nicht ganz, denn die große Koalition tut jetzt neben allen anderen Maßnahmen etwas anderes, und zwar führt sie auf Umwegen Studiengebühren ein. Denn es ist nichts anderes als die Einführung von Studiengebühren, wenn die Ersatzzeiten bei den Pensionen in Zukunft nicht mehr in den Bemessungszeitraum eingerechnet werden sollen, wenn sich jetzt jeder Student vor der Tatsache sieht, daß er die sechs Jahre seines Studiums mit 2 800 S pro Monat nachkaufen muß, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*) 2 800 S im Monat hat das Studium noch nie gekostet, so teuer war das Studium nie. (*Abg. Dr. Mayer: Das ist eine gewagte Behauptung!*)

Jeder Akademiker muß daher, wenn er in Pension geht, 200 000 S auf den Tisch legen, er kann es auch schon früher machen, um jene sechs Jahre dieser Zeit in den Bemessungszeitraum eingerechnet zu bekommen. Und das in einer Zeit, in der der Akademiker nicht mehr in der glücklichen Lage ist, daß er um soviel mehr verdient als ein Nichtstudierter, sondern, ganz im Gegenteil, in einer Zeit, in der ein Akademiker vielleicht sogar weniger verdient als ein Facharbeiter. (*Abg. Windsteig: Sie haben eine Idee! — Abg. Franz Stocker: Aber wir brauchen Facharbeiter!*)

— *Abg. Dr. Blenk: Ein Demagogerie!, nichts anderes!*

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Tuppy! Ich möchte mich auch an Sie speziell wenden. Ich kann mir schon vorstellen, daß Sie nervös werden (*Zwischenrufe bei der ÖVP — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), weil all Ihre Kürzungsmaßnahmen ganz einfach nicht nur unsinnig, sondern auch unpopulär sind. Da kann ich mir schon vorstellen, daß man nervös ist und versucht, einen Redner niederzuschreien. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aber ich wende mich ja an den Herrn Dr. Tuppy.

Herr Minister Dr. Tuppy! Als Sie noch Rektor an der Wiener Universität und Präsident der Akademie der Wissenschaften waren, da haben Sie meines Erachtens immer richtig Kritik geübt an der Wissenschafts- und Forschungspolitik. Sie haben große Worte gefunden, und wir alle haben eigentlich geglaubt, wenn jetzt ein Fachmann das Ministerium übernimmt, wird sich auch Entscheidendes ändern. Was wir jetzt aber bisher von Ihnen vernommen haben, war — ich muß es ehrlich sagen, ich möchte Sie aber nicht beleidigen — gleich Null. Sie fühlen sich nicht in der Lage, Museumswärter aufzutreiben, um die Museen offenzuhalten. Das war eigentlich das Pompöseste, was wir von Ihnen gehört haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das heißt also, den großen Worten des Herrn Dr. Tuppy folgten keine Taten. Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie hätten Österreichs Universitäten wirklich einen besseren Dienst erwiesen, wenn Sie bei der Wissenschaft geblieben und nicht in die Politik gegangen wären. (*Beifall bei der FPÖ. — Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Herr Kollege Blenk, ich kann mir schon vorstellen, daß Sie nervös werden. (*Abg. Dr. Khol: Das haben wir uns nicht gefallen zu lassen! Sie haben noch nichts geleistet!*) Ich kann mir schon vorstellen, daß Sie mich jetzt gerne niederbrüllen, wenn es um Ihren Minister geht. (*Abg. Dr. Khol: Sie haben noch nichts geleistet! Noch nichts!*)

Herr Kollege Khol! Ich brauche Ihnen meine Leistungen nicht nachzuweisen, Gott sei Dank. Das muß ich schon sagen. (*Abg. Dr. Khol: Ihr Urteil wurde aufgehoben!*) Ich habe überhaupt kein Urteil gefällt, ich bin nämlich nur ein Untersuchungsrichter. Sie sind völlig falsch informiert, Herr Kollege. (*Abg. Dr. Khol: Erinnern Sie sich an den Präsidenten der Industriellenvereinigung, den Sie eingesperrt haben! Dieses Urteil*

Dr. Helene Partik-Pablé

wurde aufgehoben!) Ich möchte mich jetzt nicht über meine Tätigkeit als Richter mit Ihnen auseinandersetzen. (Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ. — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen.) Im übrigen, das möchte ich Ihnen schon sagen, arbeite ich in meinem Beruf, daher brauche ich nicht zurückzukehren, ich bin ohnehin drinnen. (Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ. — Abg. Dr. Dillersberger: Das ist ja unerhört, was der Khol da gesagt hat!)

Weshalb Sie sich jetzt so aufregen, ist mir nicht ganz klar. Wissen Sie, Herr Abgeordneter Blenk und Herr Abgeordneter Khol, die sich jetzt so aufregen, in Ihrer eigenen Partei hat man doch vor einigen Tagen gehört, jedenfalls hat man es so in der Zeitung gelesen, daß drei Minister von Ihnen ausgewechselt werden sollen, und da war halt der Herr Dr. Tuppy dabei. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie, wenn Sie mit Herrn Dr. Tuppy so zufrieden sind, ihn auswechseln. (Abg. Dr. Khol: Das stand in der „Arbeiter-Zeitung“!)

Ich sehe schon, Sie wollen mir meine Redezeit verkürzen, und das möchte ich wirklich nicht zulassen. Ich glaube jedenfalls und kann hier den Standpunkt meiner Fraktion deponieren, daß die jüngste Entwicklung, die die große Koalition vorgezeigt hat, für Österreichs Jugend einen durch nichts zu beschönigenden Rückschritt bedeutet. Wir fordern die Verantwortlichen auf, diese Maßnahmen noch einmal zu überdenken und sie zugunsten der Studenten zurückzunehmen. (Beifall bei der FPÖ.) ^{16.48}

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Stippel. Ich erteile es ihm.

^{16.48}

Abgeordneter Dr. Stippel (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben im Augenblick in der Tat ein Problem zu behandeln, das uns alle angeht. Dessen bin ich mir sicher, dessen sind Sie sich im Plenum bestimmt ebenfalls ganz sicher.

Ich glaube nur, daß die Probleme, die hier anstehen, nicht unbedingt auf die Art und Weise gelöst werden können, wie es in den Intentionen der dringlichen Anfrage oder auch in manchen Passagen meiner Vorrrede durchgeklungen ist.

Meine Damen und Herren! Wir sollten die einzelnen Punkte gründlich analysieren, weniger polemisieren und dann versuchen,

gemeinsame Lösungsvorschläge zu erreichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zur Untermauerung dessen, was ich im Anschluß noch sagen möchte, noch einmal einige Zahlen und Fakten auszuführen, die bereits der Herr Bundeskanzler erwähnt hat.

Wir haben in Österreich derzeit die Situation, daß jeder achte Schilling für den Bereich Bildung, Schule, Wissenschaft und Forschung ausgegeben wird. Natürlich könnte man nun die Forderung aufstellen und sagen, daß jeder achte Schilling zu wenig ist und daß es jeder siebente, jeder sechste oder vielleicht sogar jeder Schilling sein müßte.

Doch wir alle, die wir hier im Hohen Hause Verantwortung tragen, wissen, daß es verschiedene Aufgaben durch den Staat zu lösen gilt, und wir müssen anerkennen, daß die Steigerungsraten im universitären Bereich in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gewesen sind, so deutlich, daß heute fast 18 Milliarden Schilling im Bereich Wissenschaft und Forschung vom Bund aus dem Bundesbudget zur Verfügung gestellt werden, wozu noch im kommenden Jahr auch Mittel aus dem Technologietopf und aus der ASFINAG-Finanzierung kommen werden.

Es wurde auch die Zahl von annähernd 83 000 S heute mehrfach erwähnt, die allein aus Bundesmitteln jedem Studierenden zur Verfügung gestellt werden.

Es wurde auch bereits darauf hingewiesen, daß sich die Zahl der Planstellen in den letzten fünf Jahren deutlich erhöht hat, was den universitären Bereich anlangt, und zwar von etwa 8 000 auf nahezu 13 000. Der Hochschulraum hat sich in dieser Zeitspanne verdoppelt, die Sozialaufwendungen für die Studierenden sind ebenfalls deutlich gestiegen und liegen heute bei einer Größenordnung von 4,2 Milliarden Schilling pro Jahr.

Nun ist uns schon bewußt, daß im selben Zeitraum — auch das wurde mehrfach erwähnt — die Zahl der Studierenden deutlich angestiegen ist und daß da und dort daraus Probleme entstanden sind, das steht zweifelsohne fest. Doch wurde auch gesagt — und ich bekenne mich dazu —, daß es eben die Bildungspolitik, eingeleitet durch eine sozialistische Alleinregierung, war, die es erst ermöglicht hat, daß so vielen jungen Menschen der Zugang zu den Universitäten in Österreich geschaffen werden konnte. (Beifall bei der SPÖ.)

3746

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Stippel

Meine Vorrednerin und auch der Herr Abgeordnete Smolle haben darauf hingewiesen, daß Studenten neben ihrer Studentätigkeit auch arbeiten müssen. Das trifft zweifelsfrei auf einen Teil der Studenten zu. Doch sich hier herzustellen und so zu tun, als ob alle Studenten eine zusätzliche Arbeit notwendig hätten, um ihr Studium zu finanzieren, ist schlicht und einfach falsch.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe auch etwas von einem Erbe vernommen, das es nun auszubaden gelte, oder etwas von einem Erbe vernommen, welches ein schlechtes gewesen sein soll.

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß das nicht ganz stimmt. (*Abg. Pöder: Das stimmt überhaupt nicht!* — *Abg. Haigermoser: Wer hat jetzt recht: der Minister oder der Abgeordnete?* — *Abg. Pöder: Wir!*) Es ist doch so — die Zahlen und Fakten beweisen es —, daß das Erbe ein gutes ist, daß Ihre Vorgänger, Herr Bundesminister, im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Frau Bundesminister Firnberg und Herr Bundesminister Fischer, gute Minister waren und daß sie ein gutes Erbe hinterlassen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die heutige Debatte beweist uns auch, daß das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein sehr wichtiges Ministerium ist, obwohl ich noch vor Jahresfrist von vielen Kollegen hier im Hause gehört habe, eigentlich sei das ein Ministerium, das man jederzeit einsparen könne. Ich weiß also nicht, ob diese Einschätzung richtig war. Wäre es richtig gewesen, dann hätten wir die Diskussionen in diesem Bereich wahrscheinlich auf ganz andere Ebenen wesentlich intensiver verlagert.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es soll jedoch von mir nicht der Eindruck erweckt werden, als ob wir nicht Probleme in diesem Lande hätten. Gerade die heutige Diskussion, erste Lesung des Bundesvoranschlauges 1988, beweist, daß wir viele Probleme in diesem Staate zu lösen haben.

Trotzdem gilt für mich der Satz, daß Investitionen in Bildung zugleich wichtige Investitionen in die Zukunft sind. Und wenn wir uns an diesen Satz halten, daß Investitionen in Bildung wichtige Investitionen in die Zukunft sind, dann müssen wir uns — nicht nur heute, sondern permanent — unserer studentischen Jugend annehmen. Wir taten das, und wir tun das auch. Ich werde das zu beweisen versuchen.

Wenn in wirtschaftlich schwieriger gewordenen Zeiten alle Bevölkerungsgruppen aufgerufen sind, mitzuhelpen, damit die Zukunft unseres Landes weiter gedeihlich sein kann, dann müssen sich auch alle dazu bekennen und können nicht nach dem Florianiprinzip handeln.

Wenn sich nach gewissen Grundvorstellungen, wie man Sparmaßnahmen setzen könnte, herausstellt, daß es da oder dort (*Abg. Freda Blau-Meissner: Das habe ich erwähnt!*) — wenn uns die Betroffenen auch darauf aufmerksam machen, Frau Abgeordnete — neue Überlegungen anzustellen gilt, dann werden wir das tun.

Und das tun wir etwa auch, Frau Abgeordnete Blau-Meissner, in der Frage der Familienbeihilfe. Zunächst sagte man: Wir gewähren die Familienbeihilfe bis zur Altersgrenze von 25 Jahren. — Klang zunächst als durchführbar. Konfrontiert mit der Tatsache, daß man diese Grenze nicht generell auf alle anwenden kann, wurden sofort neue Überlegungen angestellt. (*Abg. Freda Blau-Meissner: Zuerst mit den Betroffenen reden!*)

Ich darf noch einmal wortwörtlich zitieren, was der Finanzminister gestern in seiner Budgetrede gesagt hat, obwohl der Herr Bundeskanzler das ebenfalls vor wenigen Minuten von der Regierungsbank aus schon getan hat — ich zitiere —:

„Die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Familienbeihilfe auf 25 Jahre wird so vorgenommen werden, daß auf spezifische Gegebenheiten der Studierenden Rücksicht genommen wird. Zwischen den für diese Fragen zuständigen Ressorts ist bereits vor einigen Tagen vereinbart worden, daß in einer Reihe von Fällen auch in Zukunft die Gewährung der Familienbeihilfe und die sonstigen daran angeschlossenen Begünstigungen bis zum 27. Lebensjahr aufrechthaben. Solche Gründe sind beispielsweise durch die Erfüllung der Wehrpflicht oder des Zivildienstes“ — der Bundeskanzler hat auch noch ergänzt „durch Karenzzeiten“ —, „die Absolvierung einer berufsbildenden höheren Schule, durch Krankheit oder durch den Mangel an für das Studium notwendigen Ausbildungsplätzen oder andere unüberwindbare Hindernisse in Kauf zu nehmende Verzögerungen gegeben. Diese Regelung wird analog für jene gelten, die zwischen abgeschlossener Schul- oder Berufsausbildung und dem Beginn des ordentlichen Studiums eine berufliche Tätigkeit ausgeübt haben.“

Dr. Stippel

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit wird sichergestellt werden, daß derjenige, der es braucht, auch weiterhin so wie bis jetzt bis zum 27. Lebensjahr in den Genuss der Familienbeihilfe kommt.

Oder ein zweites Beispiel: die Frage der Stipendien. Obwohl wir uns nicht in einer Studienförderungsdiskussion befinden — die wird es laut Auskunft des Herrn Bundesministers im Jahr 1988 geben, bei einer Novellierung des Studienförderungsgesetzes —, möchte ich denn doch auf gewisse Ungerechtigkeiten hinweisen, die sich allein aus unserer Finanzgesetzgebung ergeben, auf Ungerechtigkeiten zwischen Kindern, deren Eltern Selbständige sind, und Kindern, deren Eltern unselbstständig erwerbstätig sind.

Ich stelle diesen mir wichtig erscheinenden Punkt zur Diskussion, meine, daß wir uns jetzt schon überlegen sollen, wie wir in einem Jahr nicht nur eine generelle Erhöhung der Studienförderungen hier beschließen, sondern auch Neuüberlegungen in ein novelliertes Studienförderungsgesetz in der Richtung einbringen können, daß mehr Gerechtigkeit als bisher innerhalb der Studentenschaft entstehen kann, was die Anspruchsberechtigung betrifft. (Beifall bei der SPÖ. — Präsident Dr. Marga Hubinek übernimmt den Vorsitz.)

Ich weiß nicht, ob tatsächlich heuer für die Studienförderung nicht noch mehr Mittel drinnen gewesen wären, denn die Steigerungen in den letzten Jahren waren wesentlich höher als die 19 Millionen Schilling, die für das Jahr 1988 zur Verfügung stehen werden.

Vielleicht wäre mehr Dynamik seitens des Ressorts erforderlich gewesen, mehr Dynamik auch — ich darf das etwas kritisch vermerken — in manchen Fragen des Hochschulbaues. Die Entwicklung der letzten Tage, was den Ausbau der Veterinärmedizinischen Universität anlangt, gefällt mir nicht, ich sage das mit aller Deutlichkeit. Die Planungen sind fertiggestellt, die Grundstücke gekauft, die ehemaligen Grundstückseigentümer in Wien-Kagran abgelöst worden, die jetzt überhaupt nicht verstehen, warum sie ihre Grundstücke haben hergeben müssen. Der Beginn der Bauverhandlungen wurde hinausgezögert.

Ich anerkenne, wenn das Land Niederösterreich dem Bund helfen will, das ist positiv. Ich glaube aber, daß das Land Niederösterreich dem Bund helfen würde, würde es andere universitäre Einrichtungen, für die es heute noch keine konkreten Planungen gibt, fördern und

entsprechende Ansiedlungsmöglichkeiten in Niederösterreich bieten.

Ich weiß auch nicht ... (Abg. Fux: *Einen Ministerienneubau, der geplant ist, verschieben!*) Was meinen Sie, Herr Kollege Fux? — Man kann bestimmt über viele Dinge reden, aber ich rede hier konkret über den Bau der Veterinärmedizinischen Universität, und glaube, daß die Frage an und für sich gelöst wird. (Abg. Dr. Schüssel: *Das kostet 3,5 Milliarden Schilling! Das ist doch irr, so etwas!*) Kollege Schüssel, unterhalten wir uns nachher, ich habe nur 20 Minuten Redezeit zur Verfügung und möchte noch eine ganze Menge sagen. (Abg. Dr. Schüssel: *Es ist doch vernünftig, nachzudenken, ob das jetzt sinnvoll ist!*)

Wozu haben wir dann die Planungen gemacht, Kollege Schüssel, wozu wurde das Grundstück angekauft? Ich verstehe Ihren Einwand nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Noch etwas zur Dynamik seitens des Ressorts. Es schiene mir tatsächlich auch wichtig, weniger wahlkampfunterstützend für irgendwelche wahlwerbende Gruppierungen tätig zu werden. Ich glaube, daß derzeit alle Kraft seitens des Hohen Hauses notwendig ist, um im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen die anstehenden Probleme zu lösen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich halte das, was die Studenten fordern, für nicht ungerechtfertigt. (Beifall des Abg. Smolle.) Ich glaube, daß über alle Punkte ihrer Forderungen in sachlicher Atmosphäre geredet werden muß. Ich muß den Studenten nur eine Illusion nehmen: nämlich jene Illusion, die sie einem Papier heute zugrundegelegt haben, daß alle ihre Forderungen ein minimales Forderungspaket sind, über das man gar nicht mehr weiterreden soll, das ganz einfach in seiner Gänze angenommen werden muß, sonst wird es weiterhin Krawall geben. Das ist, glaube ich, auch keine richtige Einstellung. Unter diesem Druck verhandeln zu müssen, wird sicherlich nicht jene Ergebnisse bringen können, die wir dann bekommen können, wenn wir in einer sachlichen Atmosphäre miteinander reden.

Noch etwas an die Adresse der Studentenschaft gerichtet. Wir sind bereit, über ihre ureigensten Problemkreise zu reden. Aber wir können nicht über eine generelle Politik, über generelle Maßnahmenpakete reden, die die Studentenschaft direkt gar nichts angehen.

Dr. Stippel

Das heißt, ihre ureigensten Probleme und Forderungen mit ganz anderen Dingen zu verquicken und gleich alles über die grüne Wiese hinweg zu verlangen, wird nicht möglich sein. Und zwar wird das deswegen nicht möglich sein, weil ich der festen Überzeugung bin, daß wir alle gemeinsam auch in Zukunft an jenem Motto festhalten sollen, das da heißt: Investieren in Bildung bedeutet Investitionen in die Zukunft. Und dies trotz oder gerade wegen der derzeitigen Probleme, die es auch in Zukunft zu lösen gelten wird. (*Beifall bei der SPÖ.*) 17.05

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Blenk. Ich darf ihm das Wort erteilen. (*Abg. Smolle: Herr Kollege Blenk, jetzt höre ich zu!*)

17.05

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Das freut mich, Herr Kollege Smolle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich möchte am Beginn dieses meines Beitrages zu der dringlichen Anfrage einige Dinge außer Streit stellen, weil ich davon ausgehe, daß sie tatsächlich Allgemeingut in diesem Hause sind.

Ich meine damit zunächst einmal das ganz klare Bekenntnis und die Überzeugung, daß wir alles tun müssen, gemeinsam tun müssen, um unsere hohen Schulen, um die Universitäten in jeder Richtung so zu entwickeln, daß sie die Offenheit, die wir heute schon mehrfach apostrophiert haben, beibehalten können, eine Offenheit allerdings, die umfassender ist als die reine Zugangsoffenheit — vielleicht habe ich noch Zeit, dazu etwas zu sagen —, um ganz allgemein den Bildungsstand zu erhöhen, die Effizienz und die Effektivität unserer Universitäten zu vergrößern, soweit und so gut es geht.

Ich glaube, wir sollten und werden auch außer Streit stellen, daß wir alle die Notwendigkeit bestmöglicher Studienvoraussetzungen im breitesten Sinne akzeptieren, daß wir auch die Studienförderung als ein ganz essentielles Element der Studienvoraussetzungen ansehen und damit natürlich auch entsprechende soziale Notstände abdeckende Stipendien.

Schließlich, meine Damen und Herren, sollten wir uns auch einig finden in der Erkenntnis und in der Einsicht, daß die Situation an den hohen Schulen im Laufe der letzten Jahre — man kann ruhig sagen, der letzten 10, 15 Jahre — eine kritischere geworden ist; ob

wir den Begriff „Massenuniversität“ verwenden oder nicht, sei dahingestellt. Aber es gibt gewisse Vergleichswerte, die aufzeigen, wie sich die Situationen entwickeln. Etwa das Problem des sogenannten Betreuungsverhältnisses, des Verhältnisses von Lehrenden zu Studierenden, das im Laufe der letzten 15 Jahre doppelt so schlecht geworden ist, und zwar von 1:11 zu 1:23.

Derzeit gibt es im Schnitt — mit großen Unterschieden, auf das wurde schon hingewiesen — pro Universitätslehrer 23 Studierende; vor 15 Jahren waren es 11. Ähnlich ist es bei den Raumverhältnissen. Daher diese umfassenden Hilferufe aller Universitäten verschiedenster Art.

Nur, meine Damen und Herren, eines müssen wir dazu sagen: Das ist nicht eine Sache, die wir im letzten Jahr entdeckt haben und die wir nun einer Regierung vorhalten dürfen, die erst seit wenigen Monaten im Amt ist. Das ist eine Entwicklung, meine Damen und Herren, die Jahre zurückgeht. Wir stehen unter dem Diktat der leeren Kassen, wie immer man die Belastungssituation, die diese neue Regierung vorgefunden hat, bewertet. Wir stehen vor der Tatsache, daß ... (*Abg. Fux: Warum hat man früher nichts gemacht?*) — Leider, Kollege Fux, habe ich nur 20 Minuten. Ich wollte einige Dinge eigentlich außer Streit stellen und hoffe, wir treffen uns dort.

Wir stehen vor der Tatsache, daß wir nur zwei Möglichkeiten vor uns hatten. Die eine Möglichkeit wäre gewesen, die Belastungen und die Ausgaben unbegrenzt in allen Bereichen weiterzuführen, die andere Möglichkeit ist, ein umfassendes Spar- und Renovierungs-, ein Sanierungsprogramm zu starten.

Zu letzterem hat sich diese große Koalition, diese Bundesregierung — ich würde sagen —, Gott sei Dank und zwingenderweise entschlossen, mit einer Konsequenz, die natürlich allgemeine Opfer verlangt — ich will darauf im einzelnen gar nicht eingehen.

Aber ich möchte nur eines sagen, Frau Kollegin Partik-Pablé, Sie haben mit schönen griffigen Formulierungen die jüngsten paar Monate der neuen Koalitionsregierung quasi verantwortlich gemacht für das, was die letzten Jahre und Jahrzehnte geschah.

Eines muß ich Ihnen sagen: Das neue Budget hat mit dem, was Sie „Rasenmäherfunktion“ nennen, aber schon gar nichts zu tun. Ich unterstelle Ihnen zu Ihren Gunsten, daß Sie die Unterlagen noch nicht angeschaut

Dr. Blenk

haben. Ich sage Ihnen zum Beispiel, daß zwei der Bereiche, die heute Gegenstand, zentraler Gegenstand dieser dringlichen Anfrage sind, nämlich der Sozialbereich und der Wissenschaftsbereich, zusammen 72 Prozent der gesamten Budgeterhöhung absorbieren. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Das hat doch damit nichts zu tun!*)

Ja, wenn es für Sie nichts zu tun hat, dann heißt das, daß Sie das alles nicht interessiert, was Fakten sind. Ich habe Ihnen zugehört. Es war fast beschämend, wie Sie über die Dinge „hinwegglitschen“, nur um ein paar griffige Formulierungen zu haben. Das muß ich Ihnen schon sagen.

Meine Damen und Herren! Eine solche dringliche Anfrage einzubringen in einer Phase, in der in einem wirklich eindrucksvollen Maße der Wissenschafts- und Forschungsbereich eine Erhöhung von — wenn wir jetzt den Technologiefonds dazu nehmen — über 1 Milliarde Schilling ausweisen kann — hierfür fehlt mir jedes Verständnis. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sehe natürlich den Anknüpfungspunkt für die heutige dringliche Anfrage. Aber verzeihen Sie, meine Kollegen von der freiheitlichen Fraktion, wenn ich davon ausgehe, daß Sie etwas blind unterschrieben haben, was Ihnen vorgelegt wurde. Denn ich kann nicht annehmen, daß Sie die Sätze gelesen oder gar den Inhalt gewertet haben. Denn der — Pardon — Unsinn, der da drinnen steht, der ist also schon makaber oder zumindest bemerkenswert. (*Zwischenruf des Abg. Fux.*)

Herr Kollege Fux, bevor Sie etwas sagen, lese ich Ihnen einen Satz vor, den Sie vielleicht mitunterschrieben haben. Hier heißt es: „170 000 Studierende, 13 000 Universitätslehrer und 300 000 Eltern sind von diesem Angriff auf die sozialen Rechte der Studierenden betroffen.“ Um welche Maßnahmen es sich handelt, haben wir gehört. Sie haben nicht einmal gewußt, worum es hier geht, bitte schön, denn der einzige Anknüpfungspunkt, den ich in allen Diskussionen mit den Studenten gefunden habe, und der unmittelbare Anlaß für die Demonstration war die beabsichtigte Herabsetzung der Altersgrenze für die Familienbeihilfenausschüttung vom 27. auf das 25. Jahr.

Diese Regelung, meine Damen und Herren, haben wir — und das wurde heute sowohl vom Herrn Bundeskanzler wie vom Herrn Bundesminister für Wissenschaft und For-

schung dargelegt — in einem Maße getroffen, daß es allen Studentenvertretern, auch den kritischsten, mit denen wir heute gesprochen haben, akzeptabel erscheint. Nämlich daß man sagt, es soll so bleiben wie bisher, aber nur für jene, die tatsächlich bedürftig sind, die tatsächlich Gründe haben — von Militärdienstleistung über Schwangerschaft bis zu entsprechend langen Studien — und die letztlich auch die entsprechenden Studienerfolge aufweisen. Ich möchte also sagen, das ist ein schlechter Aufhänger für eine derartige, ich würde schon sagen, obstruktive Anfrage, wie Sie sie hier vorgelegt haben.

Aber bitte, mir ist natürlich klar, worum es geht. Kollege Smolle hat gesagt, das hat nichts mit Politik zu tun. Herr Kollege Smolle, gestern sind Sie angeblich mit an der Spitze der ganzen sogenannten Demonstrationszüge gelaufen. Mein Kollege Ermacora hat mir gesagt, Sie hätten ihm auf die Frage: „Wie geht's?“ gesagt: „Danke, es läuft alles recht gut, wir sind sehr zufrieden.“ (*Zwischenruf des Abg. Smolle.*)

Nun sage ich Ihnen etwas anderes: Natürlich ist es eine politische Aktion und keine soziale. Deswegen hätte ich gar nicht den Text Ihrer dringlichen Anfrage gebraucht, denn Sie sagen dort noch etwas, meine Damen und Herren von der freiheitlichen Fraktion. Sie sind hier hineingefallen, Sie sagen dort, die Studenten haben klargestellt, und damit auch wir, daß es natürlich nicht um die Verteidigung sozialer Privilegien geht, sondern es geht darum, sich mit den Opfern der einseitigen Politik der Bundesregierung zu solidarisieren. (*Beifall des Abg. Smolle.*) Und da sagen Sie, Herr Kollege Smolle, das sei kein politische Aktion?!

Etwas weiteres zum politischen Aspekt der ganzen Geschichte: Ich habe mir die Mühe gemacht und mir das eindrucksvolle Erlebnis zukommen lassen, nicht nur mit ein paar demonstrierenden Studenten, die wahrscheinlich überwiegend gutmeinend waren, zu reden ... (*Zwischenrufe der Abgeordneten Smolle und Fux.*)

Präsident Dr. Marga Hubinek: Ich würde doch vorschlagen, den Redner ausreden zu lassen. Er hat lediglich 20 Minuten Zeit, und ich würde es als unkollegial empfinden, ihn dauernd zu unterbrechen.

Abgeordneter Dr. Blenk (*fortsetzend*): Bitte, hören Sie mir jetzt zu. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Frau Präsident, das ist sehr einseitig! Er hat mich dauernd unterbro-*

3750

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Blenk

chen!) Ich habe Sie nicht unterbrochen. Ich habe nur einen Zwischenruf gemacht oder zwei.

Ich war vorgestern im Auditorium maximum der Universität Wien, meine Damen und Herren, und ich habe dort einige Dinge gehört, die es wert sind, erzählt zu werden. Ich habe mir etwa eine dreiviertel Stunde lang die Diskussion im Auditorium maximum angehört, und zwar nicht versteckt, sondern ich stand vorne in der ersten Reihe hinter den Bänken.

Wissen Sie, was ich dort gehört habe? — Sehr interessante Dinge. Zunächst einmal wurde gelegentlich von Studenten, wenn sie das Mikrofon erwischten, gesagt: Ja bitte, warum machen wir das alle hier in einem so illegalen oder zumindest nicht gewählten Kreis, wir haben doch vor kurzem Hochschulwahlen gehabt? Warum betraut ihr nicht die aufgrund von Hochschulwahlen gewählten Funktionäre damit? Darauf hat es geheißen: Die gewählten Funktionäre der Hochschülerschaft haben hier nichts zu tun. Erstens haben sie nichts mit der Vorbereitung dieser ganzen Geschichte zu tun, und zum zweiten — und jetzt bringe ich ein wörtliches Zitat, das mich, Herr Kollege Smolle und Frau Partik-Pablé, ein bißchen erinnert an gelegentliche Passagen Ihrer Beiträge von heute — hat der Wortführer dieses Aktionskomitees gesagt: Kollegen, bitte argumentieren wir ja nicht mit dem Verstand, das ist zuwenig, wir müssen aus dem Bauch heraus und mit Emotion argumentieren.

Bitte, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nur, diese Emotion und dieses Ausdem-Bauch-heraus-Argumentieren ist halt ein bißchen wenig — darauf hat schon der Herr Bundeskanzler mit Recht verwiesen —, wenn es um so entscheidende Fragen wie die Zukunft der Österreichischen Hochschülerschaft geht.

Ich habe heute nachmittag mitangehört eine Delegation der Technischen Universität Wien, und ich sage Ihnen eines: Diesen Vertretern der Technischen Universität Wien, die uns Resolutionen übergeben haben, von denen sie sagten, das seien Resolutionen der gesamten Hochschülerschaft, geht es um andere Probleme — in Klammer: natürlich nicht um soziale Dinge, sondern um politische Solidarisierung.

Da heißt es etwa in der Resolution, bevor Maßnahmen gegen Studenten ergriffen würden, verlange man zunächst, daß die Kapital-

besitzer, die Unternehmer, die Bezieher von großen Einkommen getroffen werden — das wird alles vom Tisch gewischt —, daß die Quellensteuer eingeführt wird, daß die Wertschöpfungsabgabe eingeführt wird, daß die Höchstbeitragsgrundlagen für die Sozialversicherung erhöht werden, daß die Abschreibungsmöglichkeiten für Lebensversicherungen abgeschafft werden und so weiter, und so fort.

Meine Damen und Herren! Hier geht es ganz eindeutig um politische Weichenstellungen, um ganz klare politische Zielsetzungen, die neben der gewählten Hochschülervertretung herlaufen.

Ich wiederhole noch einmal: Ich habe im Auditorium maximum gehört, wie die Herren vorne am Pult gesagt haben: Was, die offiziell Gewählten? Bitte, wir werden nicht umhinkommen, daß wir sie irgendwann einmal dazulassen, aber mit uns haben die nichts zu tun. Das paßt zu dem, was der Herr Bundeskanzler heute gesagt hat: Die Leute, die sich bei ihm gemeldet haben, haben dann auf die ganz konkrete Frage: Haben Sie einen Auftrag? sagen müssen: Nein, Auftrag haben wir natürlich keinen.

Und als letztes zu diesem Punkt. Im Papier, das uns heute von den Studenten übergeben wurde — und jetzt frage ich Sie, vor allem von der freiheitlichen Fraktion, was Sie von der Seriosität der Unterschrift unter die heutige sogenannte dringliche Anfrage, die nur politische und nicht soziale Aspekte zum Hintergrund hat, halten —, hat es geheißen: Wir, die Vertreter der TU, zumindest die, die dort waren, distanzieren uns — ich zitiere wörtlich, ich habe leider nicht mehr Zeit — aufs schärfste von der Politik des Zentralausschusses der ÖH. Dort ist es reines Profilierungsbe mühen. Es geht denen nicht um die Sache, daher heißt es weiter: Der Zentralausschuß hat keine Berechtigung, diese Aktionen nun als sein Verdienst zu reklamieren, denn wir waren die ersten, und daher sind wir dagegen, daß die das tun.

Ich höre schon auf, Sie weiter zu informieren über das, was hier tatsächlich geschieht, aber ich sage Ihnen nur eines, meine Damen und Herren ... (*Zwischenruf des Abg. Wabl*) — Herr Wabl, mich wundert, das Sie heute nicht gesprochen haben, Sie waren nämlich ein Wortführer da draußen. Aber: Wir alle, die wir hier sitzen, meine Damen und Herren, sollten eines, glaube ich, von dieser Debatte mitnehmen — ich habe vorweg versucht, einige grundsätzliche hoffentlich unge-

Dr. Blenk

teilte Erkenntnisse und Bekenntnisse außer Streit zu stellen —: Wir sollten mitnehmen die Erkenntnis, daß diese ganze ungeheure, zukunftsorientierte — ich pflichte all dem bei, was hier gesagt wurde — Problematik unserer in einer kritischen Lage befindlichen hohen Schulen nicht Gegenstand einer eine- steils durch bewußte Fehlleitung, teils durch mangelnde Information, durch Fehlinformation herbeigeführten Riesenaktion sein sollte. Eine Aktion, bei der die Studenten draußen, wenn sie tatsächlich informiert wären, überhaupt — davon bin ich überzeugt — zum größten Teil nicht mitgemacht hätten. Denn ich habe hier ein Flugblatt, in dem ich zum Beispiel lese: Wir verlangen: Keine Kürzungen im Sozialbereich — ich wiederhole, fast 5 Milliarden Schilling mehr im Sozialbereich —; weiters: keine Kürzung im Forschungs- und Wissenschaftsbudget — bei einer Milliarde mehr im Wissenschaftsbudget; dann: keine Kürzung der Lehraufträge, gibt es nicht, im Gegenteil; weiter: keinen Ausverkauf der Unis. Na bitte schön, was soll das?

Ich sage nur noch einmal: Alle Argumente, die zu dieser Demonstration geführt haben, von den Herren Smolle, Wabl und Co hier ins Haus — ich würde sagen, in der ihnen eigenen Art — transportiert wurden und die, ich hoffe, nicht wissend, worum es geht, von den Freiheitlichen mitgetragen werden, all diese Aktionen sind nicht zum Nutzen der Zukunft unserer hohen Schulen. Ich würde hoffen, daß Sie künftig diese Dinge ernster, bewußter, gewissenhafter und verantwortungsvoller behandeln. — Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{17.21}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächste zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Blau-Meissner. (*Zwischenruf des Abg. Wabl.*)

Ich würde den Herrn Abgeordneten Wabl bitten, doch zu erlauben, eine seriöse Debatte zu führen. Wenn Sie dauernd stören, wird das sehr schwierig sein. (*Abg. Wabl: Was ist das für ein demokratisches Parlament, das von einer „sogenannten“ Anfrage spricht?*)

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Wabl.*) Sie lassen nicht einmal Ihrer eigenen Fraktionskollegin das Wort.

Bitte, Frau Abgeordnete.

^{17.21}

Abgeordnete Freda Blau-Meissner (Grüne): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr

Minister! Meine Damen und Herren! Wenn man dem Herrn Bundeskanzler aufmerksam zugehört hat, könnte man wirklich meinen, die Studenten sind am falschen Dampfer, sie erliegen ihrer eigenen Paranoia, ihrem Verfolgungswahn. Sie hätten erst einmal dem Herrn Bundeskanzler zuhören sollen, damit sie endlich wissen, wie schrecklich gut es ihnen geht und wie verschwenderisch man mit Geld für sie umgeht. (*Beifall bei den Grünen.*) Dann hätten sie auch gewußt, sie hätten nicht zu demonstrieren brauchen.

Es wurde der Ruf nach sachlicher Atmosphäre laut. (*Ruf bei der SPÖ: Das wollen wir!*) Fein, wir wollen eine sachliche Atmosphäre. Meine Damen und Herren! Diese sachliche Atmosphäre herrscht hier seit Jahren. Und offensichtlich ist in dieser sachlichen Atmosphäre nicht das Notwendige getan worden, um die ärgsten Sorgen und Befürchtungen unserer Studentinnen und Studenten zu zerstreuen, und deshalb mußten sie auf die Straße gehen.

Herr Bundeskanzler Vranitzky hat hier jongliert mit abstrakten Zahlen, aber ich fürchte, er hat die Lebenswirklichkeit ignoriert. Herr Bundeskanzler! Ich frage Sie: Wann waren Sie das letzte Mal bei diesem Inskriptionszirkus, anders kann ich es gar nicht nennen, der sich da jedes Jahr zweimal in unseren Universitäten abspielt? Wann waren Sie das letzte Mal in einem dieser überfüllten Hörsäle, wo die Leute nicht mehr stehen und schon gar nicht mehr atmen können? (*Ruf bei der ÖVP: Wann waren Sie das letzte Mal dort?*)

Zum Bau, zur Beengung. Vielleicht könnten wir einmal statt Straßen, Straßen, Straßen, statt Kraftwerken, Kraftwerken, Kraftwerken schleunigst die in Angriff genommenen Universitätsgebäude fertigstellen, vielleicht könnten wir sogar einmal umschichten und Raum schaffen für unsere Studenten. (*Abg. Dr. Schüssel: Das ist von Ihnen abgelehnt worden! Das haben wir gestern beschlossen!*)

Meine Damen und Herren und zum Teil auch Eltern! Eltern, denen am Wohl ihrer Kinder gelegen ist — es gibt anscheinend gar nicht so wenige —, wünschen sich, daß ihre Kinder eine möglichst gute Ausbildung erhalten, das ist wohl eine Binsenwahrheit, eine Banalität: eine gute Berufsausbildung oder ein gutes Studium. Je gründlicher, desto besser, das ist eine Chance im Leben! Das ist ihre Chance beruflich, aber auch als Menschen. Und alle Eltern werden helfen, soviel sie können. (*Abg. Dr. Schüssel: Warum haben Sie gestern gegen die Novelle zur ASFINAG gestimmt?*)

Freda Blau-Meissner

Meine Damen und Herren! Studieren ist kein Privileg und keine Gnade, das ist eine Investition in die Zukunft dieses Landes. Für unsere Studentinnen und Studenten sind allemal die Eltern die Alma Mater gemeinsam mit dem sogenannten Vater Staat. Und wenn der ausläßt, dann wird es schon bedenklich für die Studenten.

Meine Damen und Herren! Wir haben es öfter erlebt: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Bitte fragen Sie sich doch, warum diese jungen Leute Angst haben! Und sie haben Angst, wir haben mit ihnen gesprochen. Wir haben bestimmt niemanden aufgehetzt, wir haben sie zur Besinnung und zum Frieden ermahnt. (*Ironische Heiterkeit und Widerspruch bei SPÖ und ÖVP.*) Sehen Sie, das zeigt wieder Ihren bösen Willen. Wir haben sie zur Friedlichkeit aufgerufen und zu nichts anderem. Aber das ist anscheinend so fern Ihrem Denken, daß Sie von sich auf andere schließen müssen und immer nur meinen, man agitiert und agitiert. Ihre Reaktion enthüllt Sie und sagt nichts über uns aus. Wir nehmen nämlich die Sorgen und die Ängste unserer Kinder ernst. (*Abg. Dr. Schüssel: Warum haben Sie gestern gegen die ASFINAG gestimmt?*)

Warum haben denn die jungen Leute Angst, meine Damen und Herren? — Weil das einzige Sichere für sie die Unsicherheit geworden ist, weil in einer — und das ist jetzt keine Schuldzuweisung an irgend jemanden hier — sich dauernd und immer schneller veränderten Welt auch die Arbeitsmarktsituation immer unsicherer wird, weil die jungen Menschen um ihre Lebensgrundlagen fürchten, auch um die ökologischen Lebensgrundlagen. Sie haben Angst vor Zerstörung, sie haben Angst vor Entwurzelung und Wurzellosigkeit in einer hochtechnisierten Gesellschaft. Ja verstehen Sie das nicht, auch wenn eine gewisse Faszination mit dieser Technik da ist?

Glauben Sie mir, ich habe drei studierende Kinder. (*Abg. Dr. Ofner: Ich auch!*) Fein, dann werden Sie mich auch gut begreifen, Herr Dr. Ofner. (*Abg. Dr. Ofner: Nur fürchten sie sich nicht!*) Ein fundiertes Studium ist sicher eine Basis, ein Stück gegen diese Angst. Die Studierenden wollen nicht viel. Sie haben gesagt, sie wollen keine weitere Verschlechterung und sie wollen keinen sozialen Numerus clausus. Das ist alles. Ist das zuviel verlangt? — Ich glaube nicht. Sie wollen auch bessere Studiermöglichkeiten; und das ist ihr gutes Recht!

Herr Dr. Blenk hat hier in seiner so üblichen polemischen Art gefragt (*Widerspruch bei der ÖVP*), ob wir Vorschläge zu machen haben. Ich werde jetzt einen Vorschlag machen, der ihn wieder schockieren wird, der ihn wieder zu Zwischenrufen animieren wird. Aber seine Zwischenrufe enthüllen ja auch nur ihn.

Zugegebenerweise trägt das Budget — und hier ist ja wirklich die Budgetfrage mit den Sorgen der Studierenden sehr eng verknüpft — den Finanzierungsschwierigkeiten unseres Landes Rechnung. Wenn ich gesagt habe, es ist nicht zulässig, an der Zukunft zu sparen, dann gilt das besonders dann, wenn jährlich — und ich zitiere jetzt bitte nicht aus irgendwelchen subversiven Pamphleten, sondern das sind strikt sozialistische Unterlagen — 60 Milliarden Schilling aus Zinserträgen unversteuert ausgezahlt werden. Es ist ein Hohn, meine Damen und Herren, ein Hohn und eine Schande für dieses Land, daß hier von sozialem Ausgleich, von sozialer Gerechtigkeit, von Gemeinschaft gesprochen wird.

Herr Minister Lacina hat gesagt, es müssen alle kleinen Opfer bringen. Die Zinsertragsteuer trifft nicht die sogenannten kleinen Sparer. Wenn ich diese ewigen Plakate in Wien sehe: „Keine Sparbuchsteuer“: Das ist ein Hinters-Licht-Führen der Bevölkerung. Die kleinen Sparer sind damit kaum gemeint. 12 Prozent der Anleger erhalten 80 Prozent der unversteuerten Zinserträge. In der Schweiz zahlt man 35 Prozent, in Italien zahlt man 25 Prozent Zinsertragsteuer, in der Bundesrepublik werden 20 Prozent diskutiert. Nur bei uns in Österreich können sich die wirklichen Rentiers, Geldrentiers das von Jahr zu Jahr in die Tasche stecken, und es wächst und wächst und wächst, aber wir müssen sparen an unserer Jugend. Dagegen sind wir! (*Beifall bei den Grünen.*)

Vielelleicht noch ein Problem, das ich eigentlich erst von den Studenten erfahren habe, aber ich möchte es hier ganz kurz erwähnen und mich nicht darüber auslassen, weil ich das wirklich erst recherchieren möchte: Es wird zunehmend in Österreich das auf den ersten Blick gar nicht so schlechte amerikanische System eingeführt, daß private Geldgeber unsere Unis mitfinanzieren, also finanzielle, aber damit auch — und davor fürchtet man sich — inhaltliche Abhängigkeit von Großkonzernen. Und das, meine Damen und Herren, kann gefährlich für das geistige Klima unseres Landes werden! Es geht dann wirklich nur mehr um Verwertbarkeit und nicht mehr um Werte.

Freda Blau-Meissner

Zwei Beispiele: Für die Universität Salzburg richtet Siemens zurzeit ein riesiges Computerzentrum ein. Fein, ich habe nichts gegen das Computerzentrum, das ist eine gute Sache, es ist gar nichts dagegen zu sagen, aber es ist sehr fragwürdig, wenn es unter dem totalen Einfluß einer riesigen Firma, eines multinationalen Trusts entsteht.

Eine andere Firma, nämlich die Firma Gen-Tech, richtet ein Gen-Biozentrum ein, ohne daß wir überhaupt jemals — leider auch nicht hier im Hohen Haus — über die Auswirkungen der Gentechnologie diskutiert haben. Wir haben keine Klarheit darüber, wir haben keine Gesetze darüber — trotzdem geht es los.

Meine Damen und Herren! In Österreich — ich bin aus dieser Generation — war es ein soziales Privileg, studieren zu können, und zwar Jahrzehntelang war das so, schon in der Ersten Republik, und eigentlich dauerte das bis ins Jahr 1963, als dann endlich der Rechtsanspruch auf Stipendien eingeführt wurde. Und seither — fast zur gleichen Zeit — gibt es dieses permanente Gejammer von der „Massenuniversität“.

Meine Damen und Herren! Ich, die die Erste Republik gerade noch mitgemacht habe, bin heilfroh, daß bei uns alle studieren können, daß wir Massenuniversitäten haben, daß wir allen eine Chance geben können, zu studieren. Unter Umständen müssen die jungen Leute einen zweiten und einen dritten Beruf erlernen, das wissen wir alle, aber eine Basis bekommen sie zumindest. Eliteschulen gibt es dann genug für diejenigen, die glauben, noch etwas anderes machen zu müssen.

Und obwohl wir diese vielbejammerte „Massenuniversität“ haben, hat sich die soziale Zusammensetzung an unseren Hochschulen in den letzten Jahren kaum geändert. Ich weiß, es war einmal wirklich auf die Fahnen der Sozialisten geschrieben: Mehr Arbeiterkinder, mehr Bauernkinder auf die Universitäten! Ich habe das ja miterlebt. Es ist dies leider nicht sehr gelungen: Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien sind nach wie vor auf den Universitäten stark unterrepräsentiert. In den fünfziger Jahren erreichte der Prozentsatz von Arbeiterkindern dort 9 Prozent, Anfang der sechziger Jahre ist diese Ziffer gesunken auf 6 Prozent. In den siebziger Jahren allerdings wurde die 10 Prozent-Marke beträchtlich überschritten, nicht jedoch deshalb, weil die Arbeiter- und Bauernkinder gezielt gefördert worden wären — davon kann keine Rede sein! —, sondern offensicht-

lich hatte das mit der erhöhten Mobilität unserer Gesellschaft und dem raschen Strukturwandel zu tun.

Es ist klar, daß die Einführung einer Studienbeihilfe natürlich den einkommensschwachen Familien erst einmal die Möglichkeit gegeben hat, ihre oft hochbegabten Kinder auf die Universität zu schicken. Allerdings hat sich die Höhe des Stipendiums in keiner Weise den Lebenshaltungskosten angepaßt. Das ist ja einer der Gründe, warum die jungen Leute auf die Straße gegangen sind.

Ich glaube, diese Palette von geplanten Kürzungen im studentischen Bereich ist verantwortungslos. Das Einkommen der Studenten — ich würde mich gerne überzeugen lassen, daß die Hochschülerschaft dabei falsch gerechnet hat, ich wäre nur zu erleichtert — wird jetzt um ein Viertel, alles zusammen, gekürzt, gleichgültig, ob Stipendienbezieher oder nicht. Das durchschnittliche Monatseinkommen eines österreichischen Studenten beträgt derzeit — laut Statistik der Österreichischen Hochschülerschaft — 4 300 S. Diverse Kürzungsmaßnahmen schmälern dieses Durchschnittseinkommen auf knapp 3 200 S.

Der Herr Sozialminister ist leider nicht da, ich hätte ihn nämlich wahnsinnig gerne gefragt, ob er sich überlegt, für diese studentischen Sozialfälle vielleicht auch eine „Ausgleichszulage“ zu bezahlen — so wie bei den Pensionisten, die von ihrer Mindestpension gleichfalls nicht leben können.

Weil Minister Tuppy dankenswerterweise, aber auch der Herr Bundeskanzler von der Erhöhung des Wissenschaftsbudgets gesprochen hat, möchte ich halt doch schrecklich gerne wissen, in welchen Bereichen konkret erhöht wird, denn darum geht es doch: Sind es die High-Tech-Bereiche, von denen man immer wieder hört, wie teuer sie sind, Bereiche, die elitär sind und in Richtung maximale Qualifikation für bestimmte Wirtschaftsunternehmen fördern, oder sind es vielleicht die vielen Institute vor allem im geisteswissenschaftlichen Bereich mit explodierenden Studentenzahlen und — es ist das schon gesagt worden — absolut unzureichendem Raum und unzureichender Personalbestückung?

Die Erhöhung des Wissenschaftsetats erhält eine frivole Prioritätensetzung — frivole Prioritätensetzung!, sage ich Ihnen —, die zumeist privatwirtschaftlichen Einzelinteressen dient. Und ich frage mich, ob es nicht im Wissenschaftsbereich auch schon so eine

3754

Nationalrat XVII. GP – 32. Sitzung – 22. Oktober 1987

Freda Blau-Meissner

Art EG-Konformität als oberste Richtlinie gibt.

Die Situation der sogenannten Massenuniversität ist eine schwierige, aber sie wird und wurde bisher nicht vom Wissenschaftsminister angegangen, ebensowenig von der bisherigen Regierung. Offensichtlich rechnet man ein bißchen mit dem, was ich jetzt — etwas polemisch — die „Anarchie der freien Marktwirtschaft“ nenne, wonach sich nämlich ohnehin alles von selbst „regelt“: Die Stärkeren setzen sich durch, die Schwächeren werden ausgeschieden, bleiben auf der Strecke. Man kann ihnen am Studienanfang zum Trost sagen: Du darfst ja ohnehin studieren, was du willst. — Alles schon dagewesen!

Mit anderen Worten: Das Belastungspaket, das unseren Studenten jetzt zugemutet wird, unter dem sie genauso massiv leiden wie eine ganze Reihe — ich sage nicht: alle — von Pensionisten, das ist eine Form des sozialen Numerus clausus, daran können wir uns nicht vorbeischwindeln, meine Damen und Herren. Und er ist in der Geschichte der Zweiten Republik meines Wissens beispiellos. Das ist ein Beginn, der mir angst macht und uns alle sehr nachdenklich machen sollte. (*Zustimmung bei den Grünen.*)

Offenbar — und das ist bedauernswert, obwohl es der Herr Bundeskanzler heute relativiert hat — versteht die Regierung nur den Druck von der Straße (*Rufe bei der ÖVP: Das stimmt ja nicht!*), statt vorher mit den Betroffenen zu verhandeln: mit den Pensionistenverbänden, mit der Gewerkschaft, mit den Frauen, mit den studentischen Vertretern. Nein: Zuerst werden Ankündigungen gemacht — nachher gibt es einen Wirbel, da redet man und gießt Wasser in den Wein und macht die üblichen kleinen österreichischen Kompromisse. Das ist doch wirklich schade, das kann doch nicht Politik sein, das kann doch nicht konzeptvoll sein! (*Abg. Staudinger: Das sind auch nicht die Fakten!*)

Und genau dieser Druck von der Straße hat etwas bewegt. Die Studenten haben offensichtlich nicht das erreichen können, was sie für notwendig hielten, und sind daher auf die Straße gegangen. Das ist ihr gutes Recht. Wir haben alle gekämpft, damit wir Demonstrationsfreiheit haben. Bitte halten wir diese doch in Ehren! (*Beifall bei den Grünen.*)

Es ist eigentlich eine Tragödie: Die Pensionisten sind nicht organisiert, die können nicht alle zusammen auf die Straße gehen. Das können ja nur die, die Kraft haben, die organi-

sieren sind und dadurch etwas erreichen. Und es ist eigentlich eine traurige Situation: Jene, die es am meisten trifft, die am schwächsten sind, können nicht diesen Druck ausüben, den wir gestern Gott sei Dank erlebt haben. Vermutlich geht es nicht anders, vermutlich ist mit Vernunft und gutem Zureden nichts zu erreichen. (*Abg. Adelheid Praher: Die Ergebnisse, die Verbesserungen wurden durch Verhandlungen erreicht!*) Ja, aber erst nachdem sie auf die Straße gegangen sind. (*Abg. Dr. Höchtl: Aber demonstriert ist worden, nachdem die Verhandlungen abgeschlossen waren!*)

Gestern am Abend hat der Herr Bundeskanzler mit Recht erklärt, man wird sensibler vorgehen, man wird differenzieren für die, die Zeiten durch Zivildienst verloren haben, für Soldaten und so weiter. (*Zahlreiche Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ja, aber das ist ja nicht gesagt worden. Man erklärt doch den Leuten in dem Land nichts, man ... (*Abg. Dr. Schüssel: Die Studenten haben ja gar nicht verhandeln wollen!*) Gestern, aber auch schon vorher, Herr Dr. Schüssel, auch vorher. (*Abg. Dr. Schüssel: Das sind ja Legenden!*) Post festum verhandeln macht doch nur bitter. Das wäre doch alles vorher möglich gewesen. Es ist doch nur deklariert worden: Alter von 27 auf 25 Jahre reduziert. Friß Vogel oder stirb! Und das empört. (*Abg. Dr. Schüssel: Aber es gab doch Diskussionen vorher!*) Wir reden doch dauernd davon, daß wir mündige Bürger haben wollen, und dann werden sie infantilisiert (*Abg. Dr. Schüssel: Ja, mit falschen Flugblättern!*), und es wird ihnen einfach etwas vor die Nase gesetzt.

Genauso wie wir gegen die ökologische Vernichtung unserer Lebensgrundlagen aufzutreten haben, ist es die Pflicht von uns Grünen, auch gegen den Raubzug des Staates in die Brieftaschen der sozial Schwachen aufzutreten. — Danke. (*Beifall bei den Grünen.*) 17.41

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Gmoser. Ich erteile es ihm. (*Abg. Smolle: Jetzt heb dich bitte positiv ab, Gmoser, zumindest vom Koalitionspartner Blenk!*)

17.41

Abgeordneter DDr. Gmoser (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zunächst nur eine kleine Randbemerkung zu meiner geschätzten Vorrednerin. Es war eine Offenbarung, sie als Studentenexpertin mit jüngst aufgeladener Vergangenheit hier zu erfahren. (*Heiterkeit.*) Ein Eingehen auf den Inhalt ihrer Ausführungen ist aller-

DDr. Gmoser

dings ein bißchen schwierig. (Abg. Freda Blau-Meissner: *Rupert! Ich melde mich noch einmal, ich erkläre das!*) Es war zwar ein „Fru-Mix“, es war vom Raubzug auf die Kasen der Armen bis zur Anarchie der Marktwirtschaft alles da, was sich ein Menschenherz nur wünschen kann. Aber was mich nun wirklich nachdenklich stimmt, das ist die Körpersprache der Kollegin Blau-Meissner. Ihr Blick geht nämlich staunenswert oft zur Galerie hinauf. Und das ist irgendwie symbolträchtig. Vielleicht wird hier etwas ganz anderes angesprochen als das Parlament. (Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Rufe bei der ÖVP: Bravo!) Das ist nicht ganz parlamentarische Sitte, aber die Grünen werden es vielleicht auch noch lernen. Nicht hoffnungslos! (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Sehen Sie, jetzt möchte ich einmal eine Hoffnung aufstellen. Ich hoffe, es ist nicht unbillig, nicht unbillig ... (Abg. Freda Blau-Meissner: *Ja, hinaufschauen, das ist wichtig! Da ist die Bevölkerung, die geht es auch an!*) Es ist an sich hoffnungslos, aber nicht wichtig.

Was ich jetzt von Ihnen verlange: Sie billigen mir vielleicht soviel politische Sensibilität zu, daß auch ich weiß, was in Zeiten wie diesen momentan zugkräftig wäre: daß man zunächst einmal eine Sitzungsunterbrechung verlangt, daß man bei der Budgetrede aus dem Hohen Haus auszieht, daß man dringliche Anfragen stellt, daß man sich an Demonstrationen ... (Abg. Fux: *Ja soll man überhaupt nicht reagieren, wenn 10 000 demonstrieren?* — Abg. Smolle: *Wir sind halt nicht so blauäugig!*)

Nein, nein, Kollege Fux, ich meinte nur, seien Sie so fair, billigen Sie mir auch ein bißchen von Ihrer Showmasterschaft zu, daß ich weiß, daß das zugkräftig ist, was Sie machen. (Abg. Fux: *Das hat ja mit „zugkräftig“ nichts zu tun! Sie wollen, daß man gar nicht reagiert!*) Nein, im Gegenteil! (Weiterer Zwischenruf des Abg. Fux.) Ja soll ich Ihnen Glückwünsche überreichen? Soll ich Ihnen Glückwunschtelegramme zuschicken lassen? (Abg. Fux: *Reine Polemik! Reine Polemik!*)

Nein, Kollege Fux! Sie können auch noch etwas ganz anderes lernen. Sie sind relativ jung hier im Haus, nicht an Alter, aber in der Ehe und im Hohen Haus sind Sie noch jung (*allgemeine Heiterkeit*), daher werden Sie das eine oder andere noch mitlernen, gar keine Frage. Ich habe das schon hinter mir. Sehen Sie, ich kann Ihnen sagen, es gibt auch andere zugkräftige Taktiken. (Abg. Freda

Blau-Meissner: Deine Vergangenheit, Rupert! Verleugne sie nicht!) Nein, das sage ich ja. Ich habe Vergangenheit, der Kollege Fux hat sie jung erst geerntet. Aber das braucht ihn nicht zu bekümmern.

Ich wollte nur sagen: Sie können zugkräftig auch auf andere Weise sein, indem man etwa bei einer Regierungssitzung dabei ist, ein Budget beschließt und am nächsten Tag also ins Fernsehen geht und die Solidarität mit dem Gegenteil bekundet. Das ist auch möglich. Oder es ist möglich, daß man Pressekonferenzen für wichtiger nimmt als die Auseinandersetzung. Noch einmal sei vorsichtshalber festgehalten: Nicht die Kollegen Abgeordneten der Grünen sind gemeint, sondern ich meine, es gibt auch andere Taktiken. (Abg. Fux: *Im Fernsehen komme ich nicht vor!*)

Sehen Sie, mein Schluß ist ein ganz anderer. Trotz dieses Wissens, Kollege Fux, um gekonntes Auftreten bei medienwirksamen Anlässen werde ich mich nicht dieser populistischen Strömung anschließen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP) Das ist der einzige Unterschied. Das können Sie machen, Sie können sogar, wenn Sie wollen, einen Monopolanspruch darauf erheben und ihn patentieren lassen.

Ich glaube halt nur, die Dinge sind zu ernst, als daß man es sich so einfach machen könnte. (Abg. Fux: *Dann wären Sie doch früher darauf eingegangen, philosophischer Kollege!*) Ja, Kollege Fux, alles zu seiner Zeit. Aber, wie gesagt, Kollege Fux, machen Sie sich keine Sorgen, was zu lernen ich länger gebraucht habe, das werden Sie vielleicht im Schnellzugsverfahren machen. Schon möglich. (Zwischenruf des Abg. Fux.) Kollege Fux! Manchen gibt's der Herr auch im Schlaf.

Aber ich glaube, meine Damen und Herren, das Problem ist, daß hier schon in der Resolution, und das ist dem Kollegen Fux nicht aufgefallen, etwa in der Begriffsbestimmung manches verwendet wird, bei dem ich zum Beispiel Bedenken hätte. In Ihrer Resolution wird ausgegangen von einer Demonstration, Sie verwenden die Begriffsbestimmung „lückenloser Generalstreik“. Sie können es nachlesen. Ihr Sekretär bestätigt's, Analphabet bin ich nicht, es ist wörtlich zitiert. Das Problem ist einfach: Wer nur ein wenig die Dinge, die mit dem Begriff „Generalstreik“ verbunden sind, kennt, der würde ein bißchen vorsichtiger mit solchen Begriffen umgehen.

Man müßte auch ein bißchen Arbeitsrecht kennen, wenn man überhaupt den Streikbe-

3756

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

DDr. Gmoser

griff so leichtfertig verwendet. Aber das ist ja möglich. Auch da gebe ich Ihnen eine Chance der Rechtfertigung. Sie haben das gestern erlebt. Man kann natürlich Begriffe so lange hin- und herdrehen, bis sich etwa — das war Ausschußangelegenheit — Privilegierte, die als Antiprivilegienritter auftreten, in den Schutz dieser Privilegien begeben. Ich glaube, daß das nur ein bißchen zuviel an Verwirrung schafft.

Es ist noch bedenklicher — da komme ich jetzt schon zu schwierigeren Problemen —, wenn hier etwa Methoden vorgestellt werden. In der heutigen „Neuen Zeit“ wird etwa hingewiesen auf die Vorstellung „Hörsaal wird gestürmt“. Da geht's auch um die Demonstration von Studenten, und da wird dann berichtet, daß der Hörsaal von einem Teil der Hörer noch besetzt gehalten wurde, die wirklich der Vorlesung folgen wollten. Und das muß man blitzartig abstellen! Da wird dann natürlich angesetzt zum Sturm auf den Hörsaal! Und es heißt dann, dem Vortragenden wurde der Abbruch der Lehrveranstaltung nahegelegt, und er hat die Drohung verstanden.

Aber da wird das jedenfalls vom Grundsätzlichen her schon ein Problem, bei dem man sich fragt, ob alles, was in dem Zusammenhang jetzt an Demokratieverständnis auftritt, nicht in mancherlei Weise zum Nachdenken Anlaß geben sollte. Sagen wir es so.

Zu den Punkten selbst — ich nehme nur drei heraus —, die angeführt werden als Berechtigung für die Proteste. Es wird gesprochen von der Bildung als Sozialprivileg, es wird gesprochen vom Ausverkauf der Universitäten, und es wird gesprochen vom Absinken Österreichs auf die Stufe eines Entwicklungslandes in der Bildungspolitik.

Weiß man eigentlich wirklich, was mit dieser Art von Holzhammermethode da angegangen wird? Sehen Sie, ich könnte auf eine ganz andere Weise beantworten, was hier an sinnloser Polemik entfaltet wird.

Ich bin mit diesen Hochschulen — wenn Sie diese persönliche Bemerkung gestatten — fast 40 Jahre verbunden. Ich habe mein Studium 1949 begonnen. (*Abg. Steinbauer: 40 Jahre hast du studiert?*) Nicht ganz, aber ich war zuerst Lernender und dann Lehrender, und ich hoffe nur, Kollege Steinbauer, daß ich nach 40 Jahren das Studium nicht ganz aufgegeben habe! Dann wäre ich vielleicht für manches reif. (*Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und ÖVP*) Aber wenn man „studieren“ mit „nachdenken“ übersetzt, dann

kann das nicht so ehrenrührig sein, daß ich eine Ehrenbeleidigungsklage gegen Steinbauer verlangen müßte. (*Heiterkeit.*)

Noch einmal: Niemand kann mir darüber erzählen, wie sich diese hohen Schulen in diesen Jahren und Jahrzehnten zu ihrem Vorteil verändert haben. Wenn man hier über die Armut spricht: Ich bin der letzte, der sich über Armut lustig macht. Nur eines traue ich mich zu sagen: Kein Mensch in Österreich, welcher Fraktion immer er angehört, braucht mir etwas über Armut als Student zu erzählen. Das habe ich einfach zu hautnah erlebt. Wenn ich heute meine Kinder studieren sehe, dann sehe ich mit Freude, daß sie sich Gott sei Dank überhaupt nicht mehr vorstellen können, unter welchen Bedingungen ihr Vater studiert hat.

Aber noch einmal: Ich scheine auch da vielleicht auf einem falschen Dampfer zu sitzen. Ich vergesse das nicht, und ich sehe daher die Berechtigung von Demonstrationen gegen die Armut etwas anders als jene, die Armut eher nur aus der Literatur kennengelernt haben. Ich glaube, daß man, bei aller Bejahung der Notwendigkeit der Kritik, bei aller Bejahung der Tatsache, daß es bei der Explosion der Zahl von Studenten, Hörern, die es in den letzten 15 bis 20 Jahren gegeben hat, natürlich zu Problemen im Bereich der hohen Schulen kommen muß, das Kind nicht mit dem Bad ausschütten darf. Man sollte hier realitätsbezogen bleiben, die Kirche im Dorf lassen. Man soll nicht etwas mit den hohen Schulen in Verbindung bringen, wenn diese längst nicht mehr zur Debatte stehen.

Jedem von uns, der hier sitzt, muß klar sein — das ist schon einige Male angeklungen —: Wenn man hier manches so ernst nimmt, wie es vorgebracht wird, dann ist das ein Angriff auf die grundsätzlichen Ziele, die sich etwa die heute amtierende Bundesregierung in ihrer Budgetpolitik setzt. Das heißt, es wäre dann eine Absage an die Konsolidierung.

Wir alle, die wir die Nationalökonomie ernst nehmen, wissen, daß hier doch tatsächlich Probleme zu bewältigen sind, die ein Sparprogramm notwendig gemacht haben, und daß auch die studierende Jugend in dieses Sparprogramm miteinbezogen werden muß. Die Frage möchte ich schon stellen: Wo kämen wir hin, wenn das nach dem Floriani-prinzip gehandhabt würde und jede Gruppe getreu dem Motto vorgeht: Zünd das Haus des Nachbarn an!?

Etwas, das in einigen studentischen Veröf-

DDr. Gmoser

fentlichungen schon zu lesen war, ist für mich besonders merkwürdig. Sie zerbrechen sich den Kopf, wie es mit der Anrechenbarkeit ihrer Studienzeit für die Pension ist. Ich sollte mir darüber viel mehr den Kopf zerbrechen, denn ich habe nur mehr wenige Jahre bis dorthin. Ich nehme an, meine Studienjahre werden als Anrechnungsjahre gestrichen, zumindest für die finanzielle Belastung. Ich hätte aber mit 19, 20 Jahren kaum die Idee gehabt, mir die Frage zu stellen: Wie schaut mein Pensionsbezug im Jahr 1990 aus, mit 60 Jahren?

Aber noch einmal: Es ist ein Prinzip, daß ich nur sagen kann: Solidarität kann es nicht nur geben, wenn es die Vorteile, die Früchte einer erfolgreichen Arbeit zur verteilen gilt, sondern Solidarität ist auch dann zu fordern, wenn es nicht gerade um das Verteilen von Zuckerln geht.

Es ist, glaube ich, das Budgetziel von den beiden Regierungsparteien mit dem Titel „Konsolidierung — Abbau des Budgetdefizits“ aufgestellt worden. Es ist daher ein Schritt in diese Richtung gegangen worden, und das bedeutet für alle Gruppen, ganz gleichgültig ob Selbständige oder Unselbständige, Arbeitnehmer oder Arbeitgeber oder wo immer sie tätig sein mögen, den Abschied vom Anspruchsdanken. Das bedeutet, daß wir alle miteinander einen Weg gehen müssen, der aber gerade für die studierende Jugend eine entscheidende Voraussetzung schafft: Weichenstellung in Richtung guter Zukunft. (Abg. Fux: Das ist aber im universitären Bereich vernachlässigt worden!)

Kollege Fux! Ich darf Ihnen berichten: Als ich etwa in dieses Haus kam, war selbst die Existenz eines Wissenschaftsministeriums bereits die längste Zeit heiß umstritten. Es gab viele, die meinten: Wozu braucht man das? Heute, glaube ich, hat sich die Notwendigkeit eines Wissenschaftsministeriums Gott sei Dank als Faktum im öffentlichen Bewußtsein niedergeschlagen.

Wenn ich mir etwa die Möglichkeiten auf der hohen Schule anschau: Ich bin 1953/54 in Graz fertig geworden. Etwa bei den Juristen gab es damals für jeden Studienabschnitt nur einen einzigen wissenschaftlichen Assistenten. Wenn Sie dieselbe Fakultät heute anschauen, wenn Sie alles berücksichtigen, Studentenvermehrung und so weiter, das sei alles unbestritten, dann werden Sie feststellen, daß heute jede Lehrkanzel einen wissenschaftlichen Assistenten hat. Das ist an sich erfreulich.

Wenn man sagt: Jawohl, die Ausweitung des Forschungspotentials, des Wissenschaftspotentials muß weitergehen, muß Schritt für Schritt in dem Sinn weitergeführt werden, wie das 1970 begonnen wurde, wie das in den dreizehn Jahren der Regierung Kreisky bis 1983 weitergeflekt wurde, wie das aber dann auch jenseits dieser Regierungskonstellation weitergegangen ist, wenn Sie sagen: Jawohl, mehr in diese Richtung — einverstanden! (Abg. Fux: International hängen wir nach! — Abg. Dr. Blennk: Wir hängen nach, das hat Minister Tuppy klar gesagt!)

Wir haben Nachholbedarf. Gar keine Frage, Kollege Fux! Nur: Wunder, glaube ich, gibt es auch in der Politik nicht. Wenn Sie sagen: Es ist notwendig, diesen Schritt weiterzugehen, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, den prozentuellen Anteil am Sozialprodukt für Forschung und Wissenschaft zu erhöhen, werden Sie sofort unsere volle Zustimmung haben. Da gibt es gar keine Debatte.

Wenn man aber sagt: Das muß alles gekoppelt werden mit der Pensionsreform, oder wenn ich da auf einmal in einem Telegramm lese, daß man — ich verstehe die Proteste der studierenden Jugend; leider war offensichtlich, zumindest laut Telegramm, der Herr Bundesminister für Forschung und Wissenschaft bei dieser Kundgebung mit anwesend — den Studentenprotest koppelt mit dem Unmut der Studierenden über die Milliardenverschwendungen der ÖBB und der verstaatlichten Industrie, sehen Sie, dann meine ich, daß das eine Form von politischer Polemik ist, von der ich sage, daß sie wahrscheinlich nicht die richtige Annäherungsweise ist, um zu einem sachlichen Gespräch zu kommen.

Wenn also die studierende Jugend gegen Dinge, etwa auch gegen eine starre Festsetzung einer 25-Jahr-Grenze, protestiert, ein vorbehaltloses Ja dazu. Niemand bestreitet die Notwendigkeit solcher Protestkundgebungen. Wenn man „Protestkundgebung“ übersetzt mit „Generalstreik“, dann ist das schon falsch. Wenn aber eine Gruppe gar nichts an Opferbereitschaft aufweist, von anderen aber diese Opferbereitschaft sehr wohl verlangt, dann ist das auch nicht zu akzeptieren. Es wurde vom zuständigen Minister ja darauf hingewiesen. Die Flexibilisierung bei der Altersgrenze ist bereits in Beratung, das wird geschehen, nach Studienrichtungen differenziert. Es kommt auf die Differenzierung an.

Wenn man aber um die Streichung oder Anrechnung von Pensionsberechnungszeiten debattiert, so scheint mir dies nicht sehr sinn-

3758

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

DDr. Gmoser

voll zu sein. Wenn man andere Dinge, etwa Stipendien, Volorisierung, betrachtet, muß man feststellen, daß das selbstverständlich notwendig ist. Es wurde heute hier schon gesagt: Alle zwei Jahre ist die Aufwertung und Anpassung an gestiegene Lebenshaltungskosten notwendig. Aber wenn man sagt: Für die Studierenden ist auf dem Stipendiensektor überhaupt nichts geschehen, und diese „armen Hunde“ gehen immer mehr sozusagen neben ihren Schuhen daher, dann stimmt das einfach nicht, wobei ich der letzte bin, der soziale Not anzweifeln würde.

Das, was ich daher hoffe, ist, wenn es zu einer Auseinandersetzung kommt, daß sie in einem Geist ausgetragen wird, daß man nicht gegenseitige Aufrechnungen und Schuldzweisungen vornimmt, sondern daß man versucht, aus der berechtigten Kritik berechtigte Ansatzpunkte für Änderungen zu ziehen, daß man aber das in einer Atmosphäre macht, die nicht die Emotionen allein hochspielt, sondern eine rationale Diskussion ermöglicht. Wenn diese Demonstrationen dazu ein Anlaß sein sollten, dann haben sie einen guten Zweck erfüllt. — Danke schön. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und den Grünen.) ^{18.01}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Stummvoll. Ich erteile es ihm.

^{18.01}

Abgeordneter Dr. Stummvoll (ÖVP): Frau Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben vor zwei Tagen hier eine dringliche Anfrage zur Pensionsreform gehabt, und ich habe als einer der Redner gemeint, daß mir die Diskussion damals in vielen Bereichen zu unehrlich war. Ich muß leider feststellen, daß mir auch die heutige dringliche Anfrage und die Diskussionsbeiträge vor allem der grünen Opposition zu unehrlich sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es hat heute von diesem Rednerpult aus erst vor wenigen Minuten Frau Meissner-Blau die Forderung aufgestellt, es müßten mehr Schulen, mehr Schulen, mehr Schulen gebaut werden. Sie hat offenbar gestern geschlafen, als wir die ASFINAG-Novelle beschlossen haben. Die ASFINAG-Novelle enthält einen Betrag von 5 Milliarden Schilling primär für Hochbauten, für Schulbauten, für Hochschulbauten. Gestern hat die grüne Fraktion dagegen gestimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Abg. Wabl: Das ist falsch!) Das ist für mich unehrliche

Politik, meine Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Wabl: Das ist nicht richtig! Gegen die Art der Finanzierung haben wir gestimmt!)

Herr Kollege Wabl! Ich sage Ihnen eines ... (Abg. Wabl: Ich habe eindeutig ja gesagt, aber Sie haben gestern nicht zugehört!) Herr Kollege Wabl! Lassen Sie sich eines sagen: Ich glaube, ein Politiker soll nicht nur den Mund aufreißen, er soll auch zuhören können. Können wir uns drauf einigen? (Weiterer Zwischenruf des Abg. Wabl.) Okay! (Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Wabl: Ich habe eindeutig ja gesagt!)

Präsident Dr. Marga Hubinek: Herr Abgeordneter Wabl! Ich würde vorschlagen, daß Sie den Redner fortfahren lassen.

Sie haben das Wort, Herr Dr. Stummvoll.

Abgeordneter Dr. Stummvoll (fortsetzend): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige dringliche Anfrage ist aber auch tendenziell unehrlich; lassen Sie mich das bitte ausführen. Sie ist deshalb tendenziell unehrlich, weil sie wörtlich sagt, daß die studierende Jugend unseres Landes zu den Opfern einer einseitigen Sanierungspolitik dieser Bundesregierung gehört.

Meine Damen und Herren! Wenn eine Bevölkerungsgruppe ganz besonderes Interesse, ja vitales Interesse an einer Sanierungspolitik haben muß, dann ist es die Jugend unseres Landes, vor allem die studentische Jugend als das künftige geistige Potential dieses Landes. Denn was soll denn diese Sanierungspolitik, was soll denn diese Budgetsanierung? Sie ist ja nicht Selbstzweck, und wir machen sie auch nicht freiwillig, wir machen sie nicht aus Jux und Tollerei. Wir machen sie aus einem ganz einfachen Grund, weil nämlich mit diesem Sanierungskurs das Wachstum der Staatsverschuldung gebremst werden soll.

Was bedeutet denn Staatsverschuldung? Was bedeuten denn Schulden? Für mich sind Schulden verbrauchte Zukunft. Das heißt, wir tun mit diesem Sanierungskurs alles, um der Jugend in Zukunft wieder einen Spielraum zu eröffnen. Das ist eine Aufgabe, an der die Jugend Interesse haben sollte, vor allem die studentische Jugend als das künftige geistige Potential unseres Landes. Eigentlich wäre es diese Bevölkerungsgruppe, die im Grunde einen härteren Sanierungskurs verlangen müßte.

Dr. Stummvoll

Der Herr Bundeskanzler hat zu Recht darauf hingewiesen, daß mit dieser Sanierungs- politik die Leistungsfähigkeit unseres Landes für die künftige Bevölkerung gesichert werden soll, meine Damen und Herren, aus politischer Verantwortung für die Zukunft unserer Jugend. Ich glaube wirklich, es ist eine politisch moralische Verantwortung und Verpflichtung, hier eine Kurskorrektur durchzuführen und diesen Sanierungskurs einzuhalten.

Lassen Sie mich nur ein paar Zahlenbeispiele bringen: Als die jetzige Bundesregierung die Regierungsverantwortung übernommen hat, lag ein Budget vor, dessen Nettodefizit 5,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betrug. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß das ein Stadium war, in dem 20 Prozent der gesamten Nettosteuererinnahmen des Bundes nur verbraucht werden müssen, um die Zinsen der Staatsschuld zurückzuzahlen.

Als diese Bundesregierung die Koalition vereinbart hat, hat sie ausgerechnet, was es bedeuten würde, die Politik der letzten fünf Jahre unverändert in den kommenden fünf Jahren fortzusetzen. Herausgekommen ist, daß wir dann ein Nettobudgetdefizit von 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hätten. Was bedeutet das? Das würde bedeuten, daß dann bereits jeder dritte Schilling an Steuereinnahmen des Bundes nur für die Zinsen der Staatsschuld verwendet werden müßte. Das bedeutet, daß es im Grunde zum jetzigen Sanierungskurs dieser Bundesregierung keine Alternative gibt, wenn man verantwortungsvoll für die Zukunft vorsorgen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Sparen muß man halt eines sagen — das hat mein Vorredner auch bereits getan —: Sparen geht halt leider nicht nach dem Floriani- prinzip. Ich weiß schon, daß jeder sagt, Sparen ist etwas Gutes, etwas Positives, solange es mich nicht betrifft. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, vorgestern zu sagen, in der Pensionsversicherung darf ja nichts gespart werden, heute zu sagen, bei den Studenten darf ja nichts gespart werden, und morgen zu sagen, bei den Arbeitern und Angestellten darf ja nichts gespart werden (*Abg. Rennner: Bei Unternehmungen schon!*), so geht ein Sanierungskurs natürlich nicht. Ich bedaure, daß halt leider eine Sanierung, von der niemand etwas spürt, nicht möglich ist, Herr Kollege.

Man muß eines auch einmal sehr offen sagen, ich habe das auch bei der Pensionsdebatte gesagt. Ich glaube, ein Sanierungskurs,

wie er von dieser Bundesregierung betrieben wird, ist eine sanfte Sanierung, ist eine sozial ausgewogene Sanierung, zu der allerdings differenziert und sozial ausgewogen jede Bevölkerungsgruppe einen kleinen oder größeren Beitrag leisten muß. Es wird nicht, wie Frau Kollegin Partik-Pablé gemeint hat, von der Regierung mit dem Rasenmäher drübergefahren, ganz im Gegenteil.

Wir haben heute gehört, daß im Budget 1988 um eine Milliarde mehr an Mitteln für Wissenschaft und Forschung vorgesehen ist. Es hat der Herr Bundeskanzler, es hat der Herr Wissenschaftsminister wiederholt darauf hingewiesen, welche Mehransätze für diesen Bereich im Budget vorgesehen sind. Das ist differenzierte Spar- und Sanierungspolitik, nicht mit dem Rasenmäher drüberfahren.

Lassen Sie mich aber auch, ähnlich wie mein Vorredner, eine gesellschaftspolitische Aussage treffen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, wir sollten eines nicht tun, nämlich der studentischen Jugend unseres Landes den Stempel aufdrücken, daß alle unsere Studenten Sozialfälle sind. Das wäre nicht gut und nicht richtig, und wir sollten sie auch nicht zu einer Anspruchsmentalität verführen; zu einer Anspruchsmentalität, die keine Volkswirtschaft finanzieren kann. Immer länger Familienbeihilfe zu beziehen und immer früher in Frühpension zu gehen, läßt sich halt von keiner Volkswirtschaft finanzieren. Der nahtlose Übergang von der Familienbeihilfe zur Frühpension ist halt leider noch nirgends erfunden. Auch das sollte man sehr deutlich sagen. Ich weiß aus vielen Diskussionen mit der Jugend unseres Landes, daß diese Jugend an sich leistungswillig, leistungsbereit ist, und wir sollten hier eher den Freiraum für die Leistungen schaffen und nicht zu einer Anspruchsmentalität verführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! Österreich ist — und wir sind stolz darauf — ein Sozialstaat. Wir haben ein weit ausgebauts Netz der sozialen Sicherheit. Aber lassen wir nicht eine Entwicklung einreißen, wo der Sozialstaat nur mehr als Adresse für Forderungen verstanden wird. Der Sozialstaat ist mehr als eine Adresse für Forderungen, der Sozialstaat ist letztlich eine Leistungsgemeinschaft all jener, die mit ihren Steuern, Beiträgen und Abgaben dieses System der sozialen Sicherheit zugunsten jener finanzieren, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsleben stehen. (*Abg. Fu x: Da fallen aber viele durch den Rost!*)

3760

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Stummvoll

Herr Kollege Fux! Wir sollten uns, glaube ich, ein bißchen mehr an das erinnern, was ein früherer amerikanischer Präsident einmal gemeint hat: Wir sollten nicht immer darüber reden, was der Staat für uns tun kann, wir sollten mehr darüber reden, was wir für den Staat tun können. Ich habe die Zivilcourage, das auch der Jugend unseres Landes zu sagen, Herr Kollege Fux.

Ein letztes Wort noch zur Frau Blau-Meissner. Sie hat am Schluß ihrer Rede mehrmals den Ausdruck „nachdenklich“ verwendet, es mache sie diese Entwicklung nachdenklich. Sie hat vom Demonstrationsrecht gesprochen und vom Recht jener, die stark organisiert sind, auf die Straße zu gehen. Frau Blau-Meissner! Ich möchte das Demonstrationsrecht in keiner Weise in Frage stellen. Ich wünsche diesem Land nur eines: daß die Arbeiter und Angestellten dieses Landes das Demonstrationsrecht nicht so ausnützen, wie es derzeit ausgenutzt wird. — Danke. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) ^{18.11}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Dillersberger. Ich erteile es ihm.

^{18.11}

Abgeordneter Dr. Dillersberger (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß es sehr schwierig sein wird, in dieser sehr brisanten Frage einen gemeinsamen Nenner zu finden. Ich möchte trotzdem zumindest am Schluß meiner Ausführungen versuchen, einen solchen gemeinsamen Nenner vorzuschlagen.

Zu Beginn meiner Ausführungen lassen Sie mich die Feststellung treffen — ich werde das immer wieder tun bei dringlichen Anfragen, solange die Geschäftsordnung nicht geändert ist —, daß uns die Geschäftsordnung dazu zwingt, dringliche Anfragen jeweils gemeinsam mit der anderen Oppositionspartei zu stellen, also daß wir bei diesen dringlichen Anfragen aneinandergekettet sind.

Wir unterscheiden daher zwischen zwei Arten von dringlichen Anfragen. Die eine Art ist jene, die uns aus rein formalistischen Gesichtspunkten, um dieses parlamentarische Instrument zu aktivieren, dazu bringt, gemeinsam mit den Grünen hier eine Anfrage einzubringen. Die andere Art der dringlichen Anfrage ist jene, mit der wir uns identifizieren können. Damit hier kein falscher Eindruck entsteht und das auch von unserer

Seite hier noch einmal klargestellt wird: Mit dieser dringlichen Anfrage können wir uns identifizieren! Es ist sehr, sehr wesentlich, daß wir das hier feststellen. (*Beifall des Abg. Smolle. — Abg. Steinbauer: Ausnahmsweise! — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenck.*)

Wir sagen ein klares Ja zu dieser dringlichen Anfrage. Und damit auch das klar ist: Wir sagen auch ein klares Ja zu den bisherigen studentischen Aktionen und zu der Demonstration, die gestern stattgefunden hat, wenngleich wir auch nicht ja dazu sagen können, daß sich Abgeordnete dieses Hauses während der Budgetrede des Finanzministers ins Freie begeben, um an einer Demonstration teilzunehmen. (*Abg. Dr. Blenck: Haben Sie das gelesen, Herr Kollege? Da sagen Sie ja?*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insbesondere gilt das für den von mir sehr geschätzten Kollegen Gmoser: Auch ich habe die studentische Szene in den vergangenen Jahren beobachtet. Ich habe, damals noch fernab von jeglicher politischer Zuordnung und Zuordenbarkeit meiner Person, im Jahre 1961 an den studentischen Demonstrationen um die Erstreichung der Studienbeihilfe teilgenommen. Ich habe im Jahre 1968, schon aus einiger Entfernung, die damaligen studentischen Aktivitäten beobachtet. Und ich habe auch die nunmehrigen studentischen Aktivitäten, wenngleich aus einer anderen Position als die Grün-Alternativen, beobachtet.

Ich muß eines sagen: Ich bin angenehm berührt, wie maßvoll sich, im Gegensatz zu unseren eigenen Aktivitäten, die wir zum Beispiel im Jahre 1961 entwickelt haben, der bisherige Verlauf darstellt. Ich möchte Ihnen hier sagen, daß ich der Auffassung bin, daß der bisherige Verlauf — ich bitte Sie, das immer am bisherigen Verlauf zu messen — der studentischen Jugend in unserem Land ein hervorragendes Zeugnis ausstellt. (*Beifall bei der FPÖ und den Grünen.*)

Ich glaube, Herr Kollege Gmoser, daß wir dieses Problem aus der Jetzzeit heraus sehen müssen, daß sich in Ihren Ausführungen ein gewisses Generationsproblem dokumentiert hat und daß wir das Problem ganz sicher nicht in der Weise lösen können, daß wir in die Vergangenheit blicken und sagen — Sie haben das nicht getan, ich vereinfache nur —: Seid froh, daß es euch nicht so geht wie uns oder gar unseren Vätern!

Wir sollten feststellen: Diejenigen, die jetzt

Dr. Dillersberger

auf die Straße gegangen sind, sind keine Radikalinskis, sondern sind junge Menschen, die von Sorge um ihre Zukunft erfaßt sind und die auch — lassen Sie mich das bitte auch sagen — für jene Hunderttausende auf die Straße gehen, die mit einem Federstrich Pensionszeiten verlieren sollen, die sie sich auf der Basis der herrschenden Rechtslage durch Schulbesuch und Studium „verdient“ haben — im wahrsten Sinne des Wortes. Jörg Haider hat schon auf die Zeiten des Aufbaus in diesem Lande hingewiesen.

Und nun, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, lassen Sie mich Ihnen folgendes sagen: Ich bin erschrocken darüber, in welch radikaler Weise, wenn Sie sich mit der Budgetrede des Finanzministers identifizieren, Sie sich von Ihren eigenen Grundsätzen verabschiedet haben. Ebenso betroffen bin ich über das, was Kollege Dr. Khol heute hier gemacht hat, nämlich eine Richterschelte im Plenum des Parlaments. Ich war bisher der Meinung, daß Sie die Richterschelte in diesem Land der Sozialistischen Partei überlassen.

Und ich bin erschrocken darüber, wie in den vergangenen Tagen geradezu mit Kältschnäuzigkeit Minister vor das Parlament getreten sind und die längst widerlegte Behauptung, es werde im Zuge der Pensionsreform niemandem etwas genommen, wieder in den Raum gestellt haben. Ich glaube, das kann man ganz einfach nicht machen! Die Dynamisierung wird aufgeschoben, die Anrechnung der Schul- und Studienzeiten soll gestrichen werden, und die Eigenpension der berufstätigen Frau soll, wenn man den Medien glaubt, und ich unterstelle dies einmal, um ein Viertel oder gar um die Hälfte reduziert werden.

Nun stellen Sie sich einmal vor, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sich der Sohn, die Tochter einer Frau fühlt, die etwa studiert hat, Kinder großgezogen hat, in der Folge dann gearbeitet hat, einen Pensionsanspruch erworben hat und der nun in kältschnäuziger Weise die Jahre, die sie als Schul- und Studienjahre für den Pensionsanspruch erworben hat, und Teile ihrer Pension, denn dieses Ruhen ist ja im Endeffekt ein Streichen der eigenen Pension, gestrichen werden und der man sagt: Es ist alles gut und schön, aber wir müssen sparen, und du darfst dafür in deinem Alter nachkaufen. — Ich glaube, daß einer der Gründe der Verunsicherung unserer Jugend in dieser Situation gelegen ist.

Gestatten Sie mir, Sie darauf aufmerksam zu machen — ich richte das ganz besonders an die Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei —, was gestern in der Budgetrede des Finanzministers gestanden ist. Er hat auf der einen Seite gesagt: „Denn nicht der sozial Starke braucht den Staat ...“ — Meine Damen und Herren, wenn wir uns zur Demokratie und zu unserer Republik Österreich bekennen, dann müssen wir diesen Nebensatz zurückweisen: Wir alle brauchen den Staat! Wir alle sind der Staat! Er hat also gesagt: „Denn nicht der sozial Starke braucht den Staat, sondern primär der sozial Schwache.“

Es werden damit die sozial Starken und die sozial Schwachen auseinanderdividiert. Das sind sehr starke klassenkämpferische Züge, die sich auf dem in der Budgetrede eingeschobenen Blatt fortsetzen, wo es heißt:

„Wenn nun über die Auswirkungen der Pensionsreform auf jene gesprochen wird, die noch in Ausbildung stehen“ — also diejenigen, die jetzt auf die Straße gegangen sind —, „... so möchte ich heute dazu eines feststellen: Die Absolventen der Hochschulen erwerben sich durch ihre akademische Ausbildung die Chance auf eine soziale Besserstellung, was sich oft auch in höheren Verdienstmöglichkeiten und besseren Aufstiegschancen niederschlägt. Die Streichung der Ersatzzeiten für Studierende ist daher eine Maßnahme, die sozial durchaus zu rechtfertigen ist.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns in unserer Republik immer zugute gehalten, daß wir einsehen, daß derjenige, der sich einer akademischen Ausbildung unterzieht, wohl selbstverständlich auf der einen Seite für sich selbst etwas tut, aber auf der anderen Seite auch etwas ungeheuer Wertvolles für unser Staatswesen, etwas ungeheuer Wertvolles für unsere Republik leistet. Und die Tatsache, daß wir bisher Schulzeiten zum Teil und Hochschulstudien zur Gänze auf die Pensionsbemessung angerechnet haben, war eben das Äquivalent dafür, daß sich jemand einer akademischen Ausbildung unterzogen und es nicht so gemacht hat wie die anderen, die bereits ab einem gewissen Zeitpunkt ans Verdienen gehen konnten. (Abg. Cap: Er verdient doch mehr nachher!)

Herr Kollege Cap! Wir werden in dieser Frage sicher keinen Konsens erzielen. Aber wenn Sie vielleicht einmal die Ausführungen des Kollegen Gmoser im Protokoll nachlesen, dann werden Sie merken, unter welchen Voraussetzungen gewisse Studenten ihre akade-

Dr. Dillersberger

mische Ausbildung auf sich genommen haben und sicherlich auch heute, zwar unter besseren Voraussetzungen, auf sich nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube also, daß wir uns davor hüten sollten, dieser Argumentation des Finanzministers zu folgen, der sagt, es ist schon einmal ein Unterschied in der Benötigung des Staates zwischen dem sozial Schwachen und dem sozial Starken. Auf der anderen Seite wird ein sozial Starker produziert, der dann recht fleißig noch dafür bezahlen muß, daß er sehr viele Jahre nichts verdient hat.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir brauchen uns keine Illusionen darüber zu machen, daß diese Argumentation, die natürlich auch diskutiert wird, zu Spannungen führt.

Sie machen folgendes — jetzt versuche ich die Brücke zu schlagen -: Nun kommt die Situation auf den jungen Menschen zu, daß er sich mit gewissen Erwartungen in ein Studium begibt, er studiert auf der Basis einer bestehenden Gesetzeslage, die nun geändert werden soll, und hört, die Familienbeihilfe soll nicht mehr über das 25. Lebensjahr gewährt werden. Glauben Sie nicht, daß es in diesem Land viele Studenten gibt, die unmittelbar vor existentiellen Schwierigkeiten stehen und die nicht wissen, wie sich die Dinge in den kommenden Monaten, in den kommenden Jahren weiterentwickeln, zum Beispiel Chemiestudenten oder Studenten gewisser technischer Fachrichtungen? Im gleichen Zusammenhang wird die Anrechenbarkeit der Ausbildungszeiten gestrichen.

Ich stimme Ihnen schon zu, Kollege Gmoser, daß ein Student andere Überlegungen anstellen sollte als Überlegungen über seine eigene Pensionierung. Aber überlegen Sie sich vielleicht einmal, daß es für manchen ein ganz wesentlicher Anreiz ist, zu studieren, und vor allen Dingen ein sehr wesentlicher Anreiz war, in unserem Land zu bleiben und dem Land hier zu dienen und nicht ins Ausland zu gehen, weil er sich auf die soziale Absicherung und auf die Sicherheit seiner Altersversorgung verlassen hat. Es gibt hier Beispiele.

Das dritte: Es wird ihnen gesagt, die Stipendien sind nicht erhöht worden und werden nicht erhöht.

Das vierte, was natürlich wesentlich schwerwiegender ist, ist die Angelegenheit mit den Planstellen an den Universitäten, mit

den Lehrveranstaltungen, mit der räumlichen Ausstattung der Universitäten und mit dem Akademikertraining. Dann kommen von dieser Bundesregierung die Maßnahmen in Richtung der Juristen zum Beispiel hinzu, denen man das Gerichtsjahr vermindert, und, und, und. Da darf es einen nicht wundern, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Studenten verunsichert sind, daß die Studenten sagen, hier muß etwas unternommen werden, und daß die Studenten auf die Straße gehen.

Ich glaube, daß es eine ganz einfache Lösung gegeben hätte, all das, was wir heute hier in diesem Land haben, zu verhindern, zu vermeiden. Aber es war im Zuge der geradezu hektischen Budgetberatungen nicht möglich. Sie haben ja mit niemandem sprechen können, Sie haben ja mit Ihren eigenen Frauen nicht sprechen können. Herr Bundeskanzler! Sie haben ja mit keinem der Betroffenen Gespräche geführt, sondern alle, inklusive der Abgeordneten in diesem Haus, haben aus den Medien erfahren müssen, was geplant ist, und erfahren jetzt scheibchenweise, wie man scheibchenweise wieder die große Reform zurückdreht, um sich mit der Bevölkerung zu arrangieren.

Man hätte mit den jungen Menschen sprechen müssen. Die Hochschüler haben eine gesetzliche Interessenvertretung, die der Gesprächspartner gewesen wäre. Man braucht sich nicht wundern, wenn die jungen Leute heute unter dem Eindruck all dessen, was auf sie zugekommen ist, vor einer Situation stehen, die sie glauben nicht mehr beherrschen zu können, und in der sie so reagieren, wie reagiert worden ist. (*Beifall bei der FPÖ und Beifall des Abg. Fux.*)

Meine Damen und Herren! Ich bitte, in diesem Sinne im Bereich der Bundesregierung zu überlegen, ob es richtig ist, daß man diejenigen, die — ohne Abwertung derjenigen, die sofort in das Berufsleben gegangen sind, und ohne Abwertung derjenigen, die wichtig für das Bestehen unseres Staates sind — ein Studium, eine akademische Ausbildung auf sich genommen haben, nun in ihrem Glauben an diesen Staat zweifeln läßt, und zwar deshalb zweifeln läßt, weil man gewisse Dinge, die zum selbstverständlichen Leben in unserem Staat gehört haben, ganz einfach plötzlich, ohne daß man mit der Bevölkerung gesprochen hat und ohne daß man das Parlament rechtzeitig informiert hat, abschafft.

Ich möchte Sie bitten, darüber nachzudenken, ob nicht gerade die von mir genannte

Dr. Dillersberger

Reduzierung der sozialen Sicherheit für diejenigen, die eine höhere Ausbildung in unserem Staat erlangen, die Motivation, im Land zu bleiben, sehr eingehend beeinträchtigt, da sie sich nun unter Umständen denken könnten, na ja man rechnet uns die 80 000 S, die wir im Jahr kosten, auf der einen Seite vor, auf der anderen Seite möchte man — es ist hier schon ganz richtig ausgeführt worden —, daß wir durch Pensionsnachzahlung sozusagen Studiengebühren bezahlen.

Ich glaube, wir sollten gemeinsam versuchen — vielleicht gelingt es uns im Zuge der Debatten über die dann endgültig vorliegenden Vorschläge, denn heute diskutieren wir ja irgendwo im theoretischen Raum —, der Jugend den Glauben daran, daß man hier wirklich eine Sanierung will, die nicht nur auf dem Rücken der Jugend ausgetragen werden soll, sondern zu der jeder etwas beitragen soll, nahezubringen. Ich möchte das hoffen. Es wird aber sicher nicht möglich sein, wenn die Regierung an dem, was sie den Menschen im Lande bisher via Medien und uns mittlerweile via entsprechenden Gesetzesvorschlägen präsentiert hat, festhält. (Beifall bei der FPÖ.) ^{18.27}

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Höchtl.

^{18.27}

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn heute in der bisherigen Diskussion immer wiederum von den Studenten gesprochen wurde, die sich auflehnen, die demonstrieren, die mit all dem, was an Maßnahmen getroffen wird, nicht einverstanden sind, dann, glaube ich, ist von diesem Pult aus auch einmal klarzustellen, daß es sich nicht um die Studenten allgemein handelt, sondern um einige Studenten.

Warum? Als nämlich in der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist, daß gewisse Maßnahmen auch im studentischen Bereich im Zuge der gesamten Sparpolitik der Bundesregierung gesetzt werden, hat man sich sofort seitens der offiziellen Studentenvertretung der Hochschülerschaft mit den jeweiligen Vertretern der Parteien in der Bundesregierung zusammengesetzt, hat versucht, zu verhandeln, hat die Bedenken aufgezeigt. Es gab ja tatsächlich im September viele derartige Gespräche, die auch konkrete Ergebnisse gezeigt haben, die ja gestern vom Finanzminister und heute von den beiden Regierungs-

mitgliedern hier dem Parlament nochmals vorgeführt worden sind.

Das heißt also, die offizielle Vertretung der Studentenschaft Österreichs in der Österreichischen Hochschülerschaft hat bewußt die Verhandlungen und die Gespräche rechtzeitig aufgenommen. Die Regierung hat sich rechtzeitig bereit erklärt, diesen konstruktiven Dialog zu führen. Aber es haben einige, von mancher Seite motiviert, bewußt den Gang in die Öffentlichkeit, die Demonstration geschürt, um ganz einfach aufmerksam zu machen und ein anderes politisches Süppchen zu kochen. Ich glaube, das zu sagen, ist auch wichtig, weil die Österreichische Hochschülerschaft tatsächlich diese Gespräche im September erfolgreich geführt hat.

Zweitens: Ich möchte auf einige Punkte hinweisen, die mir im Zuge dieser Diskussion sehr wohl negativ aufgefallen sind. Ich sehe immer wieder in diesen Diskussionsbeiträgen das Problem, daß alles mögliche von manchen Mitgliedern an Emotionen geschürt wird, daß jedes Sparen, wo immer es vorgenommen wird, verteufelt wird, daß jeder Ansatz zu einem wirtschaftlicheren Verhalten als unsozial abqualifiziert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen aus Untersuchungen klar, daß die Notwendigkeit zum Sparen in großen Teilen der Bevölkerung, ja in der Mehrheit der Bevölkerung als sinnvoll und als gerecht fertigt angesehen wird. Wir wissen andererseits auch, daß derjenige, der dann direkt von einer Maßnahme betroffen ist, jeweils — wie heute schon einige Male ausgeführt worden ist — nach dem Florianiprinzip sagt: Warum mich, warum nicht den anderen betreffend?

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir in diesem Hohen Haus doch eine andere Vorgangsweise wählen würden, die ich mir so vorstellen kann, daß wir sagen, wir haben eben in der derzeitigen Situation ein Datengebäude im wirtschaftlichen, im budgetären Bereich, das uns ganz einfach die Notwendigkeit auferlegt, zu schauen, welche Sparmöglichkeiten wir in den verschiedenen Bereichen sinnvollerweise, sozial ausgeglichenerweise durchführen können, und dann, wenn wir eine Einstellung über diese Notwendigkeit erzielt haben, gemeinsam zu überlegen, welche dieser Möglichkeiten das Ziel der sinnvollen, der sozial ausgeglichenen Sparkurstätigkeit erreichen könnte, dann wäre das doch eine Aufgabe, der wir uns alle gemeinsam hier in diesem Hohen Haus, wenn wir die Aufgabe ernst nehmen,

3764

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Höchtl

stellen müssen. Das wäre ein Weg, zu dem jeder auch gewisse Beiträge leisten sollte, und nicht mit Emotionen, mit dem Schüren von vorhandenen Unzufriedenheiten noch ein Schäuflein dazu beizutragen, daß es noch schwieriger wird, die Notwendigkeit, die wir erkannt haben, auch durchzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine dritte Sache. Es hat die Frau Kollegin Blau-Meissner einen Vorwurf hier von diesem Pult aus gemacht, den ich ganz einfach nicht im Raum stehen lassen kann, ohne eine Antwort darauf zu geben. Sie hat gesagt, es wird heute hier von der Regierungsbank, aber auch von den Abgeordneten der beiden Regierungsparteien mit nackten Zahlen aus dem Budget diskutiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren und Frau Kollegin Blau-Meissner! Ich glaube, ein Budget besteht ganz einfach aus Zahlen und nicht aus Emotionen. Ein Budget besteht aus Ziffern, hinter denen eine politische Absicht steht, und nicht aus emotionellen Aussagen aus dem Bauch heraus gebracht. Seien wir doch froh, daß hier Vernunft in der Diskussion seitens vieler Mitglieder existiert und man nicht mit Emotionen und aus dem Bauch heraus die Argumente in diese Diskussion hineinbringt.

Frau Kollegin Blau-Meissner! Ich bin froh, daß wir eine Regierung haben, die noch in der Lage ist, eine Politik zu machen, daß derartige Zahlen zustande kommen, wo ja viel an Leistungen für die Studentenschaft herauskommt. Wenn Sie hier wären, wäre das wahrscheinlich keine Möglichkeit, daß sich die Studenten freuen können, denn mit Emotionen und mit aus dem Bauch herausgeholt Argumenten kann man sicherlich kein Budget erstellen, das für die Studenten wirklich eine tragfähige Basis darstellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Freda Blau-Meissner: Schämen Sie sich!) Ja, Frau Blau-Meissner (Abg. Freda Blau-Meissner: Na wirklich! Ich habe das schon sehr genau erklärt!), Sie können nichts anderes, als Emotionen schüren. Sie haben keinen einzigen Beitrag heute hier geleistet, wie Sie sich tatsächlich eine Umstrukturierung vorstellen können, wie man das eine oder das andere an sinnvollen Maßnahmen bringen und trotzdem einen Sparkurs erreichen kann. (Abg. Freda Blau-Meissner: Habe ich! Da haben Sie wieder nicht zugehört!) Das waren Sie nicht in der Lage. (Beifall bei ÖVP und SPÖ. —

Abg. Freda Blau-Meissner: Zuhören! Ohren aufmachen!)

Oder, Frau Blau-Meissner, weil Sie jetzt schon zwischenrufen: Ich kann auch nicht unwidersprochen lassen, wenn Sie sagen, seien wir froh, daß die Anarchie der sozialen Marktwirtschaft im Bereich des Studiums nicht herrscht.

Frau Blau-Meissner! Also wo eine Arnachie der sozialen Marktwirtschaft herrschen würde ... (Abg. Freda Blau-Meissner: Ich habe gesagt „Anachie der sozialen Marktwirtschaft“?) Sie haben das hier erwähnt, weil ich habe mir den Ausdruck genau aufgeschrieben. (Abg. Freda Blau-Meissner: Da haben Sie wieder nicht zugehört!)

Ich bin andererseits — das muß ich Ihnen hier sagen — stolz auf die Errungenschaften, die dieses System einer sozialen Marktwirtschaft, das natürlich andauernd zu verbessern ist, für die vielen, die die Möglichkeit haben, in einem System der sozialen Marktwirtschaft zu leben, tatsächlich geschaffen haben. (Abg. Freda Blau-Meissner: Drehen Sie nicht meine Worte um!) Ich glaube, alle anderen Wirtschaftssysteme haben es bisher nicht bewerkstelligen können, daß sie jene Errungenschaften hervorbrachten, die die Systeme der sozialen Marktwirtschaft tatsächlich für die einzelnen Bevölkerungsgruppen hervorbringen konnten.

Ich glaube, das ist auch etwas, wo man nicht leichtfertig von der Anarchie eines derartigen Systems reden kann.

Nächster Punkt: Es haben sich sowohl Sie als auch der Kollege Smolle gegen die Gefahren der Drittmittelfinanzierung gewandt.

Frau Kollegin Blau-Meissner! Sie wissen sicherlich — vielleicht sagen Sie es nicht immer —, daß es ganz einfach notwendig ist, innerhalb eines budgetären Rahmens zu bleiben, daß man nicht uferlos Forderungen hineinnehmen kann, weil sie nicht bedeckbar wären.

Wenn wir nun bemüht sind, für die Universitäten, also Studenten, für die Personen, die dort im Lehrbereich tätig sind, zusätzliche Mittel außerhalb des Budgets zu bekommen, eben eine Drittmittelfinanzierung zu erlangen, dann möchte ich nicht, daß man durch alle möglichen Abwertungen die Realisierung dieser Idee schon von vornherein verhindert.

Ich glaube, wir sollen trachten, daß wir den

Dr. Höchtl

Universitäten möglichst viele Mittel auch aus dem nichtbudgetären Bereich zuführen können. Wir sind ja jetzt im Wissenschaftsausschuß daran, einen derartigen Vorschlag durchzubringen. Ich wäre dankbar, wenn Sie zusätzliche Möglichkeiten überlegen könnten, vorschlagen könnten, die uns noch mehr in dieser Richtung unterstützend helfen könnten, statt mit einer Verurteilung der sogenannten wirtschaftlichen Abhängigkeit in der Drittmittelfinanzierung herauszukommen, aber keine eigene Idee zu haben. (*Zwischenruf der Abg. Freda Blau-Meissner.*)

Noch etwas. Ich glaube, der Kollege Stummvoll hat einen sehr, sehr wichtigen Beitrag geliefert. Wenn wir überlegen, wozu eigentlich diese gesamte Frage der neuorientierten Budgetpolitik von uns ernsthaft diskutiert wird und mit Maßnahmen schon in diesem Budgetjahr versehen ist, dann ist es vor allem die soziale Gruppe der jungen Menschen — und ich möchte da wiederum besonders die Studierenden herausnehmen —, die sich besonders mit den längerfristigen Aspekten dieser Diskussion beschäftigen soll, denn es geht ganz einfach darum, die Zukunft der heute jungen Menschen abzusichern. Wir wollen nicht verantwortungslos einen budgetären Kurs steuern, der diese Zukunft der jungen Menschen jetzt bereits ausverkauft. Das ist etwas, wofür wir einstehen.

Und deswegen glaube ich — das ist auch ein Appell an diejenigen, die solche Demonstrationen von der Studentenschaft her organisieren —: Es ist wichtig, daß gerade im studentischen Bereich diese längerfristige Perspektive überlegt wird. Wir wollen ja deren Zukunft sichern. Das ist die Wahrheit, die auch einmal ausgesprochen werden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es hat sowohl der Bundeskanzler als auch der Wissenschaftsminister darauf hingewiesen, daß es trotz der schwierigen budgetären Situation gelungen ist, einige markante Verbesserungen in diesem Budget zu verankern. Wenn wir im nächsten Jahr eine allgemeine Budgetsteigerung von 3,1 Prozent haben und wenn wir im Wissenschaftsbudget inklusive des Technologiefonds eine Steigerung von 6,31 Prozent, also doppelt so viel, feststellen können, dann muß ich sagen, daß gerade in diesem Bereich eine enorme Anstrengung vorgenommen worden ist.

Sie sagen, Sie mögen Zahlen nicht. Aber die Steigerung von 1 071 Millionen Schilling, die

allein für den Wissenschaftsbereich im kommenden Jahr zu verzeichnen ist, ist etwas, was enorm viele Steuerzahler durch ihre Beiträge für die österreichische Studentenschaft in dieser Form leisten. Ich glaube, das ist etwas, wofür wir den Steuerzahlern dankbar sein können, nämlich daß wir diese vielen Mittel in dieser Kraftanstrengung des Schwerpunktes Wissenschaft und Forschung im nächsten Budget hineinbringen können.

Trotz des Sparkurses gibt es eine derartige Form der Steigerung, weil wir uns dessen bewußt sind, daß eine Investition in die Bildung, weil wir uns dessen bewußt sind, daß eine Investition in die Studentenschaft, weil wir uns dessen bewußt sind, daß eine Investition in Wissenschaft und Forschung wahnsinnig wichtige Zukunftsinvestitionen bedeutet. Ich glaube, das sind nicht irgendwelche Zahlen, sondern es sind tatsächlich bei den gegebenen Verhältnissen beeindruckende Zahlen, die im Budget 1988 vorhanden sind. Ich glaube, es gehören auch anläßlich einer derartigen Diskussion derartige Zahlen genannt.

Zum Schluß kommend, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es hat Verhandlungen gegeben. Es hat heute eindeutige Zusagen aus dem Munde der beiden Regierungsmitglieder gegeben. Ich glaube, ein sinnvoller Dialog mit allen Gruppen, selbstverständlich auch mit den Studenten, ist etwas, was man in der Demokratie nie ablehnen darf. Aber es sollte sich auch jede Gruppe der Situation bewußt sein, in der wir insgesamt, als Staat und Gesellschaft, stehen. Wir sollten nicht den Versuch machen, nach dem Florianiprinzip die Last jeweils dem anderen zuschieben zu wollen.

Wenn es alle ernst nehmen und wenn alle bereit sind, einen Beitrag zu leisten, dann gelingt uns gemeinsam dieser Budgetkonsolidierungskurs und damit die Absicherung der Zukunft jener jungen Menschen, die heute mit dem einen oder anderen unzufrieden sind. Das ist ein Weg, den wir beschreiten sollen. Das ist ein Weg, zu dem aber jeder einzelne von uns einen sinnvollen Beitrag zu leisten hat. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*) 18.43

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Ermacora. Bevor ich ihm das Wort erteile, darf ich auf die Dauer von fünf Minuten hinweisen, die nicht überschritten werden darf.

3766

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Ermacora

18.43

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Frau Präsident! Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, hätte Herr Dr. Dillersberger in seinen Ausführungen nicht gesagt, daß er sich darüber freue, in welch friedlicher und wohlorganisierter Art dieser Streik der Studenten vor sich gegangen ist.

Ich widerspreche ihm und berichtige tatsächlich: An jenem besagten Dienstag, als allmählich sichtbar wurde, daß es den Streik geben würde oder geben solle, habe ich pflichtgemäß meine Vorlesung am Abend abhalten wollen. Ich habe eine Hörerschaft von ungefähr 60 Leuten, die arbeitswillig erschienen sind. Unmittelbar nach meinem Erscheinen in einem relativ kleinen Hörsaal sind alsbald an die 150 Menschen nachgedrängt, begleitet von drei Hunden, und haben mich genötigt, meine Vorlesung nicht aufzunehmen. Als ich diskutieren wollte, hat man mich niedergeschrien, und als einer der Hörer aufgestanden ist und erklärt hat, so möge es im Jahre 1933 oder im Jahre 1938 gewesen sein, als SA-Horden in die Lehrsäle gegangen sind, da hat man ihn niedergeschrien und hat das Schlagwort „Solidarität“ angestimmt. Während ich mich umgedreht habe, hat man mir mein Vorlesungsmanuskript — ein reichlich erarbeitetes und wertvolles — weggenommen, und als ich dann an die Solidarität der Eigentumsachtung appelliert habe, hat man mich hämisch ausgelacht.

Ich bin aus diesem Hörsaal betroffen hingegangen, so wie ich heute nach den allzu optimistischen und schlagwurthaften Aussagen des Herrn Dr. Smolle, der Frau Partik-Pablé und des Herrn Dillersberger weggegangen bin. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.) 18.45

Präsident Dr. Marga Hubinek: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Cap. Ich erteile es ihm.

18.45

Abgeordneter Cap (SPÖ): Hohes Haus! Es ist für einen ehemaligen Studentenfunktionär natürlich ein schwieriger Einstieg, wenn vor ihm ein Universitätsprofessor solch einen Bericht erstattet. Aber ich möchte trotzdem an Sie appellieren, in der Einschätzung dieser ganzen Bewegung, die sich an den Hochschulen jetzt breitmacht hat, zu differenzieren, und zwar aus der Überlegung heraus, daß uns das Aufbauen simpler Feindbilder da überhaupt nicht weiterbringt. Genausowenig bringt uns weiter, wenn man hier das Legitimationsproblem der Hochschülerschaft in

den Raum stellt, ohne sich darüber im klaren zu sein, warum die Vertreter der Hochschülerschaft nur mehr partiell als Interessenvertreter — vor allem in dieser Frage — anerkannt werden.

Es hat ja keinen Sinn, wenn man sagt: Wir reden nur mit denen!, weil das im Endeffekt ja nur das Vertrauen zu den Hochschulvertretern eher unterminiert als stärkt, anstatt, daß man sich bewußtmacht, wer die treibenden, die dynamischen Kräfte innerhalb dieser Bewegung, die es da an den Hochschulen gibt, sind. Und da ist es durchaus richtig, daß es natürlich einige gibt, die bestimmte Daten der nächsten Zeit vor sich permanent herumflimmern sehen: Das ist der 8. November, die Landtagswahl in Wien. Daher gab es auch am 24. Oktober die große Demonstration, und daher wurde auch dieser Zeitpunkt gewählt, daher hat sich das an den Hochschulen jetzt entwickelt.

Es gibt durchaus dieses Bestreben bei bestimmten Gruppen. Aber genauso gibt es welche, die mit der Vertretungsinstitution der Hochschülerschaft nicht viel anfangen können, denen das zu langsam geht, die mißtrauisch sind und die sich halt selbständig zu organisieren versuchen. Die darf man nicht alle in einen Topf werfen, sondern man sollte versuchen, hier im Sinne einer Gesprächsfähigkeit und einer Beilegung dieses Konfliktes vorzugehen. Man sollte nicht a priori, wenn es Vertreter gibt, wenn es Delegierte gibt, sagen: Na ja, für uns gelten nur die, die bei den Hochschülerschaftswahlen gewählt werden.

Ich sage das deswegen, weil ich vor Jahren selbst einmal hautnah eine Besetzung im Auditorium Maximum nicht nur miterlebt, sondern auch mitgemacht habe, und weil ich weiß, welche Dynamik es dabei gibt. Da wird gewählt, da gibt es dann basisdemokratische Versammlungen, und natürlich sind die am stärksten, die am artikulationsfähigsten sind, die am besten organisiert sind und die eine genaue Zielrichtung vorgeben können. Aber genauso gibt es die anderen, die das natürlich dabei lernen können und die sich selbst zu artikulieren versuchen müssen.

Ich meine, man sollte hier wirklich versuchen, nicht simple Feindbilder aufzubauen, man sollte nicht sagen: Alle sind mit Gewalt in Hörsäle eingedrungen und haben quasi mit Gewalt versucht, Vorlesungen unmöglich zu machen. Ich akzeptiere, daß das bei Ihnen der Fall war, aber ich meine, daß man das dazusagen sollte. Aber Sie haben das hier in einer Dramatik geschildert, sodaß man förmlich

Cap

annehmen könnte, das sei bei allen Vorlesungen der Fall gewesen. (*Abg. Dipl.-Ing. Flieker: Nicht nur bei Professor Ermacora!*)

Ich möchte aber mein gestörtes Verhältnis zu Hochschulprofessoren gleich weiterentwickeln und mich kurz auch dem Kollegen Tuppy zuwenden, der ja — das fällt auch unter "8. November, Wiener Landtagswahl" — heute eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem VP-Kultursprecher Busek — auch Vizebürgermeister — durchgeführt hat, in der er dabei gesessen ist. Sie haben vorhin den Kopf geschüttelt, als Kollege Gmoser das ange schnitten hat. Sie sind dabeigesessen.

Busek hat, als er darauf hingewiesen hat, daß im verstaatlichten Bereich und im Bundesbahnbereich Milliarden verschwendet wurden, gesagt, daß er — Busek — verstehe, weshalb Tausende Studenten auf den Straßen sind, warum es diese Besetzungen gibt und so weiter. Ich stelle das auch ein bißchen in Kontrast zu der Frontschilderung des Herrn Professor Ermacora, weil ich glaube, daß das das Bild doch in einem gewissen Sinn abrunden kann.

Unabhängig davon ist das eine ungeheuer unverantwortliche Äußerung, die ja nur Streit, Polarisierung und Emotionalisierung herbeiführt und die außerdem durchschaubar ist. Jeder weiß, warum er das gesagt hat, ganz einfach deshalb, weil am 8. November in Wien die Wahlen sind.

Aber ich glaube, daß der Kollege Tuppy ein echter Gemütsmensch sein muß, wenn er in der jetzigen Situation, in der man Kritik übt, daß es zu wenig Raum gibt, in der man bessere Ausbildungsbedingungen fordert, wenn er genau in dieser Situation, wie ich verneh men muß, die Baubewilligung für die Verteri närmizinische Universität zurückzieht.

Ich hoffe, daß er sich heute noch zu Wort meldet und uns erklärt, wieso er das eigentlich macht und welche Überlegungen dahinterstehen. Ich meine nämlich, daß das ein bißchen untergeht in dieser Bewegung und in der Kritik, die hier geäußert wird, und ich glaube, Koalitionspartner sollten ein offenes Verhältnis haben, das stärkt doch nur die Ehe und schwächt sie nicht. (*Zwischenruf des Abg. Arthold.*) Daher ist es doch besser, anstatt nur herumzutuscheln mit meinen Kollegen und zu sagen „böser Tuppy“, ihn ganz offen zu fragen: Kollege Tuppy, was ist los? Er soll sich dann hier äußern und auf die Frage antworten. — Das auch gleich prophylaktisch als

Antwort auf Ihren geschätzten Zwischenruf, Kollege Arthold.

Ich möchte — weil es mich doch sehr nachdenklich stimmt — vielleicht eine kurze Geschichte erzählen, ein Erlebnis an der Universität. Ich habe dort wieder einmal meine periodischen Agitationen durchgeführt und bin in Kontakt gekommen mit einem äußerst konservativen Medizinstudenten, der mich mit all seinen neokonservativen Vorstellungen und Gedanken anagitiert hat. Das Gespräch hat sich dann umgedreht, zum Schluß hat er mich anagitiert und nicht ich ihn. Aber dann ist er plötzlich draufgekommen, daß er Schwierigkeiten haben wird, einen Turnusplatz zu bekommen, es sei nicht ganz sicher, ob er später unterkommt, und jetzt komme auch noch die ganze Sache mit der Pensionsregelung. Er sagte, wie schrecklich das alles sei.

Ich frage mich langsam, wie das eigentlich zusammenpaßt mit dieser — unter Anführungszeichen — „neokonservativen Geistes haltung“, die sagt: Wir wollen keine Anspruchsmentalitäten haben, wir wollen in Wirklichkeit mehr Markt haben, wir wollen in Wirklichkeit weniger Staat, mehr Privat haben. Wenn das dann konkret wird und vor allem diese Geisteshaltung konfrontiert wird mit der eigenen Lebenssituation, dann kommt da eine Palette wie die der besten und verdorbensten Kinder eines Sozial- und Wohlfahrtsstaates, die aufgrund der objektiven wirtschaftlichen Situation in der bisherigen Form nicht mehr möglich ist und die man sozial ausgewogen reformieren und erneuern muß. Da kommt dann das berühmte „Huch-Erlebnis“, so quasi: Wir leben ja gar nicht in einer Planwirtschaft, sondern offensichtlich muß in Österreich ein Wirtschaftssystem vorherrschen, das uns bis jetzt verheimlicht wurde.

Ein bißchen unterstützt wird diese Geistes haltung auch vom Kollegen Dillersberger und der Kollegin Partik-Pablé. Es hat nur gefehlt, daß sie sagen: Wir fordern den Basislohn! Das hat mir irgendwie gefehlt, als sie zum Jam mern darüber angefangen hat, daß 90 Prozent der Studenten keine Chance auf Studienbei hilfen haben.

Ich frage mich wirklich: Wie paßt das zusammen mit dem Kollegen Haider, der sich da durch die Gasthäuser frettet, treppauf, treppab, und ununterbrochen sagt: Leistung muß sich lohnen! Kampf den Sozialschmarotzern! Auf der anderen Seite stellt sich die gleiche Truppe her und fängt zu heulen an, weil es hier Veränderungen gibt, und führt dazu

3768

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Cap

auch noch ihre konkreten Beispiele an. Also ich muß sagen, wenn es überhaupt jemals einen Beweis über Sozialdemagogie gegeben hat, dann ist das unter anderem auch bei der heutigen Diskussion, die wir hier führen, der Fall.

Sie erlauben, daß ich vielleicht noch ein bißchen in einem Satz darauf eingehe und somit eine alte Rechnung aus meiner Studentenfunktionärszeit begleiche. Ich lese da eine Presseaussendung der JES-Studenteninitiative, die sich ebenfalls Gedanken macht über die Anrechnung der Pensionsbemessung, die Streichung des Akademikertrainings, die Reduktion der Familienbeihilfe und so weiter und so fort. Ausgerechnet die JES-Studenteninitiative, die uns angelabert hat bei ihren Veranstaltungen an der Universität gegen diesen Überversorgungsstaat und gegen die Hybris des Staates, die alles durchversorgt, wo permanent alles durchorganisiert wird von den Bürokratien. Jetzt plötzlich im Anblick von Tausenden Studenten fallen sie um wie eine Serviette im Wind.

Ich glaube, das muß einfach auch einmal hier verdeutlicht werden, damit man sich klar wird, was hier alles an Kräften und an Demagogien frei wird, und daß man einfach wirklich einmal sieht, was alles in der Politik möglich ist.

Ich möchte noch einen Satz sagen in diesem Zusammenhang, wenn ich mich schon beim Aufzeigen der österreichischen Tartüffé konkretisieren will. Ich habe die Berichterstattung der Zeitungen verfolgt. Ich weiß schon, daß es in Politikerkreisen durchaus eine populäre Sache ist, immer nur auf die Medien zu schimpfen, das will ich gar nicht tun. Außerdem ist es ungut, denn die Medien müssen ja über einen berichten, wenn man sie nun verärgert, berichten sie schlecht. Aber sie fordern permanent Einsparungen, sie fordern permanent: Wann wird die Bundesregierung denn endlich mutig sein?, und sie richten ununterbrochen diese Klinge auf. Aber dann, wenn eingespart wird oder wenn es zumindest Gerüchte über Einsparungen gibt — mehr war es ja gar nicht, denn es hat ja noch gar keine Beschlüsse gegeben; die ganze Bewegung hat ja erreicht, daß es Klarstellungen gibt — und wenn sich schon aufgrund der Gerüchte Tausende Studenten organisieren, dann lese ich die Berichte in den Zeitungen fast als Aufruf. Ja sie berichten über Tausende Studenten, fehlt nur, daß sie dazuschreiben: Und nicht vergessen, Samstag gibt es die Großdemonstration gegen den Sozialabbau.

Ich frage mich, nach welchem journalistischen Ethos dort die Berichterstattung abläuft (*Beifall bei SPÖ und ÖVP*), außer nach dem Ethos der marktwirtschaftlichen Umsetzbarkeit, daß man sagt: Da laufen halt Tausende Studenten herum, das sind auch Leser und die wollen jetzt gerade das Gegenteil von dem, was wir gefordert haben, daher schreiben wir jetzt gerade das. Das ist einfach erbärmlich. Leider sind diese Herausgeber nicht anwesend, denn es wäre ganz interessant, sie einmal ordentlich hinsichtlich der Art der Berichterstattung in die Mangel zu nehmen.

Jetzt vielleicht noch etwas zu den Aussagen des Kollegen Blenk. Er hat kritisiert, daß es auf der TU eine Veranstaltung gegeben hat, bei der Forderungen gestellt wurden, die über diese gewerkschaftlich studentischen Forderungen hinausgegangen sind. Aber bitte, das kann man doch nicht kommentieren oder verurteilen. Es ist das Recht einer jeder Hörerversammlung, sich allgemein politisch zu äußern. Es ist doch das Recht der Hochschülerschaft, sich allgemein politisch zu äußern. Man kann doch da nicht sagen: Moment, stopp, ihr könnt gerade noch neue Sanitärlagen fordern, aber über die Finanzierung dürft ihr euch nicht mehr äußern.

Gerade das wollen wir aber hören, wir wollen, daß sie auch dazu Stellung nehmen, nämlich konkret, wo sie einsparen würden und was sie tun würden, damit wir nicht eine Zweidrittelgesellschaft bekommen, damit wir nicht einmal eine wirkliche Neokolonie werden unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds. Das will ich auch hören von den Studenten, daher sollen sie sich allgemein politisch äußern. Mich stört es inhaltlich gar nicht, wenn sie über die Wertschöpfungsabgabe und über die Quellensteuer, besser gesagt über die neuen Formen zur Verhinderung der Steuerhinterziehung aus Zinseinkommen, um das einmal so zu formulieren, reden.

Ich finde es an sich sehr loblich, daß sie sich dazu äußern, und ich hoffe auch, daß sich irgendwann einmal auch der Kollege Fux dazu äußert, denn wenn sich einer kritisch zur Frage der Quellensteuer und anderer Dinge äußern soll, dann er, denn er ist, wie ich vernommen habe, sehr vermögend und lebt auch davon. Er müßte herauskommen und sagen: Was ist das für ein Wahnsinn, daß die Hörerversammlung hier diese Forderungen aufstellt, die sollen doch in ihrem studentischen Bereich bleiben und uns nicht mit diesen Dingen belästigen. Also ich glaube, es wäre doch

Cap

wirklich eine ehrlichere Sache, wenn sich der Kollege Fux (*Zwischenruf des Abg. Fux*) — es ist mir wieder gelungen, seinen Adrenalinhaushalt zu erhöhen — in dieser Frage endlich einmal äußern würde. (*Abg. Fux: Wie viele von den Abgeordneten haben ihre Vermögensverhältnisse offengelegt, Herr Cap?*)

Als nächster Punkt, der mir in diesem Zusammenhang ... (*Abg. Fux: Das wollen Sie nicht hören! Ich werde Sie so lange unterbrechen, bis ich etwas höre, Herr Cap!*) Sag nicht Herr Cap, du bist immer per du mit mir, und jetzt bin ich plötzlich der Herr Cap (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ*), nur weil ich das mache, was du die ganze Zeit machst, nämlich ...

Präsident Dr. Marga Hubinek: Ich würde vorschlagen, keine Zwischenrufe. Bitte. Der Redner hat das Wort.

Abgeordneter Cap (fortsetzend): Jetzt mache ja schon bald ich Zwischenrufe, weil er dauernd redet da oben. (*Abg. Fux: Hör doch auf, Cap!*)

Nun zum Kern der Sache, warum es uns Sozialisten nicht egal sein kann, was hier passiert. Ich habe hier eine Statistik, die besagt, daß man bei den Erstinskribierenden des Wintersemesters 1985/1986 eine Erhebung gemacht hat, welche Berufe ihre Väter haben. Da stellt sich durchaus heraus, daß die Sozialstruktur so ist, daß das alte Schema von früher, von sehr lange nicht mehr stimmt. Damals sagte man: Da die großverdienenden Studenten und dort die eher weniger verdienenden und so weiter — Väter der Studenten in dem Fall. Bei der Erhebung stellte sich heraus, daß sehr viele Studenten Kinder von Beamten der C- und D-Klasse, von Angestellten ohne Matura, von Arbeitern sind. Das ist ein sehr hoher Anteil.

Ich will damit nur noch zusätzlich, sozusagen um das letzte Argument zu widerlegen, beweisen, daß es uns einfach wirklich ein Anliegen ist, in dieser Flexibilisierung oder Differenzierung der Frage der Kinderbeihilfe soziale Härten zu verhindern, weil das einfach unser politischer, historischer Anspruch und teilweise auch ein Anspruch ist aufgrund der Sozialstruktur, die sich hier an den Universitäten bietet. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

29 000 Studenten sind zwischen 25 und 27 Jahre alt, das sind immerhin 19,6 Prozent. Und wenn wir uns auch der Tatsache bewußt sein, daß es durch die neue Studienordnung und aufgrund einer problematischeren Situa-

tion im wirtschaftlichen Bereich durchaus auch zu einer Verlängerung des Studiums kommt, dann, glaube ich, kann man sagen: Damit ist wirklich bewiesen, daß uns das ein wirkliches Anliegen ist, insbesondere dort, wo sich Einsparungsmaßnahmen kumulieren, wo man draufkommt: Wenn man da Einsparungen durchführt, dann trifft es die Familie X oder die Familie Y in mehrfacher Weise. Und das muß überprüft werden!

Da kann es sogar dienlich sein, wenn es Bewegungen gibt, wenn es Kritik gibt, wenn man Korrekturen durchführen kann. Das ist ein ganz normaler demokratischer Willensbildungsprozeß, der nicht nur im Rahmen der Institutionen vor sich gehen muß, sondern der durchaus auch in einem Dialog vor sich gehen kann, in einen Gespräch mit Vertretern von Bewegungen, die sich gebildet und die da ihre Kritik anzubringen haben.

Aber noch einmal: Es herrscht natürlich dabei auch die Tendenz, Forderungen aufzu stellen und Kritik anzubringen, wo oft auch parteipolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Natürlich ist dies für die Grünen eine Gelegenheit, jetzt endlich einmal einen Kontakt zwischen ihrer abgehobenen parlamentarischen Arbeit und den berühmten, vielfach herbeigesehnten außerparlamentarischen Bewegungen herzustellen, denn die Urheber der Bewegung seid Ihr acht da oben ja nicht. Denn in Wirklichkeit ist das eine Bewegung, die sich gebildet hat, die sich schon angezeigt hat, wo es eben Kritik einfach schon gegeben hat. Da habt Ihr euch einfach hinaufgesetzt und habt gesagt: Paßt auf, wir sind ein Servicebüro im Parlament für diverse außerparlamentarische Bewegungen, wir bieten uns als Sprecher eurer Interessen an. Und das machen wir auch.

Aber redet Euch, bitte, nicht ein, daß ihr quasi eine Art Franziskaner-Fraktion da herinnen seid, denn das glaubt Euch wirklich kein Mensch. Dem „Bruder“ Fux wird man seine Armut am allerwenigsten glauben. (*Beifall bei der SPÖ*) 19.02

Präsident Dr. Stix: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Debatte ist geschlossen.

Fortsetzung der Tagesordnung

Präsident Dr. Stix: Ich nehme nun die Verhandlungen über den 1. Punkt der Tagesordnung wieder auf: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz 1988.

3770

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Präsident Dr. Stix

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Arthold. Ich erteile es ihm.

19.04

Abgeordneter Arthold (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man als Anwalt für die Umwelt heute zur ersten Lesung des Budgets antritt, dann stellt man sich die Frage: Wieviel Geld hat das Budget für die Umwelt bereit? Jeder, der mit der Umwelt befaßt ist und die Umweltprobleme unserer Zeit kennt, wird natürlich sagen: Es ist viel zu wenig.

Aber wenn man realistisch ist und die Budsitsuation kennt und weiß, daß es bei den Ausgaben Kürzungen gibt, dann muß man als Umweltpolitiker sagen: Die Regierung hat den Stellenwert der Umweltpolitik erkannt und hat dementsprechend im Budget für die Bewältigung der Umweltprobleme Vorsorge getroffen.

Nachdem wir in dieser kurzen Zeit, in diesen wenigen Monaten zwei entscheidende Gesetze beschlossen haben, war für mich entscheidend zu sehen, ob diese Gesetze auch vollzogen werden können, ob dafür die entsprechenden finanziellen Grundlagen vorgesehen sind.

Das Budget sieht für das Smogalarmgesetz 40 Millionen Schilling vor, sodaß wir die erste Hälfte der Meßstellen in Österreich einrichten können und jene Meßstellen, die nicht voll ausgerüstet sind, nachrüsten beziehungsweise sie zentral an das Umweltbundesamt anschließen können.

Entscheidend ist auch, daß das Chemikaliengesetz vollzogen werden kann. Hierfür sind in der Zentrale 10 Millionen Schilling und im Umweltbundesamt 16 Millionen Schilling vorgesehen, also insgesamt 26 Millionen Schilling.

Wesentlich erscheint mir auch die Debatte um die Erhaltung der Natur, vor allem der Nationalparks, die wir haben. Da haben wir eine Steigerung um 21 Millionen Schilling. Wir werden sehr darauf achten müssen, wie zielführend mit diesem Geld umgegangen wird, was mit diesem Geld geschehen soll: 20 Millionen Schilling für den Nationalpark Hohe Tauern, 4,5 Millionen Schilling für die March-Thaya Auen beziehungsweise für die Lange Lacke. Ich glaube, daß man sehr sorgfältig mit diesem Geld umgehen muß, zumal wir gerade bei jenen Dingen, bei denen es um die Erhaltung der Natur geht, im Ausland hohes Ansehen genießen. Auch wenn es aufgrund der Debatte um das Dorfertal im

Augenblick bei uns nicht so aussieht, so konnte ich doch vor wenigen Wochen, als eine japanische Delegation hier war, zu meiner Überraschung feststellen, welch genaue Kenntnisse die über unseren Nationalpark Hohe Tauern, vor allem aber auch über die Naturreservate Lange Lacke und March-Thaya Auen haben.

Ich bin im Gegensatz zur Opposition mit dem Öko-Fonds zufrieden. Natürlich könnte es auch mehr sein, das ist mir schon klar. Aber 5,8 Milliarden Schilling und zusätzlich ein Haftungsrahmen von 4,5 Milliarden Schilling können, so glaube ich, ein ungeheuerer Impuls für die Wirtschaft und für die Umwelt sein, denn bei diesen 9 Milliarden Schilling für die Wirtschaft müssen ja auch die Folgeinvestitionen berücksichtigt werden. Wenn ich draußen in den Dörfern Kanäle baue, dann werden nach den Kanälen meistens die Straßen saniert, und wenn Dörfer sanierte Straßen haben, wenn Dörfer sanierte Vorgärten haben, dann werden letzten Endes auch die Dörfer erneuert, dann kommen die großen Privatinitalienen, dann wird investiert, dann werden die Häuser saniert. Wer heute durch das Land fährt, der sieht, in wie vielen Dörfern schon diese Folgeinvestitionen gegriffen haben. Das heißt, diese 7 beziehungsweise 8 Milliarden vom Staat bedingen eine vielfache Investition. Wir haben das heute schon vom Kollegen Lanner gehört, der gesagt hat: 1 S Staatsinvestition zieht 10 S Privatinvestition nach sich. Und da hat der Öko-Fonds durchaus seine Aufgabe erfüllt. Außerdem haben wir damit eine ganze Reihe von Umweltproblemen beseitigt.

Ich bin zunächst einmal nicht sehr glücklich darüber gewesen, daß die Bereiche Wasser und Umwelt noch getrennt sind. Aber je länger ich mich damit befasse, umso froher bin ich eigentlich darüber, daß der Wasserwirtschaftsfonds zumindest im nächsten und auch noch im übernächsten Jahr in der Vergabe vom übrigen Öko-Fonds getrennt ist, und zwar aus dem einfachen Grund, weil ich glaube, daß gerade die Sorge um die Natur, vor allem um das Wasser, bei uns sehr groß ist, und weil ich Angst hätte, daß allzu schnell, wenn wir mit diesem Geld alles sanieren könnten, was wir wollten, zuviel Geld in die Schlote der Großbetriebe fließen würde. So ist die Gewähr gegeben, daß dieses Geld für die Sanierung unseres Grundwassers, vor allem für die Altlasten und für die Sanierung der Abwässer gesichert ist.

Ich bin auch sehr froh darüber, daß sich

Arthold

trotz Einsparungen auf Bundesebene die Personalkosten für das Umweltministerium nicht verringert haben. Im Gegenteil: Im Umweltbundesamt wurden sie sogar erhöht. Interessant ist auch, daß dort zwar die Zahl der Dienstposten zurückgegangen ist, die vorhandenen aber von höher qualifizierten Kräften besetzt sind. Das ist im Umweltbundesamt einfach notwendig.

Wir sind an und für sich mit dieser finanziellen Situation, wenn wir uns die finanzielle Lage unseres Landes ansehen, nicht ganz unzufrieden. Aber ich muß dazu doch einige Bemerkungen machen. Wir können zwar in der Umweltpolitik mit Geld sehr viel machen, aber nicht alles. Wir können in der Umwelt mit Geld nicht alles gutmachen. Was wir in der Umweltpolitik brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine andere Gesinnung. Leider ist von den Grünen nur mehr der Kollege Fux hier anwesend. Ich muß das wirklich bedauern, denn ich glaube, daß die Art, wie wir die Diskussion um die Umwelt in diesem Hause führen, entscheidend dafür sein wird, wie wir die Umwelt in den Griff bekommen, wie weit wir diese Umwelt verbessern können.

Wir können dem Bürger nicht ununterbrochen vormachen: Wir, die Politiker, die Regierung, die Nationalräte, werden die Umwelt sanieren. Das werden wir nicht tun können! Den Höhepunkt bildet ein Wiener Wahlplakat einer Partei, auf dem steht: „Die Gemeinde wird den Müll sortieren und entsorgen.“

Meine Damen und Herren! Was soll der Bürger da noch machen? Wir sind damit bei der Mentalität angelangt — diese ist heute schon angesprochen worden —, daß nämlich der Bürger sagt: Ihr Politiker geht herum mit der Dose, klappert mit dem Geld, wir werfen einen Zehner, wenn es gut geht, sogar einen Hunderter hinein und sind dadurch aller Sorgen entledigt, und ihr schaut, daß die Umwelt in Ordnung ist. — So werden wir die Umweltprobleme in diesem Land sicher nicht lösen können!

Damit bin ich auch schon bei dem Thema, das der Kollege Cap vorhin angeschnitten hat: Wir können uns nicht ununterbrochen von der Presse vorschreiben lassen, wo die Probleme liegen. Aber gibt es dann Gesetze, ernstzunehmende, tiefgreifende Gesetze, dann steht am nächsten Tag in keiner Zeitung nur ein Wort davon, daß diese Gesetze, die monatelang, die jahrelang von der Presse gefordert wurden, in diesem Haus beschlossen wurden. Es wird nicht einmal mit einer

Notiz erwähnt, daß das passiert ist, sondern es steht schon wieder drinnen, daß die Zustände der Umwelt in diesem Land katastrophal sind.

Ich glaube, wir müssen da den Weg tatsächlich ändern. Wir müssen einfach sagen: Die Umwelt sanieren wir gemeinsam, alle Österreicher! Was der Staat machen kann, das ist, Hilfestellung zu leisten, er kann Normen erlassen, er kann Wege weisen, er kann also helfen. Aber die Umwelt in Ordnung bringen muß der Bürger. Der Bürger wird also auf viele liebgewordene Gewohnheiten in diesem Land verzichten müssen.

Wenn die Medien sagen, daß der Bürger bereit ist, die Umwelt zu sanieren, daß er auch zu Opfern bereit ist, dann muß ich sagen: Von der Bereitschaft zur Tat ist es ein gewaltiger Schritt, und diesen Schritt haben wir noch nicht vollführt.

Ich darf Ihnen nur ein Beispiel nennen, daß größte Problem, das auf uns zukommt. Wir werden im kommenden Jahr viele Probleme lösen. So wie wir das Chemikaliengesetz, das Smogalarmgesetz geschaffen haben, werden wir viele andere Gesetze auch schaffen. Aber dort, wo der Mensch freiwillig auf Dinge verzichten muß, wird es schwer sein.

Wir können hergehen und sagen: Bis Ende nächsten Jahres müssen alle Autos einen Katalysator haben. Aber dann schaue ich mir an, wie die Dame und die Herren von den Grünen darauf reagieren werden. Sie werden aufstehen und sagen: Bitte, was ist mit dem Familienvater, der sich mit Ach und Krach um 20 000 S einen Altwagen kaufen konnte? Der kann nicht auf Katalysator umstellen, denn seine 20 000 S Autowert sind mit einem Schlag gleich null. Dort spielt die soziale Komponente eine Rolle.

Aber woanders können wir ansetzen. Ich habe eine interessante Studie, die in Österreich erstellt wurde. Sie wurde gleichzeitig auch in der Schweiz erstellt. Da hat sich betreffend das Autofahren folgendes herausgestellt. 33 Prozent aller Autoausfahrten bewegen sich in einem Umkreis von nur 3 Kilometern. Das gilt aber für alle, bitte. Wir lachen immer über das Radfahren. 33 Prozent aller Autoausfahrten liegen unter einer Länge von 3 Kilometern.

Meine Damen und Herren! Wie schön wäre es, wenn unsere Bürger sagen würden: Diese Ausfahrten wollen wir unterlassen!, jene ausgenommen, die fahren müssen, weil sie nicht

3772

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Arthold

anders können. Aber jeder gesunde Mensch kann 3 Kilometer zu Fuß gehen oder mit dem Rad fahren, denn in diesem Umfeld gibt es ja nicht solch riesige Steigungen, und wir hätten eine Entlastung unserer Luft um ein Drittel.

Meine Damen und Herren! Da hilft keine Verordnung, da hilft kein Gesetz, da ist freiwilliger Verzicht der Bürger erforderlich. Wenn die Menschen sagen: Wir sind zu Opfern bereit!, dann müssen wir uns danach richten. Ich glaube, da zeigt es sich, ob der Bürger wirklich bereit ist, mit uns zu gehen, ob er bereit ist, die Umwelt, in der er lebt, sauberzuhalten und sie mit uns zu gestalten. Aber mit der Politik, daß ununterbrochen die Bürger angespornt, angeheizt werden, daß man sagt: Die Politik muß die Probleme lösen!, werden wir diesen Geist in der Bevölkerung sicherlich nicht erzeugen.

Ich darf noch etwas dazu sagen. Wir haben vorgestern das Smogalarmgesetz in diesem Haus beschlossen. Ich möchte einen Appell an einen Kollegen richten, ganz konkret an den Kollegen Ludwig. Wir sind sehr lange miteinander im Umweltausschuß des Wiener Gemeinderates gesessen, beide als Vorsitzende-Stellvertreter, und haben uns dort bemüht, Umweltpolitik zu machen. Und da lese ich heute in der Zeitung, Flemming soll zurücktreten, weil Herr Bürgermeister Zilk sagt, das Smogalarmgesetz sei nicht einmal das Papier wert, auf dem es steht.

Also da muß ich schon sagen, Kollege Ludwig: Ich würde beim Herrn Bürgermeister schärfstens protestieren. Sie haben bei dem Gesetz auch mitgestimmt. Wir alle wissen, was das Gesetz wert ist. Ausgerechnet Herr Bürgermeister Zilk hat es notwendig, so etwas zu sagen, er, der verhindert hat, daß das Smogalarmgesetz statt von einem Drittelfeinstellen auf drei heruntergesetzt wurde. (*Zwischenruf des Abg. Mag. H a u p t.)* Ausgerechnet Herr Zilk traut sich das zu sagen. Das finde ich wirklich arg. (*Beifall bei der ÖVP und Abgeordneten der FPÖ. — Abg. R e s c h: Herr Kollege, wir wählen jetzt nicht!*)

Das weiß ich schon. Aber, bitte, da steht es. In Wien wird gewählt, wir sind Wiener Politiker, deshalb. Aber ich muß das gesagt haben, denn sonst bleibt das so im Raum stehen. (*Abg. P ö d e r: Der Busek geht ja mit Euch auch nicht gerade zart um! — Heiterkeit. — Weitere Zwischenrufe.*) Natürlich, bitte, da steht es.

Zum Abschluß: Wir sollten uns auch noch die Art der Diskussion überlegen. Wir sollten

uns überlegen, wie wir vorgehen wollen, um die Menschen zu bewegen, mit uns die Umwelt zu sanieren. Sollen wir den anderen Teil, der gestern und auch vorgestern sehr oft angesprochen wurde, sollen wir die Wirtschaft verteuften, sie als den Buhmann hinstellen und sagen: Das sind die, die die Umwelt zerstören!, oder sollen wir sagen, so wie ich es heute wieder gehört habe: Die, die für die Umwelt eintreten, sind gegen alles in der Wirtschaft!, sollen wir so vorgehen?

Meine Damen und Herren! Wir müssen doch endlich einmal bereit sein, diese sturen Standpunkte aufzugeben und zu sagen, daß uns neue Technologien in der Umwelt ungeheuer viel bringen können. Sie bringen der Umwelt etwas, weil die Umwelt dadurch besser wird, und sie bringen der Wirtschaft etwas. Wir können neue Technologien vielleicht sogar ins Ausland verkaufen.

Auch in der Diskussion wird die Wirtschaft zu oft verteuft. Es waren gestern sechs verschiedene Gruppen bei mir, Menschen, die verschiedene Dinge erzeugen. Die Fraktion der Grünen will diese Dinge generell verbieten. — (*Abg. F u x: Was denn?)* Ich gehe jetzt nicht einzeln auf diese Dinge ein, die Diskussion darüber wird es noch geben. Ich sage es absichtlich nicht, denn ich will jetzt hier nicht über ein bestimmtes Produkt diskutieren.

Ich bin durchaus der Meinung, daß der Vertrieb solcher Produkte eingeschränkt gehört, daß man solche Produkte nur im notwendigsten Ausmaß herstellen soll, wenn man dadurch diesen Wirtschaftszweig noch erhalten kann. Aber wenn man durch Verbieten eines solchen Produktes nur einen geringen Anteil an Effizienz für die Umwelt erreichen könnte, aber auf der anderen Seite einen ungeheuren wirtschaftlichen Bereich total zerschlagen würde, dann muß man schon abwiegen, ob einem der Gewinn auf der Umweltseite so viel bedeutet, daß man Hunderte Menschen dadurch plötzlich brotlos macht.

Da muß man also wirklich einmal vernünftig überlegen und das Augenmaß gebrauchen. Man muß mit den Menschen reden, bevor man einfach in die Öffentlichkeit geht und fordert, daß diese Dinge verboten gehören.

In der Zwischenzeit hat sich bei manchen Dingen herausgestellt, daß die Ersatzprodukte, die Sie anbieten, genauso schädlich sind, wie die Produkte, die wir verboten haben. Nur waren sie zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie sie als Ersatzprodukte angepriesen

Arthold

haben, noch nicht untersucht. Deshalb hat man ihre Nachteile noch nicht gekannt. Daher glaube ich, man sollte bei generellen Verboten und tiefen Eingriffen in die Wirtschaft wirklich vorsichtiger sein.

Meine Damen und Herren! Wir sind wirklich bemüht, die Umweltprobleme in diesem Land in den Griff zu bekommen. Wir wollen wirklich eine saubere Umwelt, wir wollen eine lebenswerte Umwelt. Wir brauchen aber, um diese Umwelt genießen zu können, um in ihr leben zu können, letzten Endes unsere Wirtschaft, unsere Arbeit. Wir dürfen uns nicht einbilden, daß man das, was man in 30 oder 50 Jahren dieser Umwelt angetan hat, radikal in zwei Jahren zurückzuschrauben kann. Ich glaube, das braucht seine Zeit. Um das ordentlich zu machen, müssen wir das entsprechende Augenmaß haben. — Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{19.22}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Müller.

^{19.22}

Abgeordneter Dr. Müller (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn es noch so faszinierend wäre, auf die freiheitlichen Dissonanzen — auf der einen Seite mehr Staat, wie es von der Frau Kollegin Motter verlangt worden ist, auf der anderen Seite Krünes' Version von weniger Staat, wir kennen diese populistische Argumentationsweise, die Ausdruck einer sehr, sehr inhaltsarmen Partei ist — einzugehen, möchte ich mich in diesem letzten Debattenbeitrag wirklich nur auf einen einzigen Punkt beschränken, und zwar auf eine Aussage des Herrn Kollegen Dittrich, die er, glaube ich, schon am Vormittag in den ersten Stunden dieser Debatte gemacht hat.

Kollege Dittrich hat das Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember, also an einem Feiertag, gefordert. Ich möchte mit derselben Intensität genau das Gegenteil fordern, nämlich, daß an diesem Feiertag die Geschäfte geschlossen zu bleiben haben. Ich möchte wirklich eine massive Gegnerschaft zu dem Versuch, diesen 340 Jahre alten Feiertag abzuschaffen, hier deponieren.

Es gilt, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das einfache kommerzielle Argument nicht. Nach diesem Argument der Kommerzialisierung könnte ich alle Feiertage, die nicht auf einen Sonntag fallen, genauso abschaffen, beispielsweise den 1. Mai, beispielsweise Christi Himmelfahrt.

Der 8. Dezember — vielleicht ist das das Verlockende für die Wirtschaft — war als Feiertag einmal neun Jahre ausgesetzt, nämlich von 1945 bis 1954. Er ist 1954 wieder eingeführt worden — daran möchte ich erinnern — nach einer Unterschriftenaktion, an der sich 1,5 Millionen Österreicher beteiligt haben, vor allem natürlich Katholiken. Es war also die Basis, die diesen Feiertag gewollt hat.

Ich bin einerseits Katholik, bin aber auf der anderen Seite sicher nicht ein „parlamentarischer Kirchenvertreter“. Ich glaube aber, daß wir als Parlamentarier, als Volksvertreter, auch die Pflicht haben, auf die religiöse Dimension des Lebens hinzuweisen und sie zumindest zur Kenntnis zu nehmen.

Der Herr Abgeordnete Dittrich — ich sage es jetzt ganz zurückhaltend in seiner Abwesenheit — sollte nicht glauben, daß das Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember schon eine gemähte Wiese ist. Er wird neben dem gewerkschaftlichen Widerstand auch den Widerstand aus großen Teilen der Kirche und aus großen Teilen der Katholiken erhalten. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) ^{19.25}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Wabl.

^{19.25}

Abgeordneter Wabl (Grüne): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die erste Lesung des Budgets steht heute zur Diskussion. Das Budget wird in einer Art diskutiert, bei der ich manchmal den Eindruck habe, Ziel und Zweck dieser Regierung sei einzig, zu sparen.

Es ist in diesem Haus schon öfters der Vorwurf gemacht worden, die Grünen seien gegen das Sparen, gegen die Budgetkonsolidierung. Meine Damen und Herren! Wir haben, glaube ich, in unseren Debattenbeiträgen oft genug gesagt, wo wir wünschen, daß gespart wird, und wo wir nicht glauben, daß es sinnvoll ist, zu sparen.

Ich habe den Eindruck, es fehlt der Regierung an Perspektive. Das ist eigentlich der springende und der bedenklichste Punkt in dieser Auseinandersetzung.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, in Österreich würden es fast alle Einsichtigen verstehen, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Budget zu konsolidieren. Aber eine Bedingung dafür ist und war

3774

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Wabl

immer, daß die Leute, daß die Menschen, daß wir wissen, warum gespart werden soll, warum konsolidiert werden soll.

Meine Damen und Herren! Die Beantwortung der dringlichen Anfrage durch den Herrn Bundeskanzler schien mir in einer Art und Weise gemacht worden zu sein, die zeigt, wie perspektivenlos eigentlich die Regierung ist. Damit komme ich zum Kern des eigentlichen Problems der heutigen dringlichen Anfrage und auch zum Problem dieses Budgets.

Meine Damen und Herren! Sämtliche Maßnahmen — gerade Sparmaßnahmen — sind unverständlich, wenn sie nicht einem Ziel untergeordnet sind, das diesem Land Zukunft verspricht.

Herr Bundeskanzler Vranitzky hat heute hier gesagt: Na ja, ich habe mit den Studenten geredet, aber die waren sich nicht ganz einig über ihre Forderungen. Dieser Zynismus — oder ist es Unwissenheit des Herrn Bundeskanzlers? —, dieser Zynismus oder diese Unwissenheit ist beinahe schon grenzenlos. Ich habe den Eindruck, viele in diesem Haus haben gar keine Ahnung davon, wie hoffnungslos die Situation für viele Menschen in Österreich bereits ist.

Die Wortmeldung des Herrn Kollegen Blenk hat mich besonders beeindruckt, und zwar aus einem einfachen Grund: Ich war gestern draußen bei den Studenten und habe mich erkundigt, worum es geht. Dabei habe ich zufällig auch den Kollegen Blenk getroffen, der auf der anderen Straßenseite stand, im sicheren Abstand zu den Studenten, im Beisein seines Sohnes. Er hat mir seinen Sohn vorgestellt und gesagt: Mein Sohn ist auch hier. Ich habe dann gefragt: Demonstriert der auch? Sein Sohn hat mir keine klare Antwort gegeben, warum er da ist.

Ich empfinde es als Zynismus, wenn hier in diesem Haus erzählt wird, wie desinformiert die Studenten sind, wie desinformiert die Öffentlichkeit ist. Die kapieren nicht genau, was diese Regierung will, die verstehen nicht genau, was diese Gesetze eigentlich sollen, die sind fehlgeleitet. Diese Demonstration, die eigentlich auch eine Kritik an der Budgetpolitik und im weiteren Sinn eine Kritik an der gesamten Politik ist, wird nicht verstanden.

Meine Damen und Herren! Warum kann nicht ein Bundeskanzler Österreichs das Mikrophon ergreifen und sagen: Meine Damen und Herren! Zehntausende Studenten

sind auf die Straße gegangen, und ich habe den Eindruck und weiß auch, daß diese Studenten Sorgen haben, daß diese Studenten zum Teil empört sind, daß diese Studenten an der Richtigkeit dieser Politik, an der Richtigkeit der Zukunftsentwicklung dieses Landes Zweifel haben.

Er hätte durchaus alle unrichtigen Vorgangsweisen bei der Demonstration anmerken können. Er hätte kritisieren können, daß es Fehlinformationen gegeben hat. Er hätte anmerken können, daß die Studenten schlecht organisiert sind. Er hätte alles mögliche sagen können, aber er hätte wenigstens ein Wort oder einen Satz des Verständnisses aufbringen können dafür, daß Menschen auf die Straße gegangen sind, und zwar nicht aus gruppenegoistischem Einzelinteresse, sondern deshalb, weil sie Zweifel haben.

Bundeskanzler Vranitzky versteht, glaube ich, nicht mehr, wohin dieses Land geht. Er sollte froh sein, daß Abgeordneter Smolle, daß die Grünen und die FPÖ diese Anfrage hier eingebracht haben.

Ich sage das jetzt ganz, ganz deutlich — nicht aus parteipolitischem Interesse, denn die 10 000 oder 20 000 oder 30 000 Studenten können gar nicht von uns vereinnahmt werden, die Studenten sind nicht so dumm, daß sie sich für parteipolitische Zwecke mißbrauchen lassen.

Diese dringliche Anfrage ist hier eingebracht worden, damit verstanden wird, daß es ein Problem gibt, das hier offensichtlich gelöst scheint. Die Mehrheit hier glaubt, es gut gelöst zu haben, die Bevölkerung teilt diese Ansicht jedoch nicht. Wir können froh darüber sein, daß die Auseinandersetzung nicht auf der Straße geführt, sondern hierher, in das Parlament, getragen wird, wo darüber diskutiert werden kann.

Ich verstehe diesen Ihren Zynismus nicht, denn da geht es darum, daß die Menschen in diesem Land Hoffnung haben, in eine gute Zukunft blicken zu können. In der Konsolidierungspolitik unserer Regierung sind solche Bemühungen nicht zu erkennen.

Ich habe hier einen Brief, den ich jetzt vorlesen möchte. Er ist unterzeichnet mit: Die streikenden Studenten und Studentinnen und Schüler und Schülerinnen aus dem Audi-Max! An Franz Vranitzky:

In der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage von Abgeordnetem Smolle

Wahl

meinten Sie, die Unis wären Ihnen zu wichtig, um sie der Spontanität von Demonstrationen zu überlassen. Uns und allen Betroffenen schnüren die Maßnahmen der Regierungspolitik derartig die Kehle zu, daß wir das nicht dem menschenverachtenden Zynismus von Hinterzimmerverhandlungen überlassen wollen. Unsere Spontanität ist die Garantie, der bürokratischen Überheblichkeit eine Grenze zu setzen. Wir sind der Meinung, das Audi-Max ist der richtige Ort, um mit uns zu reden. Das Verhandlungsmandat liegt ausschließlich beim Streikplenum. Wir laden Sie ein, hierherzukommen und sich unserer spontanen Empörung zu stellen. (*Beifall bei den Grünen und von der Galerie.*)

Herr Bundeskanzler! Sie sind besser informiert über die Gesetze in diesem Land. Sie sind besser informiert über die Gegenstände, die in diesem Hause verhandelt werden. Sie sind besser informiert als die meisten Menschen, die täglich einer Arbeit nachgehen oder studieren. Machen Sie deshalb nicht bei einer dringlichen Anfrage diese Unzulänglichkeiten zum Vorwand, dürftige Antworten zu geben. Wenn Sie die Probleme derer nicht begreifen, die an dieser Demokratie Zweifel haben, die an diesen Regierungentscheidungen Zweifel haben, dann wird dieses Land in eine Phase geraten, in der Sie dann nicht mehr wissen, wie mit Problemen umzugehen sein wird.

Herr Bundeskanzler! Ich fordere Sie auf, diese Studenten ernster zu nehmen, auch wenn Sie der Meinung sind, daß diese Demonstrationen von egoistischen Professoren oder von anderen politischen Gruppen inszeniert sind.

Herr Bundeskanzler! Dieses Land wird unregierbar werden, wenn das, was draußen die Menschen bewegt, hier nicht mehr verhandelt wird! — Ich danke. (*Beifall bei den Grünen.*) ^{19.35}

Präsident Dr. Stix: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Gemäß § 69 Abs. 6 der Geschäftsordnung weise ich die Regierungsvorlage 280 und Zu 280 der Beilagen dem Budgetausschuß zu.

2. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht des Bundeskanzlers (III-31 der Beilagen), mit dem der Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird (290 der Beilagen)

3. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Bericht des Bundeskanzlers (III-34 der Beilagen), mit dem der Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird (291 der Beilagen)

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 2 und 3 der heutigen Tagesordnung, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies zwei Berichte des Verfassungsausschusses über die Berichte des Bundeskanzlers:

III-31 der Beilagen, mit dem der Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird (290 der Beilagen), und

III-34 der Beilagen, mit dem der Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird (291 der Beilagen).

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Johann Wolf. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen und beide Berichte zu geben.

Berichterstatter Johann Wolf: Meine Damen und Herren! Der Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes (III-31 der Beilagen) behandelt unter anderem den Geschäftsgang im Berichtszeitraum, die Personalsituation, die Maßnahmen zur Entlastung des Gerichtshofes, organisatorische Maßnahmen, die mit anderen europäischen Höchstgerichten gepflogenen internationalen Beziehungen und die Wahrnehmungen des Gerichtshofes bei seiner Tätigkeit. Dem Bericht sind eine Reihe von Übersichten über die Tätigkeit des Gerichtshofes angeschlossen.

Der Verfassungsausschuß hat die Vorlage am 14. Oktober 1987 in Beratung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Ermacora, Mag. Geyer, Dr. Rieder und Dr. Kohlmaier sowie des Bundesministers Dr. Löschnak mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Haus die Kenntnisnahme des Berichtes des Bundeskanzlers zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundeskanzlers, mit dem der Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird, zur Kenntnis nehmen.

Des weiteren bringe ich den Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes (III-34 der Beilagen) zur Kenntnis.

3776

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Johann Wolf

Im vorliegenden Bericht nimmt der Bundeskanzler unter anderem zu den vom Verwaltungsgericht aufgeworfenen Personal- und Besoldungsfragen Stellung.

Gegenstand des Tätigkeitsberichtes des Verwaltungsgerichtshofes sind unter anderem die Personalverhältnisse beim Gerichtshof, der Geschäftsgang und die Maßnahmen zur Entlastung des Verwaltungsgerichtshofes.

Der Verfassungsausschuß hat die Vorlage am 14. Oktober 1987 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Ermacora, Mag. Geyer, Dr. Rieder und Dr. Kohlmaier sowie des Bundesministers Dr. Löschnak mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundeskanzlers, mit dem der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird, zur Kenntnis nehmen.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte fortzusetzen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für die beiden Berichte.

Zum Wort gemeldet hat sich als erster Herr Abgeordneter Dr. Hesele. Ich erteile es ihm.

19.39

Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden beiden Tätigkeitsberichten unsere Zustimmung geben, weil wir glauben, daß der Verfassungs- und der Verwaltungsgerichtshof Eckpfeiler unserer demokratischen Rechtsordnung sind.

Wir sollten diese Berichte sehr ausführlich diskutieren, was allerdings heute nach der Monsterverdebatte über zwei große Bereiche nicht mehr möglich ist und sicherlich auch nicht opportun wäre.

Ich möchte, bevor ich einige Zahlen aus den Berichten nenne, einen Punkt behandeln. Die Tätigkeitsberichte geben nur einen Teilaспект wieder, nämlich die Entwicklung des Geschäftsganges und die infrastrukturellen Voraussetzungen der Gerichte. Sie sagen über die Judikatur der Gerichtshöfe und über eventuelle Änderungen in der Rechtsprechung nichts aus.

Gerade im abgelaufenen Jahr ist an einzelnen Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes Kritik laut geworden, und es haben Erkenntnisse nicht immer die Zustimmung aller gefunden. Da beide Gerichtshöfe ein sehr essentieller Bestandteil unserer demokratischen Rechtsordnung sind, müssen sie sich auch der öffentlichen Diskussion und Kritik stellen, nicht nur hinsichtlich ihrer Funktionsfähigkeit, sondern auch hinsichtlich ihrer Judikatur.

Ich meine allerdings: Bei aller Berechtigung kritischer Äußerungen sollte diese Kritik doch in einer Form vorgebracht werden, die der Würde des Gerichtshofes entspricht.

Wir haben uns in den letzten Jahren bei den Berichten über die beiden Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts auf einige Schwerpunkte konzentriert.

Erstens: Die personelle Dotierung der Gerichtshöfe war immer ein Diskussionsgenstand, und jeder Personalist weiß, man hat immer zu wenig Personal. Allerdings ist erfreulich, daß gerade in den letzten Jahren hinsichtlich der personellen Dotierung der Gerichtshöfe sehr viel geschehen ist.

Zweitens: Die Zahl der Rechtsfälle bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, nur beim Verwaltungsgerichtshof ist im abgelaufenen Jahr 1986 ein leichter Rückgang des Anfalls zu verzeichnen.

Drittens haben die Rückstände bei beiden Gerichtshöfen die Entscheidungen dieser Gerichtshöfe verzögert. Allerdings ist gerade im Jahre 1986 ein sehr erfreuliches Bild festzustellen, nämlich daß viele alte Fälle aus den Jahren seit 1979 aufgearbeitet wurden. Dies ist sicherlich im Interesse der Rechtssicherheit geschehen.

Ich darf einige Worte zum Verfassungsgerichtshof sagen: Er hat in vier Sessionen an 72 Tagen beraten, teils in öffentlichen, teils in nicht öffentlichen Sitzungen. 1986 gab es ein Plus von 300 Rechtsfällen. Aber es ist auch eine sinkende Tendenz der Rückstände zu verzeichnen. Wir können stolz sein auf unsere Entlastungsgesetze, die wir im Jahre 1984 beschlossen haben. Sie kommen gerade beim Verfassungsgerichtshof zum Tragen. Die Zahl der Rückstände konnte beim Verfassungsgerichtshof auf unter 1.000 verringert werden. In absoluten Zahlen ergibt das minus 44 Fälle, obwohl im Berichtsjahr der Aktenanfall um 24 Prozent höher war.

DDr. Heselé

Wenn man sich die Statistiken, die die Damen und Herren dem Bericht entnehmen können, ansieht, erkennt man beim Bericht 1985 den deutlichen Knick bei den Rückständen sowie bei den erledigten Fällen, was auf die neue Fassung des Absatzes 2 des Artikels 144 B-VG zurückzuführen ist. Ich darf noch darauf hinweisen, daß den größten Anteil an den Geschäftsfällen des Verfassungsgerichtshofes die Beschwerden nach Artikel 144 haben. Am 1. Jänner 1986 waren noch 809 Beschwerden nach Artikel 144 offen. Dazugekommen sind im Jahre 1986 1 295, am Ende 1986 waren es 753. Allerdings kommt da die Entlastung des Verfassungsgerichtshofes zum Tragen, weil nämlich 669 Beschwerden nach Artikel 144 Abs. 2 abgehandelt wurden, wovon natürlich den größeren Teil der Verwaltungsgerichtshof bekommen hat.

Noch ein Wort zu der Kritik der letzten Jahre an den Rückständen aus weit zurückliegenden Jahren. Da gibt der Bericht, zumindest der Bericht des Verfassungsgerichtshofes, ein sehr erfreuliches Bild. Die Zahl der Fälle aus den Jahren von 1978 bis 1982, die zu Jahresbeginn 1986 18 betrug, ist auf eins reduziert worden, und die Zahl der Fälle aus den Jahren 1983 bis 1985, die zu Jahresbeginn 1986 930 betrug, konnte auf 138 reduziert werden. Das Resümee des Verfassungsgerichtshofes ist, daß 25 Prozent der Fälle mit einer positiven Entscheidung zugunsten des Einschreiters oder durch die Aufhebung von Rechtsvorschriften im amtsweig eingeleiteten Normprüfungsverfahren endeten.

Der Verwaltungsgerichtshof bringt wieder alte Forderungen aufs Tapet: die Schaffung eines zweiten Vizepräsidenten, die Feststellung der ungenügenden Besoldung der Höchstrichter und daraus resultierend, wie der Gerichtshof meint, eine mangelnde Attraktivität für Bewerber. Es werden Fälle zitiert, wo man beklagt, daß man nicht die Möglichkeit hat, geeignete Bewerber aus der Finanzverwaltung oder aus der allgemeinen Verwaltung beziehungsweise aus den Landesverwaltungen zu bekommen. Bei aller Kürze der Zeit soll darauf hingewiesen werden, daß im Jahre 1986 dem Gerichtshof 6 Planstellen der Verwendungsgruppe A als rechtskundige Mitarbeiter zusätzlich zugeteilt worden sind.

Was den Geschäftsgang anbelangt, ist er nicht so erfreulich. Am 1. Jänner 1986 waren 3 358 Fälle offen, und zu Jahresende waren im Beschwerderegister immerhin noch 3 287 Fälle unerledigt. Was die Erledigungskapazität aus den Jahren vor 1986 anbelangt, schaut es nicht so gut aus wie beim Verfassungsge-

richtshof. Immerhin sind beim Verwaltungsgerichtshof noch aus 1978 ein Fall, aus 1980 zwei, aus 1981 drei, aus 1984 264 und so weiter pendent. Wir hoffen, Herr Bundesminister, daß wir auch da Lösungen finden werden.

Zum Schluß kommend möchte ich feststellen, daß der Gerichtshof nicht sehr entscheidende Rechtsfälle heranzieht und bespricht, daß aber doch, wie zum Beispiel im Bericht über die Grunderwerbsteuer oder über die Formularordnung, wesentliches für die Rechtssicherheit der Menschen ausgesagt wird. Die Entlastungsgesetze des Jahres 1984 haben sich auf die Effizienz der Gerichtshöfe positiv ausgewirkt. Wir glauben aber, daß die Rückstände beim Verfassungsgerichtshof mit unter 1 000 und beim Verwaltungsgerichtshof mit über 3 000 immer noch zu hoch sind. Wir werden uns auch in Zukunft darüber unterhalten müssen, wie wir diese Gerichtshöfe noch effizienter im Sinne der Rechtssicherheit unserer rechtsuchenden Bevölkerung gestalten können. Wir geben gerne beiden Berichten unsere Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP.*) *19.48*

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Angeordneter Dr. Khol.

19.48

Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Volkspartei wird beiden Berichten, sowohl dem Bericht des Verfassungsgerichtshofes als auch dem Bericht des Verwaltungsgerichtshofes, ihre Zustimmung geben. Aber das dürfte für Sie keine Überraschung sein.

Was den Verwaltungsgerichtshof betrifft, so möchte ich nur eines, ergänzend zu dem, was mein Vorredner gesagt hat, sagen: Ich glaube, es ist auf Dauer unerträglich, daß fast 7 000 Österreicher unerledigte Beschwerden beim Gerichtshof anhängig haben und daß der Gerichtshof faktisch ein ganzes Jahr im Rückstand ist. 3 358 unerledigte Rechtssachen sind auf die Dauer nicht akzeptabel.

Wir werden uns — da wende ich mich an Minister Löschnak — im Rahmen unserer Reformbemühungen beim Verwaltungssystem, insbesondere bei den Verwaltungsstrafbehörden, auch damit befassen müssen, ob wir nicht doch Verwaltungsgerichte erster Instanz einrichten sollen anstatt dieser Verwaltungsstrafbehörden besonderer Natur, um den Verwaltungsgerichtshof zu entlasten und dem Rechtsuchenden schneller zu seinem Recht zu verhelfen.

3778

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Dr. Khol

Was den Verfassungsgerichtshof betrifft, so möchte ich nur eine einzige Sache herausheben, die mich ebenfalls bedenklich stimmt: die Einstellung zu Recht und Gesetz, zu Recht und Richter. Ohne Gerichte und ohne Richter gibt es keinen Rechtsstaat, ohne unabhängige, unversetzbare und unabsetzbare Richter gibt es kein Recht. Ich stelle wirklich mit Befremden fest, daß Richter zunehmend unter Beschuß geraten, und zwar über das hinaus, was die Urteilsschelte, also eine sachliche Kritik von Urteilen, als richtig und angebracht erscheinen läßt. Es werden freie richterliche Beweiswürdigungen als Merkwürdigkeiten und Kompetenzüberschreitungen dargestellt, und es werden Urteile einer personifizierenden Kritik unterzogen. Das ist für mich nicht annehmbar.

Der Grund, weshalb ich das hervorhebe, ist der, daß der Verfassungsgerichtshof in einer durchaus ungewöhnlichen Feststellung dieses Phänomen rügt, und zwar nicht im Zusammenhang mit uns bekannten Richterschelten der letzten Zeit, sondern im Hinblick auf den Wiener Vizebürgermeister Mayr, der in einer Schrift „Patient Krankenhaus“ einen formalen Beschuß des Verfassungsgerichtshofes kommentiert.

Ich möchte das verlesen — Zitat —: Das Abschmettern einer Verfassungsklage nach einem derart langen Zeitraum und mit einer bloß formalen Begründung läßt den Verdacht aufkommen, daß der Verfassungsgerichtshof davor zurückschreckte, die Finanzen des Bundes durch ein dem Bund nicht sehr genehmes Urteil zu belasten. Bloß das Aufkommen dieses Verdachtes, daß bei der Handlungsweise des Verfassungsgerichtshofes auch politische Überlegungen mit im Spiel waren, stärkt gerade nicht das Vertrauen in einen obersten Gerichtshof.

Der Verfassungsgerichtshof nimmt den voliegenden Bericht zum Anlaß, sein Befremden über die zitierten Ausführungen eines leitenden Organes einer Gebietskörperschaft zum Ausdruck zu bringen, und weist mit Nachdruck darauf hin, daß er sie unangebracht findet.

Diesen Worten füge ich nichts mehr hinzu. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{19.51}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager.

^{19.51}

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Da es erstens

spät ist, zweitens im grundsätzlichen wie im Detail zu den beiden Berichten ausführlich Stellung genommen wurde und ich dem nichts hinzufügen möchte, beschränke ich mich darauf, Ihnen mitzuteilen, daß wir beide Berichte zur Kenntnis nehmen werden. (*Beifall bei der FPÖ.*) ^{19.52}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Geyer.

^{19.52}

Abgeordneter Mag. Geyer (Grüne): Meine Damen und Herren! So kurz wie mein Vorredner kann ich es nicht machen. (*Abg. Freda Blaau - Meissner: Fast!*)

Der Verfassungsgerichtshof ist heuer auch hier im Parlament heftig kritisiert worden anlässlich seiner Entscheidung über die Politikerpensionen in Graz, und viele von uns haben gemeint, die Entscheidung, mit der sich der Verfassungsgerichtshof gegen die Kürzung extrem hoher Politikerpensionen ausgesprochen hat, ist unverständlich.

Ich habe mich damals dieser Kritik nicht angeschlossen, sondern gemeint, das Falsche liege nicht in der Entscheidung, sondern in der Höhe der damals zur Diskussion stehenden Pensionen.

Jetzt drohen andere Pensionskürzungen — um es genau zu sagen und damit ich keiner Ungenauigkeit geziehen werde —, nicht Pensionskürzungen der derzeit ausbezahlten Pensionen, sondern Kürzungen der künftigen Ansprüche. Ich würde mir wünschen, daß der Verfassungsgerichtshof insofern einen noch strengeren Maßstab anlegt und auch darüber nachdenkt, ob es nicht auch da um wohlerworbene Rechte geht, in die einzugreifen man sich ganz genau überlegen soll. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keller.*) Herr Dr. Keller! Ich sehe nicht ein, daß jemand, der am 1. Jänner 1987 in Pension geht, etwas anderes ausbezahlt bekommt als der, der am 1. Jänner 1988 in Pension geht, obwohl er die gleiche Arbeitsleistung erbracht hat, die gleiche Zahl von Jahren gearbeitet hat, die gleichen Einzahlungen bei der Sozialversicherung geleistet hat, sich im gleichen gesundheitlichen Zustand befindet, aber aufgrund einer Entscheidung der Bundesregierung anders behandelt wird als ein anderer Bürger dieses Landes, bei dem die Voraussetzungen sonst gleich sind. Hier werden zwei Klassen von Pensionisten geschaffen. (*Abg. Dr. Keller: Das war schon immer so!*) Ich habe dagegen Bedenken, ich würde mir wünschen, daß der Verfas-

Mag. Geyer

sungsgerichtshof auch da einen sehr, sehr strengen Maßstab anlegt.

Eben weil Kritik an einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes geübt worden ist, muß man auch dazu sagen, daß wir in Österreich froh sein können, diesen Verfassungsgerichtshof zu haben, und wir sollten auch froh sein über die Art, wie er entscheidet.

Für viele Bürger, die die Möglichkeit haben, sich beim Verfassungsgerichtshof über das Verhalten und über Übergriffe der Polizei zu beschweren, ist der Verfassungsgerichtshof nicht nur die höchste, sondern oft auch die einzige Instanz, die wirklich unabhängig und kritisch den Fall beurteilt.

Wie so ein Urteil aussehen kann, möchte ich Ihnen nicht verheimlichen (*Abg. Dr. Keller: Das haben wir gelesen! Das ist der Knüppel auf den Kopf!*) Im Text der Juristen liest es sich so:

Die Beschwerdeführerin ist in Wien am 16. 3. 1985 dadurch, daß ein Gruppeninspektor der Bundespolizeidirektion Wien ihr mit einem Funkgerät auf den Kopf schlug, im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf Unterlassung unmenschlicher oder erniedrigernder Behandlung und dadurch, daß Organe dieser Bundespolizeibehörde sie am 16. 3. 1985 nachmittags festnahmen und bis 19 Uhr des nächsten Tages in Haft hielten, im verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf persönliche Freiheit verletzt worden.

Eine Bürgerin ist in ihren Grundrechten, in den Menschenrechten verletzt worden.

Was war damals los? Es hat eine Demonstration gegeben, eine Demonstration, so ähnlich, wie sie gestern stattgefunden hat, nicht in dem Umfang. Die Polizei ist eingeschritten, hat eine Bürgerin festgenommen und hat sie wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und wegen Körperverletzung angezeigt.

Die Bürgerin ist von einem unabhängigen Gericht freigesprochen worden. (*Abg. Dr. Keller: Das hat es schon öfter gegeben!*) Was das unabhängige Gericht nach Durchführung eines sehr ausführlichen Beweisverfahrens feststellte, das ist schon ganz beachtlich. Das Gericht stellt fest, daß die Behauptung des Polizeibeamten, die er der Anzeige gegen die Demonstrantin wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zugrunde gelegt hat, falsch ist, praktisch frei erfunden ist. Der Polizeibeamte hatte behauptet, die Demonstrantin habe einen anderen auf dem Boden liegenden

Beamten angegriffen, er sei seinem Kollegen zu Hilfe gekommen und habe sie dann festgenommen und eingeliefert.

Das Gericht hat festgestellt: Dem war nicht so. Es hat Fotos gegeben, auf denen zu sehen war, daß der Polizeibeamte auf die Demonstrantin mit dem Funkgerät einschlug, und der Kollege, der angeblich auf dem Boden lag, stand hinter ihm. Die Anzeige war falsch. (*Abg. Dr. Keller: Das war schon öfters so!*)

Was war die Konsequenz, Herr Dr. Keller? War das ein Strafverfahren gegen den Polizeibeamten wegen Amtsmissbrauchs, wegen Verleumdung, wegen Einschränkung der persönlichen Freiheit? Die Frau ist zehn Tage in Haft gesessen. — Das war es nicht, Herr Dr. Keller! Sie sagen, das sei schon öfter vorgekommen. Leider kommt so etwas öfter vor.

Die Frage ist nicht nur, was man tun kann, damit so etwas nicht wieder vorkommt — bei einer so großen Einheit wie der Polizei wird das leider gelegentlich vorkommen, wird es, so wie die Situation in Österreich ist, öfters vorkommen —, sondern die Frage ist vielmehr: Wie reagiert die Polizei? Wie verhält sich die Polizei: Stellt sie sich vor den Polizeibeamten, der solche Anzeigen verfaßt und eine Bürgerin festnimmt, oder untersucht sie den Fall genau und von vornherein kritisch, auch den eigenen Beamten gegenüber? Das ist die entscheidende Frage!

Es wird für mich dann bedenklich, wenn unser Innenminister grundsätzlich und auch im konkreten Fall das Verhalten der Polizeibehörden deckt (*Abg. Dr. Keller: Das kann doch die Staatsanwaltschaft von sich aus aufgreifen!*) und zum Beispiel diese Demonstrantin öffentlich ganz verächtlich als „Berufs-demonstrantin“ herabwürdigt.

Herr Dr. Keller, ich weiß nicht, ob Sie gelegentlich Zeitungen lesen. Gestern ist in den Zeitungen zu lesen gewesen, daß der Verfassungsgerichtshof zwölf Beschwerden im Zusammenhang mit der Besetzung der Hainburger Au stattgegeben hat, weil es zu Übergriffen der Polizei gekommen war. Zwölf weitere Beschwerden, die dazukommen!

Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern können —, ich kann mich sehr gut daran erinnern —, wie Herr Minister Blecha während der Ereignisse und nach den Ereignissen um die Hainburger Au öffentlich erklärt hat: Die Polizei macht sich keiner Übergriffe schuldig. — Er hat gerechtfertigt, was die Polizei tat. Er hat nicht kritisch hinterfragt: Was machen

3780

Nationalrat XVII. GP — 32. Sitzung — 22. Oktober 1987

Mag. Geyer

unsere Polizeibeamten? Untersuchen wir das ganz genau!

Das macht hier in Österreich nur noch der Verfassungsgerichtshof. Und deswegen sollten wir sehr froh sein, daß wir eine unabhängige Instanz haben, die sich in einer fairen und auch für die Bürger vertrauenserweckenden Weise mit diesen Dingen befaßt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Damit sich der Verfassungsgerichtshof mit diesen Vorfällen befassen kann, muß er angezogen werden.

Da spielt es eine sehr große Rolle, wie die Zugangsmöglichkeit ist, wie leicht sich der Bürger an den Verfassungsgerichtshof wenden kann. (*Abg. Dr. Keller: Kann er! Kann er!*) Da spielt es wieder eine große Rolle, Herr Dr. Keller, was es kostet, was das finanzielle Risiko ist, wenn man den Weg zum Verfassungsgerichtshof beschreitet. (*Abg. Dr. Keller: Nicht sehr teuer!*) Das kostet einmal den eigenen Anwalt, und das kostet, wenn man nicht gewinnt, auch den Anwalt der Republik.

Wie ein Prozeß ausgeht, weiß im vorhinein niemand, denn ob die Frau, die von der Polizei zunächst ungerechtfertigterweise verfolgt wird und sich schließlich an den Verfassungsgerichtshof wendet, letztlich durchdringt und ihre Unschuld beziehungsweise die Schuld des Polizeibeamten beweisen kann, hängt von vielen Zufälligkeiten und Umständen ab, wie etwa: Was gibt es da für Photos? Welche Leute haben zugeschaut? Und so weiter und so weiter.

Den Erfolg einer solchen Beschwerde kann man nicht voraussehen. Daher ist für jeden Bürger, der sich darum bemüht, der den Verfassungsgerichtshof anruft, ein Kostenrisiko gegeben, das der Staat verringern könnte. (*Abg. Dr. Keller: Im Strafverfahren ist das Kostenrisiko jedes Beschuldigten ungeheuer!*) Er könnte es deswegen verringern, weil die Behörden die Möglichkeit haben, sich durch den Juristen der Behörde selbst zu vertreten oder sich durch die Finanzprokuratur vertreten zu lassen, die die Kosten des Rechtsanwaltes verrechnen darf. Herr Dr. Keller, Sie wissen das ganz genau. (*Abg. Dr. Keller: Was ist mit den Strafverfahren?*) Reden wir über das Strafverfahren ein anderes Mal. Das ist auch sehr interessant, aber jetzt geht es um den Verfassungsgerichtshof.

Die Behörde hat zwei Möglichkeiten: sie kann die Finanzprokuratur mit der Vertretung beauftragen und dann die Kosten eines

Rechtsanwaltes verrechnen, oder sie kann durch eigene Juristen ihren Standpunkt vertreten lassen. Dann kostet es den Beschwerdeführer im Falle des Unterliegens nichts. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt, ob sich jemand entschließt, eine Verfassungsgerichtshofbeschwerde einzubringen oder nicht. Die Praxis ist leider bedauerlicherweise die, daß sich die Polizeibehörden immer der Finanzprokuratur als Vertretung beim Verfassungsgerichtshof bedienen, obwohl sie selbst über ausgezeichnete Juristen verfügen. (*Abg. Dr. Keller: Im Amtshaftungsverfahren müssen Sie das! Das ist rechtlich verfehlt, was sie hier sagen!*)

Ich habe daher mit dem Herrn Minister im Ausschuß darüber gesprochen — er hat mir zugestimmt, Gott sei Dank vertritt er da eine andere Meinung als Sie, Herr Dr. Keller — und ihn gebeten ... (*Abg. Dr. Keller: Sie müssen zu Handen der Finanzprokuratur klagen!*) Klagen, aber nicht vertreten lassen. — Ich habe daher den Minister im Ausschuß gebeten, dafür zu sorgen, daß im Verfassungsgerichtshof-Beschwerdeverfahren sich jedenfalls die Polizeibehörden nicht durch die Finanzprokuratur und damit mit einem erhöhten Kostenrisiko durch die Parteien vertreten lassen, sondern daß sie selbst durch Juristen einschreiten, damit der Zugang zum Verfassungsgerichtshof für unsere Bürger etwas leichter wird. (*Beifall bei den Grünen.*) 20.04

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen jetzt zur Abstimmung, die ich über beide Vorlagen getrennt vornehme.

Wir kommen zuerst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht des Bundeskanzlers, mit dem der Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird, III-31 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, um ein entsprechendes Zeichen. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht des Bundeskanzlers, mit dem der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1986 vorgelegt wird, III-34 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Dr. Stix

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag beitreten, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 120/A (E) eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 1084/J bis 1087/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 4. November 1987, 11 Uhr, in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde beginnen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 5 Minuten